

Hermann Rafetseder

Zur Geschichte von Gelände und Umfeld der Johannes Kepler Universität Linz, unter besonderer Berücksichtigung der NS-Zeit im Raum Auhof - Dornach

Ein Beitrag zum 50-Jahr-Jubiläum
der Johannes Kepler Universität Linz

Linz 2016

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1. Zur Geschichte von Schloss Auhof bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts.....	5
2. Schloss Auhof und die anderen Liegenschaften des späteren JKU-Geländes von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1900	9
3. Auhof und die Starhembergs von 1900 bis 1937	13
4. Liegenschaften im JKU-Bereich zur NS-Zeit im Spiegel von Grundbuch und Kaufverträgen.....	18
5. Der „Pleschingerhof“ – „Arisierung“ und späteres JKU-Gelände?	23
6. Planungen und Aktionen von SS und Heer im Raum Auhof, Konflikte mit anderen Instanzen.....	28
7. Die ehemalige Parzelle 762/3 im Südwesten des späteren JKU-Geländes, ein zentrales Element der Heeresplanungen.....	36
8. Das Heeresstandortlazarett, Planungen an drei Schauplätzen.....	39
9. Der Schlossteich im Rahmen der Heeresplanungen, oder: Wer hat „im Auhof“ das Sagen?	48
10. Schloss Auhof bzw. Starhemberg-Besitz in der NS-Zeit.....	50
11. Die drei Lager im JKU-Bereich im Spiegel der Lagerlisten.....	55
12. „Gemeinschaftslager der DAF“, „Gemeinschaftslager des Heeres Auhof“, „Gelände der Heeresbauleitung“	59
13. Der Autobus-Wendeplatz beim „Gefangenen-Lager“ Auhof als wichtiges Element Auhofer Lagergeschichte	63
14. Das DAF- bzw. Heereslager Auhof samt „Gefangenen-Lager“ im Kontext des Linzer Kriegsgefangenen-Einsatzes der NS-Zeit	66
15. Umsiedlerlager Auhof der Volksdeutschen Mittelstelle – nicht nur UmsiedlerInnen	73
16. Städtisches Arbeiterlager Dornach.....	80
17. Auhof und Dornach während des Luftkriegs.....	89
18. Der Streit um die Starhemberg-Besitzungen nach 1945.....	93
19. Andere Liegenschaften im JKU-Umfeld von 1945 bis zur Hochschul-Gründung	98
20. Von der Hochschulgründung zu den heutigen JKU-Liegenschaften.....	102
Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur und Quellen sowie sonstiger Abkürzungen	105
Abbildungen.....	110
Zum Autor	115

Zusammenfassung

Nach einer Schlacht von 1809 erlangte das Gebiet rund um Schloss Auhof in der NS-Zeit neuerlich militärische Bedeutung: Auf von der Schlossliegenschaft abgetrennten und zwangsweise verkauften Starhemberg-Gründen sowie Gebieten vieler anderer BesitzerInnen wurde mit dem Bau einer Kaserne für die SS begonnen. Die verkaufte das Gelände noch im Herbst 1938 an das Heer. Auf den Ankauf des Schlosses (erst unter kommissarischer Verwaltung, dann im Besitz des Reichsgaus Oberdonau) verzichtete die Wehrmacht jedoch.

Für den Bau jener Infanteriekaserne des Heeres gab es im heutigen Science Park-Bereich das „Gemeinschaftslager der Deutschen Arbeitsfront Auhof“ bzw. „Gemeinschaftslager des Heeres Auhof“, dessen Stempel bloß auf „Heeresbauamt Linz, Neubauleitung Auhof“ lautete, Sollbelegstand 1943: 500 Personen. Dort lebten auch Kriegsgefangene in einem eigenen „Gefangenenlager“-Bereich. In diesem Bereich starb am 2. März 1941 der französische Landwirt Alphonse Gaudin. Zumindest für Jänner 1942 sind dort auch sowjetrussische Kriegsgefangene nachweisbar.

Zwei weitere Lager der NS-Zeit überschritten sich am Rande mit späterem JKU-Gelände: Um die Jahreswende 1940/41 entstand, direkt an den heutigen südlichen Parkplatz angrenzend, das „Umsiedlerlager Auhof der Volksdeutschen Mittelstelle“, das in Wahrheit aber bald multifunktional wurde. Dort wohnten neben „Volksdeutschen“ auch viele italienische Arbeiter, dann auch Zwangsarbeiter wie der Ende 1944 gestorbene Russe Nikolai Portnenko, aber auch Zwangsarbeiterinnen wie die Ukrainerin Anna Semenjuk. Sie arbeitete allerdings im benachbarten Lager Dornach als Küchenhilfe.

Das 1941/42 südwestlich des späteren JKU-Bereichs entstandene „Städtische Arbeiterlager Dornach“ hatte 1943 einen Sollbelegstand von 2.500 Personen. 1944/45 waren das bereits überwiegend Zwangsarbeiter, auch einzelne Zwangsarbeiterinnen, die in der dortigen Lager-Infrastruktur arbeiteten, wie etwa die polnische „Bedienerin“ Anna Badowska. Hier waren auch etwa für die Baufirma Mayreder & Kraus arbeitende Franzosen untergebracht.

Ab Dezember 1938 (Vorkaufsrecht schon Juli 1938) gehörte dem Heer eine Parzelle an der heutigen Südwestecke des JKU-Geländes. Das war Platzreservierung für eine anfangs riesige Artilleriekasernen-Planung, die erst extrem verkleinert, dann aber nie konkreter wurde. Jene Reservierungs-Parzelle wurde 1943 an die Stadt Linz verkauft. Alternativ dazu waren größere Artilleriebereiche nordöstlich von Schloss Auhof und östlich der Infanteriekaserne vorgesehen, was aber auch immer eher vage blieb.

Sehr konkret geplant wurde ein Heeresstandortlazarett westlich von Schloss Auhof, als Heeresspital für eine Linzer Friedensgarnison von 10.000 Mann. Die langgestreckten Trakte wären genau im späteren JKU-Bereich gewesen. Im April 1942 beschwerte sich Hitler über die Art der Planungen: „... daß man heute nicht mehr so baue“. Vermeintlich fixe Grunderwerbungen samt Baubeginn sollten daraufhin „vermutlich nach Kriegsende“ erfolgen. Diese Planung verlief im Sande, irrlichterte aber noch im Februar 1945 in den Akten herum.

1943/44 war als Alternative ein gemeinsames Standortlazarett von Heer und Luftwaffe im Südwesten von Linz im Gespräch. Dazu gab es dann ebenso wenig genauere Planungen wie für eine andere Idee Hitlers: Der wünschte sich 1941/43 zusätzlich zum neu geplanten Linzer Krankenhaus „Süd“ (als Neubau des Allgemeinen städtischen Krankenhauses) ein „städtisches Krankenhaus Nord“. Dieses war erst mit 500, dann nur mehr mit 250 Betten direkt westlich neben dem Heeresstandortlazarett vorgesehen und hätte ebenfalls heutiges JKU-Gelände betroffen.

1. Zur Geschichte von Schloss Auhof bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts

Der „**hof dacz Aw**“ wird in einer Urkunde von **1350** erstmals erwähnt, anfangs anscheinend noch eher als bäuerliches Anwesen bzw. Gutshof.¹ Noch im 14. Jahrhundert wird daraus ein adeliger Sitz. Der lag bis ins 15. Jahrhundert noch knapp an einem schiffbaren Donau-Arm, der das heutige Science Park-Gelände anscheinend berührte.² Die Erstnennung als eindeutig **adeliger Sitz bzw. „gesazz“ 1386** erfolgte anlässlich einer **Verpfändung**. Das war noch 1966 Anlass für offenen Antisemitismus: Der in der NS-Zeit-Verantwortliche für die Linzer „Judenmatrikel“ sowie „Fremdstämmigen- und Mischlingskartei (Juden, Zigeuner, Neger, Mongolen)“ nannte in der Linzer Hochschul-Eröffnungsschrift als Anlass für jene Verpfändung von 1386 bedrückende „Judenschulden“.³

Das nunmehrige Schloss hieß im 16. Jahrhundert noch abwechselnd „Au“ und „Auhof“, letztere Benennung setzte sich erst im 18. Jahrhundert durch. Zeitweise unterschied man „Au“ als Schloss vom dazugehörigen **Meierhof Auhof**. Dessen ursprüngliche Lage ist nicht ganz sicher oder wechselte vielleicht. Zumindest um 1628/1639 lag er im Rahmen eines geschlossenen Baukomplexes, „nächst dem Stock“, also nahe beim noch bestehenden südlichen Wohntrakt (heute Rektorat). Jener Meierhof war laut Dehio „vermutlich“ Vorläuferbau des im 17. Jahrhunderts errichteten Wirtschaftstraktes, der 1905 zum jetzigen Osttrakt umgestaltet wurde.⁴

Eventuell war der Meierhof aber auch im Westteil des Komplexes, räumlich verbunden mit der **Schlossbrauerei**, also im Bereich des jetzigen Mensagebäudes. Jene Brauerei hatte um 1750 das Monopol auf Bier in allen sechzehn Gasthäusern Urfahrs. Jenes „herrschaftliche Bräuhaus“ plus 48 Joch „Meirhofsgründen“ wurden etwa laut einer Kundmachung von 1848 „an den Meistbietenden“ verpachtet.⁵ Diese Brauerei war noch laut einem Landtafel-Schematismus von 1896 ein wichtiger Teil der Liegenschaft Schloss Auhof.⁶

Etwa in den 1630er-Jahren entstand auch eine große **Kapelle**, westlich (aber nach Norden versetzt) am erhaltenen Südtrakt angebaut. Laut Pillwein wurden dort ab 1728 Messen gelesen, laut der Beschreibung von 1628/1639 aber schon seit damals.⁷ Die Kapelle wurde 1965 für den Hochschulbau abgerissen, der Hochaltar kam (nach Zwischenstation im Linzer Stadtmuseum) 1969 in die Pfarrkirche Oberthalheim. Das Hochaltarbild Johann Carl von Resfelds war schon im Zweiten Weltkrieg aus dem Altar gerissen worden, wurde aber später mit dem Altar wieder vereinigt.⁸

Jene ausführliche **Bestandsbeschreibung von 1628 bis 1639** schildert auch die weit verstreute Grundherrschaft, die mit dem Schloss verknüpft war, dazugehörenden Ziegelofen und Brauhaus, etc.⁹ Aus dem ersten Drittel des 17. Jahrhunderts stammt auch etwa das noch erhaltene Südportal, wenngleich offenbar nicht mehr an der ursprünglichen Stelle. Manche Gewölbe im heutigen Rektoratsbereich stammen noch erkennbar aus der Zeit um 1560/1570. Noch ältere

¹ Die folgende Vorgeschichte v.a. aus Grüll 1966, Baumert 1991 und Knall-Brskovsky 1999.

² Vgl. Topitz 1960 mit Karte auf S. 427 (diese auch bei Neunteufel 2003, S. 120). Beim ehemaligen Bauernhof Aubrunner gab es eine Anlegestelle, belegt durch einen bis zur Einrichtung der Auhofscheule vorhandenen eisernen Haltering für Schiffe (vgl. Topitz 1960, S. 419 f. und Tafel XIX), Auhofscheule: siehe Kapitel 19.

³ Grüll 1966, S. 111; der Lehrer Georg Grüll war in der NS-Zeit Gausachbearbeiter für Sippenkunde und Leiter der Hauptstelle Ahnennachweis beim Personalamt der Gauleitung, kam trotz Entnazifizierungs-Problemen 1946 im Oberösterreichischen Landesarchiv unter; vgl. Schuster 2001, S. 233 f. und Rafetseder 2001, S. 1204.

⁴ Dehio 2009, S. 501; Beschreibung von 1628-39 bei Knall-Brskovsky 1999, S. 327-329. Laut Gusenbauer – Mörth 2008, S. 9 sei der Meierhof „der heutige Gasthof ‚Auhof‘“, was aber eine wohl zu kühne Theorie ist.

⁵ Vgl. Neunteufel 2003, S. 105 (Meierhof habe die Brauerei beherbergt) bzw. ebenda S. 116 (Kundmachung vom 20.8.1848 über Quasi-Versteigerung des Pachtverhältnisses im „Starhemberg’schen Hause Nr. 784 am obern Graben zu Linz“ am 21.9.1848; zu jenem Haus Promenade 9 vgl. Kapitel 2.

⁶ Vgl. Ende von Kapitel 2. Laut Gusenbauer – Mörth 2008, S. 9 wurde die Brauerei 1900 abgerissen.

⁷ Pillwein 1828, S. 345 bzw. Knall-Brskovsky 1999, S. 329. Zu den Kapellenglocken vgl. Kapitel 20.

⁸ Knall-Brskovsky 1999, S. 329 (Photo) und 330. Immerhin gibt es noch Hochaltarbilder des (Johann) Carl von Resfeld in der Linzer Stadtpfarrkirche und in der Pfarrkirche Urfahr, vgl. Kunsttopographie 1964, S. 370-372 und 424 f.; in jenem Band über Linzer Kirchen (und Kapellen) fehlt jeder Hinweis auf die Schlosskapelle Auhof, nur einmal wird Schloss „Au“ als Sterbeort erwähnt, wie bei Gundakar von Starhemberg 1702 zu sehen ist.

⁹ Vgl. Grüll 1966, S. 114 f., Baumert 1991, S. 2 und Knall-Brskovsky 1999, S. 327 f.

Bauteile sind zwar wohl im Kern teilweise vorhanden, aber heute nicht mehr sichtbar.¹⁰ Detaillierte Ansichten haben sich aus den 1660er-Jahren und von 1674 erhalten.¹¹

1689 war Reichsgraf Christoph Dietmar **Schallenberg** gezwungen, „Schloss und Landgut Au“ an jenen Mann zu verkaufen, der von ihm Schuldobligationen von rund zwei Drittel des Wertes von Schloss und Herrschaft Auhof hatte: Reichsgraf **Gundakar von Starhemberg**.¹² In der Folge blieb Schloss Auhof, wenngleich nicht in direkter Linie und abgesehen von Zwangsunterbrechung 1938 bis 1952, bis 1961/62 in Besitz von Starhemberg-Familien. Dass die Eigentümer sich schon früh tatsächlich auch dort (und nicht nur in diversen anderen Besitzungen) aufhielten, zeigt sich bereits am ersten Schlossherrn aus jenem Geschlecht: Gundakar XVI. von Starhemberg (auch „von Starhemberg-Wildberg-Lobenstein“) starb am 16. März 1702 offenbar im „Schloss Au bei Linz“, also in Auhof. Sein Grab mit entsprechender Metalltafel ist in einer Gruft der Linzer Kapuzinerkirche.¹³

Die **Starhemberger** waren schon zur Babenberger-Zeit in Oberösterreich sehr aktiv gewesen, damals etwa mit Sitz auf Burg Wildberg, die auch nach 800 Jahren noch in Starhemberg-Besitz ist (Gemeinde Kirchsschlag bei Linz). Sie gelten deshalb als eines von wenigen heute noch bestehenden „Apostelgeschlechtern“ oder auch „Landesaposteln“ Österreichs, besitzen ja noch immer ein Palais in der Linzer Innenstadt (mehr dazu gleich), spielen ansonsten aber primär eine lokal bedeutende Rolle in Eferding (abgesehen von einer Ehrenpräsidentschaft beim Linzer Fußballklub LASK).

Im 18. Jahrhundert entstand nicht nur das heutige Mansardendach, damals wurde auch der Guts- bzw. **Schlossgarten** stark erweitert, mit Eremitage und Orangerie.¹⁴ Vom 27. März 1801 hat sich eine 16-seitige, schön gestaltete „Instruckzion“ von „Heinrich Graf Starhemberg“ für seinen Gärtner Dominik Merk erhalten, ausgefertigt in Linz. Merk war nicht nur für den Garten des Schlosses Auhof, sondern zugleich offenbar auch für Gärten beim (1963 abgerissenen) Schloss Hagen und bei Schloss Riedegg zuständig. In der Zeit „der stärksten Arbeit“ seien „5 Tagelöhner, und 3 Weiber“ gärtnerisch zu beschäftigen, für Beheizung der Glashäuser seien jährlich 27 Klafter Brennholz bewilligt, etc.¹⁵

Ausstellungsort jener Instruktion war eines der drei Linzer **Starhemberg-Freihäuser** (Bauten mit besonderen Privilegien). Das war aber wohl weder das alte Starhemberg-Freihaus mit jetziger Adresse Altstadt 28 (das war ab 1800 Brandruine, 1802 von Heinrich Graf Starhemberg an einen Nichtadeligen verkauft) noch das jetzige Freihaus Starhemberg, Promenade 8 (das kam erst 1802 in Starhemberg-Besitz). Für 1801 kommt als Ausstellungsort eigentlich nur ein weiteres ehemaliges Starhemberg-Freihaus in Frage: einst Ecke Herrenstraße 39 mit Langgasse 16, von Heinrich Graf Starhemberg ebenfalls 1802 verkauft, 1963 abgebrochen für den Neubau des Spitals der Barmherzigen Schwestern.¹⁶

Militärischer Kontext war schon lange vor der NS-Zeit beim Schloss Auhof gegeben. Im Jahre 1809 „fielen hier zwischen den Oesterreichern einer, Franzosen, Baiern und Württembergern anderer Seits öfter kleine **Gefechte** vor, seit welcher Zeit das Schloß beinahe gänzlich vom Meublement entblößt ist“, so ein Zeitgenosse fünfzehn Jahre danach.¹⁷ Auf napoleonischer Seite hatte Marschall Jean-Baptiste Bernadotte den Oberbefehl. Tatsächlich kämpften habsburgische

¹⁰ Knall-Brskovsky 1999, S. 320 f.

¹¹ 1660er-Jahre: bei Baumert 1991, S. 1 (vermutet jene Ansicht als Vorlage für Vischer), 1674 (Stich von Georg Matthäus Vischer) etwa bei Grüll 1966, S. 112 und Knall-Brskovsky 1999, S. 327 (vermutet die Vischer-Ansicht als eigenständig wegen genauerer Details), online verfügbar in der Ansichten-Datenbank des Oberösterreichischen Landesmuseums, www.ortsansichten.at, Volltextsuche nach Auhof (OA L I 75/4).

¹² Vgl. Grüll 1966, S. 116 (dort ohne Differenzierung à la „Christenschulden“, da ja ein erzkatholischer Gläubiger der Profiteur war) und Baumert 1991, S. 3.

¹³ Vgl. Kunsttopographie 1964, S. 220. Eventuell starb er im ebenfalls in seinem Besitz befindlichen Schloss Riedegg (etwa laut <http://gw.geneanet.org/cvpolier?lang=en&p=gundacker+xvi.&n=von+starhemberg> oder auch <http://dcodriscoll.pbworks.com/w/page/9956970/Starhemberg>), aber die Angabe in der Kunsttopographie ist offenbar fundierter.

¹⁴ Vgl. etwa Hirschmann 1966, S. 121 und Rohrhofer 2009, S. 21.

¹⁵ OÖLA, Archiv Starhemberg, Registratur Auhof/Linz, Sch. 69, Faszikel Garten; in jenem Bestand gibt es auch etwa von 1802 eine Auflistung des beachtlichen Orangerie-Bestandes. Hirschmann 1966 bringt nur gedruckte Quellen zum Auhof-Garten.

¹⁶ Zu den zwei ehemaligen Freihäusern Starhemberg und dem jetzigen Freihaus bzw. Palais Starhemberg vgl. Kreczi 1941, S. 24 f., 303 und 290 sowie Kunsttopographie 1966, S. 134 (ehemaliges Portal von Herrenstraße 39 kam ins Schloss Puchenuau); zu Promenade 9 vgl. Kapitel 2.

¹⁷ Pillwein 1824, S. 345.

Truppen hauptsächlich gegen Württemberger und Sachsen, die Bernadotte aus Eferding herangeholt hatte, wenige Tage nach der Besetzung von Linz durch Franzosen und Verbündete, dem Rückzugsgefecht bei Ebelsberg (beides am 3. Mai 1809) und dem Einzug Napoleons in Wien (13. Mai 1809).¹⁸

Konkret wurde am **17. Mai 1809** zwischen Sankt Magdalena und Katzbach sowie um den Pfenningberg gekämpft, auch etwa um die Anhöhe östlich von Schloss Auhof. Dabei ging es auf napoleonischer Seite „darum, die Vereinigung“ der „vor Napoleon sich über Traun und Enns zurückziehenden Streitkräfte mit der in Böhmen stehenden österreichischen Armee unter Erzherzog Karl zu verhindern“. Dabei gab es auf österreichischer Seite 80 Tote, von der Gegenseite sollen mehrere tote Württemberger irgendwo im Raum Dornach begraben worden sein.¹⁹ Im Linzer Stadtmuseum Nordico hat sich eine um 1810 entstandene Bleistiftzeichnung erhalten, auf der links Schloss Auhof mit seinem charakteristischen Mansarddach zu sehen ist: „Die Attak beym Auhof nächst Linz am 17. May zwischen den Oesterreichern, und dem Marschall Bernadotteschen Corps“ (Abbildung 1).²⁰ (Am 16. Mai hatte es ein Gefecht bei Leonfelden gegeben, am 18. Mai ein Gefecht bei Hellmonsödt²¹).

Knapp darauf, am 21./22. Mai 1809, kam es zur ersten Niederlage Napoleons in einer Feldschlacht in der Schlacht bei Aspern, was aber vorerst primär symbolisch bedeutsam war: Am Pariser Triumphbogen ist natürlich nur der folgende Sieg Napoleons in der Schlacht bei Wagram am 5./6. Juli 1809 verewigt. Dabei musste Napoleon allerdings bei jenem Sieg noch viel größere Menschenverluste als bei der Niederlage von Aspern hinnehmen. Deshalb nahm der Franzosenkaiser (dem Rat seiner Generäle widersprechend) ein österreichisches Waffenstillstandsangebot als Ende des „Fünften Koalitionskrieges“ an. Eigentliches Ende jenes Krieges war allerdings der Frieden von Schönbrunn vom 14. Oktober 1809, durch den das Innviertel und ein Teil des Hausruckviertels vorübergehend an Bayern fielen.

Eine bis heute anhaltende Folge der kriegerischen Ereignisse im Raum von Linz und Wien 1809: Neben dem Erzherzog Karl auf österreichischer Seite wurde auch dem Marschall Bernadotte auf napoleonischer Seite noch 1809 wegen Erfolglosigkeit das Kommando entzogen. Deshalb nahm der einstige Revolutionär mit angeblicher Tätowierung „Mort aux rois!“²² einen Ruf aus Schweden an, wurde 1810 als Karl XIV. Johann Kronprinz und dann ab 1818 König von Schweden als Stammvater des heutigen schwedischen Königshauses.

Jenes Gefecht vom 17. Mai 1809 wurde vor allem östlich des Schlosses, auch auf heutigem Science Park-Gelände, ausgetragen. Der **Schlossgarten** wurde dabei anscheinend, anders als das Schlossmobiliar, wenig in Mitleidenschaft gezogen. Dafür spricht ein ausführliches „Verzeichnis deren ausländischen Pflanzen, welche bey der Garten-Uibergabe anno 1811 an den neuen [Auhofer] Hofgärtner Georg Werner übergeben worden sind“ (mit 110 Pflanzenarten).²³ Dafür spricht aber auch, dass der Garten 1812 ohne Einschränkungen als große Sehenswürdigkeit gepriesen wurde, wo noch dazu praktischerweise die Bäume „auf Täfelchen mit ihrem Nahmen bezeichnet“ seien. Dort seien „alle Arten, auch ausländische Bäume und Gesträuche enthalten, welche im hiesigen Klima fortkommen“.²⁴

¹⁸ Vgl. dazu Schweiger 1981, S. 167 ff.; die Besetzung von Linz (neben Franzosen erst vor allem Württemberger, dann Sachsen, dann Bayern) dauerte vom 3.5.1809 bis 5.1.1810, Kaiser Napoleon selbst war erst beim Rückmarsch nach dem Frieden von Schönbrunn (14.10.) am 17.10.1809 kurz in Linz, am Schloss Auhof kam er offenbar nie vorbei.

¹⁹ Wacha 1991, S. 47 (Zitat und Abb.) sowie Bericht auf S. 48; ausführlicher bei Neunteufel 2003, S. 17-20 (Hinweis auf 80 Tote beim „Gefecht bei Katzbach und Dornach“ und die Dornacher Gräber auf S. 20).

²⁰ Bereits etwa publiziert bei Schweiger 1981, Tafel IV, Wacha 1991, S. 47 und Neunteufel 2003, S. 18.

²¹ Vgl. etwa eine Württembergische Regimentschronik auf wiki-de.genealogy.net/DR_26

²² Also „Tod den Königen“, nach einigen Quellen allerdings „Mort aux tyrans!“, was mit König-Sein eher vereinbar gewesen wäre.

²³ OÖLA, Archiv Starhemberg, Registratur Auhof/Linz, Sch. 69, Faszikel Garten; wohl zum selben Kontext von 1811 gehört auch ein Verzeichnis der „Garten Geräthschaften“ und ein Inventar über „Zimmer Einrichtung in der Gärtners Wohnung“, inklusive mehrbändigem Gartenlexikon sowie Büchern über Baumzucht und Baumkrankheiten.

²⁴ Heinse 1812, S. 86 f. (Zitate aus S. 87).

Mehr Probleme als die Gefechte von 1809 machten im Garten anscheinend vandalistische BesucherInnen, wie ein Bericht von 1824 zeigt: „Der Garten war früher dem öffentlichen Besuche geöffnet, welches Vergnügen jedoch allerlei Muthwille verdarb. Indeß hat die Liberalität seines Besitzers dafür gesorgt, daß ihn Honoratioren mit Einlaßkarten vom gräfl. v. Starhembergischen Oberpflegamte in Linz zu jeder Zeit nach Belieben betreten können“ (soll heißen, Garten bzw. Park war damals offenbar gut eingezäunt).²⁵

²⁵ Pillwein 1824, S. 345.

2. Schloss Auhof und die anderen Liegenschaften des späteren JKU-Geländes von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1900

„Heinrich Graf Starhemberg“ (wie er sich selbst in der Auhofer Garten-Instruktion von 1801 unterzeichnete), geboren 1774 als Johann Baptist Heinrich Johann Nepomuk Graf Starhemberg in Zemun (heute Serbien), 1802 Käufer des Starhemberger Freihauses an der Promenade, starb im April 1857 in Wien ohne männliche Nachkommen²⁶. Mit ihm starb deshalb die (gräfliche) Riedegger Linie bzw. Heinrichsche Linie des Hauses Starhemberg aus. Übrigens war auch er kein direkter Nachfahre Gundakars XVI., des Käufers von 1689, sondern dessen Ururgroßneffe gewesen. Gundakars XVI. Sohn Gundemar (geboren 1679 offenbar in Linz oder auch Schloss Auhof) war nämlich 1743 anscheinend in „Au“ bzw. Schloss Auhof gestorben, ohne männliche Nachkommen zu hinterlassen, weshalb sein Besitz an seinen Cousin Emanuel Graf Starhemberg (dem Älteren) gefallen war, dem Urgroßvater des 1857 verstorbenen Heinrich Graf Starhemberg.

Im Sinne des Fideikommiss-Rechtes fiel der Besitz der Riedegger bzw. Heinrichschen Starhemberg-Linie mit Auhof an die **Reichensteiner Linie des Hauses Starhemberg**. Deren Chef, Carl bzw. **Karl Gundaker Graf von Starhemberg** (geboren 1777 in Brünn), war 1809 österreichischer Emissär beim in Schloss Schönbrunn residierenden Napoleon. Er starb allerdings bereits am 3. Oktober 1859 im **Starhemberg-Palais** an der heutigen Adresse **Promenade 9** in Linz. Dort war er aber nie formell Besitzer und auch nie Besitzer von Schloss Auhof; dafür war die Erbschafts-Prozedur nach Heinrich Graf Starhemberg zu langwierig. Karl Gundaker Graf Starhemberg wurde in der Familiengruft in Wartberg ob der Aist beigesetzt.²⁷

Als Familien-Fideikommiss-Besitzer folgte ihm sein 1804 in Pressburg geborener Sohn **Camillo Rüdiger Graf (erst 1860 Fürst) von Starhemberg**. Der musste wegen einer schweren Verletzung bei einer Brandbekämpfung 1833 in Graz seine militärische Karriere beenden. Im Juli 1848 brachte er in Wien bei der Ständeversammlung seine adeligen Standesgenossen dazu, mehrheitlich auf ihre herrschaftlichen Privilegien zu verzichten, hatte also zumindest für einen Moment eine für ganz Österreich historisch wichtige Rolle.²⁸

Für **gemeinsame Vorfahren** des 1857 verstorbenen Heinrich Graf Starhemberg und des ihn letztlich beerbenden Camillo Rüdiger Starhemberg muss insgesamt jeweils neun Generationen zurückgeblättert werden, also durch 18 Zeugungen getrennt, bis zum jüngsten gemeinsamen Vorfahren: Erasmus I. (bzw. der Ältere) Herr von Starhemberg, Herr in Wildberg, geboren um 1500, erste Heirat in Linz 1529, gestorben 1560.²⁹ Im landläufigen Sinne war das also keine „wirkliche“ Verwandtschaft (die war dort blutsmäßig vermutlich näher über irgendeine mütterliche Linie gegeben), in Adelskreisen und speziell bei der Vererbung von Fideikommissen gelten eben eigene Regeln.

Auf jenen Erasmus I. geht auch die Starhemberg-Verwandtschaft des ersten Fürsten Starhemberg aus einer wiederum anderen Linie zurück, Johann Georg Adam Karl Starhemberg, der als Diplomat und enger Berater Maria Theresias 1765 die Fürstenwürde ins Haus brachte, an der erst ab 1860 auch Schloss Auhof quasi teilhaben durfte. Der Enkel jenes ersten Fürsten Starhemberg, Georg Adam II., dritter Fürst Starhemberg, hinterließ nach seinem Tod im April **1860 die Fürstenwürde** samt dazugehörigem Fideikommiss eben an seinen weitschichtigen Verwandten Camillo Rüdiger Starhemberg. Dabei war er offenbar bereits vor seinem Tod in finanzielle Schieflage geraten.³⁰

²⁶ Nähere Details zu Auhof müssten auch in seinen von 1814 bis 1855 erhalten gebliebenen Schreibkalendern sein, OÖLA, Starhemberg Nachträge, Sch. 18 a (die wurden hier nicht durchgesehen).

²⁷ Pfarre Linz-St. Josef, Totenbuch (auf Matricula online bzw. <http://www.data.matricula.info>): damalige Linzer Konskriptionsnummer 784 am „Oberen Graben“ (eben ident mit dem Haus Promenade 9, wo laut Kreczi 1941, S. 290 bzw. laut Landtafel nach dem Tod Heinrich Graf Starhembergs erst 1863 Camillo Rüdiger Graf Starhemberg als nächster Besitzer eingetragen wird).

²⁸ Vgl. Österreichisches Biographisches Lexikon, Online-Version www.biographien.ac.at

²⁹ Geburt entweder 1497 oder 1503. Die erste Ehe war mit Anna Gräfin Schauberg, was später den Übergang der großen Schauburger Besitzungen inklusive Eferding an Starhembergs zur Folge hatte.

³⁰ Vgl. OÖLA, Registratur Auhof (Eferding-Starhemberg/Auhof), Sch. 10 und 11: Fürst Georg Adam Starhembergische Konkursmasse 1859-1867 bzw. 1860-1862.

Oben wurde bereits das von Heinrich Graf Starhemberg 1802 von einem bürgerlichen Baumwollstrumpffabrikanten erworbene **Linzer Starhemberg-Haus** mit jetziger Nummer **Promenade 9** erwähnt. Rechts oberhalb des heutigen Durchgangs zur heutigen Arkade-Passage ist noch die alte Konstitutionsnummer 784 zu sehen, dazu über dem Portal das offenbar zentrale Symbol des Familienstolzes aller Starhembergs, inklusive entsprechender Auhof-Besitzer: Über dem Starhemberg-Wappen ragt ein spitzer Turm auf, der den oberen Teil des Wiener Stephansdoms darstellen soll.³¹ Von dort aus managte **Graf Ernst Rüdiger Starhemberg 1683** die Abwehr der zweiten Wiener **Türkenbelagerung**, und durfte dafür dann den Stephansturm in seinem Wappen führen. Das Problem dabei: Weder Georg Adams II. und Camillo Rüdigers Starhemberg-Vorfahrenlinien noch die Namenslinie des 1857 gestorbenen Heinrich Graf Starhemberg haben jenen Ernst Rüdiger als Vorfahren. Im landläufigen Sinne besteht da eigentlich ebenso wenig „wirkliche“ Verwandtschaft wie auch zwischen den drei genannten Linien untereinander.³² Wenn jener 1683 so bedeutsame Ernst Rüdiger vom gleichnamigen Heimwehrführer 1933 als „Ahnherr“ bezeichnet wurde, war das genealogisch schlicht und einfach falsch, aber eben Politik mit (verfälschten) Symbolen.³³

In Bezug auf jenes Stadtpalais Linz Nr. 784 (später Promenade 9) und wohl auch in Bezug auf Schloss Auhof wurde der Besitzwechsel vom 1857 verstorbenen Heinrich Graf Starhemberg zum nunmehrigen Fürsten Camillo Rüdiger Starhemberg erst durch Einantwortung vom Jänner 1863 vermerkt.³⁴ Auch der hielt sich offenbar zeitweise häufiger in Schloss Auhof auf. Dafür spricht ein Verzeichnis der „in der Capelle zu Auhof gelesenen Messen“ von Jänner bis Juli 1869 und Jänner bis Dezember 1870 (sowie, was seinen Sohn Camillo Heinrich betrifft, 29.6.-7.7.1872 und Juni bis November 1873).³⁵ Camillo Rüdiger Starhemberg starb im Juni 1872 in Wien.

Besitznachfolger wurde sein Sohn **Camillo Heinrich als fünfter Fürst Starhemberg**.³⁶ Der gewann bereits 1870 ein Mandat im obderennsischen (oberösterreichischen) Landtag, zuerst (sein Vater lebte da ja noch) nicht als Mitglied der Großgrundbesitz-Kurie, sondern für den Wahlbezirk Eferding der Städte und Industrialorte, dann bis 1874 in der Großgrundbesitz-Kurie im Landtag bis 1874, nur 1871/72 auch kurz im Wiener Reichsrat. Nach dem Tod des Vaters war er erbliches Mitglied im Wiener Herrenhaus. Bei seiner dortigen Jungfernrede 1873 und offenbar auch noch in den 1880er-Jahren setzte er sich für ein sozial gerechteres Wahlrecht ein (laut seinem Enkel angeblich sogar für ein „allgemeines und gleiches Wahlrecht“³⁷), was ihm den Spitznamen „rote Durchlaucht“ einbrachte.

In indirektem Bezug auf Auhof stellte Slapnicka fest: „**Finanzschwierigkeiten**, die in der Familie schon vor Camillo [Heinrich] Starhemberg aufgetreten waren, zwangen ihn, sein politisches Wirken einzuschränken. Seine Güter wurden unter Sequestur gestellt, die erst nach einigen Jahren aufgehoben wurde. Immerhin mußte fast der ganze Allodialbesitz verkauft werden, so daß nur der – zweifellos auch noch beträchtliche – Fideikomißbesitz übrig blieb“. 1875/76 tauchte er in Nordamerika unter, seine Frau trennte sich von ihm.

In Grundbuch und Landtafel schaute das so aus: Laut Beschluss vom 12. November 1874 wurde am 10. Dezember 1874 die „**Curatel**“ über **Camillo Heinrich Fürst Starhemberg** „wegen **Verschwendung**“ vermerkt. Kurator war Moritz von Eigner, nicht nur Advokat und Präsident der österreichischen Advokatenkammer, sondern als liberaler Politiker von 1868 bis 1884 (mit kurzen

³¹ Vgl. Kreczi 1941, S. 290 und Kunsttopographie 1977, S. 362; das Portal entstand schon um 1720, als das Gebäude einem Grafen Thierheim bzw. Thürheim gehörte.

³² Vgl. Datenbanken auf gw.geneanet.org (etwa von Christoph Graf Polier) sowie Gotha-Angaben auf www.angelfire.com/realm/gotha/gotha/starhemberg.html (der jüngste gemeinsame Vorfahre des Türkenbekämpfers und der hier behandelten drei Starhemberg-Linien ist offenbar der erwähnte Erasmus I.).

³³ Vgl. Foto vom 14.5.1933 in Starhemberg 1991, bei S. 252: „250-Jahr-Feier zur Befreiung Wiens von den Türken. Starhemberg vor dem Denkmal seines Ahnherrn, der die Verteidigung Wiens befahl.“ Bei den damaligen Reden wurde der Heimwehrführer immer als „Ernst Rüdiger Starhemberg“ bezeichnet, nicht „Fürst“ oder „von“ (Siehe: <http://www.tuerkengedaechtnis.oeaw.ac.at/feierlichkeit/%e2%80%9aturkenbefreiungsfeier-des-heimatschutzes-14-mai-1933>). Dort findet sich auch etwa das Zitat aus einer Nazi-Zeitung über faule Eier, „die Herr Starhemberg teils in sein von einer jüdischen Nase gezieltes Gesicht bekam“).

³⁴ Kreczi 1941, S. 290.

³⁵ OÖLA, Starhemberg Nachträge, Sch. 52 (Nachlass Ernst Rüdiger Starhemberg senior).

³⁶ Zu seiner Biographie vgl. v.a. Slapnicka 1983, S. 200-202 und Österreichisches Biographisches Lexikon, Online-version auf www.biographien.ac.at.

³⁷ Starhemberg 1991, S. 29 f.

Unterbrechungen) Landeshauptmann von Oberösterreich.³⁸ Ein extrem hochrangiger Entmündigter erforderte eben einen extrem hochrangigen Kurator („Sachwalter“ gab es in Österreich erst ab 1984). Camillo Heinrichs Enkel Ernst Rüdiger (junior) stellte in seinen Memoiren dazu fest: „Hemmungslos war mein Großvater im Ausgeben von Geld“ (gefolgt von Beispielen).³⁹ Mit einem Landeshauptmann als Vermögensverwalter hatte dann auch Enkel Ernst Rüdiger Starhemberg 1952 zu tun, mehr dazu in Kapitel 18.

Zum ab 1874 fast fünfzehn Jahre lang unter „Curatel“ stehenden Besitz gehörten nicht nur die Landtafel-Liegenschaft EZ 1119 mit dem engeren Schlossbereich, sondern auch **andere Liegenschaften**, etwa die Liegenschaft EZ 169 der KG Katzbach⁴⁰, inklusive der damaligen Parzelle 1592 direkt nördlich des Schlossteichs. Dasselbe galt für die ebenfalls Starhembergischen ledigen Gründe der Grundbuchs-Liegenschaft EZ 73 der KG Katzbach, inklusive der Wiesen-Parzelle 755, im heutigen JKU-Bereich westlich des Uni-Teichs, erst 1969 von den Starhembergs verkauft. (Aus anderen Parzellen jener Liegenschaft entstanden die Häuser Wolfauer Straße 63, 65 und 96). Die alten Parzellen im ursprünglichen JKU-Gelände mit Stand 1962 sind auf Abbildung 10 zu sehen; gegenüber 1945 gab es da nur wenige Änderungen, sehr wohl dann aber später (siehe Kapitel 20).

Zur „Verschwendung“ Camillo Heinrich Starhembergs gehörte vielleicht auch der Erwerb des **Niedermaiergutes** Dornach 5 und 8 durch Kaufvertrag vom 1. April 1873 (EZ 71 der KG Katzbach, ortsübliche Hausnamens-Schreibweise war offenbar, anders als im Grundbuch, Niedermayr⁴¹). Jene Liegenschaft einer Familie Neunteufel, auf der in der NS-Zeit das Lager Dornach und später der südwestliche Bereich des JKU-Geländes entstehen sollten, wechselte laut einem Nachkommen des Verkäufers „unter eigenartigen Umständen“ den Besitzer, wobei eine Art von Protestantenverfolgung durch den erkatholischen Nachbarn angedeutet wird. Das ganze Anwesen sei in der Folge allerdings an das BesitzerInnenpaar des Schöllgutes Furth 14 verpachtet gewesen, dann an eine andere Familie.⁴²

Andere **Grundstücke im späteren JKU-Bereich gehörten** im 19. Jahrhundert **weiterhin Bauernfamilien** wie den Lehnern von der Märzenhofstatt Katzbach 22 (KG Katzbach EZ 150, später Statznergutweg 14, inklusive Parzelle 757 westlich des Schlossteichs und heutigen Uni-Teichs) oder den Willnauers vom Leitnergut, Furth 10 (später Further Straße 17, inklusive Parzelle 756 nordwestlich des Schlossteichs). In bäuerlicher Hand (1887 Anna Bauer) war damals im späteren JKU-Bereich auch etwa noch die große Parzelle 1594 nördlich des Schlossteichs. Diese Parzelle gehörte nämlich zum Mayrgut in Elmburg 9 (später Fließbergweg 5) und damit erst 1894 dem „Institut der barmherzigen Schwestern“ in Linz (EZ 184 der KG Katzbach, Namen später erweitert auf „Institut der barmherzigen Schwestern nach der Regel des hl. Vinzenz v. Paul mit dem Mutterhause in Wien, Gumpendorferstrasse Nr. 108“). Den entsprechenden (verpachteten) landwirtschaftlichen Betrieb gab es auch in Ordensbesitz noch längere Zeit (jetzt nur mehr Erholungs- und Exerzitions Haus). (Zu den Parzellen 757, 756 und 1594 auch etwa in Kapitel 6, vgl. Abbildung 10; mit jenem Wiener Mutterhaus hatte dann auch die Wehrmacht in Sachen Lazarett zu tun, siehe Kapitel 8).

Ebenfalls mit Kuratel-Bezug, aber in bäuerlicher Hand waren damals zwei kleinere Parzellen knapp nördlich der Wolfauer Straße nahe Schloss Auhof, die in der NS-Zeit für den Bereich des Heeresstandortlazaretts vorgesehen waren: Die Parzellen 1572 und 1573 gehörten zum Anwesen Auhof 5 (KG Katzbach EZ 172), das 1888 von Johann und Maria Mayr erworben wurde. Johann Mayr wurde 1889 unter Kuratel gestellt und blieb es offenbar bis zum Tod. Ab 1925 gehörte das Anwesen seiner Gattin. Ihre Nachkommen verkauften die 1961 als eigene EZ 1227 ausgegliederte Parzelle 1573, inklusive dem ehemaligen Bereich von Parzelle 1572, 1968 an das Land

³⁸ Zu Eigner vgl. Slapnicka 1983, S. 70-74; gleich nach seinem Tod 1900 wurde nach ihm die Linzer Eignerstraße benannt.

³⁹ Starhemberg 1991, S. 27 bzw. 29.

⁴⁰ Von dieser Liegenschaft ist das alte A-Blatt im Neuen Grundbuch (stark beanspruchtes erstes Blatt eines dicken Bandes) verschollen. Beim „Umschreiben“ im November 1961 ging viel an alten Informationen verloren (etwa laut alten Karten zu Parzelle 1593 neben 1592, woraus nach 1945 eine größere Parzelle 1592 wurde).

⁴¹ Vgl. Neunteufel 2003, S. 128.

⁴² Neunteufel 2003, S. 128, datiert den Besitzübergang auf 1872, laut Grundbuch aber 1873. Laut Grundbuch entstanden vermutlich im Kernbereich jener Liegenschaft wohl an Stelle des alten Bauernhauses später die Häuser Mengerstraße 9 und 11. Das Bauernhaus Furth 14 wurde 1973 für den Bau des Hochwasserschutz-Dammes abgetragen (ebenda, S. 169).

Oberösterreich; jetzt ist dort eine kleine Sportanlage.⁴³ Auhof 5 (und 6) war der „Moar in Auhof“ (jetzt Altenberger Straße 77). Das Anwesen ist neben dem knapp nördlich von Schloss Auhof noch bestehenden Moar-Teich, der uns im Kapitel 9 noch beschäftigen wird. „Moar“ bezieht sich dabei offenbar auf die Familie Mayr, und nicht auf einen ehemaligen Status als Meierhof des Schlosses (siehe Kapitel 1).

Doch zurück zur „Curatel“ über Camillo Heinrich Starhemberg ab Ende 1874: Erst knapp ein Jahr später, im Jänner 1876, und damit erst dreieinhalb Jahre nach dem Tod des Vaters (Camillo Rüdiger) erfolgen Einantwortung und deren Eintragung in Bezug auf die Schloss-Liegenschaft Landtafel EZ 1119. Erst dadurch wird für Schloss Auhof „das durch das Fideikommissband beschränkte Eigentumsrecht zu Gunsten des Herrn Camillo Heinrich Fürsten Starhemberg einverleibt“. Der **Kuratel-Beschluss** von 1874 wird in der Landtafel erst durch Bescheid vom 5. Juni 1889, eingetragen am 25. September **1889, gelöscht**. Bei anderen seiner Liegenschaften wurde die Löschung der Kuratel-Anmerkung erst später eingetragen, beim erwähnten Niedermaiergut erst im März 1890 (EZ 71 der KG Katzbach).

Da hatte sich Camillo Heinrich Starhemberg bereits wieder einigermaßen finanziell erholt, gefolgt von privater Konsolidierung: Seine Ehe mit Sophie Gräfin Sickingen-Hohenburg war 1876 geschieden worden, ab 1890 war das Paar wieder zusammen. In Auhof war er aber offenbar selten, da er überwiegend in Hubertendorf bei Amstetten und in Wien lebte, die Gattin bzw. Ex-Gattin mehr in Bad Ischl (wo sie auch 1913 starb).

Ab 1892 setzte er sich bei seinen Standesgenossen für die Friedensideen der Bertha von Suttner ein, was in deren Memoiren gewürdigt wurde. Er war zugleich aber auch etwa Präsident der Steyrer Waffenfabrik. 1898 schenkte er sein **Schloss Hartheim** in der Gemeinde Alkoven dem Oberösterreichischen Landeswohltätigkeitsverein, der dort ein damals so genanntes „Idiotenheim“ einrichtete. Jene Einrichtung für Behinderte sollte dann bekanntlich in der NS-Zeit noch viel schrecklichere Bedeutung erlangen als die NS-Tätigkeiten im Raum Auhof. Im Februar 1900 starb Camillo Heinrich Starhemberg in Wien und wurde in der ehemaligen Wenzelskirche in Wartberg ob der Aist begraben (Das dortige Schloss Haus gehörte ja auch zum Familienbesitz). Er hinterließ trotz vorübergehender Konsolidierung „recht ungeordnete Vermögensverhältnisse, **unglaublich hohe Schulden** und zahlreiche, kaum erfüllbare Legate zu Gunsten von Förstern, Jägern und sonstigen Angestellten und zu Gunsten zahlreicher Frauen“. Die Erinnerung an ihn sei deshalb (so sein Enkel Ernst Rüdiger junior) in Anwesenheit von Ernst Rüdiger senior „verpönt“ gewesen.⁴⁴

Eine **Übersicht über die Liegenschaft Schloss Auhof** (oberösterreichische Landtafel EZ 1119) von **1896** nennt einen Schätzwert von 133.405 Gulden (was mehr als einer Million Euro entspricht), Grundsteuer 334 Gulden 54 Kreuzer, Katastral-Reinertrag 1473 Gulden 73 Kreuzer. Ausmaß in Hektar: Bauarea 0,7377, Gärten 7,2667, Äcker 18,2472, Wiesen 7,4217, Weiden 0,7240, Waldungen 28,1755, gesamt 62,5738 (gerundet also 63 Hektar). Die Verwaltung erfolgte über die Forst-Direktion und Güterverwaltung in Linz, deren Personal bei der Herrschaft Eferding angeführt wird. Verpachtet sei „alles mit Ausnahme des Parkes parzellenweise“. Das „Bräuhaus in Auhof“ (im Westbereich des Schlosskomplexes) war an Florian Prenn verpachtet. Als Wohnsitz des Besitzers, „Camillo Heinrich Reichsfürst von Starhemberg“, wird dort Hubertendorf genannt.⁴⁵

⁴³ Laut Gusenbauer – Mörth 2008, S. 32 „ÖTB Turnverein Linz Dornach“ (die Anlage schaut allerdings verwaist aus, und kommt auch nicht im aktuellen Online-Kursprogramm des ÖTB TV Linz vor).

⁴⁴ Starhemberg 1991, S. 29; zum Grab in der „Wenzelskapelle bei Prägarten“ (Pregarten) ebenda, S. 30, mit Rundblick „in das Land, das für uns Starhembergs seit tausend Jahren Heimat ist“.

⁴⁵ Schematismus 1896, S. 10 (bzw. S. 17 Beamte der Administration). Schätzwert der übrigen Herrschaften, die damals im Besitz Camillo Heinrich Starhembergs waren: Eferding 186.400 Gulden, Eschelberg und Lichtenhaag 121.886, Hartheim 36.062, Schloss Haus 78.590, Oberwallsee 56.800, Reichenau 75.928, Reichenstein 55.666, Riedegg und Praittenbruck 70.600, Schaumburg und Gstettenau 208.188, Waxenberg 831.643 sowie Wildberg und Lobenstein 630.771 Gulden (dazu Landgut Stroheim 10.534; beim Palais in Linz und einer ebenfalls landtäflichen weiteren Liegenschaft in Eferding steht kein Schätzwert dabei).

3. Auhof und die Starhembergs von 1900 bis 1937

Camillo Heinrich Starhembergs Nachfolger beim Fideicommiss-Besitz (samt Herrenhaus-Sitz und erblichem Titel eines Erblandmarschalls von Österreich ob und unter der Enns) und sechster Fürst von Starhemberg wurde sein Sohn Ernst Rüdiger (senior). Die entsprechende Einantwortung vom November 1905 durch „**Ernst-Rüdiger Fürst Starhemberg**“ wurde im selben Monat in der Landtafel eingetragen, also fast sechs Jahre nach dem Tod des Vaters. Bei anderen Liegenschaften ging dies rascher, so beim erwähnten Niedermaiergut in Dornach 5 Einantwortung vom Jänner 1902, eingetragen im Februar 1902 (EZ 71 der KG Katzbach).

Dieser Ernst Rüdiger (nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Heimwehrführer) war 1861 im Schloss Bergheim (Feldkirchen an der Donau) zur Welt gekommen. Die Starhembergs hatten eben die Qual der Wahl bei Aufenthaltsorten. Schloss Bergheim war nur 1812 bis 1867 in Starhemberg-Besitz; offenbar hing auch dessen Verkauf 1867 mit Finanzbedarf Camillo Rüdiger von Starhembergs zusammen.

Wohl auf jenen Ernst Rüdiger Starhemberg (senior) bezieht sich eine weitere Überlieferung aus jener Familie, der von Camillo Heinrich Starhemberg 1873 auf dubiose Weise das Dornacher Niedermaiergut abgeluchst worden sei (inklusive späterem Südwestbereich des JKU-Geländes): Die 1880 geborene Johanna Neunteufel „war ein ausgesprochen hübsches Mädchen. Und so passierte es, daß sie dem Schloßherrn auffiel. Es wurde erzählt, daß ihr der Herr amouröse Avancen machte, worauf sie sich „Hals über Kopf“ in ihn verliebte. Als sie merkte, daß es nur ein galantes Spiel war, floh sie aus Liebeskummer von Dornach nach Böhmen.“⁴⁶

1898 heiratete Ernst Rüdiger (senior) jedenfalls in Wien Gräfin Franziska Larisch, wohnte mit ihr vor allem in Eferding und Wien, aber bereits von Beginn an mit häufigeren Aufenthalten im Schloss Auhof, das nach dem Ersten Weltkrieg zeitweise fürstlicher Hauptwohnsitz wurde.

Als Beleg dafür hat sich das „**Gäste-Einschreibbuch** des Fürsten Ernst Rüdiger und der Fürstin Franziska Starhemberg-Larisch **Schloss Auhof** 1902 - 1928“ erhalten, eigentlich 1903 beginnend, nur bis 1923 mit genaueren Datierungen.⁴⁷ So war etwa am 12. Mai 1906 Professor Anton Eiselsberg zu Gast (sein Adelsprädikat „von“ weglassend, Pionier der Unfallchirurgie). Am 14. Oktober 1906 waren Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und Gattin „Sophie Hohenberg“ im Schloss Auhof, also acht Jahre, bevor beider Ermordung den Ersten Weltkrieg auslösen sollte.⁴⁸ Am 3. Oktober 1910 trug sich „Rudolph Bischof von Linz“ ein, also jener Bischof Rudolph Hittmair, der 1915 in Folge der Betreuung serbischer (orthodoxer, also nicht-katholischer) Kriegsgefangener des Lagers Mauthausen an deren Krankheit Flecktyphus sterben sollte. (Mauthausen war ja schon im Ersten Weltkrieg Lagerstandort). Am 28. September 1917 war „Dr. Ignaz Seipel“ erstmals zu Gast, knapp vor seiner Politiker-Karriere, ein zweites Mal ungefähr 1924 bereits als Bundeskanzler in Schloss Auhof. Um jene Zeit trug sich auch Erasmus von Handel ein, ehemaliger Statthalter des Landes ob der Enns.

Ernst Rüdiger Starhemberg (senior) gehörte 1902 bis 1914 als Konservativer dem Landtag an, und war 1908 auch kurz als möglicher Landeshauptmann im Gespräch (das wurde dann Prälat Hauser). Politisch bedeutender und aktiver war allerdings seine Gattin, Fürstin **Franziska Starhemberg**. Ab 1918 nannte sie sich einfach „**Fanny**“ oder auch „**Fanni Starhemberg**“, denn, wie sie einmal zu Bundespräsident Michael Hainisch sagte: „Uns macht die Aufhebung des Adels nichts, wir bleiben mit oder ohne den Titel immer die Starhembergs“.⁴⁹

1875 als Gräfin Larisch von Moennich geboren, war sie zuerst vor allem für Linzer Institutionen karitativ tätig, und kümmerte sich darum, „den desolaten Starhembergischen Familienbesitz auf

⁴⁶ Neunteufel 2003, S. 129; Johanna Neunteufels Geburt ist im protestantischen Taufbuch von Linz zu finden (AStL, Mikrofilm 574, 12.2.1880), später war sie offenbar wieder in Oberösterreich, laut Foto bei Neunteufel 2003, S. 129 als verehelichte Artlesmair. Der „Schlossherr“ könnte theoretisch auch noch Camillo Heinrich gewesen sein, 45 Jahre älter als Johanna Neunteufel (siehe die zitierten Legate „zu Gunsten zahlreicher Frauen“).

⁴⁷ OÖLA, Starhemberg Nachträge, Sch. 52 (Nachlass Ernst Rüdiger Starhemberg senior).

⁴⁸ Das damalige „Linzer Volksblatt“ meldet damals zwar nichts zu Auhof, wohl aber einen Besuch des Thronfolger-Paares am 15.10.1906, also tags darauf, im Stift Sankt Florian.

⁴⁹ Zitiert aus https://heraldik-wiki.de/wiki/Österreichischer_Adel.

neue Grundlagen zu stellen.“⁵⁰ Finanzielle Probleme waren sowohl davor als auch danach immer wieder ein Leitmotiv Starhembergischer Besitzgeschichte im Auhof-Kontext. Immerhin konnte Franziska Starhemberg aber für den 1906 bis 1908 errichteten neuen Spitalstrakt der Barmherzigen Schwestern in Linz großzügig spenden.⁵¹

Bei Kriegsbeginn 1914 stellte das Ehepaar Starhemberg **Schloss Auhof als Lazarett** zur Verfügung, was primär Initiative der Fürstin war. Dort wurden unter der Obhut des Roten Kreuzes gleichzeitig rund 40 Mann gepflegt.⁵² Neben hochrangigen Tätigkeiten für das Rote Kreuz und im katholischen Vereinswesen saß Franziska Starhemberg für die Christlichsozialen 1920 bis 1931 im Bundesrat, war dann auch noch 1936 im „Führerrat der Vaterländischen Front“. Im Amtskalender 1930 scheint sie als Funktionärin von neun oberösterreichischen Institutionen auf, von denen eine sogar ihren Sitz im Linzer Starhemberg-Palais hatte,⁵³ während im selben Schematismus ihr Sohn Ernst Rüdiger nur als Präsident des Oberösterreichischen Jagd-Schutzvereins aufscheint.

1938 vorübergehend von NS-Behörden inhaftiert, starb Franziska Starhemberg 1943 quasi im Exil in Schlesien, allerdings auf Starhemberg-Besitzungen. Camillo Rüdiger Starhemberg hatte eben durch den Zuwachs aus den 1857 mit Heinrich und 1860 mit Georg Adam II. Starhemberg jeweils im Mannesstamm ausgestorbenen Linien einen unüberschaubaren Bestand an Schlössern und anderen Realitäten angehäuft.

Doch zurück zu unserer eigentlichen Schlossgeschichte. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs planten öffentliche Stellen, Schloss Auhof weiterhin für soziale Zwecke zu verwenden, es zu **beschlagnahmen** (was aber offenbar nicht durchgeführt wurde): Mit 3. November 1919 wurde in die EZ 1119 der Landtafel ein Antrag des „D. Ö. [Deutsch-Österreichischen] Staatsamtes für soziale Verwaltung“ auf „Zulässigkeit der Inanspruchnahme dieser Liegenschaft nach §§ 4 oder 5 des Gesetzes St.G.Bl. Nr. 309 vom 30. Mai 1919“ eingetragen, was zweieinhalb Jahre Bestand hatte. „Auf Antrag des Ernst Rüdiger Starhemberg“ (nunmehr in der Landtafel gesetzeskonform ohne Titel) wurde am 29. Dezember 1922 jene „Anmerkung der Zulässigkeit der Inanspruchnahme gelöscht“.

Das Zitat bezieht sich (wie ein Blick in das zitierte Gesetz auf alex.onb.ac.at zeigt) auf ein „Gesetz über die Errichtung und Unterbringung von **Volkspflegestätten**“. Laut § 1 waren das „öffentliche Heil- und Pflegestätten (insbesondere für Kriegsinvalide, Arbeitsinvalide und an Tuberkulose Erkrankte) sowie öffentliche Kinder- und Jugendfürsorgestätten“. Dafür konnten laut jenem Gesetz „Schlösser, Paläste und andere derartige Luxuswohngebäude [...] vom Staate in Anspruch genommen werden“.

Wie unbeliebt die Starhembergs damals in Linz waren, zeigt ein 1923 erschienener Zeitungsbericht über eine Linzer Gemeinderats-Sitzung: Der Einspruch des Herrn Ernst Rüdiger Starhemberg gegen „Kutschwagensteuer“ (sprich Luxussteuer) sei abgewiesen worden. Dabei wurde „der Reichtum der Familie und die **Pracht der Feiern** im Hause Starhemberg“ vermerkt.⁵⁴

Diese Pracht betraf nicht nur das Linzer Starhemberg-Palais, sondern auch Schloss Auhof, wo es in der Zwischenkriegszeit rauschende Sommerfeste samt Gondelfahrten auf dem Schlossteich gab.⁵⁵ Dazu passt, dass eine Linzer Zeitung 1923 über einen Schmuckdiebstahl in Schloss Auhof berichtete: Ein Dienstmädchen der Familie Starhemberg entwendete aus deren Besitz eine mit Diamanten besetzte Brosche im Wert von einer Milliarde Kronen sowie andere Sachen um eineinhalb Millionen Kronen (damals war allerdings Inflation). Den Schmuck habe die „Elster“

⁵⁰ Slapnicka 1976, S. 250 (gesamte Biographie: S. 250-252).

⁵¹ Spende: Slapnicka 1976, S. 250, Datierung des Zubaus: Kunsttopographie 1964, S. 46.

⁵² Slapnicka 1976, S. 250 und Neunteufel 2003, S. 35 f.; Starhemberg 1991, S. 36 nennt in diesem Kontext nur Eferding, Lazarette waren aber im Ersten Weltkrieg auch etwa im Starhemberg-Schloss Haus bei Wartberg ob der Aist.

⁵³ Mitglied des Oberösterreichischen Landesschulrates, Präsidentin der Katholischen Frauenorganisation für Oberösterreich, Präsidentin des Isabellen-Kinderspitalvereines (mit Sitz im Starhemberg-Palais Promenade 9), Präsidentin des Landesverbandes der katholischen weiblichen Jugend, Landespräsidentin des Landesvereins der Patronage für christliche Arbeiterinnen, Dienstmädchen und Kinder, Obmann-Stellvertreterin des Vereins für christliche Volksbildung in Oberösterreich, Vizepräsidentin des Katholischen Volksvereins für Oberösterreich, Vizepräsidentin des Landesvereins vom Roten Kreuz für Oberösterreich sowie Vizepräsidentin des Vereins zur Unterstützung von Witwen und Waisen nach Angehörigen der bewaffneten Macht für Oberösterreich.

⁵⁴ Linzer Volksstimme 29.9.1923, S. 5, zitiert aus Eintrag im Archiv-Informationssystem des AStL.

⁵⁵ Neunteufel 2003, S. 104.

Henriette Marsoner (so die Zeitung deren Gerichtsaussage referierend) „über die Parkmauer auf die Straße“ geworfen (also Beleg für die Existenz jener Mauer). Das Urteil lautete auf zwei Jahre Kerker.⁵⁶

Umgekehrt hatte sich Linz schon im November 1918 bei Ernst Rüdiger Starhemberg junior unbeliebt gemacht, als er dort am Weg zum elterlichen Promenade-Palais von Gegnern und auch Gegnerinnen der Monarchie attackiert und blutig geprügelt wurde. Sein Offizierssäbel wurde ihm zerbrochen. Das war allerdings gegen eine größere Gruppe von Offizieren gerichtet, und eher nicht direkt gegen die Familie Starhemberg.⁵⁷ Davor war er wegen Ruhr in jenem Linzer Garnisonsspital gewesen, von dem noch in Kapitel 8 die Rede sein wird.

Sein Vater starb am 16. November 1927 im Schloss Auhof an Angina pectoris, nachdem der „H[ochwürdige] H[err] Schloßseelsorger Schließleder“ die Krankensalbung vorgenommen und die Beichte abgenommen hatte.⁵⁸ Begraben wurde er in der Familiengruft in Eferding. Der Eintrag dazu im Totenbuch der Pfarre Sankt Magdalena hielt wenig von der in der Landtafel berücksichtigten Abschaffung der Adelstitel durch die Republik: „Ernst Rüdiger (Reichsfürst von) Starhemberg, Herrschaftsbesitzer, (Graf von Schaumburg und Waxenberg, Herrschaft Wildberg und Lobenstein, wirkli[cher] geheimer Rat und Kämmerer, Oberster Erblandmarschall zu Oesterreich ob und unter der Enns) Oberst a.D.“

Besitznachfolger auch in Schloss Auhof war sein erwähnter gleichnamiger Sohn, der 1899 im Eferdinger Familienschloss geborene **Ernst Rüdiger (siebenter Fürst von) Starhemberg** (manchmal auch als Ernst Rüdiger II.). Seine Trauung mit der (allerdings jungen) „Altgräfin“ Maria-Elisabeth Salm-Reifferscheidt wurde am 4. September 1928 mit Schlossadresse Auhof 1 im Trauungsbuch der Pfarre Sankt Magdalena eingetragen, fand aber im Wiener Stephansdom statt (Altgräfin bedeutet speziell alten Adel). In zweiter Ehe heiratete er dann 1937 die Wiener Burgtheater-Schauspielerin Nora Gregor.

1927/28 begann auch die Karriere von Ernst Rüdiger Starhemberg (junior) in der **Heimwehr**, einer Kampfformation für einen konservativ-autoritären Staat. Das war primär gegen die Sozialdemokratie und gegen die Demokratie allgemein gerichtet, erst später auch vehement gegen den Nationalsozialismus. Dabei war der junge Ernst Rüdiger Starhemberg als Student 1923 noch glühender Hitler-Verehrer und Antisemit, was er später bedauerte.⁵⁹ Er selbst verwendete in seinen Memoiren anstelle von „Heimwehr“ fast durchwegs den Begriff „**Heimatschutz**“. Das schien ihm offenbar besser geeignet, die von ihm betriebene Ersetzung der Demokratie durch eine Diktatur zu rechtfertigen.⁶⁰

1930 bis 1936 war Ernst Rüdiger Starhemberg Bundesführer der Heimwehr, 1930 kurz Innenminister, vom Mai 1934 bis Mai 1936 **Vizekanzler** des Dollfuß-Regimes. Nach der Dollfuß-Ermordung im Juli 1934 galt Starhemberg als Favorit für die Nachfolge als Bundeskanzler, was er aus verschiedenen Gründen dann doch nicht wurde, unter anderem wegen des Widerstandes von Bundespräsident Miklas, der ihn angeblich nicht angeloben wollte. Starhembergs Ausscheiden aus der Politik 1936 war nicht ganz freiwillig. Da spielten mehrere Komponenten eine Rolle, so die Ausschaltung der Heimwehr und die Annäherung des Schuschnigg-Regimes an Nazi-Deutschland im Juli-Abkommen, aber auch etwa der Phönix-Skandal (kriminelle Machenschaften rund um eine Versicherung).⁶¹

⁵⁶ Tagblatt, 23.5.1923, S. 9, übermittelt von Manfred Carrington.

⁵⁷ Starhemberg 1991, S. 37 f.

⁵⁸ Das war offenbar der spätere Monsignore Johann Schließleder, laut Oberösterreichischem Lehrerhandbuch 1938 geboren 1893 in Wernstein, 1937 bis 1958 Schuldirektor und bis 1960 auch Anstaltsdirektor der Taubstummenanstalt Kapuzinerstraße 40 (vgl. Text von Angela Wegscheider von 2016 auf bidok.uibk.ac.at/library/wegscheider-hilfe.htm, Anm. 115).

⁵⁹ Er war schon 1918/19 an der Bildung einer Heimwehr-Vorläuferorganisation beteiligt (Starhemberg 1991, S. 39 f., offenbar in der Gegend des Starhemberg-Anwesens Waxenberg). Über seine Hitler-Begeisterung ebenda, S. 58–64 (Teilnahme am Marsch zur Feldherrnhalle beim Putschversuch 1923 in München „einige hundert Meter hinter der ersten Reihe“, S. 64); über seinen damaligen Antisemitismus ebenda, S. 307 (da habe er noch „selbst an die blöden und verlogenen Theorien von der reinen, nordischen Edelfrasse und ihrem edlen Sinn und den böartigen Eigenschaften des tiefressigen Judentums geglaubt“).

⁶⁰ Seine Beteiligung an der Beseitigung der Demokratie 1933/34 rechtfertigte er im Exil damit, dass es „in der Republik Österreich niemals einen Zustand gegeben“ habe, „der die Bezeichnung Demokratie verdient“ (Starhemberg 1991, S. 142 bzw. ausführliche Rechtfertigung S. 142–148).

⁶¹ Zur ersten Orientierung über die vielfältigen Rücktrittsründe sind der aktuelle deutschsprachige Wikipedia-Artikel über Ernst Rüdiger Starhemberg und dortige Links durchaus geeignet.

Über Starhembergs politisches Engagement kam es auch zu Differenzen mit seiner Mutter Franziska bzw. „Fanny“, die zeitweise aus Auhof nach Bad Ischl verbannt wurde.⁶² Die Differenzen waren allerdings wohl nicht nur politischer, sondern auch ökonomischer Natur: Gleich am Beginn seiner Memoiren legte Starhemberg darauf Wert, Unmengen von eigenen finanziellen Mitteln in den Ausbau der Heimwehr gesteckt zu haben, die er als seine Privatarmee betrachtete.⁶³ Eine **Heimwehr-Parade** fand auch etwa 1932 im **Auhofer Schlosspark** statt.⁶⁴ Gerade in jenem Jahr führte die Verwendung persönlicher Mittel für Heimwehrzwecke „zu seinem vorübergehenden finanziellen Ruin“.⁶⁵ Damals hatte er auch noch beträchtliche **Schulden beim Finanzamt** im Kontext des Besitzwechsels von 1927, die 1942 von NS-Behörden wenigstens teilweise beglichen wurden (siehe Kapitel 10).

„Finanzschwierigkeiten“ Ernst Rüdiger Starhembergs führten auch laut lokaler Überlieferung⁶⁶ 1934 zum Verkauf mehrerer Teile des erst 1873 von Camillo Heinrich Starhemberg von einem protestantischen Nachbarn unter merkwürdigen Umständen erworbenen Dornacher **Niedermaiergutes** durch seinen Enkel Ernst Rüdiger (junior). Der war damals laut Grundbuch übrigens eigentlich noch nicht Besitzer des Niedermaierguts, was aber nur für besonders Spitzfindige relevant ist (siehe Kapitel 18). Jene Verkäufe betrafen nicht nur die bei Neunteufel erwähnten elf Joch, die an den Bürgermeister von St. Magdalena verkauft wurden. Wie ruinös das Hobby einer eigenen Quasi-Privatarmee war, zeigt das Grundbuch überdeutlich: Allein von November 1931 bis 1934 sind bloß aus jener Liegenschaft 23 Grundverkäufe dokumentiert, 1935 bis 1937 noch zehn weitere Verkäufe (EZ 71 der KG Katzbach, Gutsbestand- bzw. A-Blatt). Im selben Zusammenhang verkaufte der Heimwehrführer 1931 auch etwa den landtäflichen Besitzkomplex Oberwallsee.⁶⁷

Jene Verkäufe aus Niedermaier-Grund betraf auch **Gebiete im Südwesten des späteren JKU-Geländes**, und zwar in drei Kaufverträgen vom 23. Juli 1934 Teile der alten Großparzelle 760 (das war zwei Tage vor Nazi-Putschversuch und Dollfuß-Ermordung), woraus drei neue Einlagezahlen der KG Katzbach resultierten. (Zu den alten Parzellen jenes Bereichs vgl. Abbildung 10).

Das war erstens die neue EZ 576 der KG Katzbach, nur die Parzelle 762/2 umfassend (später zum Teil südwestliches Grünlanddeck des JKU-Geländes), gekauft vom Postbeamten Josef Schmidt und Gattin Viktoria Schmidt (laut Adressbuch 1940 am Glögglweg 10 in Linz-Lustenau wohnend, er laut Amtskalender 1942 Postsekretär im Postamt am Bahnhof). Jene Parzelle sollte das Heer später verschmähen (siehe Kapitel 7).

Zweitens betraf das die neue EZ 577 der KG Katzbach, nur die **Parzelle 762/3** umfassend (zum Teil Südwestecke des späteren JKU-Parkplatzes). Die wurde von Starhemberg an das Ehepaar Fink verkauft; mehr dazu als Kapitel 7, denn diese Parzelle spielte eine sehr wichtige Rolle bei den Heeresplanungen im Raum Auhof.

Drittens handelte es sich dabei um die benachbarte Parzelle 762/4 (bzw. dann teilweise 762/5), von der später ebenfalls ein (eher kleiner) Teil zum JKU-Gelände kommen sollte. Aus der wurde die neue EZ 578 der KG Katzbach, vorerst im Besitz von Franz und Rosa Mühleder (im Adressbuch 1940 nicht eindeutig identifizierbar).

Der Besitz Ernst Rüdiger Starhembergs war aber Anfang des Jahres 1938 allein in Oberösterreich immer noch riesig, auch wenn einzelne Liegenschaften „abgemagert“ waren. Allein an Liegenschaften der Landtafel waren da neben Auhof (EZ 1119) und dem Linzer Haus Promenade 9 (EZ 465) von den 1896 genannten Herrschaftskomplexen noch Eferding, Eschelberg, Haus, Reichenau, Reichenstein, Riedegg, Schaumberg, Waxenberg sowie „Wildberg und Lobenstein“. (Das 1896 noch erwähnte Hartheim kam ja 1898 weg, Oberwallsee 1931.⁶⁸) In normalen Grundbüchern Oberösterreichs waren das (laut Nennungen von Nebeneinlagen) neben

⁶² Slapnicka 1976, S. 251. Dort allgemein zur Biographie des Heimwehrführers S. 245-250.

⁶³ Starhemberg 1991, S. 19.

⁶⁴ Foto davon: Neunteufel 2003, S. 104.

⁶⁵ Slapnicka 1976, S. 249. Laut Neunteufel 2003, S. 103 zwang seine „Privatarmee“ Starhemberg „durch Einsatz seines Privatvermögens in den gerichtlichen Ausgleich“.

⁶⁶ Neunteufel 2003, S. 128.

⁶⁷ Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Burgruine_Oberwallsee, Stand 17.6.2015.

⁶⁸ Schematismus 1896 (Durchsicht laut Namensregister).

mindestens drei Liegenschaften der KG Katzbach auch etwa mindestens sieben Liegenschaften der KG Hellmonsödt, etc.

Zu Beginn des Jahres 1938 gehörte Schloss Auhof noch nicht zur Stadtgemeinde Linz, sondern noch zur **Ortsgemeinde „Sankt Magdalena bei Urfahr“** (bis 1912 nur „Sankt Magdalena“), dem Bereich der Katastralgemeinde Katzbach entsprechend. Bei der Schaffung moderner politischer Gemeinden 1850 war Auhof vorerst zur Ortsgemeinde Altenberg (später mit Zusatz „bei Linz“) gekommen. 1885 wurden die Ortschaften Auhof, Elmberg und Maderleiten der Ortsgemeinde Sankt Magdalena angeschlossen (inklusive Änderung der KG-Grenzen). Die **Eingemeindung** zu Linz sollte erst mit **3. Oktober 1938** erfolgen.⁶⁹ Gerade im Raum Auhof wurde aber von NS-Instanzen bereits spätestens im Juli 1938 planerisch die Eingemeindung vorweggenommen, wie wir in Kapitel 6 sehen werden.

⁶⁹ Vgl. Rafetseder 1989, S. 190. Vom Archiv der ehemaligen Gemeinde Sankt Magdalena bei Urfahr sind im AStL nur Restbestände erhalten (aus der NS-Zeit etwa Abstimmungslisten zur „Anschluss“-Volksabstimmung vom April 1938).

4. Liegenschaften im JKU-Bereich zur NS-Zeit im Spiegel von Grundbuch und Kaufverträgen

Gleich nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Österreich wünschte sich die SS eine Kaserne im Raum Auhof (zum entsprechenden Hintergrund mehr in Kapitel 6). Der Grundstock für die grundbuchmäßige Abwicklung jener Kasernenplanung war unwissentlich bereits am 3. April 1937 (!) gelegt worden, von völlig unschuldigen ZivilistInnen: Mit jenem Datum verkauften die Wirtsleute Johanna und Josef Brandstetter aus Dornach Nr. 7 die Ackerparzelle 858 der KG Katzbach an den Schneidermeister Josef Neumann und seine Gattin Maria (wohnhaft in Dornach 22). Jene Parzelle (knapp östlich der heutigen Straßenbahnkurve bei der Haltestelle Schumpeterstraße) wurde dem Bestand der EZ 75 entnommen und bildete vorerst eine neue, **eigene EZ 631 der KG Katzbach, Keimzelle** der späteren **Kasernenliegenschaft**. Jener Kauf wurde am 11. Juni 1937 im Grundbuch vermerkt („vorgetragen“); die Transaktion betraf 7.560 Quadratmeter.

Die Brandstetters besaßen bereits davor die südlich angrenzende Parzelle 857, auf der offenbar eine kleinere Schottergewinnung betrieben wurde.⁷⁰ Der Wert jener Schottergrube wurde am 17. August 1938 von einem Linzer Sachverständigen auf knapp 4.000 Reichsmark geschätzt. Trotzdem erklärten die Brandstetters am 12. September 1938, durch Zahlung von 2.000 Reichsmark seitens des Deutschen Reichs „voll befriedigt zu sein und keine weiteren Ansprüche zu stellen“. Deutsches Reich hieß ja in diesem Fall eigentlich SS, und da gab man lieber ohne Protest Schottergrube samt Schottergewinnung zum halben Wert her.⁷¹

„Auf Grund des Kaufvertrages vom 24. Mai 1938, der Vollmachten vom 24. März 1937, 9. Mai und 18. Mai 1938“ wurde für die Liegenschaft EZ 631 der KG Katzbach „das **Eigentumsrecht für das Deutsche Reich** einverleibt“. Im Grundbuch vermerkt wurde dieser Besitzwechsel am 1. Juni 1938. Die Besitzerbezeichnung für die EZ 631 der KG Katzbach wurde dann noch auf Einschreiten der Heeresstandortverwaltung Linz vom Juni 1940⁷² am 28. September 1940 im Grundbuch auf „Das Deutsche Reich, Reichsfiskus (Heer)“ geändert, was dann im Grundbuch bis zum Jänner 1947 (!) so blieb (mehr dazu in Kapitel 19).

Die **Heeresstandortverwaltung Linz** residierte laut Adressbuch 1940 in der Harrachstraße 3, also im beschlagnahmten Ursulinenkonvent (laut Fernsprechbuch 1942 Harrachstraße 1, jedenfalls derselbe Bau). In der Harrachstraße 3 hatte laut demselben Adressbuch auch ein Mann eine Dienstwohnung, dessen Unterschrift sehr oft bei hier zitierten Heeres-Dokumenten zu finden ist: **Oberstabszahlmeister Wilhelm Fuhrmann** (samt Gattin Elsa). Auf anderer Seite im selben Ursulinenkomplex waren auch die **Heeresbauämter** Linz I und II, beide in „Freiheitsstraße 30“, der heutigen Dametzstraße, an selber Adresse wie Linzer Standortkommandantur und Wehrwirtschaftsamt, laut Fernsprechbuch 1942 war an jener Adresse dann auch das Kriegsgericht. Die in hier relevanten Dokumenten sehr oft vorkommende „Freiheitsstraße“ war 1938 zum Andenken an den „Anschluss“ bzw. die Machtübernahme der NSDAP in Österreich so benannt worden, mit „Freiheit“ als spezieller Chiffre im deutschnational-rechtsextremen Kontext.⁷³

⁷⁰ Zusätzliche Details zu den Grundbuch-Angaben aus KG Katzbach EZ 75 bzw. EZ 631 aus dem Vertrag über den Verkauf an das Deutsche Reich vom 24.5.1938. Entschädigung für die Aufgabe der Schottergewinnung leistete die SS auch beim Katzbacher Ehepaar Lehner bzw. zwei Parzellen aus EZ 68, siehe OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 2; siehe auch Kapitel 17 zu einer dritten Schottergrube.

⁷¹ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 7. Vgl. dazu Kapitel 19.

⁷² Schreiben der Heeresstandortverwaltung Linz vom 4.6.1940 an die Wehrkreisverwaltung XVII in Wien (OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 3).

⁷³ Auf Basis jener Chiffre gründete der in die Auhof-Geschichte involvierte NS-Minister (siehe Kapitel 10), SS-Brigadeführer und 1950/52 als Hochverräter verurteilte Anton Reinthaller 1955 mit seinem SS-Kollegen (SS-Obersturmführer) Friedrich Peter eine „Freiheitspartei“ als deutschnationales Sammelbecken, was dann 1956 zur „Freiheitlichen“ Partei Österreichs führte, erster Bundesparteiobmann: Reinthaller, dann sein politischer Ziehsohn Peter (der dann aber immerhin 1992 aus ehrenwerten Gründen mit Jörg Haider brach, Stichwort „ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“, also auch Zwangsarbeit im Raum Auhof betreffend).

Laut jenem Kaufvertrag vom 24. Mai bzw. per Grundbucheintragung vom 1. Juni 1938 traten die Brandstetters auch die erwähnte Parzelle 857 samt Schottergrube an das Reich ab. Dieses sollte „am 15. Juni 1938 in den tatsächlichen Besitz und Genuß der Kaufobjekte treten“.⁷⁴

Am selben 24. Mai 1938 wurden von insgesamt 23 GrundbesitzerInnen (bzw. entsprechenden Ehepaaren) aus den Ortschaften Auhof, Dornach, Furth und Katzbach Verträge mit dem Deutschen Reich abgeschlossen. Dieses wurde dabei „vertreten durch den **SS Sturmbannführer Dr. Walter Salpeter**“ mit Adresse in München (SS noch so geschrieben, die Schreibmaschinen mit den SS-Runen waren noch nicht geliefert)

Jener Salpeter, geboren 1902, war damals Geschäftsführer der SS-eigenen „Deutsche Erd- und Steinwerke Ges.m.b.H.“, kurz „DESt“ oder auch „DEST“. Jenes ökonomische SS-Vehikel mit Hauptsitz Berlin war am 29. April 1938 gegründet worden, im Kontext von KZ Mauthausen und dortiger Granitgewinnung. (Salpeter starb 1947 als Kriegsgefangener in Aserbeidschan).⁷⁵ Einer jener 23 Verträge betraf übrigens Gustav und Anna Traunmüller, damit jenen Ortsbauernführer, der im Mai 1945 wegen der vorherigen Ermordung zweier Ukrainerinnen gelyncht wurde.⁷⁶

Die entsprechenden Besitzwechsel der Verträge mit dem Deutschen Reich (und nicht direkt mit der SS) vom 24. Mai wurden ab 8. Juni 1938 ins Grundbuch eingetragen, wobei alle gekauften Grundstücke in die Liegenschaft EZ 631 der KZ Katzbach integriert wurden. Einen Vertrag in gleicher Sache schloss Salpeter noch am 31. Mai 1938 ab. Dass es dabei um einen **Kasernenbau für die „4. SS.Totenkopfstandarte ‚Ostmark‘ in Linz“** ging, ist weder aus dem Grundbuch noch aus den eigentlichen Verträgen direkt ersichtlich.

Es folgten vom 27. Juni bis 14. Juli 1938 Kaufverträge aus 14 weiteren „normalen“ Grundbesitzen, seitens des Deutschen Reichs nunmehr von „**SS Oberscharführer Karl Mumenthey**“ abgeschlossen, „Assessor im Stabe des Reichsführers SS in München“. Der agierte auf Grund von anderen Vollmachten als Salpeter, die aber auch vom „Reichs- und preussischen Minister des Inneren“ (damals Wilhelm Frick) sowie von SS-Gruppenführer Oswald Pohl herrührten (Frick als Kriegsverbrecher 1946 hingerichtet, Pohl 1951. Mumenthey: 1906 geboren, ab 1941 Geschäftsführer der eben erwähnten SS-Firma DESt, als Kriegsverbrecher in Nürnberg zu lebenslanger Haft verurteilt, trotzdem 1953 entlassen).⁷⁷ Einer jener 24 Verträge betraf Gründe aus dem Besitz des vorletzten Bürgermeisters der Gemeinde Sankt Magdalena bei Urfahr, Peter Hofbauer, und seiner Gattin Maria.

Neben den erwähnten 38 Kaufverträgen mit „normalen“ Leuten vom 24. Mai bis 14. Juli 1938 und zwei Sonderfällen gab es als Abschluss jenes Konvoluts von Verträgen am 21. September 1938 noch einen Vertrag Nummer 41, der das öffentliche Gut der damals gerade noch selbständigen Sankt Magdalena bei Urfahr betraf (in der Vertragsabschrift irrtümlich „St. Magdalena bei Linz“).

Die zu jenen Verträgen gehörenden Beschlüsse des Bezirksgerichts Urfahr sind in einem eigenen Archivfaszikel gesammelt. Bei den über die Liegenschafts-Änderungen zu verständigenden Instanzen steht immer an erster Stelle „das Deutsche Reich zuhanden des Reichsführers SS in München 33“, also Heinrich Himmler betreffend.⁷⁸

Abgewickelt wurden jene Verträge ab Mai 1938 vom Linzer Notar **Moritz Sponner** mit Kanzlei in Landstraße 48. Eigentlicher Ort der Transaktion war laut lokaler Überlieferung das Hotel Achleitner in Urfahr, wo die Betroffenen hinzitiert wurden. Sponner war offenbar Spezialist in Sachen Grundstücksrecht.⁷⁹

Von den 41 Einzelakten in Sachen Auhofkaserne werden zwei Sonderfälle hier eigens in Kapitel 10 behandelt, da es dort um Starhemberg-Güter ging: Kaufvertrag vom 27. Juni 1938 als Nummer 25

⁷⁴ Dieser Kaufvertrag sowie die weiteren in der Folge erwähnten Kaufverträge vom 24.5. bis 21.9.1938 im selben EZ 631-Kontext in OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 2.

⁷⁵ Maršalek 1995, S. 7 (auch zur Salpeter-Biographie). Zur DESt und ihrer Relevanz für Linz vgl. Rafetseder 2009, S. 6 ff.

⁷⁶ Rafetseder 2001, S. 1241.

⁷⁷ Vgl. Maršalek 1995, S. 7.

⁷⁸ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 7.

⁷⁹ Zum Hotel Achleitner vgl. Kapitel 6; Sponner war laut Adressbuch 1942, S. 74 Prüfungskommissär für Bewerbungen um die Konzession zu Realitätenvermittlung und Gebäudeverwaltung.

sowie Sonderakt in Sachen Fideikommiss als Nummer 40 in der käuferseitigen Zählung jenes Konvoluts von durchnummerierten Verträgen mit einzelnen Zusatzdokumenten.

In jenem Faszikel ist übrigens auch eine teilweise Abschrift der EZ 631 der KG Katzbach aus dem Grundbuch mit Stand 28. November 1938 erhalten, im Kontext des Übergangs von der SS an das Heer.⁸⁰ Dort war laut Grundbuch seit 29. Juni 1938 auch der ehemalige Starhemberg-Bereich östlich der Altenberger Straße inkludiert, abgetrennt von Landtafel EZ 1119, also auch der spätere Science Park-Bereich. Zum Zeitpunkt jener Abschrift hatte die Liegenschaft 631 im Titel bzw. als „Aufschrift“ neben dem **Aubrunnergut** (Elmberg 1) auch fünf Häuser der Ortschaft Dornach dabei (Nr. 9, 14, 16, 17 und 28). Das Aubrunnergut lag knapp nördlich der heutigen Auhofschule am Ostende des heutigen Aubrunnerwegs. Das von dort abgesiedelte Ehepaar Kaspar und Rosina Keplinger übersiedelte auf ein Anwesen in Piberbach.⁸¹

Jenes Konvolut über Verträge der SS im Namen des Deutschen Reichs betraf einen Bereich östlich der Altenberger Straße von knapp südöstlich des Schlosses Auhof bis zur damaligen Prager Bundesstraße (heute Freistädter Straße); nur ein kleiner Teil lag westlich der Altenberger Straße (mehr dazu in Kapitel 15). Insgesamt waren das bei der **Übergabe** des Kasernenbaugeländes von der SS **an das Heer** am 30. September 1938 56 Hektar 79 Ar und fünf Quadratmeter, also ein guter halber Quadratkilometer, etwas größer als der Vatikanstaat mit seinen 0,44 Quadratkilometern. (Aus den 57 Hektar wurden später 51, siehe unten zum Juli 1941). Die Eckpunkte wurden bei einer Begehung 1938 vorerst nur mit gelben Fahnen markiert, also auch beim heutigen Science Park-Gelände.⁸²

Im Grundbuch gibt es aber auch **frühere Spuren von Heerestätigkeit** im Raum **Auhof westlich des Schlosses**, anfangs nur durch **Vorkaufsrechte**. Das betrifft etwa die ehemalige Parzelle 762/3 in der Südwestecke des heutigen JKU-Geländes, die hier ein eigenes Kapitel 7 erfordert (Vorkaufsrecht des Heeres durch Vertrag vom 16. Juli 1938, sechs Monate später auch gekauft, wie wir noch sehen werden).

Am selben 16. Juli 1938 sicherte sich der „Reichsfiskus (Heer)“ per Vertrag auch das Vorkaufsrecht auf Grundstücke aus der erwähnten Dornacher Wirtshaus-Liegenschaft des Ehepaars Brandstetter (KG Katzbach EZ 75): Das betraf die damaligen **Parzellen 758, 759 und 760** südwestlich des Schlossteichs sowie die Parzellen 781/1 und 799 (südwestlich außerhalb des heutigen JKU-Geländes). Jenes Vorkaufsrecht wurde im Grundbuch im August 1948 „als gegenstandslos gelöscht. (Zu diesen sowie zu den gleich erwähnten Parzellen 756 und 757 siehe Abbildung 10, erkennbar auch in Abbildung 8, wenngleich dort ohne Nummerierung).

Erwähnt sei auch ein Vorkaufsrecht des Heeres mit selben Datum 16. Juli 1938 auf **Parzelle 756** aus einer Liegenschaft des Ehepaars Franz und Theresia Willnauer (KG Katzbach EZ 93, Furth 10). Der Bereich jener ehemaligen Parzelle war nordwestlich bzw. westlich des Schlossteichs. Jenes Vorkaufsrecht wurde am 24. Mai 1955 im Grundbuch gelöscht („infolge Zeitablaufs“). Jene Parzelle hatte auch im Dezember 1941 in den Planungen Reichsbaurat Ficks eine Rolle gespielt (vgl. Kapitel 6).

Ebenfalls am 16. Juli 1938 sicherte sich das „Deutsche Reich (Reichsfiskus Heer)“ auch ein Vorkaufsrecht auf **Parzelle 757** westlich des Schlossteichs, im Besitz der Familie Lehner von der Märzenhofstatt (Katzbach 22, EZ 150 der KG Katzbach). Dieses Vorkaufsrecht wurde im Grundbuch gar erst am 19. Mai 1960 gelöscht, auf Basis einer Löschungserklärung vom 9. Mai 1960.

Vermutlich im Kontext eines Baustopps bei der Infanteriekaserne 1939 ließ das Heer im Juni 1939 auch weitere Vorkaufsrechte löschen, weil „die gegenständlichen Grundstücke“ für eine

⁸⁰ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 3.

⁸¹ Vgl. Neunteufel 2003, S. 145 f.; laut Schreiben der Wehrkreisverwaltung XVIII vom 5.10.1938 waren die Keplingers damals bereits in ihren neuen Bauernhof übersiedelt; die Schlüssel des leerstehenden Aubrunnergutes hatte ein Verwandter in Linz-Urfahr in Verwahrung, von dem die Heeresverwaltung die Schlüssel abholen sollte (OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 2).

⁸² Vgl. entsprechende Niederschrift vom 30.9.1938 in OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 15. Zu späteren Grenzsteinen vgl. Kapitel 8 und 15.

„Artilleriekaserne in Dornach“⁸³ „innerhalb der nächsten 2 Jahre nicht benötigt werden“ – so der Linzer Stadtkämmerer unter Oberbürgermeister-Briefkopf am 26. Juni 1939 an die Heeresstandortverwaltung. Die Stadt erkläre sich bereit, die fraglichen Liegenschaften (KG Katzbach EZ 28 und 514) „nach Ablauf von zwei Jahren zum gleichen Preis an das Deutsche Reich (Reichsfiskus Heer) zu verkaufen, um den wir die Grundstücke erworben haben“.⁸⁴

Was jenen Briefkopf betrifft: „Natürlich galt auch in der Stadtverwaltung das **Führerprinzip** [...] die Entscheidung stand schließlich bei mir allein“ (so Oberbürgermeister Franz Langoth in seinen Memoiren). Deshalb stand auch „Oberbürgermeister“ drüber, wenn eigentlich ein städtisches Amt die Arbeit machte.⁸⁵

Der „Reichsfiskus (Heer) hatte zeitweise auch ein „Vorkaufsrecht an dem Gelände des Barackenlagers Schlantenfeld“, das aber im November 1941 „gegenstandslos geworden“ sei, und deshalb aus dem Grundbuch gelöscht wurde. Auch bei den städtischen Lagern **Schlantenfeld I und II** (gut einen Kilometer südwestlich von Schloss Auhof) überschritten sich also Interessen von Wehrmacht und Stadt.⁸⁶

1940 und 1943 wurden aus nunmehrigem Heeresbesitz einige südliche Randleiegenschaften der EZ 631 verkauft, etwa durch Vertrag vom 5. Mai 1943 der einzige Bereich jener Liegenschaft westlich der Altenberger Straße (siehe Kapitel 15). Die letzten Grenzänderungen der Heeres-Liegenschaft EZ 631 in der NS-Zeit im Grundbuch betrafen Abtretungen an das Öffentliche Gut bzw. Verkehrswege: Im September 1943 gab es eine entsprechende Abtretung, die das Gemeinschaftslager des Heeres in Auhof betraf, und die weiter unten behandelt wird. Da ging es nämlich um Probleme rund um Busumkehrschleife und Gefangenenbaracken (siehe Kapitel 13) Eine andere Abtretung aus EZ 631 an Verkehrsweg bzw. „Öffentliches Gut“ (verwaltet vom „Oberbürgermeister der Gauhauptstadt Linz“) gab es noch im August 1944,⁸⁷ allerdings weit außerhalb des heutigen JKU-Bereichs.

Die „von der Reichsführung SS im Jahre 1938 beim Erwerb des Kasernenbaugeländes Dornach [!] übernommenen Verpflichtungen zur **Ersatzlandbeschaffung**“ wurden ab 1940 zumindest teilweise vom „Deutschen Reich (Reichsfiskus Heer)“ wahrgenommen, letzterer „vertreten durch die Heeresstandortverwaltung Linz/Donau, Harrachstraße Nr. 3“. Das geschah bei kleineren Liegenschaft durch Ausbezahlung des Kaufpreises, nur bei wenigen größeren Besitzungen durch Beistellung von Ersatzgrundstücken, alles abgewickelt über Konten bei der Allgemeinen Sparkasse in Linz.⁸⁸

Die Ersatzland-Versprechungen von 1938 waren allerdings leider „in der Hoffnung gemacht“ worden, „daß einerseits die noch im Besitz der Starhembergschen Güterverwaltung befindlichen Grundstücke um Schloß Auhof, andererseits die Grundstücke des Pleschingerhofes bei Katzbach für diesen Zweck herangezogen werden können.“ Im November 1939 war der Heeresstandortverwaltung bereits klar, dass diese Hoffnungen „hinfällig geworden seien“. Grund dafür: Einerseits würden durch „die vom Oberkommando des Heeres vorgesehenen Neubauten der Artilleriekaserne und des Standortlazarettes bei Auhof“ ausgerechnet „jene Starhemberg-Gründe, die als Ersatzland allein in Frage kamen, in Anspruch genommen“, andererseits sei auch die Heranziehung der „Pleschingerhof“-Gründe aus „nicht näher bekannten Gründen“ nicht mehr möglich (siehe Kapitel 5).⁸⁹

⁸³ So laut Schreiben von Reichsnährstand bzw. Kreisbauernschaft Linz vom 4.8.1938, OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 4. Die dort erwähnten Parzellen 1365/1, 1366/1 und 1367/1 sind deutlich außerhalb des heutigen JKU-Bereichs; betroffen war der Bauer Georg Bauer aus Katzbach 17.

⁸⁴ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 4. Laut vorherigem Schreiben der Heeresstandortverwaltung vom 22.5.1939 wolle die Stadt auf jenem Bereich Baubaracken für die „Führersiedlung“ errichten, die aber voraussichtlich eben in zwei Jahren fertig sein werde (vgl. Kapitel 14).

⁸⁵ Rafetseder 2001, S. 1196.

⁸⁶ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 9, Linzer Oberbürgermeister an Heeresstandortverwaltung Linz, 26.11.1941. Zum Doppellager Schlantenfeld I und II (direkt westlich der heutigen Biesenfeldsiedlung) vgl. in Rafetseder 2001 v.a. S. 1183 f. (sowie etliche andere Stellen); hier ist das Doppellager Schlantenfeld in Abb. 9 links unten erkennbar; der Gefangenteil (II) macht das untere Drittel aus.

⁸⁷ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 15.

⁸⁸ Vgl. etwa OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 2, Schreiben der Wehrkreisverwaltung XVII vom 5.10.1938 an die Heeresstandortverwaltung Linz.

⁸⁹ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 3, Brief der Heeresstandortverwaltung Linz an die Wehrkreisverwaltung XVII vom 8.11.1939.

Ein Kapitel für sich wäre in diesem Kontext noch das Thema „**Verpachtungen**“: Weite Teile des Kasernenbaugeländes, die erst für spätere Verbauung vorgesehen waren, wurden nämlich zur weiteren landwirtschaftlichen Nutzung freigegeben (anfangs noch von der SS, dann ab Herbst 1938 vom Heer). Vorrangig wurde an GrundeigentümerInnen verpachtet, die Grundstücke für das Kasernenbaugelände verkaufen mussten. Ein entsprechender Plan von etwa 1940/41 zeigt westlich, südlich und östlich einen breiten Rand von Pachtgründen außerhalb des damals eigentlichen „Baugeländes der Infanteriekaserne“ (dieses inklusive damaligem Heereslager bzw. späterem Science Park-Bereich).

Die verpachteten Gründe, in jenem Kartenbild einem bunt gescheckten Vollbart rund um das eigentliche Baugelände jener Zeit ähnelnd, waren durchwegs außerhalb des heutigen JKU-Bereichs. Diesem am nächsten gelegen waren Gründe, die im Norden bis zum Beginn der heutigen Straßenbahn-Umkehrschleife Auhof reichten.⁹⁰ Das war ein in der NS-Zeit nie verbautes Drittel der riesigen **Parzelle 1553** aus dem Bestand der Landtafel-EZ 1119 (also Ex-Starhemberg-Besitz; die Parzelle hatte damals sechseinhalb Hektar). Jenes anfängliche Drittel der Parzelle (rund zwei Hektar) wurde 1939 verpachtet an Franz und Anna Neunteufel (Pulvermühlstraße 7), was dann auf knapp ein Hektar aus dem Südteil jener Parzelle reduziert wurde. Was auf jener Karte fehlt: Zusätzlich war von jener Riesenparzelle 1553 ein Sechstel ab 1. September 1939 zeitweise an einen anderen Bauern verpachtet.⁹¹

Im nördlichen Teil jener Parzelle stand 1940 hingegen bereits als Rohbau der dreitraktige Kasernenteil im Westen. Dieser markante Baukörper spielt jetzt auch eine wichtige Rolle als JKU-Standort, obwohl dieser Bereich besitzmäßig nicht zum eigentlichen JKU-Gelände gehört (mehr dazu in Kapitel 19). Im Südteil der Parzelle 1553 entstand später das Bundesschulzentrum Auhof, unter anderem mit dem Europagymnasium.

⁹⁰ Plan in OÖLA, Sch. 5, Faszikel 6 (Dornach-Katzbach Pachtgelände).

⁹¹ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 1, Kauf-, Miet- und Pachtverträge (1939) bzw. ebenda Sch. 2, Mappe V 1 (1941).

5. Der „Pleschingerhof“ – „Arisierung“ und späteres JKU-Gelände?

Bei keinem der eben behandelten Verträge, die von der SS 1938 abgeschlossen wurden, ist ein Hinweis auf VorbesitzerInnen zu finden, die im Sinne des NS-Rassenwahns problematisch gewesen wären. Auch im Raum westlich des Schlosses spielte im Grundbuch „Arisierung“ keine Rolle. Trotzdem hieß es etwa in einer Pressemeldung vom April 2015: „Im Zuge dieses Grundstücksaufkaufes“ für die SS-Kaserne „scheint es auch zu mindestens einer „Arisierung“ gekommen zu sein“, nämlich bezüglich eines gewissen „Pleschingerhofes“.⁹²

Erstes Problem dabei: Jenen „Hof“ gab es als solchen nie, den wird man in einer Zusammenstellung „Steyregger Bauernhäuser und ihrer Besitzer“ vergeblich suchen.⁹³ „Pleschingerhof“ war vielmehr eine begriffliche Erfindung von NS-Instanzen für einen Komplex aus mehreren Liegenschaften der Ortschaft Plesching in der Stadtgemeinde Steyregg, die fast durchwegs außerhalb der KG Katzbach lagen. Jener Begriff wird spätestens ab Oktober 1938 in Dokumenten hinsichtlich der erwähnten „Ersatzlandbeschaffung“ für das Auhofer Kasernengelände greifbar.

Als die SS im Herbst 1938 ihre Kasernenbaustelle von Auhof nach Ebelsberg verlegt, kam es dort tatsächlich zu einem „Arisierungs“-Tatbestand: Der Großteil der Gründe der Ebelsberger SS-Kaserne stammte von der Bauernfamilie Sommer in Ufer 3 (Mayr zu Reith), die dafür das beschlagnahmten Anwesen der jüdischen Familie Mandl bekam (Mayr zu Breitbrunn, Gemeinde Hörsching).⁹⁴

Zur Vorgeschichte des angeblichen „Pleschingerhofes“: Die 1879 in der damals noch selbständigen Gemeinde Pötzleinsdorf (bei Wien) geborene Helene Münz promoviert 1903 als eine der ersten Frauen in Wien als Germanistin, und heiratet 1908 den späteren Schriftsteller und Filmproduzenten Max Glass (geboren 1881, 1905 in Wien promoviert). Beide wohnen ab 1918 oder später in Berlin, emigrieren aus „rassischen“ Gründen 1933 nach Paris (1939 bis 1942 französische Staatsbürgerschaft), 1940 erst nach Brasilien, dann in die USA, nach 1945 wieder Frankreich. 1957 lässt sich Max Glass scheiden und heiratet die ehemalige Schauspielerin Helga Molander (eigentlich Ruth Werner). Max Glass stirbt 1965 in Paris, seine Ex-Frau Helene Glass irgendwann nach 1957. Zumindest ihr Doktorat war 1941 aus „rassischen“ Gründen aberkannt worden, was erst 2003, offenbar posthum, für nichtig erklärt wurde.⁹⁵

1947 veröffentlichte Max Glass ein Buch unter dem Autornamen „Max Glass-Plesching“. Plesching sei nämlich, so seine Biographin Brigitte Berg, „the name of the Austrian village where Max Glass had acquired a country estate before his departure to Berlin.“⁹⁶

Die Spur führt also zum Neuen Grundbuch der KG Lachstatt (so im handgeschriebenen „Neuen Grundbuch“) bzw. nunmehr offiziell „KG Lachstadt“, in den Bereich der Stadtgemeinde Steyregg. Der dortige **Mayrhof Nr. 11 zu Plesching** (KG Lachstadt EZ 70) wurde bis 1914 als Landwirtschaft der Familie Aumayr geführt.⁹⁷ Nach mehreren Besitzwechseln knapp hintereinander erwarben durch Kaufvertrag vom 2. Oktober 1921 „Max Glass und Helene Glass“ (hier beide ohne Titel) das Anwesen, was am 9. März 1922 im Grundbuch eingetragen wurde.

Dann gibt es bei jener Liegenschaft einen Besitzvermerk vom 5. Mai 1938: Auf Grund einer „Verfügung der geh[eimen] Staatspolizei – Staatspolizeistelle Linz“ (Aktenzeichen ohne Datum) „wird infolge Beschlagnahme das Eigentumsrecht für das Land Österreich einverleibt“. Ja, dieses „Land“ gab es in der Anfangsphase der „Ostmark“ wirklich, wie ein Blick in den Amtskalender

⁹² Vgl. Volksstimme 2015.

⁹³ Brandl 1980.

⁹⁴ Carrington – Reiter 2007, S. 387.

⁹⁵ Zu Helene Glass vgl. http://www.forum-zeitgeschichte.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/forum-geschichte/Texte/Glass_Helene.pdf (anlässlich Nichtigerklärung der Doktors-Aberkennung vom 8.5.1941 am 10.4.2003), zu Max Glass etwa www.lips.org/Bio_GlassM_GB.html (Artikel von Brigitte Berg).

⁹⁶ Ebenda (Brigitte Berg).

⁹⁷ Brandl 1980, S. 83 dokumentiert für Plesching 11 offenbar deshalb nur die Zeit bis 1914; ab 1970 habe jenes Anwesen die Nummer Plesching 29 gehabt.

1939 zeigt, samt „Österreichischer Landesregierung“, mit dem damaligen SS-Gruppenführer Ernst Kaltenbrunner als Staatssekretär für Polizeiwesen.⁹⁸ Durch Kaufvertrag vom 8. August 1941 fiel das Anwesen an die „Stadt Linz (Donau)“, im Grundbuch vermerkt erst über ein Jahr später, am 18. August 1942.

Dann ein Eintrag am 24. Jänner 1948: Durch den Bescheid einer Rückstellungs-Kommission aus dem Jahr 1947 wird das Eigentumsrecht für „Dr. Max Glass“ und „Helene Glass“ eingetragen (sie ohne Titel). Durch Ehevertrag vom 18. September 1957 fällt dann ein Viertel an Ruth Glass (zweite Gattin des Max Glass), durch einen weiteren Ehevertrag vom 22. August 1959 das verbliebene Viertel des Max Glass auch an Ruth Glass.

Formell wurde offenbar von Helene Glass und Ruth Glass das Anwesen Plesching 11 per Kaufvertrag vom 20. November 1974 an die Stadt Linz übertragen. Die besitzt jene Liegenschaft EZ 70 der KG Lachstadt derzeit (Abfrage Mai 2016) noch immer, allerdings in reduzierter Form, wobei es bei jener EZ dann auch etwa bezüglich von fünf Parzellen 1975 bzw. 1982 eine Enteignung gab, etc.

In der NS-Zeit lagen die Parzellen jener Liegenschaft jedenfalls fast alle in der Stadtgemeinde Steyregg, mit Ausnahme eines kleinen Stücks knapp nördlich des erst später entstandenen Pleschinger Sees, direkt an der Grenze der Stadtgemeinden Linz und Steyregg: Tatsächlich gehörten damals die Parzellen 1075, 1076, 1077 und 1078 der KG Katzbach zur Liegenschaft EZ 70 der KG Lachstadt. Dieser Bereich liegt allerdings rund **eineinhalb Kilometer Luftlinie vom Schloss Auhof entfernt**, und ist wegen einer Geländekuppe dazwischen wohl auch vom Schlosdach aus nicht zu sehen.

Ähnlich war die Besitzgeschichte des **Großhagenhofs Plesching 15** (KG Lachstadt EZ 74): Den kaufte laut Grundbuch „Dr. Max Glass“ per Vertrag vom 24. August 1923, was im Grundbuch erst am 10. Dezember 1928 eingetragen wurden. Auch da gibt es am 5. Mai 1938 den Beschlagnahme-Vermerk wie bei EZ 70, 8. Dezember 1941 per Kaufvertrag an die Stadt Linz (im Grundbuch am 12. August 1942 vermerkt). Dann laut Beschluss vom 12. Jänner 1948 restituiert an „Dr. Max Glass und Helene Glass“, 1949 korrigiert auf Alleinbesitz für Max Glass, dann 1947, 1948 und 1974 dieselben Änderungen wie beim Mayrhof Nr. 11 in Plesching.⁹⁹

Gleich wie für Mayrhof Plesching 11 war damals die Besitzgeschichte der **Schusterhofstatt in Plesching 10** (KG Lachstadt EZ 69), also ab 1921 im Besitz von Helene und Max Glass etc., mit einem Unterschied: dort ist zumindest bis zum Abschluss des handgeschriebenen Grundbuch-Bandes 1981 kein neuerlicher Kauf seitens der Stadt Linz vermerkt.

Zusätzlich zu jenen drei Liegenschaften mit Haus war da noch ein **Sechstel-Anteil der Waldparzelle** 1572 (KG Lachstadt EZ 82). Dieser Anteil ist laut Grundbuch verbunden mit dem Besitz von Mayrhof Plesching 11 und fünf anderen alten Pleschinger Bauernhäusern (Nr. 1, 2, 3, 4 und 5 bzw. EZ 57, 58, 59, 60 bzw. 62 der KG Lachstadt). Nach den entsprechenden Besitzänderungen im Neuen Grundbuch bezüglich Familie Glass von 1922 bis 1959 (eben wie beim Mayrhof Plesching 11) fehlt danach allerdings ein Hinweis auf Erwerb durch die Stadt Linz bis zum Abschluss des handgeschriebenen Bandes 1982.

Wir halten also fest: Im Mai 1938 wird im Grundbuch bei drei Liegenschaften mit Häusern in Plesching (Stadtgemeinde Steyregg) und einem Pleschinger Waldanteil eine „Arisierung“ durchgeführt, bei der keine Parzelle näher als eineinhalb Kilometer zum Schloss Auhof liegt. Jener Besitzkomplex gehörte ab da vorerst offiziell dem „Land Österreich“, das damals eigentlich schon als „Ostmark“ auf dem Weg zum formal nicht so schnell abgeschlossenen „Anschluss“ war.

Anlässlich der „Übergabe des für die 4. SS-Totenkopfstandarte „Ostmark“ in Linz seitens des Reiches erworbenen Geländes“ klärt „Der Reichsführer der Schutzstaffel der NSDAP. Der Verwaltungschef der SS“ in einem Schreiben vom 4. Oktober 1938 einige im Monat davor offen

⁹⁸ Amtskalender 1939, S. 46-50 (Stand Juni 1939); Staatschef mit eingebautem Ablaufdatum war NSDAP-Gauleiter Josef Bürckel als „Reichskommissar für die Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem Deutschen Reich“. *Kaltenbrunner war bis Kriegsende* Ratsherr der Stadt Linz, auch in seiner Zeit als Chef des Reichssicherheits-Hauptamtes und Heydrich-Nachfolger. Seine Linzer Wohnung war in Walterstraße 2.

⁹⁹ Bei Brandl 1980, S. 86 wird Plesching 15 nur bis 1901 dokumentiert.

gebliebene Punkte in einem Schreiben an die neue Besitzerin des Geländes, die Wehrkreisverwaltung XVII:¹⁰⁰ Bei einer Besprechung in Dornach am 1. Oktober 1938 „wurde mitgeteilt, daß der sogenannte Pleschingerhof bisher einer Jüdin, Frau Dr. Helene Glass, gehörte, zu Gunsten des Landes Österreich **eingezogen wurde und veräußert werden soll.**“ Verwalter jenes „Hofes“ sei Rechtsanwalt Walter Nadler (Linz, Graben 32), „mit dem über den Erwerb zwecks **Landentschädigung** Verhandlungen geführt wurden“. Der Bauer Ignaz Lehner, Katzbach 22, sei mit drei Parzellen „aus dem Pleschingerhof“ im Ausmaß von 11.430 Quadratmetern einverstanden. Ignaz und Maria Lehner hatten nämlich durch Kaufverträge vom 24. Mai und 14. Juli 1938 größere Gebiete im Südosten des geplanten Kasernenbaugeländes an das Deutsche Reich (bzw. faktisch an die SS) verkauft¹⁰¹.

Dann im selben Faszikel ein Schreiben der Wehrkreisverwaltung XVII aus Wien vom 8. November 1938 an die Heeresstandortverwaltung in Linz im Gesamtkontext der Entschädigungszahlungen „für das der Heeresverwaltung übereignete Kasernenbaugelände in Linz“. Erst am Ende heißt es dort: „Die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der Erwerbung des Pleschingerhofes [...] als Ersatzgelände für die Eigentümer grösserer Grundstücke ist von der H.St.O.Verw. zu prüfen.“

Am 8. November 1939 schreibt die Linzer Heeresstandortverwaltung in Sachen Ersatzlandbeschaffung für den Kasernenbaubereich „Dornach-Auhof-Katzbach“ an das Linzer Ernährungsamt: „die Heranziehung des Pleschingerhofes“ für jene Zwecke sei „infolge anderer Schwierigkeiten, die hier nicht näher bekannt sind, hinfällig geworden.“¹⁰²

Per Vertrag vom 20. Juni 1940 verkauft das „Deutsche Reich, Reichsfiskus (Heer)“ sechs Parzellen im Südosten von EZ 631 bzw. des „Kasernenbaugeländes Dornach“ an „Ignaz und Maria Lehner, Gutsbesitzer in Katzbach Nr. 22“. Das erfolge „in Erfüllung der von der Reichsführung SS [...] übernommenen Verpflichtung zur Ersatzlandbeschaffung“. Dabei waren drei jener Parzellen bereits bis 1938 im Besitz jenes Ehepaares Lehner gewesen.¹⁰³

Per Kaufvertrag vom 8. Dezember 1941 gelangten jedenfalls die erwähnten EZ 69, EZ 70, EZ 74 sowie der Sechstel-Anteil von EZ 82 der KG Lachstadt rückwirkend mit Stichtag vom 22. Juli 1941 um 220.000 Reichsmark an die Stadtgemeinde Linz.¹⁰⁴ Das Heer konnte aus jenem „Pleschingerhof“-Komplex nie Ersatzland vergeben.

Der dafür offenbar letztlich entscheidende Grund dafür findet sich in einem Überblick zur „Aktenvorgeschichte ‚Neue Linzer Friedhöfe‘“ des Linzer „Städtischen Oberbaurates“ Schmuckenschläger vom 31. Juli 1942:¹⁰⁵ Bei der zivilen Linzer Stadtplanung ist 1939 bereits klar, dass der Stadtfriedhof Urfahr den megalomanen Donauufer-Visionen Hitlers weichen müsse. Vom März 1940 bis März 1941 erstellt Dr. Josef Schadler vom Geologischen Dienst des Landesmuseums bodenkundliche Gutachten für mögliche Standorte für je einen **Linzer Großfriedhof im Norden** und im Süden. Am 10. Juli wird das Vermessungsamt mit „vorbereitenden Terrainaufnahmen bei Plesching für Friedhof- und Sandgewinnungs-Anlagen“ betraut.

Kurz zu **Franz Schmuckenschläger** (1898-1960), auf städtischer Seite zentrale Figur in den hier relevanten Planungen: Der gelernte Architekt¹⁰⁶ war schon laut Amtskalender 1930 Stadtbaukommissär in der Linzer Stadtplanung (damals auch Schriftführer des Künstlerbundes Maerz). Ab September 1940 war er Amtsleiter im Stadtbauamt unter dem zuständigen politischen Dezernenten, „Bürgermeister“ Anton Estermann (der war laut Amtskalender 1939 noch Stadtbaudirektor, Schmuckenschläger damals noch Stadtbauinspektor im Technischen Baudienst; Bürgermeister war er dann im Sinne der deutschen Gemeindeordnung als zweiter

¹⁰⁰ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel Ersatzlandbeschaffung bzw. auch ebenda, Sch. 5, Faszikel 3. Der Wehrkreis XVII (Nummer 17) deckte die Wehrmachts-Organisation für Wien, Oberdonau und Niederdonau ab.

¹⁰¹ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 2, Verträge Nr. 21 und 37, nicht zu verwechseln mit Johann und Johanna Lehner vom Obermaiergut Dornach 2, Verträge Nr. 3 und 30 (auch Obermayrgut).

¹⁰² Ebenda, Faszikel 3.

¹⁰³ Ebenda, Sch. 15. Die 1940 verkauften südlichen Bereiche des Kasernenbaugeländes sind auf dem in Kapitel 4 erwähnten Verpachtungsplan eigens ausgewiesen.

¹⁰⁴ ASTL, Amt für Wirtschaftsförderung, Sch. 39, Mapped Land Österreich (EZ 69 usw. KG „Lachstatt“).

¹⁰⁵ ASTL, NS-Zeit, Sch. B 20, Briefwechsel mit Reichsbaurat. Kurz zu den Friedhofsplanungen auch Mittmannsgruber 1993, S. 122 f.

¹⁰⁶ Als Architekt wird Schmuckenschläger in Kunsttopographie 1999, S. 356 (für Blütenstraße Nr. 24 und 26, entstanden 1929-32) und in Kunsttopographie 1977, S. 145 (für Graben Nr. 32, 1930) erwähnt.

Mann nach dem Oberbürgermeister). Ab Jänner 1942 war Werner Sarlay formell Dienstleitender des Bauhauptamtes, Baudirektor, Schmuckenschläger dessen „ständiger Vertreter“, formell Stadtbaudirektor-Stellvertreter. Sarlay war nämlich bis September 1944 im „Osteinsatz“ bzw. Militärdienst. Schmuckenschläger war ab 1942 zugleich Dienstleitender des Planungsamtes sowie des Wohnungs- und Siedlungsamtes und nahm auch die Leitung der Abteilung Umsiedlung und Liegenschaftsschätzung wahr.¹⁰⁷ Pauschal ist er als „leitender städtischer Baubeamter“ der NS-Zeit zu bezeichnen,¹⁰⁸ auch wenn er eben in hier zitierten Quellen in irreführender Weise als „Stadtbaudirektor-Stellvertreter“ tituliert wird. Nach dem Krieg leitete Schmuckenschläger das Linzer Stadtplanungsamt.

(Zu seinem hier ebenfalls relevanten **Planungskollegen** auf Landesebene, August Schmöller, siehe Kapitel 6, dort auch etwa Näheres zu Roderich Fick als weiterer Hauptfigur. Auf der Wehrmachtsseite war das nicht so sehr auf Einzelpersonen reduzierbar, auch wenn etwa die Unterschrift des in Kapitel 4 erwähnten Oberstabszahlmeisters Wilhelm Fuhrmann in unserem Kontext extrem häufig vorkommt; zum Linzer Heeresstandort-Chef, Generalmajor Gustav Kohl, siehe Kapitel 6 und 10).

Am 20. Mai 1942 macht Hitler bei Oberbürgermeister und Gauleiter Druck: Er wünsche „die Durchführung der Monumentalverbauung des linken Donaufers sobald als möglich“, sprich: der „Urfahrer Friedhof“ müsse rascher weg als bisher erwartet; Folge: ab Juli 1942 werden die Pläne „des Pleschinger Friedhofes“ überarbeitet und konkretisiert; so der Stand im Juli 1942. Im „Sonderhaushaltsplan für die Neugestaltung der Stadt Linz an der Donau“ Reichsbaurat Roderich Ficks vom 17. Juni 1942 waren für das Jahr 1942 insgesamt 400.000 Reichsmark für „Friedhof, Wegscheid und Plesching, Grunderwerb“ vorgesehen (mehr über Fick in Kapitel 6).¹⁰⁹

Im November 1940 war für den Nord-Friedhof auch der Rappetseder-Geländerücken weiter im Osten an der Straße nach Gallneukirchen im Gespräch gewesen, aber dann wurde eben 1941 der Kauf der beträchtlichen Liegenschaft in Plesching realisiert. Im Kontext der Heeresplanungen beharrten eben Stadt und Reichsbaurat Fick gegenüber der Wehrmacht auf dem Gelände „am West- und Nordwestfuß des Pfennigberges bei Plesching“.¹¹⁰

Wegen des Kriegsverlaufs wurde aber dann doch nichts aus jenem Großfriedhof Linz-Nord außerhalb der Stadtgemeinde Linz. Der alte Friedhof Urfahr blieb eben doch erhalten. Der Großfriedhof Linz-Süd entstand hingegen tatsächlich noch in der NS-Zeit, anfangs noch als Provisorium und unter dem Projekttitel Linz-Süd bzw. Wegscheid, später bekannt als Standort St. Martin in der Gemeinde Traun.¹¹¹

Die **Restituierung** jener Pleschinger Liegenschaften im Spiegel des Linzer Stadtarchivs: Am 21. Mai 1947 befürwortet die Linzer Magistratsdirektion die Erteilung eines Einreisevisums für Paul und Georges Glass, Söhne von Helene und Max Glass, in Sachen „Verhandlungen über die Rückführung“ jenes Besitzes. Schließlich noch ein Beschluss des Linzer Stadtrates vom 17. Dezember 1951: Die Stadtgemeinde erkläre sich „bereit, auf Abschlag der Forderung der Ehegatten Dr. Max und Helene Glass aus dem Titel der Inventarrückstellung Pleschingerhof einen Betrag von 200.000.- S beim Exekutionsgericht in Urfahr zu hinterlegen“.¹¹²

Außerdem findet sich im Linzer Stadtarchiv die „Anmeldung entzogener Vermögen“ beim Linzer „Grundamt“, betreffend jene drei ganzen (und ein Sechstel) Liegenschaften der KG Lachstadt

¹⁰⁷ Mittmannsgruber 1993, S. 74, 105, 106 und 107. Laut Fernsprechbuch 1942 wohnte „Oberbaurat Dr. Ing. Franz Schmuckenschläger“ in Schulertal 8.

¹⁰⁸ So Schuster 2001, S. 315.

¹⁰⁹ AStL, NS-Zeit, Sch. B 16, Sonderteil des Haushaltsplanes 1942, S. 163.

¹¹⁰ AStL, NS-Zeit, Sch. B 36, Heeresplanung Raum Auhof, Schreiben vom 8.4.1942 (ähnlich auch in einem städtischen Schreiben an das Luftgaukommando ebenda am 24.4.1942: „Das für den Raum Urfahr in Aussicht genommene Friedhofgelände am Nord-Westfuß des Pfeningberges“).

¹¹¹ Dort wurden ab Juli 1944 Bombentote bestattet, vgl. Rafetseder 2001, S. 1255 bzw. hier Kapitel 17 zu „Wegscheid“-Bestattungen (siehe auch Foto bei Mayrhofer – Schuster 2006, S. 207). Wegscheid bedeutete auch beim erwähnten Haushaltsposten für 1942 nicht den „alten Friedhof Wegscheid“ oder Kriegerfriedhof (zwischen neuem „Linz Süd“-Friedhof und der Stadtgrenze ebenfalls in der Gemeinde Traun), sondern den heutigen Standort „Sankt Martin“. Die anfängliche Bezeichnung „Wegscheid“ wählte man vielleicht, um den Linz-Bezug klarzustellen.

¹¹² AStL, Magistratsdirektor Oberhuber, Sch. 18, fol. 1034 und Sch. 53, fol. 825. Laut AStL, NS-Zeit, Sch. B 36, Mappe Gespräche mit Politikern und Beamten der NS-Zeit wurde Anton Estermann über „Kauf des Pleschingerhofes und Rückstellung“ interviewt; davon liegen dort aber leider keine Transkripte dabei, und ob die alten Tonbänder noch nutzbar sind, ist zu bezweifeln.

vom 28. Oktober 1947. Tatsächlicher Wert am 13. März 1938 sei „unbekannt“, Bewertung der per 5. Mai 1938 entzogenen Liegenschaften damals: 220.000 Reichsmark (also der von Stadt an Land bzw. Reichsgau bezahlte Betrag), Bewertung zum Zeitpunkt der Anmeldung 1947: 235.000 Schilling.¹¹³

Das weitere Schicksal der entsprechenden Grundstücke ist zum Teil den zitierten Grundbuchdaten zu entnehmen. Wie erwähnt, gehören die Mayrhof-Liegenschaft KG Lachstatt EZ 70 und die Großhagenhof-Liegenschaft EZ 74 seit 1974 wieder der Stadt Linz, wie bereits in der NS-Zeit. Die entsprechenden Linzer Absichten im Raum Plesching nach 1945 wären gelegentlich näher zu erforschen; aktuelle und historische Grundbuchauszüge elektronischer Art sind da nur wenig erhellend.

¹¹³ AStL, Amt für Wirtschaftsförderung, Sch. 39, Mapped Land Österreich / EZ 69 usw. KG Lachstatt (dort mit „tt“, auf heutigen Grundbuchauszügen eindeutig „dt“).

6. Planungen und Aktionen von SS und Heer im Raum Auhof, Konflikte mit anderen Instanzen

Am **19. Juli 1938** übermittelt die Landesstelle für Raumordnung im Gau Oberdonau (Hauptstraße 1/1) „die **Standortplanungen des Heeres in Linz**“ an das Stadtbauamt der „Landeshauptstadt Linz“ mit Zusatz „Standort für SS-Kaserne kann noch geändert werden“. Man ersucht „um Stellungnahme, da diese Planungen im künftigen Stadtgebiet von Linz liegen“.¹¹⁴ Nördlich der Donau ist dort auf einem groben Plan im Maßstab 1:30.000 ein acht Hektar großer Lazarett-Bereich im Raum Karlhof eingezeichnet, vor allem jedoch ein riesiger Komplex im Raum Dornach–Auhof: Künftige Artilleriekaserne und östlich davon SS-Kaserne bzw. Infanteriekaserne (offenbar in zwei zeitlichen Stadien am Plan mit Korrektur). Der ursprüngliche Bereich für die SS-Kaserne entsprach dort bereits etwa dem dann tatsächlichen Auhofer Kasernenbaugelände, knapp südlich von Schloss Auhof bis zur damaligen Prager Bundesstraße (heute Freistädter Straße). Der Heeres-Artillerie-Bereich westlich davon begann schon im Bereich Steg-Schlantenfeld–Biesenfeld, östlich der Pulvermühlstraße. Genau jener ursprünglich geplante Artilleriebereich zwischen Pulvermühlstraße und Altenberger Straße war dann nach 1945 tatsächlich militärisch genutzt, was ja wegen des zumeist freien Geländes leicht möglich war (siehe Kapitel 9 bzw. Luftbild Abbildung 9).

In einem „**Wirtschaftsplan**“ genannten Flächenwidmungsplan vom **Dezember 1938** nahm die Stadt offenbar Rücksicht auf den großen Komplex im Raum Auhof und weiter westlich davon: In jener Gegend ist in weitem Umkreis um Schloss Auhof keinerlei zivile Planung eingetragen, Wohnbauplanung erst westlich des vom Heer im Juli 1938 gemeldeten Bereichs.¹¹⁵

Davor hatten die SS und in kleinerem Maßstab auch das Heer aber bereits Tatsachen geschaffen. Das **Heer** ging da vorerst in Sachen einer geplanten **Artilleriekaserne** westlich von Schloss Auhof sehr dezent und zögerlich vor; mehr dazu in Kapitel 7 und Kapitel 15.

Zur im Raum Dornach–Auhof vorerst **viel massiveren SS-Tätigkeit** ein Bericht des damaligen Hausbesitzer-Sohnes Fritz Wolfsegger von Dornach 1 über Geschehnisse offenbar am 23. Mai 1938: „Eines Abends im Frühjahr 1938, so gegen 22 Uhr, klopfte es an der Haustür. Ich öffnete und schon stürmten zwei SS-Soldaten mit aufgepflanzten Bajonetten auf ihren Gewehren in die Stube und fragten nach dem Besitzer des Hauses. Ich sagte ihnen, dass mein Vater schon schlafe, da standen die beiden auch schon im Schlafzimmer und weckten meinen Vater. Sie erklärten ihm ohne Umschweife, dass auf unseren Gründen eine SS-Kaserne errichtet werde und wir enteignet würden. Meinem Vater befahlen sie, er müsse nächsten Vormittag ins „Hotel Achleitner“¹¹⁶ in Urfahr kommen, wo er vor einem Notar den Enteignungsvertrag zu unterzeichnen habe. Kurz nach der Enteignung wurde bereits mit den Erdarbeiten auf unseren Gründen neben dem Aubrunner-Gut begonnen. Gnadenweise waren wir berechtigt, mit unseren Pferden Fuhrwerksdienste bei den Erdarbeiten auf unserem Grund und Boden zu leisten. Außerdem räumte man uns das Recht ein, bis zum Kauf einer Ersatzliegenschaft bis zum 31. Mai 1940 auf unserem Hof wohnen zu dürfen.“¹¹⁷

Laut Kaufvertrag vom 24. Mai 1938 kamen per 15. Juni 1938 von Sigmund Wolfseggers Anwesen Dornach 1 (KG Katzbach EZ 66) vorerst 330 Ar um 19.820 Reichsmark an das „Deutsche Reich“ (wie in Kapitel 4 erwähnt, vertreten durch einen hochrangigen SS-Mann). Das waren vier Ackerparzellen knapp südöstlich des heutigen Auhof-Centers.¹¹⁸ Sigmund Wolfsegger durfte ab

¹¹⁴ AStL, NS-Zeit, Sch. B 36, Faszikel „Heeresplanung Raum Auhof“, Schreiben der Wehrkreisverwaltung XVII aus Wien an die Heeresstandortverwaltung Linz vom 8.11.1938.

¹¹⁵ Abb. bei Sarlay 1984, Abb. 1 neben S. 168.

¹¹⁶ Das hatte die Adresse Hauptstraße 18–20 (laut Adressbuch 1940, S. 847 Wohnsitz für 16 Hotelangestellte), später durch das „U-Punkt-Center“ ersetzt.

¹¹⁷ Zitiert bei Neunteufel 2003, S. 122. Über ein Foto betreffend Absiedlungs-Mitteilung vgl. Kapitel 4 (Aubrunner); Foto zu den Arbeiten enteigneter Bauern beim Kasernenbau: Neunteufel 2003, S. 114.

¹¹⁸ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 2, Kaufvertrag Nr. 5; ebenda, Faszikel 7 auch der entsprechende Beschluss des Bezirksgerichtes Urfahr vom 30.6.1938. Ab 1.10.1939 hatte Sigmund Wolfsegger (da mit Adresse Dornach 3) die 1938 verkauften Parzellen zumindest zeitweise gepachtet – ebenda, Faszikel 6. Im März 1939 bemühte sich Wolfsegger vergeblich um Ersatzgrundstücke aus dem Besitz von Ex-Bürgermeister Peter Hofbauer in Sankt Magdalena, vgl. Schreiben

Herbst 1939 noch zeitweise die abgetretenen Grundstücke samt einem Sechstel einer riesigen Starhemberg-Parzelle (1553) pachtweise nutzen. Die Familie übersiedelte offenbar 1940 auf einen Bauernhof in Holzhausen. Das alte Bauernhaus Dornach 1 (Freistädter Straße 283) blieb auch nach dem Krieg noch lange in anderer Funktion bestehen (Altstoffhandel Färberböck, erst in den letzten Jahren durch Neubebauung ersetzt).¹¹⁹

Zur **SS-Vorgeschichte**: Am 22. März 1938 gab Himmler im alten Linzer Stadion vor einheimischen SS-Leuten die Aufstellung von SS-Totenkopfverbänden für Oberösterreich und damit indirekt die bevorstehende Errichtung des **KZ Mauthausen** bekannt.¹²⁰ Die entsprechende **SS-Totenkopfstandarte 4 „Ostmark“** mit zentraler Rolle als KZ-Wach- und Verwaltungspersonal wurde mit 1. April 1938 gegründet, die natürlich eine adäquate Unterkunft brauchten. In Kapitel 4 wurde geschildert, wie die SS unter dem unverfänglichen Deckmantel „Deutsches Reich“ von Mai bis Juli 1938 ein über einen halben Quadratkilometer großes Kasernenbaugelände in ihren Besitz brachte. Das Heer hatte da vorerst nur die in Kapitel 4 erwähnten Vorkaufsrechte auf einige Parzellen westlich des Schlosses (mehr dazu auch in Kapitel 8).

Am 26. September 1938 marschierten (bzw. ritten vielleicht auch) 213 Mann des Infanterieregiments 133 in Dornach ein, und nahmen bis zum 4. Oktober in 16 dortigen Privathäusern Quartier. Davon zeugen ein Foto einer Kolonne von Pferden und Soldaten vor dem Obermaiergut Dornach 2 (also Haus Nummer 2 jener Ortschaft) sowie eine abschließende Vergütungs-Liste vom 5. Oktober 1938 über insgesamt 374 Reichsmark.¹²¹ Deutlich länger waren Wehrmachtangehörige im Auhof-Kontext auch im Pfarrhof Sankt Magdalena einquartiert.¹²²

Mit **30. September 1938 übergab die SS das Kasernenbaugelände** bzw. vielleicht auch bereits wenige fertiggestellte Bereiche **an das Heer** (und übersiedelte nach Ebelsberg, 1939 aber faktisch weitgehend an die Front). Jene Übergabe der entsprechenden Liegenschaft EZ 631 an „Reichsfiskus Heer“ erfolgte also nur drei Tage vor der Eingemeindung St. Magdalenas, wurde im Grundbuch aber erst im September 1940 berücksichtigt.¹²³

Im Kontext jener Übergabe war auch zu klären, was die SS bis dahin dort investiert hatte: Zuerst hatte die Reichsführung SS 17.865,20 Reichsmark bisherige Baukosten und 483.288,25 Gesamtkosten für „Gründerwerb und Einleitung der Bauarbeiten“ angegeben, was dann auf 18.591,57 für Baukosten und insgesamt 484.014,62 Reichsmark korrigiert wurde. Die Heeresstandortverwaltung Linz wurde durch Schreiben vom 8. November 1938 angewiesen, jenen Betrag sofort an den „Verwaltungschef der SS in Berlin“ zu überweisen.¹²⁴

Am 6. **Februar 1939** gab es eine **Besichtigung** der möglichen **Standorte von Heeresobjekten** in Linz samt Besprechung mit zivilen Stadtplanern (mit wichtiger Entscheidung hinsichtlich des Standortlazaretts, siehe Kapitel 8). Da gab das Heer partiell nach. In anderen Bereichen kam es jedoch in der Folge zu einem längeren **Konflikt zwischen militärischen und zivilen Planungsinstanzen**.¹²⁵

Bereits knapp davor, anlässlich einer Begehung des Kasernenbaugeländes am 27. Jänner 1939, spielte auch **Schloss Auhof** eine wichtige Rolle für die Heeresplanungen, die dann aber im Februar ausdrücklich auf den Ankauf des Schlossbereichs verzichteten; mehr dazu in Kapitel 10.

Am 10. Februar 1939 besprachen der damals eben neuernannte **„Generalbauinspektor Professor Roderich Fick** aus München“, Heeresverantwortliche und der damalige Linzer Stadtbaudirektor Anton Estermann im Linzer Stadtbauamt die Linzer Heeresplanungen, alles unter Berufung auf persönliche „Führer“-Wünsche vom 5. Februar 1939: „Die bereits begonnenen Baumaßnahmen

der Heeresstandortverwaltung vom 8.11.1939 in OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Fasz. 3. Das hatte vielleicht mit den in Kapitel 10 erwähnten „Wolfsegger“-Markierungen am eigentlich der Schlossliegenschaft gewidmeten Plan zu tun.

¹¹⁹ Neunteufel 2003, S. 123 f.

¹²⁰ Maršálek 1995, S. 16; vgl. Rafetseder 2009, S. 6 ff. zur DEST im Linz-Kontext, auch etwa Carrington – Woldan 2015, S. 186 f. und Carrington – Reiter 2007, S. 389 zur Vorgeschichte der SS-Kaserne Ebelsberg.

¹²¹ Neunteufel 2003, S. 114 f. (Foto und Liste auf S. 115). Dornach 2 hieß laut Grundbuch Obermaiergut, laut lokaler Schreibweise (und Neunteufel) Obermayrgut.

¹²² Pfarrchronik, S. 7 („lange Monate“ seien im Pfarrhof „Scheinwerfer-Uffz. und Obergefrierer“ gewesen).

¹²³ EZ 631 vgl. Kapitel 4, Eingemeindung vgl. Kapitel 3.

¹²⁴ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel Sonstige Schreiben.

¹²⁵ Über die einzelnen Instanzen ist an anderer Stelle Genaueres nachzulesen, vgl. etwa Rafetseder 2001, S. 1202-1234 über „Kooperation und Konkurrenz verschiedener Behörden“ (S. 1204 f. über Reichsbaurat Roderich Fick), Sarlay 1984, Schuster 2001, etc.

wie z.B. die Infanteriekaserne Auhof unterliegen nicht der Begutachtung und Genehmigung des Generalbauinspektors. Alle zukünftigen Baumaßnahmen müssen ihm jedoch angezeigt und vorgelegt werden“.¹²⁶

In Verbindung mit einem Baustopp bei der Infanteriekaserne 1939 (wohl im Kontext des Kriegsausbruchs vom September 1939) kam es von Oktober auf November 1939 zu einer Verkleinerung der entsprechenden **Einzäunungsgrenze**. Dabei blieb aber der nördliche Lagerbereich immer dabei; der war eben für die Bauarbeiten unentbehrlich.¹²⁷ Als eigentliches Kasernenbaugelände war auch auf späteren Plänen meist die Maximalvariante zu sehen. Was übrigens Einzäunung betrifft: Ein Foto einer Serie vom 15. Juli 1944 über eine Militärübung bei der Auhofkaserne zeigt die Einzäunung bei einem der bestehenden Kasernentrakte. Das war dort offenbar ein rund zwei Meter hoher Drahtzaun mit Betonpfosten.¹²⁸

Ein spezieller, sicher sehr früher **Plan** der „Gemarkung Dornach in **Katzbach**“ mit der Maximalvariante (im Süden bis an die Freistädter Straße) zeigt eine Vielzahl von **Bohrlöchern** rundherum, aber auch vereinzelt weit außerhalb des Geländes. Der an sich als Kasernenbereich mitmarkierte heutige Science Park-Bereich weist dort allerdings keine Bohrlöcher aus. Da war eben von Anfang an (abgesehen von der gleich erwähnten Sportanlage) nur provisorische Nutzung durch Hochbauten vorgesehen.¹²⁹

Vom 25. **Februar 1940** datiert ein besonders detaillierter **Plan**, den das Linzer Heeresbauamt für den „Neubau einer Infanterie-Kaserne in Linz-Auhof“ anfertigte. Darin (dort nachträglich offenbar später als Februar 1940 mit eigenem Seidenpapierstück aufgeklebt) ein interessantes Detail im Bereich des späteren Science Parks, dort wo jetzt dessen Bauteil 3 steht und östlich davon: Direkt nördlich der heute noch bestehenden Kasernentrakte ist dort eine **Leichtathletikanlage** mit 400-Meter-Laufbahn zu sehen, einen „Fußballplatz“ umschließend, dazu Anlagen für Weit- und Dreisprung, Kugelstoß, etc., in der Ecke östlich davon (heutige Südostecke der Science Park-Grünfläche) noch ein „**Schwimmbad**“ offenbar in Form eines 50-Meter-Sportschwimmbeckens.¹³⁰ Im gleichen Bereich gab es offenbar tatsächlich bei Kriegsende eine Sportanlage, allerdings sehr viel kleiner als in der Planung; das ist auf einem Luftbild von Mai 1945 ersichtlich.¹³¹

Das Ganze war als zentrale Sportanlage für die ganze Linzer Garnison geplant, die für Friedenszeiten auf immerhin 10.000 Mann (inklusive rund 650 Offiziere) veranschlagt war: Ein undatiertes Heeresdokument (vermutlich 1940) stellt für den gesamten Standort Linz klar: „Für sportliche Betätigung ist bei den Kasernen in Auhof genug Raum“.¹³² Das war also in der Gegend geplant, wo ab 1971 zeitweise ein JKU-Sportgelände war.¹³³ NS-Zeit-Planungen wurden in Linz ja öfters später verwirklicht, siehe etwa Stadtautobahn oder Musiktheater an der Blumau.

In einem Schreiben vom 14. Dezember 1940 steckte Roderich Fick, laut Stempel „Der **Reichsbaurat der Stadt Linz an der Donau**“, gegenüber dem Baudirektor der Wehrkreisverwaltung XVII sein Revier ab: „Das Gelände nördlich von Dornach, begrenzt im Westen von der Straße Steg – St. Magdalena, im Osten von der Straße Dornach – Auhof, im Süden von der Prager Reichsstraße [= Freistädter Straße], im Norden von den Höhen von St. Magdalena und Wolfau ist für eine gesunde Stadterweiterung unentbehrlich. Eine Verwendung dieses Gebietes für

¹²⁶ Entsprechender Bericht von Linzer Heeresbauamt I an die Wehrkreisverwaltung XVII vom 10.2.1939, OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 14, Mappe 1. Zur Person Roderich Ficks vgl. etwa Mayrhofer 2001, S. 370 ff. oder auch Rafetseder 2001, S. 1204 f.

¹²⁷ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5; die Einzäunungsgrenze vom 9.10.1939 reichte im Süden noch knapp an die Freistädter Straße heran, die verschobene Grenze vom 4.11.1939 nur mehr wenig weiter südlich als die dann tatsächlich errichteten Trakte.

¹²⁸ ASTL, Fotosammlung: Vorführung des Grenadierausbildungsbataillons I/133 in der Auhofkaserne Linz, beim 19. von 20 Fotos ist der Zaun sichtbar, beim 16. im Hintergrund eine Lagerbaracke des Heereslagers.

¹²⁹ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5.

¹³⁰ Ebenda. Die vom Heer in Auhof geplante Sportanlage fehlt in einer Mischung von ziviler und militärischer Planung mit Stand 1.1.1943 (Abb. 7). Auf jenem Plan schließt der Kasernenbereich direkt nördlich der verwirklichten Bauten ab, was aber höchstens Planung für später sein kann; der heutige Science Park-Bereich gehörte in der NS-Zeit eindeutig zum Kasernengelände.

¹³¹ Abb. 9; vgl. auch Kapitel 17 zum dortigen Löschwasserbecken.

¹³² OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 14, Mappe 2, Bericht „Haus der Wehrmacht für Heer, Marine und Luftwaffe in Linz“.

¹³³ Vgl. Baumann 1992 über das USI bzw. Universitäts-Sportinstitut (dort und im Beitrag desselben Bandes über Linzer Sport der NS-Zeit wird jene Auhof-Sportplanung der NS-Zeit nicht erwähnt). Die Anlage des Universitäts-Sportinstituts der JKU war laut Linz-Plan der Linzer Stadt-SPÖ von 2003 im heutigen Science Park-Bereich westlich der entsprechenden NS-Planung, direkt östlich der Altenberger Straße.

Kasernenbauten der Wehrmacht ist deshalb nicht möglich“. (Jenes Schreiben erging auch an Linzer Magistratsstellen, zur Kenntnis „in Hinblick auf die Aufstellung der Barackenlager für die Bessarabiendeutschen“, mehr dazu in Kapitel 15).¹³⁴

Jenen Bereich westlich von Schloss Auhof bzw. Altenberger Straße definierte Reichsbaurat Fick auch als „Gebiet D“ in einer amtlichen „**Vierzehnten Anordnung über die Neugestaltung der Stadt Linz**“ vom 16. Dezember 1941. Dort sind bei der nördlichen Begrenzung auch „Ost- und Nordgrenze des Grundstückes 756“ genannt, also einer Parzelle nordwestlich des damaligen Schlossteiches bzw. nunmehrigen Uni-Teichs, als generelle Ostbegrenzung allerdings „Altenberger Straße bis zum Schloß Auhof“. Da die Parzelle 756 Teil der Heereslazarett-Planung war, überschneidet sich diese also mit Ficks ziviler Planung.¹³⁵

Details über die Planungen finden sich in einer **Aufstellung** der Heeresstandortverwaltung vom **22. Juli 1941** für die Wehrkreisverwaltung XVII über alle **Linzer Heeresplanungen**: Die Infanteriekaserne Auhof mit 51 Hektar sei „im Bau begriffen“ (da also etwas kleiner als die Käufe von 1938, die bei Übergabe an das Heer noch 57 Hektar hatten), die Artilleriekaserne Auhof mit rund 20 Hektar „noch nicht vermessen“, ebenso die Kaserne für Beobachtungsabteilung mit rund 20 Hektar, etc. (zum Lazarett vgl. Kapitel 8). Am Tag darauf hieß es in entsprechenden Erläuterungen: Bei der Infanteriekaserne, vom Oberkommando des Heeres am 26. Oktober 1938 genehmigt, sei der Bau zeitweise eingestellt gewesen, „nunmehr mit Rücksicht auf die in Linz herrschenden Unterkunftsverhältnisse fortgesetzt“. Bei Artilleriekaserne und Beobachtungsabteilung erfolge „derzeit Sicherstellung des Baugeländes im Einvernehmen mit der Planungsbehörde“.

In jenem Kontext wurde im **Juli 1941** auch ein **Übersichtsplan mit den Heeresvorhaben** im Raum Auhof erstellt, mit Unterscheidung zwischen in Durchführung und in Planung begriffener Bereiche; dabei wurden allerdings keine Benennungen beigelegt. Bei der Infanteriekaserne ist dort der damalige Bereich des Lagers bzw. des späteren Science Parks normal inkludiert (im Unterschied zum sonst sehr ähnlichen Plan vom Oktober 1941, von dem gleich die Rede sein wird).¹³⁶

Die erwähnte Klarstellung Ficks vom Dezember 1940 richtete sich primär gegen die vom Heer westlich des Schlosses Auhof 1938 noch in riesigem Ausmaß geplante Artilleriekaserne (vgl. dazu auch die Ausgangslage in Kapitel 15). Tatsächlich fehlte diese Kaserne vorerst bei einem „**Übersichtsplan** mit dem in Auhof für die verschiedenen Kasernenanlagen, Standortlazarett, Geschäftszimmergebäude und Wohnungen beanspruchten Gelände“. Der wurde vom Linzer Heeresbauamt I angefertigt am **16. Oktober 1941** an das Stadtbauamt Linz geschickt.¹³⁷ Westlich des Schlosses war dort der Umriss des „Standortlazaretts“, nur ein Teil des bestehenden Kasernenbaugeländes war für die „Infanterie-Kaserne“. Deren Bereich ist dort ohne den damaligen Bereich des Heeres-Gemeinschaftslagers und auch im Westen und Süden gegenüber dem Plan vom Juli 1941 reduziert. Eine „Artillerieabteilung“ war nordöstlich von Schloss Auhof eingezeichnet (mindestens 350 Meter vom Schloss entfernt), eine „Artillerieabteilung mit Regimentsstab“ östlich des Schlosses (von dort mindestens 200 Meter entfernt), an jene Abteilung südlich angrenzend eine „Beobachtungsabteilung“ (östlich der Infanteriekaserne).

Im heereeseigenen Exemplar jenes Planes vom 16. Oktober 1941 ist südlich der nördlichen Artillerieabteilung mit Bleistift „ev[entuell] Siedlung“ vermerkt (also knapp nordöstlich von Schloss Auhof), was im stadteigenen Planexemplar fehlt. Außerdem sind die Umrisse der markierten Bereiche anders gestaltet – also nicht einfache Kopien desselben Planes.¹³⁸

Ein Schreiben des Linzer Stadtplanungsamtes an das Luftgaukommando XVII in Wien vom 30. Oktober 1941 kommentiert jene Heeresplanungen: Man betonte, „daß die Anlage dieser Kasernen in diesem Raume dadurch bedingt ist, weil der Heeresschießplatz und Übungsplatz in erreichbarer Nähe“ sein müsse (die entsprechenden Gründe in Treffling hatte sich das Heer

¹³⁴ ASTL, NS-Zeit, Sch. B 36, Heeresplanung Raum Auhof.

¹³⁵ Publiziert in Volksstimme, 8.1.1942; Zeitungsausschnitt in OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 13.

¹³⁶ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 13.

¹³⁷ Ebenda (Plan mit Begleitschreiben), Exemplar davon auch in OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5.

¹³⁸ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5 bzw. ASTL, NS-Zeit, Sch. B 36, Heeresplanung Raum Auhof.

bereits ab Sommer 1938 organisiert). Die „bewegte Form des Geländes mit der Möglichkeit der Tarnung durch den reichen Waldbestand“ sei auch günstig. „Der Raum westlich der Infanteriekaserne Auhof und südlich des Höhenrückens St. Magdalena“ werde „bereits im kommenden Jahr für die neue Stadterweiterung herangezogen.“¹³⁹

Da ging es um „**Luftschutzberrzonen**“ rund um militärische Anlagen. Bei dortigen zivilen Bauten musste das Luftgaukommando „in luftschutztechnischer Hinsicht“ zustimmen, was in einem Schreiben vom 3. Dezember 1941 mit Abstandsauflagen auch geschah: Im Umkreis von 500 Meter um die äußeren Begrenzungen der Wehrmachtsanlagen durften keine Wohn- und Siedlungsgebiete neu errichtet werden. Darüber beschwerte sich am 13. Dezember 1941 das Linzer Stadtplanungsamt bei Heeresstandortverwaltung und Reichsbaurat Fick.¹⁴⁰

In einem Schreiben des Stadtplanungsamtes an das Tiefbauamt vom 28. November 1941 wird erläutert: Für Entwässerung von Infanteriekaserne und künftiger Beobachtungsabteilung am Hügel östlich davon sei „der **Auhofsammelkanal** bereits errichtet und zum Teil von Seiten der Wehrmacht finanziert worden“. Bei dessen Berechnung sei man noch von einer Artilleriekaserne „südwestlich dem Auhofteich“ (also Schlossteich) ausgegangen, aber diese Planung sei ja jetzt zwischen Altenberger Straße und Prager Reichsstraße. Da jene ursprüngliche Kasernenplanung westlich der Infanteriekaserne jetzt durch Wohnbauten ersetzt würde, bedeute das künftig eine „größere Entwässerungsmenge für den Auhofsammler“. Zwischen (verkleinertem) Infanteriekasernen-Gelände und Prager Reichsstraße sei eine Wohnbebauung gedacht, deren Widmung für Heeresangehörige auch seitens des Heeres offen gelassen wurde.¹⁴¹

In jenem Zusammenhang ließ das „Heeresbauamt Linz I“ bereits im **Februar 1941** einen detaillierten **Plan** über „Infanteriekaserne Auhof **Kanalisation**“ anfertigen, abgelegt in einem Heeresstandort-Aktenfaszikel über „Ableitung der Tagwässer“.¹⁴² Jener Plan mit der Maximalvariante des Kasernengeländes (im Süden bis direkt an die heutige Freistädter Straße) zeigt neben den heute bestehenden Kasernen-Trakten etliche Trakte südlich davon, als ob diese bereits existieren würden. Die waren jedenfalls damals fix geplant (die dann tatsächlich errichteten Trakte machten nur etwa ein Drittel der laut jenem Plan projektierten Kasernengebäude aus, siehe auch Abbildung 7). Im damaligen Heereslager-Bereich bzw. heutigem Science Park-Gelände ist dort hingegen keinerlei Bauteil vermerkt.

Auf jenem Plan ist in jenem nördlichen Bereich ein rund 500 Meter langer „bestehender offener Graben“ vermerkt, nach Süden fortgesetzt nach einem „bestehendem Absturzbauwerk“ durch einen „gepl[anten]. offenen Graben“ bis hin zur Freistädter Straße. Das ist der Auhofbach bzw. Auhofgrabenbach (siehe Kapitel 20 bei EZ 1323). Beim Kasernen-Wirtschaftsgebäude (siehe Kapitel 19) ist auf jenem Plan von einer Sickergrube die Rede, die anscheinend „aufzulassen“ war.

Eine **Besprechung** beim Linzer Standortkommandanten, Generalmajor Gustav Kohl, im beschlagnahmten Ursulinenkonvent¹⁴³ mit Reichsbaurat Fick und Regierungsdirektor **August Schmöllner**¹⁴⁴ als zivilem Planungsverantwortlichen am **12. Dezember 1941** ergab unter anderem: Wehrmachts-Generalkommando am Urfahrner Donauufer, Neues zum Heereslazarett (siehe Kapitel 8), Beobachtungsabteilung sei fix „auf der Kuppe nördlich von Katzbach“, mit Artilleriekasernen zwischen Prager Reichsstraße und Altenberger Straße sowie „westlich anschließend an die Altenbergerstrasse nördlich Schloss Auhof“ seien alle einverstanden. Westlich und südlich der Infanteriekasernen seien rund 200 Wohnungen und ein „Dienstgebäude

¹³⁹ Ebenda.

¹⁴⁰ Ebenda.

¹⁴¹ Ebenda.

¹⁴² OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Fasz. 5; dieser Plan war für die Erstellung dieser Dokumentation besonders praktisch wegen der dort gut leserlichen Parzellen-Nummern des gesamten Bereichs. Auf die Beifügung als Abbildung wurde hier aber verzichtet, da dort die damaligen Baracken nicht vermerkt sind.

¹⁴³ Vgl. Kapitel 4.

¹⁴⁴ Dieser Vertraute der Rüstungsminister Todt bzw. dann Speer war Leiter der „Landesstelle für Raumordnung für den Gau Oberdonau“, die großen Einfluss auch auf Linzer Planungen hatte; vgl. Mayrhofer 2001, S. 368 f. Schmöllner war für „Oberdonau“ auch Leiter des NS-Bundes deutscher Technik, wohnhaft in Traun. Laut Amtskalender 1930 war Schmöllner Funktionär im „Deutsch-völkischen Turnverein Urfahr“ und „Kreissäckelwart“ des „Deutschen Turnerbundes“ für Oberösterreich und Salzburg.

für Heeresbauamt usw.“ geplant. Nach Kriegsende wolle man zusätzlich eine Panzerregiments-Kaserne errichten, eventuell östlich des Übungs- und Schießplatzes Treffling, etc.¹⁴⁵

Am 8. Mai 1942 urgierte Gauleiter Eigruber beim Oberbürgermeister Leopold Sturma: „Die Kasernen sollen nicht allzu entfernt von der Peripherie der Stadt liegen, da die Soldaten ein Recht haben, sämtliche Einrichtungen, die sich im Mittelpunkt der Stadt befinden werden, mitzubeneutzen. Die Soldaten sind und werden auch in Zukunft gute Kunden für die gewerbliche Wirtschaft und das Vergnügungsgewerbe sein, daher wäre es auch aus diesem Grunde unklug[,] die Kasernen weit von der Stadt entfernt zu bauen.“¹⁴⁶

Ein Schreiben des Linzer Magistrats vom 24. April 1942 an das Luftgaukommando XVII bittet um Lockerung der erwähnten **Luftschutzsperrzonen** und Zustimmung zu weit nach Norden vorgeschobenen Wohnbebauungen. Kasernen seien ja „auf Grund der Kriegserfahrung [...] erst in letzter Linie als stark luftgefährdend anzusehen“, sprich: Wohnbebauung könne da ruhig näher heran. (Tatsächlich war die Auhofkaserne 1944/45 nur einmal marginal vom Luftkrieg betroffen, siehe Kapitel 17). Daraufhin beschwerte sich am 23. Mai 1942 die Wehrkreisverwaltung XVII beim Linzer Oberbürgermeister darüber, dass jene Forderungen der Stadt „auf eine weitere Hinausdrängung der geplanten Kasernenbauten aus Linz hinausläuft“.¹⁴⁷

Tatsächlich war knapp davor, in einer Linzer Stadtrats-Sitzung vom 27. April 1942 über die „Wehrmachtsanlagen im Raum Auhof“, genau das verlangt worden: Also erst in Planung befindliche Kasernenbauten möglichst weit ostwärts Richtung Gallneukirchen zu verschieben, damit Platz für „offene Siedlungen“ gewonnen werde „und der jetzt schon ersichtlich werdenden Raumnot“ gegenzusteuern. Dabei war auch bereits von „etwa 250 Wohnungen“ der Wehrmacht im Anschluss an die Kaserne die Rede, die eben auch dem zivilen Wohnungsbau fehlen würden.¹⁴⁸ Stadt und Reichsbaurat Fick wollten eben „den für die Wohnverbauung bestimmten Stadtteil Dornach – St. Magdalena nicht durch die Kasernenmassierung und die auferlegten Luftschutzsperrzonen“ gefährden.¹⁴⁹

Am 17. August 1942 berief sich die Wehrkreisverwaltung XVII in einem Schreiben an das Linzer Planungsamt auf einen Erlass Reichsmarschall Hermann Görings vom 13. April 1942: Der Stadt gehe es um Friedensplanungen, deren Weiterführung jetzt eigentlich verboten seien. Wenn die Stadt Linz „eine ausdrückliche Ausnahmegenehmigung“ habe, dann bitte man „um deren Mitteilung“. Ein rückseitiger Aktenvermerk Oberbaurat Schmuckenschlägers stellt dort fest, dass Gauleiter Eigruber da der Stadt Recht gebe, zumindest in Sachen Lockerung der verlangten 500 Meter breiten Luftschutzsperrzonen, denn das behindere das genehmigte Linzer Kriegsnotbauprogramm.¹⁵⁰ (Solche Zonen variierten ansonsten von 300 bis 1000 Meter).

Darauf berief sich dann auch ein Schreiben Schmuckenschlägers vom 8. September 1942 an die Wehrkreisverwaltung XVII: Die zivilen Linzer Planungen für Wohnbauten, die mit den Heeresinteressen kollidieren, seien eben keine Friedensplanungen, sondern „Fortsetzung des Kriegsnotbauprogramms“. Deshalb seien „die Wohnungsbauten des Bebauungsraumes Dornach als kriegswichtige Planung zu bezeichnen. Inwieweit die geplanten Kasernenanlagen als kriegswichtige Planungen aufgenommen werden, entzieht sich meiner Kenntnis.“¹⁵¹

Diese Keckheit eines Zivilisten in städtischem Dienst gegenüber einer formal deutlich höherrangigeren Heeresinstanz hing wohl mit Rückendeckung durch Hitler zusammen. Der hatte nämlich bereits am 12. Dezember 1941 in der Berliner Reichskanzlei Gauleiter Eigruber zugesichert, dass das (zivile) Linzer Notbauprogramm 1942 genauso wie 1941 fortgeführt werde.¹⁵² Im Herbst 1942 sah sich die Stadt offenbar auch für das Folgejahr befugt, weiter zu planen wie bisher.

¹⁴⁵ ASTL, NS-Zeit, Sch. B 36, Heeresplanung Raum Auhof.

¹⁴⁶ Ebenda (Originalschreiben).

¹⁴⁷ Beide Schreiben ebenda.

¹⁴⁸ Ebenda.

¹⁴⁹ So im Rückblick Schmuckenschläger 1946, S. 30, der auf S. 29 f. den Konflikt Wehrmacht – Stadt als Dauerthema darstellt.

¹⁵⁰ ASTL, NS-Zeit, Sch. B 36, Heeresplanung Raum Auhof.

¹⁵¹ Ebenda.

¹⁵² Schreiben Eigrubers an Oberbürgermeister Sturma 15.1.1942, OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 13.

Am 8. Oktober 1942 waren dann Schmuckenschläger sowie Reichsbaurat Ficks rechte Hand (dessen Linzer Landstraßen-Büroleiter und Schwager) Oberbaurat Heinrich Zierl beim Baureferenten des Luftgaukommandos in Wien, Dr. Cäsar: Der anerkannte laut Amtsbericht Schmuckenschlägers tatsächlich die „Notwendigkeit für die Heranziehung des Vorfeldes von St. Magdalena für die Wohnstadterweiterung. Es hat sich daher die Anlage von Kasernen danach zu richten und sind die Standorte für die Kasernen entsprechend abzurücken.“ Die eine dort im Bau befindliche Infanteriekaserne sei „bei entsprechender Auflockerung und Tarnung noch nicht als stark luftgefährdend empfunden und aus diesem Grunde daher eine Luftschutzsperrzone zu Ungunsten der Wohnverbauung des Raumes Dornach nicht verlangt.“ Reichsbaurat Fick übernehme „in diesem Sinne die Bebauungsplanung des Raumes Dornach – Auhof“, inklusive „Festlegung geeigneter neuer Standorte für die weiteren Kasernen-Vorhaben“.¹⁵³

Wenige Tage davor, Anfang Oktober 1942, hatte Hitler dem Gauleiter Eigruber in Berlin erklärt, Reichsbaurat Fick könne nicht ganz Linz barock planen, er solle sich auf die Innenstadt beschränken, und die Ausarbeitung eines Flächenwidmungsplanes sei gar nicht Ficks Aufgabe. Allerdings wurde dabei nicht gesagt, wer denn sonst die große Planung machen solle. Eigruber tippte auf Hermann Giesler, der die Monumentalverbauung am Donauufer übertragen bekommen hatte, konnte den ratlosen Stadtverantwortlichen dabei aber nicht weiter helfen. Nach der Besprechung mit Hitler hatten sich Eigruber, Rüstungsminister Albert Speer, Hitlers rechte Hand Martin Bormann und Giesler darauf geeinigt, dass Flächenwidmungspläne „im grossen, der Führer selbst zu bestimmen habe, daß aber alle Details der Gauleiter selbst bestimme“; allerdings bedürfe jene Abgrenzung „noch der Zustimmung des Führers“ – so die Version Eigrubers.¹⁵⁴

Jedenfalls präsentierte Fick am 9. November 1942 stolz seinem „Führer“ den neuen Linzer Bebauungsplan persönlich in Berlin, und da war alles wieder anders. Fick fühlte sich als Generalplaner bestätigt, und Ficks Bebauungsplan blieb dabei offenbar grundsätzlich von Hitler unkritisiert; die Sichtweise Eigrubers war also nicht bestätigt.¹⁵⁵ So funktionierte eben der „Sozialdarwinismus“¹⁵⁶ im komplizierten Ämtergefüge des NS-Regimes. Da sahen sich meist mehrere Instanzen gleichzeitig hauptbefugt, konnten sich immer wieder auf widersprüchliche „Führer“-Äußerungen berufen und intrigierten heftig gegeneinander. Das wird auch als gezielte „Taktik Hitlers“ interpretiert, „Aufgaben mehrfach zu vergeben, um dann die ihm am geeignetsten erscheinende Lösung heraus zu filtern“.¹⁵⁷

Ob damit die vom Heer westlich von Schloss Auhof bzw. „südwestlich dem Auhofteich“ (siehe oben) geplante weitere Artilleriekaserne „gestorben“ war, ist unklar. Dazu ein Blick auf eine detaillierte **Karte ziviler und militärischer Planungen mit Stand „1.1.1943“**, am 5. März 1943 unterschrieben von Oberbaurat Schmuckenschläger und einer zweiten Person¹⁵⁸ (hier Abbildung 7): Dort scheint ein dortiger kleiner Kasernenbereich als Rest des im Juli 1938 noch riesigen Artillerie-Planungsbereichs noch umgrenzt auf, allerdings leer, ohne Einzeichnung von Gebäuden, im Nordosten bis in die heutige JKU-Grünfläche westlich des großen Parkplatzes reichend, fast genau bis zum jetzigen Parkplatzbereich. Südlich jener leeren Kasernenmarkierung schloss fast direkt die von Fick geplante Wohnbebauung an. Die Trakte des Heereslazarett westlich des Schlosses und die nie verwirklichten südlichen Zusatztrakte der Infanteriekaserne samt Wohnungsbebauung weiter südlich davon sind dort hingegen detailliert zu finden.

Nördlich der bestehenden Kasernentrakte, also im heutigen Science Park-Bereich, herrscht auf jenem Plan gähnende Leere (abgesehen von Höhenschichtlinien). Dieser Bereich war dort außerhalb der Kasernenbereich-Grenzmarkierung. Das war auf eigentlichen Plänen des Kasernengeländes der NS-Zeit nicht der Fall. Der Lagerbereich war damals jedenfalls eindeutig Heeresbesitz, aber eben aus Sicht der Stadt nicht unbedingt langfristige Heeres-Planungszone (abgesehen von den erwähnten Sportanlagen-Plänen von 1941, die dem Stadtbauamt vielleicht

¹⁵³ AStL, NS-Zeit, Sch. B 36, Heeresplanung Raum Auhof.

¹⁵⁴ Wiedergegeben nach Kenntnisstand von Oberbürgermeister Sturma in Aktennotiz vom 8.10.1942, AStL, NS-Zeit, Sch. B 36 b.

¹⁵⁵ Ebenda, Aktenvermerke Oberbürgermeister Sturma, Fick an Sturma 23.11.1942.

¹⁵⁶ Vgl. Rafetseder 2001, S. 1202 f.

¹⁵⁷ Mayrhofer 2001, S. 368.

¹⁵⁸ AStL, NS-Pläne, „Wohnungsbau Linz 1938-1.1.43, Gliederung nach Großbaustellen“ mit Vermerk vom 5.3.1943, primär auf Wohnbaugebiete abzielend, mit dem eigentlichen Bebauungsplan Ficks als Basis, aber offenbar vom Stadtbauamt ergänzt. Dieser Plan wurde in der Literatur bisher vernachlässigt.

unbekannt waren). Auch im Südwesten und Süden ist auf jenem kombinierten Plan mit Stand 1.1.1943 der Kasernenbereich beschnitten (zur Freistädter Straße hin war ja Wohnbebauung vorgesehen, dazu gleich mehr).

Die damaligen Lager wurden auf jenem spätestens im März 1943 im städtischen Bauamt zusammen montierten Plan ignoriert. Diese Lager waren eben nicht langfristig gedacht. Das damals bestehende Lager Dornach ist auf jenem Plan durch den leeren Artilleriebereich und durch Wohnbebauung ersetzt.¹⁵⁹ An Stelle des damaligen Umsiedlerlagers Auhof sind ebenfalls Wohnbauten vermerkt, etwa bis zum heutigen JKU-Parkplatz-Südrand. Als nördliche Ausläufer der zivilen Verbauung, direkt südwestlich des Schlossteichs, sind zwei unklare Bauteile auf heutiger JKU-Grünfläche eingezeichnet, einer länglich, einer vierkantig. Was das werden sollte, geht aus dem durchgesehenen Aktenmaterial nicht hervor. Für das in Heereslazarett-Nähe geplante zivile „Nord“-Spital sind jene Trakte wohl eher zu wenig (siehe Kapitel 8).

Die Umgrenzungen der drei Heeresbereiche im Raum Auhof fehlen auf dem **eigentlichen Bebauungsplan** Reichsbaurat Ficks vom Herbst 1942, der am 9. November 1942 Hitler persönlich präsentiert wurde und der offenbar Basis des eben geschilderten Planes war. Aber auch bei den zivilen Planungen gibt es auf dieser Version anscheinend einzelne Unterschiede zum eigentlichen Bebauungsplan von 1942.¹⁶⁰

Das offizielle Ergebnis der Wiener Besprechung vom 8. Oktober 1942 war ein Schreiben des Luftgaukommandos XVII an das Wehrkreiskommando XVII, Linzer Stadtbauverwaltung und Reichsbaurat Fick vom 4. Februar 1943, das die Interpretation der Stadt einigermaßen bestätigte: Zwar keine Schutzzone hinsichtlich Luftschutz um die Infanteriekaserne, aber „weniger als 60 Wohnungen je Hektar Nettobauland“, an die Kaserne angrenzende Wohnungen an der Prager Reichsstraße (bzw. Freistädter Straße) primär für Wehrmachts-Bedarf. „Gegen die Errichtung der Bauvorhaben Lazarett bei Schloß Auhof, Artillerie-Abteilung, Artillerie-Abteilung mit Regimentsstab und Beobachtungsabteilung werden Bedenken nicht erhoben, sofern ein weiteres Heranwachsen der Wohnbebauung vermieden wird“.¹⁶¹

Mit jenem Beschluss des Luftgaukommandos endete offenbar aus Sicht der Linzer Stadtverwaltung die „Heeresplanung im Raum Auhof“, beendet durch eine Unterschrift von Stadtsyndicus Wirth vom 12. Februar 1943. Im entsprechenden Stadtarchivbestand findet sich keine spätere Nachricht von Wehrmachtsseite. Die hatte 1943 eben bereits andere Sorgen als militärische Friedensplanungen samt Aschenbahn und Sportschwimmbekken.

¹⁵⁹ Ob das, was in der geplanten Wohnbebauung westlich der Infanteriekaserne wie eine Sportanlage mit 400-Meter-Bahn aussieht, von Fick als solche geplant war, ist unklar; etwas weiter westlich sind dort knapp nebeneinander drei weitere Strukturen gleicher Art etwa nördlich und südlich der heutigen Ferdinand-Markl-Straße (eventuell für Grünanlagen?) eingezeichnet.

¹⁶⁰ Der eigentliche Bebauungsplan Ficks ist abgebildet bei Mayrhofer 1997, S. 74, der für uns relevante Ausschnitt vergrößert bei Neunteufel 2003, S. 140. In jenem normalen Bebauungsplan waren zwar die Heeresbauten Infanteriekaserne und Standortlazarett beim Schloss Auhof abgebildet, aber ohne Umgrenzung des Lazarettbereichs und vor allem ohne Umgrenzung der Artilleriebereiche; auch die beiden erwähnten Baukörper südwestlich des Schlossteichs fehlen dort (die könnten also eventuell militärischer Art gewesen sein).

¹⁶¹ AStL, NS-Zeit, Sch. B 36, Heeresplanung Raum Auhof.

7. Die ehemalige Parzelle 762/3 im Südwesten des späteren JKU-Geländes, ein zentrales Element der Heeresplanungen

Sowohl auf einem Foto des Lagers Dornach von 1943 als auch auf einem Luftbild der US Air Force von 1945 sticht eine markant geformte Parzelle hervor, leicht erkennbar durch geschwungenen Nordrand.¹⁶² Diese ehemalige Parzelle 762/3, von der heute ein Teil im Südwestbereich des JKU-Geländes bzw. auch des JKU-Parkplatzes liegt, wurde in Kapitel 3 und 4 bereits kurz erwähnt. Dabei handelt es sich um einen zentralen Dreh- und Angelpunkt der NS-Zeit-Heeresplanungen im Raum Auhof.

Früher gehörte die noch ältere, größere Parzelle 762 zum Niedermaiergut der Familie Neunteufel, die das Anwesen laut Grundbuch per Kaufvertrag vom 1. April 1873 an Camillo Heinrich Fürst Starhemberg verkaufte, laut lokaler Überlieferung „unter eigenartigen Umständen“ (siehe Kapitel 2). Da dessen Enkel, der Heimwehrführer Ernst Rüdiger Starhemberg, das erwähnte kostspielige „Hobby“ einer Quasi-Privatarmee hatte, musste er wegen seiner Finanzprobleme mehrere Liegenschaften verkaufen (siehe Kapitel 3), darunter eben auch per Kaufvertrag vom 23. Juli 1934 die Parzelle 762/3 an das Ehepaar Elisabeth und Rudolf Fink. Die alte Parzelle 762 wurde an mehrere neue BesitzerInnen verkauft. Aus der nunmehrigen Parzelle 762/3 wurde eine eigene neue Grundbuch-Liegenschaft, EZ 577 der KG Katzbach.

Im Adressbuch 1940 scheinen Rudolf Fink als Gutsbeamter und Gattin Elisabeth Fink als Hausfrau mit Wohnsitz Auhof 1 auf, also im Schloss. Ob Gatte Rudolf bereits 1934 Gutsangestellter der Familie Starhemberg war, ist zu vermuten, kann momentan aber nicht belegt werden. Zumindest war er aber offenbar Auhof-Gutsangestellter im Rahmen der NS-Zwangsverwaltung (also der Güterdirektion der Gauselbstverwaltung). Nach dem Krieg wohnte Rudolf Fink jedenfalls laut Adressbuch 1949 als Hilfsarbeiter mit Gattin in der Ritzbergerstraße (Bauernberg-Gegend).

Doch zurück zum Sommer 1938, als sich gerade die SS südöstlich von Schloss Auhof eine Kaserne baute: Per Vertrag vom 16. Juli 1938 sicherte sich das Deutsche Reich namens „Reichsfiskus (Heer)“, also ein Konkurrent der SS, ein Vorkaufsrecht auf jene Parzelle 762/3. Das wurde schon 13 Tage später ins Grundbuch eingetragen. Ein halbes Jahr später, per Kaufvertrag vom 17. Dezember 1938, ging das Eigentumsrecht auf „Deutsches Reich (Reichsfiskus Heer)“ über, im Grundbuch zwölf Tage später vermerkt.

Dann ein Schreiben der Wehrkreisverwaltung XVII an die Heeresstandortverwaltung Linz vom 3. Februar 1939: Jene Liegenschaft sei „als Bestandteil des seinerzeit für den **Bau einer Artilleriekaserne bei Dornach-Katzbach** erforderlichen Baugrundes angekauft“ worden, Kaufpreis 3.200 Reichsmark, Ausmaß 3.854 Quadratmeter mit „Obstbäumen, Beerensträuchern u.s.w.“. Die Heeresstandortverwaltung möge jenen Betrag „an Herrn Rudolf Fink, Auhof bei Linz“ auszahlen. Da jedoch jener Kasernenbau „im Jahre 1939 kaum begonnen werden dürfte“, sei das Grundstück um 50 Reichsmark pro Jahr „an den früheren Eigentümer [...] pachtweise zur Nutzung zu überlassen“, mit jederzeitiger Kündbarkeit binnen eines Monats.¹⁶³ (In einem Schreiben der Heeresstandortverwaltung an die Wehrkreisverwaltung XVII vom 23. September 1940 war da übrigens für dasselbe Projekt von „**Artilleriekaserne im Raum Dornach-St.Magdalena**“ die Rede, mehr dazu mehrfach in Kapitel 6).

Nunmehr zur Parzellennachbarschaft: Josef und Victoria Schmidt (eindeutig Victoria, nicht Victor) waren ab 1934 im Besitz von **Parzelle 762/2** (westlich von 762/3, ebenfalls von Starhemberg verkauft, siehe Kapitel 3). Sie wollten auch eine „saure Wiese“ (mehr dazu gleich), einen besonders feuchten und für die Bebauung eher ungeeigneter Grund, zu Geld machen. Am 14. März 1939 antwortete die etwas desorientierte Wehrkreisverwaltung XVII den „Herren Josef und Victor Schmidt“ [!] samt Durchschlag an die Heeresstandortverwaltung, dass von jenem „Grundstücksangebot [...] zunächst kein Gebrauch gemacht werden“ könne, „da mit der Planung

¹⁶² Vgl. Abb. 6 und 9, vgl. auch Abb. 8 und 10. Abb. 9 davor publiziert bei Wacha 1991, S. 50 und Neunteufel 2003, S. 137, Luftbild in Carrington – Woldan 2015, S. 125; die dunkle Umrandung der Parzelle sticht sogar auf einem Luftbild mit schneebedeckter Gegend von 1944 hervor, das von Manfred Carrington zur Verfügung gestellt wurde.

¹⁶³ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 4; dort auch die weiteren Dokumente dieses Kapitels.

von Kasernenbauten in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist“. Eine saure Wiese reichte der Wehrmacht völlig, um einen Fuß im zivilen Wunschbereich des Herrn Reichsbaurats Fick drinnen zu haben (siehe in Kapitel 6 dessen „Anordnung“ vom 16. Dezember 1941).

Im Februar 1939 bewarb sich das Ehepaar Fink um den Abschluss eines Pachtvertrages, dessen Text mit 31. August 1939 datiert schließlich vorlag: Der Reichsfiskus (Heer) verpachtete die 3.854 Quadratmeter „samt den vorhandenen 65 Obstbäumen, 7 Spalierbäumen, den Beeten mit Ananaserdbeerpflanzen, 216 Obstbeerensträuchern, 84 kleinen Johannesbeersträuchern und 65 Buschrosen“. (Die Beerensträucher machen wohl den markanten dunklen Rand der Parzelle auf damaligen Fotos aus). Das Pachtverhältnis solle rückwirkend mit „1.1.1939“ beginnen. Jener Vertrag vom August 1939 wurde am 17. April 1940 von der Wehrkreisverwaltung XVII genehmigt.

Bereits davor war aber klar: Frau und Herr Fink hatten keine Lust, jene Pacht zu bezahlen und den entsprechenden Vertrag zu signieren. Am 17. November 1939 schrieb ihnen die Heeresstandortverwaltung: Es liege „kein Grund vor, daß Sie sich weiterhin weigern, diese Formsache zu erledigen“, man solle doch gefälligst „den Vertrag in kürzester Zeit unterfertigt rücksenden“; immerhin sei man ja selbst jederzeit entgegenkommend gewesen.

Dann am 31. Juli 1940 die Heeresstandortverwaltung Linz resignierend an die Wehrkreisverwaltung XVII: Die „früheren Besitzer“ der Parzelle 762/3 hätten „eine Pachtung durch Vertrag“ abgelehnt. Es handle sich nämlich „um eine sehr feuchte Niederungswiese, die zwar als „Garten“ im Grundbuch bezeichnet ist, aber sehr wenig Ertrag liefert“. (Eventuell verpachtete man dann an jemand anderen, da ja mit jenem Schreiben ein neuerlicher Pachtvertrag zur Genehmigung nach Wien geschickt wurde).

Durch Kaufvertrag vom 5. Mai 1943 gingen die Parzelle 762/3 bzw. die Liegenschaft EZ 577 der KG Katzbach in das Eigentum der „Stadt Linz a./d. Donau“ über, was im Grundbuch am 13. August 1943 vermerkt wurde, zeitgleich mit der Löschung des eigentlich schon ab Dezember 1938 obsoleten Vorkaufsrechts vom Juli 1938. (1952 wurde das auf „Stadtgemeinde Linz“¹⁶⁴ korrigiert). Anlässlich jenes Verkaufs war seitens des Heeres ausdrücklich davon die Rede, dass jene Parzelle „seinerzeit für den geplanten Bau einer Art[illerie].Kaserne in Auhof erworben wurde“, Kaufpreis seinerzeit 3.200 Reichsmark, „vorschußweise bezahlt“, Verkaufspreis: 3.854 Reichsmark.¹⁶⁵ Gleichzeitig verkaufte das Heer auch Bereiche knapp westlich der Altenberger Straße, die 1938 zum ursprünglichen Kasernenbaugelände gehört hatten (mehr dazu Kapitel 15, weil da ging es um das „Umsiedlerlager“).

Bereits davor, durch Kaufverträge vom 27. Februar 1943 (im Grundbuch vermerkt am 23. März 1943), hatte die Stadt Linz auch die Nachbarparzellen 762/2 und 762/4 gekauft (KG Katzbach EZ 576 und EZ 578), aus dem Hauptteil von Parzelle 762/4 wurde später 762/5, im Hochschul-Teilbebauungsplan von 1962¹⁶⁶ sind nebeneinander 762/2, 762/3 und 762/5 in der Südwestecke des JKU-Geländes zu sehen. Dort wurden vor allem im Süden Teile jener Parzellen abgetrennt, auf denen später ein Teil der Mengerstraße, die Mengerschule (auf Teilen von 762/2 und 762/3), das KHG-Heim bzw. das Studierendenheim Franz Jägerstätter (auf Teil von 762/4 bzw. 762/5) entstanden. Der letztgenannte Bereich gehörte zwar nie der Wehrmacht, trotzdem ist mit der Nachbar-Parzelle 762/3 ein Kontext zu Jägerstätter bemerkenswert. Der war ja auch im Wehrmachtsgefängnis im Ursulinenkomplex inhaftiert, in dem auch Heeresstandortverwaltung und Heeresbauamt logierten (siehe Kapitel 4). Auf den nördlichen Teilen jener Parzellen sind jetzt (am südwestlichen Teil des heutigen JKU-Geländes) eine JKU-eigene Grünfläche und ein JKU-Parkplatzteil.

Bei Abgleich mit dem Linz-Plan von August 1944 (Abbildung 8) fällt aber eines auf: Jene Parzellenkäufe der Stadt Linz von Februar und Mai 1943 liegen genau zwischen den Bereichen von Lager Dornach und Umsiedlerlager Auhof, die im Süden ohnehin direkt aneinander grenzen.

¹⁶⁴ Der Zusatz „an der Donau“ war zwar in der NS-Zeit bei der Stadt Linz auch amtlich üblich, wurde aber nie offiziell eingeführt (abgesehen vom postalischen Bereich) und auch nie offiziell abgeschafft; in der NS-Zeit war das eben als Unterscheidung zu Linz am Rhein relevanter als vor 1938 oder nach 1945; vgl. Rafetseder 1989, S. 186.

¹⁶⁵ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch.1, Listen und Verzeichnisse, internes Schreiben der Heeresstandortverwaltung vom 31.8.1943.

¹⁶⁶ Vgl. Kreczi 1966, S. III/106 bzw. Abb. 10.

Logische Erklärung wäre, dass da eine Erweiterung des Lagerkomplexes durch die Stadt geplant war. Das kann aber momentan nicht belegt werden.

Immerhin waren ja die Planungen für zivile Bauarbeiten für Hitlers Lieblingsstadt derart megaloman, dass eine lange Zeitdauer klar war, in der viele Bauarbeiter unterzubringen waren. Entsprechende Langzeitabsichten sind zumindest für den Dornacher „Lagerzwilling“ Haid/Ansfelden belegt. In Kapitel 16 finden wir dazu die Aussage Reichsbaurat Ficks vom Juli 1942 betreffend „schlagartig zum Einsatz“ zu bringender Arbeitermassen, wobei nicht ganz klar ist, inwieweit da neben Haid wirklich auch Dornach gemeint war; Fick hatte ja in seinem Bebauungsplan vom Herbst 1942 den Bereich des Lagers Dornach durch Wohnbebauung ersetzt.¹⁶⁷

¹⁶⁷ Vgl. Rafetseder 2001, S. 1208; zum Bebauungsplan vgl. Kapitel 6.

8. Das Heeresstandortlazarett, Planungen an drei Schauplätzen

Schon seit 1892 gab es ein Heeres-Standortlazarett in Linz: Der Bau **Derfflingerstraße 6** erfüllte bereits seit der Monarchie-Zeit jene Funktion, wie wir in Kapitel 3 am Beispiel des jungen Ernst Rüdiger Starhemberg 1918 gesehen haben. In der NS-Zeit hieß das im Juni 1939 noch „provisorisches Krankenrevier“,¹⁶⁸ dann nach Kriegsausbruch „provisorisches Standortlazarett“ bzw. „Standortlazarett (zur Zeit Reserve-Lazarett)“, im Adressbuch 1940 vereinfachend „Standortlazarett“. Der offizielle Stempel vom September 1940 lautete auf „Reserve-Lazarett Linz, Teil-Lazarett A, Derfflingerstraße 6“.¹⁶⁹ Ein entsprechender Mietvertrag zwischen der Stadt Linz als Vermieterin und dem Deutschen Reich Reichsfiskus (Heer) als Mieter wurde im Februar 1944 rückwirkend ab Juli 1938 bis Ende 1950 abgeschlossen. Das erwies sich ja dann in dem Zeitausmaß zum Glück als hinfällig.¹⁷⁰

In der Kriegszeit gab es dann in Linz das **Reserve-Lazarett A** (zumindest später Spital der Barmherzigen Brüder), das **Reserve-Lazarett B** (anfangs Barmherzige Schwestern, später „Waldegg“ bzw. „Spallerhof“ bzw. offenbar Niedernhart) und das **Reserve-Lazarett C** (Kreuzschwestern-Bereich Wurmstraße / Stockhofstraße).¹⁷¹

Die **erste Planung eines Lazaretts** bzw. Garnisonsspitals des Heeres für Friedenszeiten bezog sich im Juli 1938 noch auf einen Bereich „**an der Leonfeldner Straße in der Gegend Bachl** (nördlich der jetzigen Karlhofsiedlung)“, veranschlagt auf acht Hektar („jetzige“ bezog sich damals auf eine Planung, Baubeginn der Karlhofsiedlung war erst 1939). Diese ursprüngliche Lazarettplanung wäre an Stelle der ab 1940 gebauten Rothenhofsiedlung gewesen, von der bis 1943 ein Drittel der Planungen Roderich Ficks realisiert wurde.¹⁷² Das geschah mit einer Sondergenehmigung Reichsmarschall Görings vom 20. Juli 1940 unter der Bedingung, dass dafür „ausländische Arbeitskräfte – insbesondere Kriegsgefangene – zum Einsatz gelangen“).¹⁷³

Bei einer Begehung möglicher Heeresstandorte in Linz am 6. Februar 1939 drängte der Linzer Stadtbaudirektor gegenüber dem Heeresstandort-Kommandanten auf **Verlegung des Lazaretts**, da „das Gelände an der Leonfeldner Straße im engsten Bereich der Stadtplanung gelegen sei, in absehbarer Zeit also gänzlich von Wohnbauten eingeschlossen sein werde“. Außerdem sei dort das Klima „infolge der Aufgeschlossenheit dieses Geländes gegen Nordwesten“ für ein Lazarett ungeeignet.“ Klimatisch besser sei etwa die „Gegend von St. Magdalena“. Diesem Wunsch der „Stadtplanungsstelle“ schloss sich die „Landplanungsstelle Linz“¹⁷⁴ an, und die Wehrmacht machte sich auf die Suche nach einem Bauplatz „in größerer Entfernung von Linz“.¹⁷⁵ Trotzdem kümmerte sich das Heer sicherheitshalber noch im Februar 1939 auch um die Verlängerung von

¹⁶⁸ Amtskalender 1939, S. 189 (im Abschnitt „andere Krankenanstalten“).

¹⁶⁹ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 9 (Straßennamen dort falsch). Die Militärmatrik nennt bei einem Sterbefall vom 15.10.1943 „Res. Lazarett C, Teillazarett Derfflingerstr. 6“. Als „Reservelazarett (K.G.)“ (für Kriegsgefangene) ohne Buchstaben scheint dort ab 20.1.1944 ein Teil von Lager Haid (Ansfelden) auf, für „Italienische Militärinternierte“, Kriegsgefangene mit Sonderstatus (vgl. Rafetseder 2001, S. 1136 f.).

¹⁷⁰ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 2, Mappe P 34 (mit Plan von „Standortlazarett“); die Liegenschaft Derfflingerstraße 6 wurde laut Gemeinderatsbeschluss vom 2.7.2015 von der Stadt Linz an die GWG verkauft (vgl. entsprechendes Protokoll auf www.linz.at).

¹⁷¹ Im Fernsprechbuch 1942 gibt es unter „Wehrmacht“ das Reservelazarett A in der Rudigierstraße 11 und das Reservelazarett C in der Wurmstraße 3; das Reservelazarett B lag laut späteren Übersichten am Standort „Waldegg“ (gelegentlich „Waldegg 62“). In der Militärmatrik scheinen das „Reservelazarett B Barmherzige Schwestern“ ab 27.9.1939, das „Reservelazarett A Barmherzige Brüder“ ab 21.10.1939 und das Reservelazarett C ab 14.2.1941 auf; später steht dort meist nur der Buchstaben ohne Lokalisierung; dann erscheint erstmals 29.6.1943 das Reservelazarett Linz B in Spallerhof und 2.9.1944 als „Waldegg“ auf. 1944 taucht der Kreuzschwestern-Standort als „Res. Laz. A Teil-Laz. C Linz Stockhofstr.“ auf, da wurde also mehrfach umorganisiert. Die Sterbeorte Allharting und Treffling bzw. Außertreffling samt Vermerk „Divisionsgericht“ dokumentieren in jener Quelle etliche Erschießungen.

¹⁷² Zitat aus Rückblick vom 25.9.1940, OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 9 (dort den Ursprung irrtümlich auf den November 1938 datierend).

¹⁷³ Kunsttopographie 1999, S. 417 f. Zur Karlhofsiedlung vgl. ebenda, S. E142 f. und 416 (mit Verzögerung, bedingt durch Sonderwünsche Reichsbaurat Ficks). Karlhofsiedlung: Leonfeldner Straße 31-55, Rothenhofsiedlung: Leonfeldner Straße 57-71, nördlich begrenzt vom Dießenleitenbach.

¹⁷⁴ Landesstelle für Raumordnung für den Gau Oberdonau, geleitet von August Schmöllner (siehe Kapitel 6).

¹⁷⁵ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 14, Faszikel 1, Schreiben der Heeresstandortverwaltung an die Wehrkreisverwaltung XVII in Wien vom 7.2.1939.

Vorkaufsrechten für den ursprünglichen Standort an der Leonfeldner Straße zu Gunsten des „Reichsfiskus Heer“ zumindest bis 1. Jänner 1940.¹⁷⁶

Nach einem Vortrag „des Reichsbeauftragten für Linz (Prof. Fick)“ bei Hitler sei dann am 28. März 1939 vom „**Führer**“ **persönlich der Standort Auhof gewählt** worden. Das erfolgte entgegen der „Stellungnahme der Truppe und des Korpsarztes“,¹⁷⁷ eine von vielen Solo-Entscheidungen Hitlers in Sachen Linz-Planung entgegen Expertenratschlägen. Diesen Entschluss verkündete Fick so: „Der Führer hat sich für den Platz bei St. Magdalena entschieden“, nachdem Fick die anderslautenden Stellungnahmen von Truppe und Korpsarzt vorgetragen habe.¹⁷⁸ Am 3. Mai 1939 bestätigte Fick diese Entscheidung in einem Brief an die Heeresstandortverwaltung Linz, samt dieser Begründung: „[...] die von der D.A.F. beauftragte Siedlungsgesellschaft „Neue Heimat“ beabsichtigt, auf dem früher für das Militär-Lazarett in Aussicht genommene Gelände, nördlich der Leonfeldner Straße und westlich des Diesenleithenbaches, eine Wohnsiedlung zu errichten“.¹⁷⁹ (Da hatte der in München residierende Herr Reichsbaurat Orientierungsprobleme; richtiger hätte es heißen müssen: westlich der Leonfeldner Straße und südlich des Dießenleithenbaches. DAF war die Deutsche Arbeitsfront, mehr zu dieser in Kapitel 11).

Bereits vom Mai 1939 haben sich entsprechende Detailpläne zumindest für die Umriss des Areal und die topographischen Gegebenheiten westlich von Schloss Auhof erhalten, wobei dort anfangs vom „**Lazarett St. Magdalena Dornach**“ die Rede war. Von Anfang an reichte jenes Areal bis ganz knapp an das Schloss heran, umschloss dieses aber niemals. Auf einem dieser Pläne vom Mai 1939 sind auch die südlich außerhalb des geplanten Lazarettareals liegenden Obstgarten und Baumschule der Schlosseigentümer detailliert zu sehen (Obstgarten südwestlich des Schlossteichs, Baumschule südlich des Obstgartens schon weiter außerhalb des heutigen JKU-Geländes).¹⁸⁰

Die ursprünglich geplante Version des Standortlazaretts sollte laut „**Gutachten über den Bauplatz**“ des Linzer Heeresbauamtes I vom 23. **Mai 1939**¹⁸¹ noch „**etwa zehn Hektar**“ haben. „Im Zuge der Stadterweiterung soll[te] südlich des Bauplatzes eine neue Straße angelegt werden“, die in die „Reichsstraße Linz-Altenberg“ münden sollte. Der Schlossteich war zwar knapp südlich des Bereichs, hätte aber letztlich verschwinden sollen (siehe Kapitel 9). Ein Waldstück im Norden war als Windschutz vorgesehen und wurde deshalb „mit einem schmalen Streifen in den Bauplatz mit einbezogen.“ (Der entsprechend markante Teil im Norden blieb auch in der reduzierten Planung erhalten). **Wasserversorgung** sei entweder durch „Brunnen- und Pumpenanlage“ herzustellen oder „mittels einer Anschlussleitung von etwa 400 m Länge von der im Bau befindlichen Infant[erie]. Kaserne“ heranzuführen. Entwässerung war über die Kanalisation der Kaserne geplant. Für **Strom** wären „etwa 500 m Hochspannungsfreileitung von der nächstgelegenen Trafostation“ im Osten zu holen (zur Elektrizität in jenem Bereich siehe Kapitel 20, bei EZ 1323). Gas wäre aus rund 3 Kilometer von der nächsten Anschlussmöglichkeit der städtischen **Gasleitung** zu holen gewesen; erst in rund „5 Jahren ist mit billigem Gasbezug von den Reichswerken „Hermann Göring“ in Linz zu rechnen.“

Mit **5. Februar 1940** datiert ist eine von der Linzer Heeresstandortverwaltung erstellte „Nachweisung über die **zum Neubau eines Standortlazarettes in Linz zu erwerbenden Grundstückspartellen**“. Die hatten dort nur mehr ein Gesamtausmaß von knapp **neun Hektar** (88.013 Quadratmeter, also reduziert gegenüber dem Zehn-Hektar-Plan von 1939).¹⁸² Davon sollten über sechs Hektar bzw. rund drei Viertel aus beschlagnahmtem Starhemberg-Besitz kommen, vor allem aus Landtafel EZ 1119 sowie Parzelle 1592 nördlich des Schlossteichs aus der EZ 169 der KG Katzbach (siehe Kapitel 2, 10 und 20). Über ein Hektar (knapp 12.000 Quadratmeter) war auch der erwünschte Bereich aus dem Besitz der Barmherzigen Schwestern

¹⁷⁶ Schreiben der Heeresstandortverwaltung Linz an die Linzer städtische Grundverwaltung vom 20.2.1939, OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 14, Faszikel 1.

¹⁷⁷ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 9 (Rückblick 25.9.1940).

¹⁷⁸ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 9, Brief Ficks aus seinem Münchener Büro an die Heeresbauverwaltung-Abteilung in Berlin vom 31.3.1939; dieser Brief Ficks wurde vom Oberkommando des Heeres aus Berlin am 13.5.1939 an die Wehrkreisverwaltung XVII nach Wien geschickt.

¹⁷⁹ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 9. Zur DAF bzw. Deutschen Arbeitsfront vgl. Rafetseder 2001, S. 1224-1227.

¹⁸⁰ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 9.

¹⁸¹ Ebenda.

¹⁸² Ebenda.

(Parzelle 1594 nordwestlich des Schlossteichs). Dazu sollte ein Großteil der auch für die zivile Stadtplanung interessanten Parzelle 756 etwas weiter nordwestlich des Schlossteichs kommen, die der Familie Willnauer in Furth gehörte. Zudem waren noch zwei weitere kleine Bereiche weiter nördlich vorgesehen, aus dem Besitz von Familie Mayr in Auhof 5 und von Familie Brandstetter in Dornach 7, außerdem ein kleiner Bereich an öffentlichem Gut (KG Katzbach EZ 385).¹⁸³ (Zur Überschneidung jener Heeres-„Wunschliste“ mit dem Hochschul-Kaufvertrag von 1962 siehe Kapitel 20).

Am 3. April 1940 schrieb die Heeresstandortverwaltung zumindest an Johann Mayr und Josef Brandstetter in Auhof 5 bzw. Dornach 7, sie sollten sich am 6. April 1940 „hieramts“ einfinden „zwecks Besprechung einer dringlichen Grundstücksangelegenheit“ – was aber nie Niederschlag im Grundbuch fand. Da „eine Besitzeinweisung derzeit nicht erfolgen soll“, wurden die vier kleinen GrundbesitzerInnen „lediglich von der bevorstehenden Inanspruchnahme der ihnen nahmhaft [!] gemachten Grundstücke verständigt“ (so ein Schreiben von Standortverwaltung an Wehrkreisverwaltung vom 8. April 1940).¹⁸⁴

In einer früheren Parzellen- und BesitzerInnenliste vom Mai 1939 hatte es noch eine **erweiterte Variante** von Grundstücken für den Lazarettbereich gegeben. Zusätzlich zur „Nachweisung“ vom Februar 1940 waren dort noch drei weitere Liegenschaften betroffen: Zwei weitere Parzellen aus Starhemberg-Fideikommiß (KG Katzbach EZ 73, Parzellen 725/4 und 755, letztere jetzt westlicher JKU-Parkplatz-Bereich), ein Stück aus EZ 69 von der hier mehrfach vorkommenden Familie Seidl aus Dornach 3 (Parzelle 750, westlich an 755 anschließend, heute westliche JKU-Grünfläche) und ein Stück aus EZ 150 des erwähnten Paares Ignaz und Maria Lehner (Parzelle 757, westlich des Schlossteichs).¹⁸⁵

Jene größere Variante machte eben noch rund zehn Hektar aus, die dann um etwas mehr als einen Hektar reduziert wurden. Beide Varianten liegen in detaillierten Plänen vor, wo allerdings noch keinerlei Gebäudeteile vermerkt sind, die kleinere Variante im Westen und Südwesten reduziert auf jenen Umriss, der dann auf diversen Plänen gleich bleibt.¹⁸⁶

Stand der Dinge September 1940¹⁸⁷: Der Großteil des Lazarett-Areals sei aus jenem „ehemaligen Starhemberg’schen Besitz Auhof, der sich jetzt im Reichseigentum befindet“. Das zuständige Finanzamt Berlin-Moabit sei grundsätzlich verkaufsbereit, könne sich aber nicht entscheiden.¹⁸⁸ (Jenes Finanzamt hatte im NS-Regime eine zentrale Schlüsselrolle bei Enteignungen von EmigrantInnen, eben auch im Fall Starhemberg). Der Erwerb der restlichen Teile dürfe „dem Vernehmen nach keine größeren Schwierigkeiten machen [...], wenn mit Hilfe der Kreisbauernschaft Linz Ansprüche auf Ersatzland befriedigt werden“. In Aussicht sei zuerst ein „400 Bettenlazarett“ gewesen. Das musste dann aber „auf 250 Betten plus 35 Betten für eine Nervenabteilung und Wehrkreisuntersuchungsstelle herabgesetzt werden“. Die Reduktion sei „infolge besonderer städtebaulicher Forderungen“ erfolgt, was „der Lazarettverwaltung angesichts der in Linz erstehenden 3 bis 4 stöckigen Mammutbauten umso sonderbarer“ erschien.

Jene Nervenabteilung und die Untersuchungsstelle seien dann auch noch gestrichen worden (Reduktion von 400 auf 250 laut Schreiben des Oberkommando des Heeres am 17. Juli 1939, Wegfall der beiden genannten Bereiche laut Schreiben vom 11. August 1939, weil der Sitz des Wehrkreiskommandos XVII jetzt doch in Wien bleibe¹⁸⁹). Das Ganze sei in Hinblick auf die künftigen 10.000 Mann der Garnison Linz „von vornherein zu klein“. Der bereits am 16. August 1939 an Professor Lechner vergebene Auftrag für „Vorentwurfszeichnungen“ bezog sich also

¹⁸³ Zu den Bereichen der Familien Willnauer, Mayr und Brandstetter vgl. auch Kapitel 2 und 4 (Vorkaufsrechte).

¹⁸⁴ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 9, zwar jeweils mit „Entwurf“ gestempelt, aber mit Rotstift-Vermerk „eilt sehr!“, offenbar doch geschickt und besprochen, nur eben ohne Folge im Grundbuch.

¹⁸⁵ Ebenda, leider nicht datiert, aber offenbar ist jene größere Variante genau die, die laut Schreiben der Wehrkreisverwaltung XVII an das Heeresbauamt Linz bis 1.6.1939 zu liefern war.

¹⁸⁶ Ebenda.

¹⁸⁷ Rückblick auf die bisherigen Vorarbeiten im Schreiben von „Reserve-Lazarett Linz Teillazarett A Derfflingerstraße 6“ an die Sanitätsabteilung vom 25.9.1940, OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 9.

¹⁸⁸ Das entsprechende Schreiben des Finanzamtes Moabit-West in Berlin vom 15.7.1940 wurde von der Wehrkreisverwaltung XVII der Standortverwaltung am 22.7.1940 mitgeteilt. OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 9.

¹⁸⁹ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 9. Ab 1.4.1945 war der Sitz des Wehrkreiskommandos XVII kriegsbedingt tatsächlich kurz in „Oberdonau“: zeitweise in Freistadt, dann auch kurz in Kirchdorf an der Krems (<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/13775.htm>).

bereits auf eine reduzierte Version dessen, was die Wehrmacht eigentlich wollte. Die vom Architekten Lechner im Mai 1940 vorgelegten „Vorentwurfszeichnungen“ wurden vom Oberkommando des Heeres im selben Monat genehmigt, ein Auftrag für „Bauentwurfszeichnungen“ wurde erteilt.

Der genannte Architekt war Theodor bzw. **Theo Lechner** (1883-1975). Der hatte schon 1934 offenbar enge Kontakte zum Rüstungsmanager Todt. Ab 1938 plante er das 1942 fertiggestellte Standortlazarett (bzw. nach Kriegsausbruch Reservelazarett) Garmisch, gedacht als Musteranlage und Vorzeigeobjekt von Militärarchitektur.¹⁹⁰

Offenbar in jenem Kontext vom September 1940 legte die Linzer Heeresstandortverwaltung auch den Text einer „Besitzeinweisung“ von Starhemberg-Grundstücken aus Landtafel und Grundbuch an, „vorbehaltlich der Genehmigung des Abverkaufes durch das Finanzamt Berlin-Moabit“. Dabei solle die „Bewirtschaftung der Grundstücke“ vorerst „nicht beeinträchtigt“ werden, der Kaufpreis sei noch festzusetzen. Jener Entwurf wurde nie datiert und offenbar nie an eine der zuständigen Stellen geschickt.¹⁹¹

Am 31. Oktober 1940 schrieb die Heeresstandortverwaltung an die Wehrkreisverwaltung: Die Parzellen der vier „kleinen Besitzer“ seien „tief liegende, feuchte Niederungswiesen, die für einen Wohnbau kaum in Betracht kommen können“, Reichsbaurat Fick habe dort keine Bauambitionen, der Erwerb aus Starhemberg-Besitz funktioniere aber noch nicht. Deshalb sei es nicht nötig, auf jene Parzellen außerhalb des Starhemberg-Bereiches Vorkaufsrechte im Grundbuch eintragen zu lassen.¹⁹²

Am 6. Mai 1941 urgierte Oberbaurat Schmuckenschläger bei Reichsbaurat Fick: „Die Erbauung eines Heereslazarettes in Linz gehört zu den dringendsten Baumaßnahmen. Nicht nur deshalb, weil dadurch zivile Krankenhäuser und Lazarettbaracken freigestellt werden können, sondern auch vor allem aus sanitären Gründen“. Das Heer möge „auf den vorgesehenen Baugründen neben dem Schloß Auhof mit der Errichtung des Heereslazarettes sofort beginnen.“¹⁹³

Bald darauf, noch im Mai 1941, ein Schreiben der Wehrkreisverwaltung XVII aus Wien an den „Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft“ in Berlin, also an Rüstungsminister Fritz Todt¹⁹⁴: In Linz herrsche „wegen des vom Führer geförderten Um- und Ausbaues und wegen der sprunghaften Zunahme der zivilen Bevölkerung die größte Raumnot und dadurch Seuchengefahr“. Die Wehrmacht belege etliche zivile Spitäler, Schulen, Klöster, etc.; Gauleiter und Oberbürgermeister hätten die Heeresverwaltung aufgefordert, „mit dem Bau des Heereslazarettes in Linz/Auhof unverzüglich zu beginnen. Dieses wird von Herrn Architekten Lechner in München geplant. Die Vorentwürfe sind größtenteils fertiggestellt und werden dem Herrn Reichsbaurat [Fick] zur Genehmigung vorgelegt. Mit Rücksicht auf die besondere Dringlichkeit und die lange Bauzeit wird gebeten, diesem Bauvorhaben grundsätzlich die Ausnahmegenehmigung vom Neubauverbot zu erteilen und es in das Notstands-Bauprogramm von Linz aufzunehmen. Baustoffe und Arbeitskräfte werden von der Heeresverwaltung gestellt.“¹⁹⁵ Was letzteres bedeutete, wurde dann am 12. Dezember klargestellt (dazu gleich).

Am 4. Juni 1941 wies die Wehrkreisverwaltung das Linzer Heeresbauamt an, die Vorarbeiten für den Lazarettbau „beschleunigt durchzuführen, damit mit den eigentlichen Bauarbeiten in kürzester Zeit begonnen werden kann.“¹⁹⁶

Etwas absurde erste Folge davon: man bestellte vorerst einmal **Grenzsteine** für noch nicht gekaufte Heeresliegenschaften (also nicht für die Infanteriekaserne). Am 9. Juni 1941 „ersucht[e]“ die Heeresstandortverwaltung die Firma C. Bergmann (Linz, Fadingerstraße 18) „um eheste Lieferung von 100 Stück Vermarkungssteinen (Normaltype) mit Vermessungskreuz und der

¹⁹⁰ Vgl. https://de.m.wikipedia.org/wiki/Theo_Lechner%20-%20Zugriff%2022.6.2016; zum Aussehen des Baus in Garmisch vgl. members.gaponline.de/alois.schwarzmueller/ns_zeit_1937_kasernen_texte/05_standortlazarett.htm und <http://www.lexikon-der-wehrmacht.de/Gliederungen/Lazarette/GarmischSOLaz-R.htm> (Zugriff 25.6.2016).

¹⁹¹ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 9.

¹⁹² Ebenda.

¹⁹³ ASTL, NS-Zeit, Sch. B 20, Briefwechsel mit Reichsbaurat.

¹⁹⁴ Zur wichtigen Rolle Fritz Todts und seiner Organisation Todt (O.T.) für Linz vgl. Rafetseder 2001, S. 1205 f.; nach dem Tode Todts bei einem Flugzeugabsturz im Februar 1942 wurde Albert Speer sein Nachfolger.

¹⁹⁵ Ebenda, „Mai 1941“ in Abschrift ohne genauem Datum.

¹⁹⁶ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 9.

Bezeichnung W H¹⁹⁷ (steht für Wehrmacht Heer, entsprechend einer Verordnung von 1936¹⁹⁸). Laut einem Schreiben an die Wehrkreisverwaltung XVII war das „für die Vermarkung der neuen Grundstückserwerbe (Art[illerie].Kaserne, Kaserne f. Beobacht[ungs].Abt., Standortlazarett, Muna [Munitionsanstalt] Ebelsberg, usw.)“. Die Firma C. Bergmann verlangte dafür „per Stück RM 1,93“, wobei sie zwei Prozent Mengenrabatt gewährte (so laut Brief vom 10. Juni 1941). Ende Juni 1941 wurden die 100 Grenzsteine aus einem Lager in Kleinmünchen offenbar abgeholt. (Das Heeresbauamt II Linz machte aus der Bergmann-Büroadresse Fadingerstraße 18 in einem Brief vom 25. Juni 1941 irrtümlich „18.100 Grenzsteine“, was wohl aber aufgeklärt wurde). (Fortsetzung unten, August 1942).

In einer Aufstellung der Linzer Heeresstandortverwaltung vom 22. Juli 1941 für die Wehrkreisverwaltung XVII über alle Linzer Heeresplanungen wurde das Lazarett zuerst seltsamerweise „aus Versehen“ nicht berücksichtigt, und am Tag darauf nachgereicht: „Standortlazarett Linz/Donau“ sei bei Planungsbehörden angemeldet, habe deren Zustimmung, sei auch der Stadt gemeldet (dafür gab es keine „Zustimmung“-Spalte), das Feld mit Bemerkungen über Vermessung oder Grunderwerb blieb dort unausgefüllt. In den Erläuterungen hieß es: „Vorhaben ist beantragt, daher noch keine Nummer und Genehmigung. Über Auftrag der W.V.XVII erfolgt derzeit Sicherstellung des Geländes im Einvernehmen mit der Planungsbehörde“.¹⁹⁹

In einem Schreiben der Heeresstandortverwaltung Linz an die Wehrkreisverwaltung XVII vom 28. Juli 1941 ist von „Besitzeinweisungen“ in Bezug auf die erwähnten Familien Brandstetter, Mayr und Willnauer die Rede, bei den Willnauers „nur unter dem Vorbehalt einer Ersatzlandbeschaffung“. Die hätten nämlich einen Erbhof, und mit Parzelle 756 gehe ihnen „die beste Wiese“ verloren (also nordwestlich des Schlossteichs, im heutigen TNF-Turm-Bereich; im Oktober 1940 wurden die dortigen Wiesen noch schlechter beurteilt, siehe oben). Die Besitzeinweisung für Parzelle 1594 (nördlich des Schlossteichs) sei via Linzer Oberschwester des Ordens dem Mutterhaus der Barmherzigen Schwestern in Wien zugegangen, wo aber schon seit längerer Zeit eine Antwort überfällig sei. Überfällig sei auch eine Antwort des Finanzamtes Berlin-Moabit hinsichtlich „Besitzeinweisung“ der Grundstücke, „die aus Starhemburgs Besitz in Anspruch genommen werden.“ Da und bei den Barmherzigen Schwestern in Wien solle das Wehrkreiskommando Druck machen.²⁰⁰

Die Wünsche der Linzer Heeresstandortverwaltung fanden jedoch weiterhin keinen Niederschlag in gültigen Verträgen und Grundbucheinträgen, auch wenn die Umriss des Lazarettgeländes auf den erwähnten Plänen von Juli und Oktober 1941 zu sehen sind. Dabei gab es die in Kapitel 6 erwähnte Kollision mit der zivilen Planung Reichsbaurat Ficks (Stichwort Parzelle 756 nordwestlich des Schlossteichs, „Anordnung“ vom 16. Dezember 1941), was wohl auch zum weiteren Aufschub beitrug.

Bei einer Besprechung beim Linzer Standortkommandanten mit zivilen Planungsverantwortlichen am 12. Dezember 1941 hieß es: Am fixen Bauplatz „neben Schloss Auhof“ wolle die Wehrmacht „die Erdbewegungen möglichst bald in Angriff nehmen in Ausnützung von Kriegsgefangenen. Der besondere Notstand in den zivilen Spitälern, die zum Teil von der Wehrmacht beschlagnahmt worden sind, soll durch möglichst baldigen Baubeginn des Heereslazaretts gebessert werden“.²⁰¹ Am 10. April 1942 schickte Architekt Lechner einen detaillierten Plan des „Heeresstandortlazaretts“ an den Linzer Oberbürgermeister.²⁰² Etwa damals wird wohl auch ein **Modell der ganzen Anlage** entstanden sein (siehe Abbildung 2): Das benachbarte Schloss war dort irrelevant.

¹⁹⁷ Der folgende Grenzsteine-Vorgang durchwegs aus OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 1.

¹⁹⁸ Verordnung des Oberbefehlshaber des Heeres vom 19.2.1936 als „sinngemäße Anwendung der Nr. 436 der Allgemeinen Heeresmitteilungen 1935“, am 19.3.1941 von „Oberkommando des Heeres (Ch H Rüst u. BdE“ (Chef des Heeres und Befehlshaber des Ersatzheeres) an die Wehrkreisverwaltung XVII geschickt, Betreff: „Kennzeichnung der Grenzsteine für reichseigene Grundstücke (Heer)“. Ch H Rüst u. BdE war Generaloberst Friedrich Fromm, im März 1945 wegen „Feigheit vor dem Feind“ erschossen.

¹⁹⁹ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 13.

²⁰⁰ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 9.

²⁰¹ AStL, NS-Zeit, Sch. B 36, Mapped Heeresplanung Raum Auhof.

²⁰² Ebenda, mit Original-Briefkopf und Unterschrift Lechners. Auf der Rückseite wurde vermerkt, dass jene Planung in den „Strukturplan“ einzutragen sei, also in den Bebauungsplan.

Und auch Adolf Hitler brachte sich ein. In einer persönlichen Besprechung mit Reichsbaurat Fick am Nachmittag des 27. April 1942 beschwerte sich Hitler über einen Krankenhausplan für „Linz-Süd“ (bzw. West, mehr dazu am Kapitelende). „Er erklärte, daß man heute so nicht mehr baue. Heute baue man Krankenhäuser in Hochhausform“, und empfahl dabei ein Berliner Vorbild. „Er empfahl, sich mit Berlin in Verbindung zu setzen. Aus denselben Gründen sei auch das **Standortlazarett unmöglich**“. Noch am selben Tag gab Fick die Gesprächsinhalte an Oberbürgermeister Sturma weiter, der tags darauf eine entsprechende Aktennotiz anfertigen ließ.²⁰³ Dabei ist aber zu bedenken, dass der jenes „Führer“-Zitat überbringende Reichsbaurat großes Interesse daran hatte, dort selbst zivilplanerisch tätig zu sein. (Im selben Aktenvermerk heißt es übrigens am Schluss: „Die Plastik auf der Gugl soll formlos enthüllt werden. Der Führer übergibt sie der Stadt als Geschenk“, also die berüchtigte Aphrodite-Statue, die 2008 aus ihrem Pavillon am Bauernberg in ein Depot verbannt wurde).

Dann stellte die Wehrkreisverwaltung XVII am 13. Mai 1942 fest, dass die Bauarbeiten des Standortlazaretts „erst vermutlich nach Kriegsende einsetzen werden“.²⁰⁴ Selbst falls dieses Schreiben keine direkte Folge der sechzehn Tage zuvor von Hitler geäußerten Kritik Hitlers gewesen sein sollte: Jene von Reichsbaurat Fick verbreitete Äußerung sorgte jedenfalls dafür, dass sich offenbar niemand mehr wirklich an die Realisierung des von anderen zivilen Instanzen wie Gauleiter Eigruber gewünschten Lazarettbaus wagte (gewünscht wegen der enormen Ausbreitung des Heeres im zivilen Linzer Bereich, dokumentiert in diversen Auflistungen²⁰⁵).

Zumindest über die Planung des Gaumberg-Krankenhauses echauffierte sich Hitler auch bei der Präsentation von Reichsbaurat Ficks Linzer Flächenwidmungsplan am 23. November 1942 und wünschte sich eine Überprüfung der Linzer Pläne durch Berliner Instanzen (was auch etwa die Linzer Technische Hochschule betraf). In Ficks Zusammenfassung jener Besprechung²⁰⁶ kommt das Heereslazarett zwar nicht vor, aber eines war klar: Hitler goutierte die Pläne Lechners weiterhin nicht, und er war eben der oberste Chef. Der logische Weg einer Planänderung war aber wohl auch deshalb nicht möglich, weil 1942 eben das erwähnte, im selben Stil erbaute Musterlazarett in Garmisch fertig geworden war.

Nun hatte also die Heeresstandortverwaltung Linz seit Juni 1941 zwar die erwähnten **Grenzsteine** für das Standortlazarett, die Artilleriekaserne und die Kaserne für die Beobachtungsabteilung im Umfeld von Schloss Auhof. Entsprechende Grundstückkäufe waren zwar vorbereitet, kamen aber eben nie zustande. Immerhin wurden dann aber wenigstens im August 1942 „40 Stück“ von „den im Gerätelager auf Lager liegenden Grenzsteinen zur Vermarkung von Grundstücken“ zur Baustelle der Infanteriekaserne gebracht („zu der auf der Reichsstraße nach Freistadt zwischen Dornach und Katzbach gelegenen Baustelle“). Ein Schreiben von Baumeister Hans Schachermeyr vom 29. Dezember 1942 an die Heeresstandortverwaltung bestätigt, dass rund um das Gelände der „Inf[anterie]. Kaserne Auhof“ erst knapp davor „alle Grenzsteine, die den Besitzstand der Heeres-Verwaltung vom Privatgrund trennen, gesetzt“ wurden, ebenso die Grenzsteine zum öffentlichen Gut.²⁰⁷

Das heißt übrigens nicht, dass es rund um das Kasernenbaugelände im August 1942 noch gar keine Grenzsteine gegeben hätte: Zumindest die westlich der Altenberger Straße gelegene Parzelle 764/2 war eindeutig bereits davor „im Zuge der Grundstücksvermarkung“ mit Grenzsteinen versehen worden. Auch ließ ja die Betreiberin des Umsiedlerlagers Auhof vor August 1942 nur in jenem Bereich die Heeres-Grenzsteine entfernen, und nicht östlich der Altenberger Straße²⁰⁸ (mehr zu jenem Skandal in Kapitel 15).

Von derartigen Grenzsteinen könnte eventuell der eine oder andere im bis heute unbebauten südöstlichen Grenzbereich des Kasernengeländes (östlich der Autobahn), eventuell auch etwa

²⁰³ AStL, NS-Zeit, Sch. B 36 b, Aktenvermerke Oberbürgermeister Sturma.

²⁰⁴ Vgl. dazu am Ende von Kapitel 9.

²⁰⁵ Vgl. etwa OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 1, „Nachweisung über alle Anlagen im Bereich der Heeresstandortverwaltung Linz/D, die seit März 1938 für Rechnung des Reichsfiskus (Heer) angekauft, bezw. langfristig ermietet wurden“ (Stand 7.10.1939).

²⁰⁶ AStL, NS-Zeit, Sch. B 36 b, Aktenvermerke Oberbürgermeister Sturma. Das war jene Besprechung, in der Hitler eine weitere Ausbaustufe der Linzer Göringwerke ablehnte und die Bevölkerungszahl von Linz mit 350.000 limitierte, anstatt der geplanten 420.000 EinwohnerInnen.

²⁰⁷ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 5 (17.8.1942 bzw. 29.12.1942).

²⁰⁸ Ebenda, Heeresstandortverwaltung an Oberbürgermeister, 7.8.1942.

am überwucherten Nordwestrand eines Waldstücks östlich des Science Park-Bereichs vergessen worden sein.²⁰⁹ Dort hatte das Kasernengelände mit der damaligen Parzelle 1807 auf allen NS-Zeit-Plänen eine seltsam weite **Ausbuchtung** nach Osten (jetzt in nur leicht geänderter Form als Parzelle 1807/1, fast bis zur heutigen Autobahn reichend). Dieser Bereich stammt aus einer im Juli 1938 von der SS ausnahmsweise in ihrer Gesamtheit gekauften Liegenschaft, nämlich dem in Kapitel 4 erwähnten Aubrunnergut der Familie Keplinger (Elmberg 1, EZ 178 der KG Katzbach, Kaufvertrag Nr. 33). Dieser Gesamtkauf erklärt jene Ausbuchtung, für die nie eine praktische Nutzung ersichtlich, und auf Grund der zerklüfteten Topographie auch schwer möglich war (abgesehen vielleicht von einem im Jänner 1945 geplanten, aber offenbar nie durchgeführten Stollenbau).²¹⁰

Doch zurück zum Heeresstandortlazarett: Prompt werden nach dem Sommer 1942 die Dokumente des einschlägigen Heeresbestandes im Landesarchiv spärlicher, und versickern quasi in zwei unvereinbaren Richtungen, was allerdings anscheinend auch mit der Blockade seitens mancher Gaubehörden zu tun hatte (die sich jetzt auf ein Zitat des „Führers“ stützen konnten).

Einerseits haben wir da die logische Folge von Hitlers Ablehnung der Lechner-Planung: Die Lazarettpläne für die oft auch kurz „Stola“ genannte Anlage in Auhof fanden weder im Grundbuch noch in Erdbewegungen Niederschlag. Dazu gibt es einen Aktenvermerk der Linzer Heeresstandortverwaltung vom 18. **Jänner 1943**: „In Sachen Sicherstellung eines geeigneten Grundstückes im Ausmaße von rund 80 ha [vielleicht vertippt für 80 Ar oder 8 Hektar] an verkehrsgünstiger Stelle in Stadtnähe für die Erbauung eines **gemeinsamen Lazaretts für Heer und Luftwaffe**“ habe man an jenem Tag mit Oberbaurat Zierl, konferiert (also dem Schwager und Linzer Büroleiter Ficks). Der Reichsbaurat werde das in seine Überlegungen miteinbeziehen. Allerdings gebe es weder derzeit noch in nächster Zukunft „in Linz oder Umgebung“ so ein Areal.²¹¹

Im November 1943 wurden Wehrmacht und Luftwaffe dann doch fündig: Ein passendes Gelände sei laut Wehrkreisverwaltung „etwa 1500 m Luftlinie vom Stadtrand entfernt an der Straße nach Leonding“, und zwar „etwa in der Mitte zwischen den geplanten Kasernenbauten des Heeres und der Luftwaffe“, keine Bahn oder Fabrik in der Nähe. Für ein 400-Betten-Lazarett (eben auch für Luftwaffe) seien dort entweder ein Plateau oder eine Mulde möglicher Bauplatz.²¹² Das war also in der Region Wegscheid, wo die Luftwaffe laut Lagerlisten schon lange aktiv war (siehe Kapitel 11). Jedoch: Über jene gemeinsame Lazarettplanung ist im entsprechenden Archivbestand keine weitere Meldung zu finden; für die Linzer Heeresstandortverwaltung erlangte das also anscheinend keine Relevanz mehr.

Auf der anderen Seite gab es neben jener Suche nach einem anderen Standort aber noch im **Sommer 1943** einen vergeblichen **Anlauf des Heeres** in Sachen Ankauf der dem Reichsgau Oberdonau gehörenden Starhemberg-Gründe **in Auhof**. Da hieß es aus Berlin aber nur, man solle sich an Reichsstatthalter (bzw. Gauleiter) Eigruber wenden. Bei dem solle die Heeresstandortverwaltung erheben, unter welchen Bedingungen der Reichsgau die beschlagnahmten Güter hergeben würde und welche Hindernisse diesbezüglich bestünden.²¹³ Antwort des Gaukammerers Franz Danzer vom 19. August 1943: Grundsätzlich sei man zum Verkauf der Grundstücke zum von der Preisprüfungsstelle festgesetzten Preis bereit. „Übergabe der Grundstücke und die grundbücherliche Durchführung des Kaufvertrages“ sollten jedoch „erst

²⁰⁹ Im JKU-Liegenschafts-Management ist laut Email-Auskunft von Erich Viehböck vom 2.6.2016 auch nichts von früherer Existenz solcher alter Grenzsteine im JKU-Bereich bekannt. Der überwucherte Nordwestrand der heutigen Parzelle 1807/1 (weit außerhalb des JKU-Geländes) verläuft auf rund 150 Metern entlang eines asphaltierten Weges, zum Wald hinunter stark abfallend und unwegsam.

²¹⁰ Am besonders detaillierten Kanalisations-Plan von 1941 (vgl. Kapitel 6) ist jene Ausbuchtung völlig leer. Im Löschwasserplan des Kasernengeländes vom Februar 1944 (vgl. Kapitel 17) hat man in jene Ausbuchtung zumindest „gekauft Gelände“ eingeschrieben. Eventuell war im dortigen Abhang aber in der Endphase des NS-Regimes der in Kapitel 17 erwähnte „Stollen Auhof“ geplant.

²¹¹ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 9.

²¹² Ebenda, Wehrkreisverwaltung XVII an „Chef H Rüst und BdE“ bzw. hier verwendet: Durchschlag an die Linzer Heeresstandortverwaltung, 9.11.1943, mit Bezug auf Order aus Berlin vom 21.12.1942, „ein dem Bezugserlaß entsprechendes Gelände für den Neubau des Standortlazarettes Linz“ zu suchen. Empfänger: der bereits erwähnte Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres.

²¹³ So Schreiben des Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg vom 30.6.1943, zitiert im Schreiben der Wehrkreisverwaltung XVII an die Linzer Heeresstandortverwaltung vom 7.8.1943, OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 9 (vgl. Kapitel 10).

unmittelbar vor Baubeginn erfolgen“. Man wolle nämlich „eine Zerstückelung der wirtschaftlichen Einheit des Gesamtbesitzes vor Eintritt des unmittelbaren Bedarfes“ verhindern.²¹⁴

Auch später gab das Heer dort die Hoffnung nicht ganz auf: Am 7. Juni 1944 genehmigte die Preisbildungsstelle des Reichsstatthalters in Oberdonau die geschätzten Kaufpreise für Ankäufe in Sachen Standortlazarett vom Gau Oberdonau (also der Ex-Starhemberg-Gründe) und den erwähnten Familien Brandstetter, Mayr und Willnauer, was aber keine Käufe zur Folge hatte. Von der Parzelle 1594 der Barmherzigen Schwestern war da gar nicht mehr die Rede. Jene Genehmigung wurde dem Schreiben einer ratlosen Heeresstandortverwaltung an die Wehrkreisverwaltung vom 14. Februar 1945 beigelegt: „Auf den Grunderwerb bezughabende Vorgänge befinden sich bei der H.St.O.Verw. nicht, da dieselben bei der W.V. XVII erliegen müssen.“²¹⁵ Das ist das zeitlich letzte Dokument in Sachen Heeresstandortlazarett im entsprechenden Landesarchiv-Bestand.

Weit weniger konkret gestalteten sich zeitweise Pläne für ein **ziviles Spital etwas weiter westlich von Schloss Auhof**: Ein Schreiben des Linzer Stadtplanungsamtes an das Tiefbauamt vom 28. November 1941 nennt ein westlich neben dem Heeresstandortlazarett geplantes „**Neues städt[isches] Krankenhaus Nord**“.²¹⁶ Im April 1942 heißt es dazu: „Die äusserst geschützte Lage des Dornacher Beckens vor dem Steilabfall der Magdalener-Höhe hat neben der Wohnbebauung auch zur Standortbestimmung eines zweiten städtischen Krankenhauses neben dem Heereslazarett geführt.“²¹⁷

Dann war Anfang Oktober 1942 Gauleiter Eigruber wieder einmal bei Hitler in Berlin und berichtete darüber (laut Überlieferung durch Oberbürgermeister Sturma): Der Krankenhausplan bei Gaumberg (dazu gleich) sei zu reduzieren, dafür war Hitler „der Meinung, daß man in Urfahr ein Krankenhaus für 500 Betten in einfacher Form bauen solle. Als Bauplatz käme die Nähe des Auhofs in Frage.“ Allerdings dürfe der Bauplatz nicht im „Linzer Nebel“ liegen.²¹⁸ (Beim selben Gespräch mit Hitler hieß es übrigens über das am linken Donauufer geplante riesige Bismarck-Denkmal: „Um den Blick auf dieses Denkmal von der Stadt aus freizulegen, muss die derzeitige Eisenbahnbrücke verschwinden“...).

Ein halbes Jahr später reduzierte Hitler seine Pläne in Sachen Auhof: Laut Mitteilung Gauleiter Eigrubers vom 11. Mai 1943 erwäge der „Führer“ „für den Raum nördlich der Donau [...] nur ein kleines Krankenhaus mit etwa 250 Betten, welches auch weiter oberhalb des jetzt in Aussicht genommenen Standortes westlich Auhof sein kann.“²¹⁹ Laut Rückblick Schmuckenschlägers war jenes Krankenhaus für „Urfahr“ bzw. „am Fuss von St. Magdalena“ direkt neben dem Heeresstandortlazarett bei Schloss Auhof geplant und „mit 250-500 Betten“ bemessen worden; auch er wisse von keiner planerischen Entwicklung jener Phantasien Hitlers.²²⁰

In gewisser Weise wurde jener Wunsch Hitlers dann durch die Umwidmung eines Baus nördlich des Lagers Dornach im September 1945 erfüllt. Im heutigen Biologiezentrum war bis 1955 ein Krankenhaus für Linz nördlich der Donau und das angrenzende Mühlviertel angesiedelt. In der Zeit der russischen Besetzung war es ja von dort nicht so einfach, ein Linzer Krankenhaus in der US-Zone zu erreichen.²²¹ In Quellen scheint jene Einrichtung der Nachkriegszeit etwa als „Krankenhaus Dornach“²²² auf.

²¹⁴ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 9.

²¹⁵ Ebenda, letztes Stück des Lazarett-Faszikels.

²¹⁶ AStL, NS-Zeit, Sch. B 36, Mappe Heeresplanung Raum Auhof.

²¹⁷ Oberbürgermeister Sturma an Luftgaukommando XVII, 24.4.1942, AStL, NS-Zeit, Sch. B 36, Heeresplanung Raum Auhof.

²¹⁸ AStL, NS-Zeit, Sch. B 36 b, Aktenvermerke Oberbürgermeister Sturma.

²¹⁹ Ebenda.

²²⁰ Schmuckenschläger 1946, S. 62.

²²¹ Neunteufel 2003, S. 139 und Rohrhofer 2009, S. 29.

²²² So etwa in einem Schreiben des damaligen „Magistrats Urfahr“ vom 18.3.1948, AStL, Amt für Wirtschaftsförderung, Sch. 38 (Auflistung „Beuteschrott von Wehrmachtseigentum“: 30 Autowracks beim Krankenhaus Dornach, 15 Autowracks im benachbarten Lager Dornach).

Für Linz-Süd („auf dem Gaumberg“) plante man im Mai 1943, Hitlers Wünschen gemäß, bereits ein „Krankenhaus-Hochhaus“, unter der Leitung von Hitlers Leibarzt, Karl Brandt, aber noch immer nichts Konkretes für Linz-Nord bzw. Auhof.²²³ Möglicherweise wäre auch der Ende 1943 von Heer und Luftwaffe im Süden von Linz geplante Lazarettbau in kompakterer Form als die Auhof-Planung ausgefallen; konkretere Pläne sind dafür aber offenbar ebenso wenig überliefert wie für das zivile Spital in Auhof.

²²³ AStL, NS-Zeit, Sch. B 36 b, Aktenvermerke Oberbürgermeister Sturma; zu Planungen für ein großes Linzer Krankenhauses „Süd“ (bzw. West) auch Schmuckenschläger 1946, S. 61 f.: Anfangs „an der Leondingerstrasse westlich anschließend an die Froschbergverbauung bis zu den Türmen 9 und 10“ geplant, dann 1942 „auf dem Gaumberg“, dann 1943 „am Südrand des Kürnbergerwaldes oberhalb Rufling“; Modell der Erstplanung bei Mayrhofer 1997, S. 84 (zeitweise waren dabei auch eine „ärztliche Akademie“ und Miteinbeziehung der Gaufrauenklinik vorgesehen).

9. Der Schlossteich im Rahmen der Heeresplanungen, oder: Wer hat „im Auhof“ das Sagen?

Bereits in der „Urmappe“ des Franziszäischen Katasters mit Stand von etwa 1826 ist der damals wohl schon deutlich ältere Schlossteich ungefähr in den heutigen Umrissen zu sehen, samt Insel im Süden.²²⁴ In Kapitel 3 wurde erwähnt, wie dort in der Zwischenkriegszeit bei rauschenden Festen der Starhembergs beleuchtete Boote gondelten.

In der NS-Zeit rückte der Schlossteich in zweifacher Hinsicht ins Blickfeld von NS-Instanzen: Einerseits spielte er eine wichtige Rolle als „unabhängige **Löschwasserstelle**“ für den erwarteten Luftkrieg, so etwa in einer Auflistung vom September 1943.²²⁵ Auch auf einem Plan zur Löschwasserversorgung der Infanteriekaserne von Februar 1944 spielte der „Schlossteich“ eine wichtige Rolle, ebenso bei einem städtischen Löschwasser-Plan von August 1944, mit Zufahrtsbereich für Löschfahrzeuge im Süden.²²⁶ Das war also aus Sicht damaliger Behörden bis Kriegsende unverzichtbar.

Dann waren da aber noch die vorsorglichen Friedensplanungen, eigentlich für die Zeit nach dem „Endsieg“, aber doch schon einmal im Laufen. Dabei haben wir zugleich ein gutes Bild davon, wer wann in Schloss Auhof das Sagen hatte (also ein Vorgriff auf das nächste Kapitel):

Bei einer „Besichtigung des Baugeländes für das neue Standortlazarett Linz“ am 12. Juni 1941 stellten die Heeresverantwortlichen fest, „daß sich südlich des Lazarettbauplatzes ein Teich befindet, der zum Auhof gehört. Dieser Teich versumpft das Baugelände und stellt eine erhebliche **Mückenbrutstätte** dar, die zu einer nicht tragbaren Belästigung der Kranken führen würde und auch vom hygienischen Standpunkt nicht unbedenklich erscheint.“ Technisch sei eine „**Zuschüttung des Teiches**“ kein Problem, es müsse nur „der in den Teich einmündende Wasserlauf unterirdisch weitergeführt werden.“ Außerdem „besteht noch ein kleinerer Teich im Nordosten des künftigen Baugeländes, der ebenfalls eine Mückenbrutstätte darstellt“ – also der **Moarteich** (zu sehen auf Abbildung 8 nördlich des Schlosses). Man solle in beiden Fällen prüfen, ob eine Zuschüttung möglich sei. Falls Feuerlöschgründe dagegen sprächen, könne man ja zumindest die Uferböschungen befestigen und begradigen.²²⁷

Das entsprechende Schreiben an die „Kommissarische Verwaltung der Starhemberg'schen Güterdirektion, Schloss Auhof b. Linz/Donau“ vom 23. September 1941 verwies darauf, dass „Auhof an das Wasserleitungsnetz der Stadt Linz angeschlossen wird“, und deshalb die Teiche eigentlich ruhig zugeschüttet werden können. Die Antwort der „**Ehemals Starhembergschen Güterdirektion Auhof, Post Steg bei Linz/Donau**“ bzw. Friedrich Hesses: Man sei leider „nicht im Stande“, dazu eine „Stellungnahme“ abzugeben, da „die Reichsdomänenverwaltung in Wien sämtliche Fischereigerechtigkeiten incl. Teiche Auhof in ihre Verwaltung übernommen hat“. Deshalb müsse man sich „unbedingt mit dieser Stelle ins Einvernehmen setzen“. Hesse selbst wies aber „als Treuhänder und Betriebsführer der ehem. Starhembergschen Güterdirektion“ darauf hin, dass beide Teiche eigentlich aus Feuerlöschgründen erhalten bleiben sollten. Die entsprechenden Verhandlungen in Wien liefen dann unter dem Begriff „**Zuschüttung oder Begradigung** des südlich von Auhof gelegenen versumpften Teiches“.²²⁸

Dann verwies am 25. November 1941 „**Reichsstatthalter in N.D. [Niederdonau] Abt. IV-b Reichsdomänenverwaltung**“ die Wehrkreisverwaltung XVII auf Gauleiter Eigruber bzw. den „Reichsgau Oberdonau als Selbstverwaltungskörperschaft“. Dieser werde nämlich demnächst auf Basis eines Erlasses des Reichsfinanzministers beim „ehemals Starhemberg'schen Vermögen [...]“

²²⁴ Vgl. auf www.doris.ooe.gv.at/themen/basiskarten/urmappe.aspx Suche nach KG Katzbach – Auhof (obwohl Auhof damals noch nicht zur KG Katzbach gehörte); das Nordufer ist gegenüber heute allerdings deutlich schräger, ansonsten wie heute. Bei Gusenbauer – Mörth 2008, S. 14 hatte es den Anschein, als ob der Teich erst für die Hochschule angelegt worden sei.

²²⁵ AStL, NS-Zeit, Sch. B 29 n, Feuerschutzpolizei 1943.

²²⁶ Plan von Februar 1944: vgl. Kapitel 17; August 1944: Linz-Plan 1944: vgl. Abb. 8.

²²⁷ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 9 (die folgenden Zitate aus jenem Schuber alle aus Faszikel Standortlazarett, Subfaszikel „Zuschüttung der Teiche“), Wehrkreisverwaltung XVII an Heeresstandortverwaltung Linz, eingelangt 27.8.1941.

²²⁸ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 9; „Zuschüttung oder Begradigung“: Wehrkreisverwaltung XVII an Heeresstandortverwaltung Linz, 12.11.1941, wobei man sich nicht sicher ist, wem der andere Teich gehört – laut Heeresstandortverwaltung vom 14.11.1941 gehöre auch der Moarteich zur Starhemberg-Güterdirektion.

in nächster Zeit [...] in das Eigentum eingewiesen“. Dazu die Wehrkreisverwaltung XVII im Schreiben an die Heeresstandortverwaltung Linz vom 5. Dezember 1941: Da Eigruber „ehesten Baubeginn des Standortlazarettes Linz“ wünsche und fördere, müsse eben der „eine Entscheidung in der Teichfrage“ treffen. (Eigruber wünschte sich das Heeresstandortlazarett damals deshalb, weil die verstreuten Einrichtungen des Heeres in Linz, wie erwähnt, viel zivilen Raum blockierten).

Ein Schreiben der Heeresstandortverwaltung Linz an „**Reichsgau Oberdonau (Gauselbstverwaltung)**“ vom 8. Jänner 1942 machte Druck: Der Bau des Standortlazaretts „im Gelände des ehemals Starhemberg’schen Besitzes in Auhof“ erfolge „nach dem Willen des Führers“. Die umgehende „Zuschüttung der beiden Auhof-Teiche“ oder zumindest „Begradigung der Uferböschungen zum Zwecke der Beseitigung der Mückenbrutstätten“ sei notwendig. Die Antwort mit Briefkopf „Der Reichsstatthalter in Oberdonau, Gauselbstverwaltung“ erfolgte vier Tage später: Das „ehemalige Starhemberg’sche Vermögen“ sei bereits „in den Reichsgau Oberdonau eingewiesen [...] und die Besitzungen dem Reichsgau Oberdonau übergeben“. Deshalb könne man jetzt über die Teichzuschüttungen verhandeln.²²⁹

Eine Bestandsaufnahme der Gauselbstverwaltung vom 22. Jänner 1942: „Der Parkteich in der Parzelle Nr. 1567 K.G. Katzbach mit einem Ausmaß vom 1.2665 ha“ sei „an die „Deutsche See“-Fischgroßhandlung“ in Wien gegen Jahrespacht von 370 Reichsmark verpachtet. Das heißt, dort wurde damals anscheinend kommerziell Fischzucht betrieben. Der Teich auf Parzelle 1575 (Moarteich) mit 0.1809 Hektar werde „in Eigenregie zur Versorgung der Gärtnerei Auhof mit Wasser verwendet“. Unter Berücksichtigung von entgangener Pacht bei Zuschüttung und gewonnener Pacht aus der durch Zuschüttung beider Teiche gewonnenen Kulturfläche komme man auf eine einmalige Entschädigung von 6.250 Reichsmark an den Reichsgau (so Gaukämmerer Danzer). Die anfallenden Arbeiten wies die Gauselbstverwaltung aber der Heeresverwaltung zu, auch die „Ableitung der bisher in die Teiche geführten Abwässer“ (so die Heeresstandortverwaltung in einem Schreiben an das Heeresbauamt Linz I am 7. März 1942).²³⁰

Da war man aber bereits darauf gekommen, „daß die Zuschüttung der Teiche erst im Zuge des Laz[arett].Neubaues“, also nach dem Grunderwerb und nach Baubeginn erfolgen könne.²³¹ Sicherheitshalber setzte die Linzer Heeresstandortverwaltung am 2. März 1942 schon einmal eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reich (Reichsfiskus Heer), vertreten durch die Heeresstandortverwaltung, und dem Reichsgau Oberdonau („vertreten durch den Gaukämmerer Franz Danzer“) auf: Die Zuschüttung beginne direkt „nach Durchführung des Grunderwerbs für den Lazarettneubau mit Baubeginn desselben“. Die Einebnung habe so zu erfolgen, dass alles als Wiesengelände nutzbar sei; dazu werde eine 15 Zentimeter dicke Humusschicht aufzubringen sein, alles vorbehaltlich Genehmigung der Wehrkreisverwaltung XVII in Wien. Beim Briefwechsel mit dieser wurde betont, dass damals nicht nur bloße Oberflächenwässer, sondern auch „die Ueberlaufwässer der Senkgruben des Schlosses Auhof in den Teich abgeleitet werden“ (so die Heeresstandortverwaltung am 30. April 1942 an die Wehrkreisverwaltung). Für deren Entsorgung müsse künftig die Heeresstandortverwaltung Sorge tragen.

Am 28. April 1942 schätzte das Linzer Heeresbauamt I die Kosten der ganzen Aktion auf rund 250.000 Reichsmark, doch dann kam die bereits erwähnte „Notbremse“ seitens der Wehrkreisverwaltung XVII in einem Schreiben vom 13. Mai 1942, knapp nach Hitlers Architekturkritik vom April 1942 (siehe Kapitel 8): Die „Vereinbarung über die Zuschüttung der Auhof-Teiche“ sei derzeit nicht abzuschließen, „da die Zuschüttung erst mit Beginn der Bauarbeiten in Frage kommt und diese erst vermutlich nach Kriegsende einsetzen werden.“²³² Das bedeutete die Rettung des heutigen Uni-Teichs.

²²⁹ Ebenda. Zur Präsenz der Gauselbstverwaltung im Schloss Auhof vgl. Kapitel 10 und 17 (Luftangriff vom Dezember 1944).

²³⁰ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 9.

²³¹ Ebenda (Wehrkreisverwaltung XVII an Heeresstandortverwaltung Linz, 23.2.1942). Als „Ersatz für das verloren gehende Sprengwasser für die Gärtnerei dürfte der Anschluß an die städtische Wasserleitung möglich sein“. Zur Gärtnerei im Bereich von Schloss Auhof vgl. Kapitel 10.

²³² OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 9 (berichtet in Schreiben der Heeresstandortverwaltung an Gaukämmerer Danzer am 20.5.1942).

10. Schloss Auhof bzw. Starhemberg-Besitz in der NS-Zeit

Das faktische Agieren von NS-Instanzen deckte sich nicht immer mit dem, was in der **oberösterreichischen Landtafel bezüglich der Schlossliegenschaft** zu lesen ist: „Auhof das Landgut im Machland Viertel²³³, **Fidei Commiß**“ (so der damals noch immer geltende Namen der Liegenschaft 1119 jenes Sonder-Grundbuches). Die Auhof-Liegenschaft stand noch 1938 im Rahmen des auf das 17. Jahrhundert zurückgehenden „Reichard auch Heinrich Wilhelm Graf Starhemberg'schen Fideikommisses“.²³⁴

Natürlich sicherte sich das NS-Regime so rasch als möglich faktischen Zugriff auf die Besitzungen des verhassten Heimwehrlführers Ernst Rüdiger Starhemberg. Auf Grund der (Besitzungen besonders schützenden) Konstruktion „Fidei Comiß“ war das aber nicht so einfach. Da hatte sich schon die Republik „Deutsch-Österreich“ 1919 mit dem in Kapitel 3 erwähnten Zugriffsversuch schwer getan.

Der nächste Eintrag im B-Blatt nach Abwehr jener Begehrlichkeit 1922 erfolgte deshalb erst am 21. Dezember 1938: „Auf Grund des Bestelldekretes vom 22. Juli 1938 wird die Bestellung des Pg [Parteigenossen] **Friedrich Hesse als kommissarischer Leiter** angemerkt“. Diese „Anmerkung des kommissarischen Leiters“ wird am 2. November 1939 „auf Antrag des Ministeriums für Landwirtschaft in Wien“²³⁵ gelöscht.

Am 27. November 1942 wurde sogar wieder formal das „fideikommissarische Eigentumsrecht für Ernst Rüdiger Starhemberg geb. 1899“ eingetragen. Das geschah auf Grund einer „Einantwortungsurkunde des Fideikommiss-Senates des Oberlandesgerichtes Wien“. Die „Einantwortung“ erfolgte da mit Bezug auf den Tod Ernst Rüdiger seniors 1927. Dessen Ableben war in der Landtafel ja bis dahin ignoriert worden; deshalb wurde bei jener Eintragung auch ausdrücklich „geb[oren]. 1899“ beigefügt. Formal war laut Landtafel also der Ex-Heimwehrlführer 1942 für rund zwei Wochen Eigentümer von Schloss Auhof; in der Realität blieb dies aber natürlich bedeutungslos.

Die faktischen Besitzverhältnisse werden durch einen Landtafel-Eintrag vom 12. Dezember 1942 offenbar: „Auf Grund der Note des Reichsministers der Finanzen vom 15. Oktober 1941“ werde „das **Eigentumsrecht für den Reichsgau Oberdonau**“ eingetragen, „jedoch nur unter der durch das Bestehen des fideikommissarischen Bandes bewirkten Beschränkung“, mit Bezug auf ein entsprechendes NS-Gesetz vom Juli 1938. Jener Erlass des „Reichsministers der Finanzen“ wurde abgewickelt via „Finanzamt Moabit-West, Vermögensverwertungsstelle“ und „Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg, Vermögensverwertungsstelle“, die alle nötigen Unterlagen dem „Reichsstatthalter in Oberdonau“ (also Eigruber bzw. seinen Behörden) übersandten.²³⁶

Dazu ein Schreiben von Gaukämmerer Danzer an das Oberfinanzpräsidium Oberdonau vom 6. Dezember 1941: „Mit 23. Oktober 1941 wurde das gesamte **Vermögen des Ernst Rüdiger Camillo Maria Starhemberg dem Reichsgau Oberdonau eingewiesen**“. Dabei bestünde von Starhemberg-Seite noch eine Schuld von rund 372.000 Reichsmark an das Finanzamt aus Verlassenschaftsabgaben und Gebühren nach dem 1927 in Schloss Auhof verstorbenen Ernst Rüdiger Starhemberg senior. Jene Schuld wolle der Reichsgau Oberdonau in zwei Raten von insgesamt 175.000 Reichsmark im Dezember 1941 und März 1942 begleichen, was „mit Rücksicht auf die starke **Verschuldung des Starhemberg'schen Besitzes**“ ein faires Angebot sei. Der Oberfinanzpräsident stimmte diesem Teilerlass der Schulden nach Genehmigung durch das Reichsfinanzministerium vom 30. März 1942 zu. Danzer beauftragte dann (leider undatiert) den

²³³ Diese Viertelbezeichnung war da schon längst obsolet: Nach dem Zugewinn des Innviertels waren ja die beiden alten Landesviertel nördlich der Donau terminologisch zu einem Mühlviertel vereinigt worden. Zur Landtafel vgl. Kapitel 2 bzw. Literatur- und Abkürzungsverzeichnis.

²³⁴ So in einem Beschluss vom 14.9.1938; im OÖLA gibt es Bestände über den „Heinrich bzw. Reichard Fideikommiss“ ab 1666.

²³⁵ Wiener Ministerium deshalb, weil es damals noch ein „Land Österreich“ im Rahmen „Großdeutschlands“ gab. Dessen Landwirtschaftsminister war Anton Reinthaller, vgl. Kapitel 4.

²³⁶ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 9, Schreiben vom 7.8.1943 (vgl. Kapitel 8, da ging es um den Stand in Sachen Heeresstandortlazarett).

„Zentraldirektor Fritz Hesse, Auhof bei Linz“ der „Güterdirektion des Reichsgaues Oberdonau“ mit der Anweisung jener 175.000 Reichsmark.²³⁷

Schließlich ein Eintrag vom 20. Mai 1943: „Auf Grund des Fideikommissauflösungsscheines des Oberlandesgerichtes Wien vom 13. Feber 1943“ werde jene Besitzbeschränkung von 1942 gelöscht. Das ist der letzte B-Blatt-Eintrag der (ab 1938 reduzierten) Schlossliegenschaft bis 1952.

Aus Sicht etwa der Linzer Heeresbehörden war das schon im Herbst 1940 einfacher erklärt: Der Großteil des geplanten Standortlazarett-Areals sei aus jenem „ehemaligen Starhemberg'schen Besitz Auhof, der sich jetzt im **Reichseigentum** befindet“ (siehe Kapitel 8). Eine Auflistung vom Juli 1941 nennt die Auhofer Schlossliegenschaft als „**Staatseigentum**“.²³⁸

Wie das in der Praxis aussah, haben wir im vorigen Kapitel gesehen: Bei der geplanten Zuschüttung von Schlossteich und Moarteich hatte die Wehrmacht erst mit der „**Kommissarischen Verwaltung der Starhembergschen Güterdirektion Auhof**“ und Reichsdomänenverwaltung Wien zu tun, dann mit dem Reichsgau Oberdonau als Selbstverwaltungskörperschaft bzw. mit dem „**Reichsstatthalter für Oberdonau, Gauselbstverwaltung**“.²³⁹ 1940 hieß es diesbezüglich auch etwa, dass die Schlossliegenschaft „zum ‚Fideikommiß Auhof‘ gehört, also in derzeitiger Verwaltung des Finanzamtes Berlin-Moabit“²⁴⁰ sei (eigentlich Moabit-West, wie vorhin erwähnt).

Im Rahmen jener Gauselbstverwaltung wurden schon ab 1. Oktober 1941 summarische Vermögensübersichten und Verlust- und Gewinnrechnung unter dieser Bezeichnung erstellt: „Firma **Güterdirektion des Reichsgaues Oberdonau Auhof**, Post Steg, Linz-Donau, ehem. Starhemberg'scher Besitz Oberdonau“.²⁴¹ Die Zentrale dieser Firma war eben Schloss Auhof, und der Starhemberg-Bereich war da nur ein Teilbereich, allerdings ein sehr gewichtiger („Zentraldirektor Hesse“ wurde eben im Kontext der Verschuldung des Starhemberg-Besitzes erwähnt). Da ging es nicht nur um Einnahmen aus Miete und Verpachtung im dortigen Schlossbereich oder um das „Eiserne Sparen“ von im Schloss arbeitenden Angestellten, sondern vor allem um diverse Starhemberg-Forstreviere. Für dort sind ab 1942 auch Details zum **Einsatz von Kriegsgefangenen** dokumentiert, aber nicht für das Revier Auhof, sondern nur bei den Revieren Eidenberg, Eschlberg, Kürnberg, Reichenau, Reichenstein, Schaumburg²⁴² und Sternwald, außerdem für das Revier Wilhering (die Güterdirektion in Auhof administrierte auch einige aus Stiftsbesitz beschlagnahmte Güter).²⁴³ Bezeichnend ist, dass bei einer Luftangriff-Schadensmeldung vom Dezember 1944 Schloss Auhof mit Namenszusatz „Gauselbstverwaltung“ vermerkt wurde (siehe Kapitel 17).

Ähnlich wie bei EZ 1119 der Landtafel waren auch die Besitz-Einträge der Starhemberg-Liegenschaft **EZ 169 der KG Katzbach** (mit der Parzelle 1592 nördlich des Schlossteichs) von 1938, 1942 und 1943; das erfolgte zwar in stark vereinfachter Form gegenüber der Landtafel, aber grundsätzlich mit gleichem Ablauf (inklusive eines kurzfristigen Eintrags von Starhemberg im Grundbuch für gut zwei Wochen Ende 1942).

Anders war der Verlauf bei einem anderen Starhemberg-Besitz, der EZ 71 der KG Katzbach, dem verbliebenen Teil des **Niedermaiergutes**, in der NS-Zeit bereits ohne späterem JKU-Bereich (siehe Kapitel 3 und 7): Dort folgte auf das Eigentumsrecht des 1927 gestorbenen Ernst Rüdiger Starhemberg seniors formal direkt die Bestellung des kommissarischen Verwalters im Dezember 1938 (Einantwortung nach dem Verstorbenen gab es auch da bis dahin keine). Es folgte im Oktober 1941 eine Aufteilung der Liegenschaft auf Mutter Franziska Starhemberg und drei Geschwister Ernst Rüdigers (junior) sowie das Deutsche Reich, die Mutter zu einem Viertel, die

²³⁷ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 9.

²³⁸ Ebenda.

²³⁹ Eigentlich war ja Eigruber Gauleiter in Bezug auf die NSDAP und Reichsstatthalter in Bezug auf die staatliche Verwaltung, aber faktisch hielt sich niemand mit solchen Spitzfindigkeiten auf; vgl. etwa Rafetseder 2001, S. 1126 f. und 1204.

²⁴⁰ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 5, Schreiben der Heeresstandortverwaltung vom 27.9.1940. Da ging es um die Errichtung von Wasserableitungsgräben mit zwei Schleusen an der Nordspitze des Kasernenbaugeländes; dafür musste noch ein kleiner Teil der Landtafel-Liegenschaft 1119 zur EZ 631 der KG Katzbach transferiert werden.

²⁴¹ OÖLA, Gauselbstverwaltung, Sch. 19.

²⁴² Vgl. etwa für dort vom 1.4.1942 bis 31.3.1943 nur 90 Reichsmark für „Aufsicht f. Kriegsgef.“ und 299,80 RM für „Verpflegung d.Kriegsgef.“. Im Kontext der „Zentrale Auhof“ gab es in jenem Zeitraum Ausgaben von 501,46 RM für „Inventar (Kriegsgef.)“, was immer das auch bedeutete.

²⁴³ Zur Funktionsweise der Güterdirektion in Auhof als Institution der Gauselbstverwaltung vgl. Fiederer 2001, S. 176 f.

vier anderen Parteien zu je 3/16. Die 3/16 des Deutschen Reichs waren der beschlagnahmte Erbanteil des Ex-Heimwehrlführers. Formal nur auf diese drei Sechzehntel wird laut Grundbuch im August 1942 das Eigentumsrecht für den „Reichsgau Oberdonau“ übertragen, wieder Bezug nehmend auf die erwähnte Note des Reichsfinanzministers vom Oktober 1941. Die nächste Änderung war dann erst 1952 (siehe Kapitel 18). Aus dieser Liegenschaft stammt die Parzelle **846/1** in der Südwestecke der Kasernenliegenschaft (also östlich der Altenberger Straße, siehe Kapitel 18). Über diese Parzelle gab es ab 1954 ein eigenes Restitutionsverfahren. (Jene Parzelle lag direkt neben dem Anwesen jenes Friedrich Weissenberger, der 1953 seinem Vertrag mit der SS vom Juli 1938 Korrektheit bescheinigte, mehr dazu in Kapitel 19).

Soweit die Sichtweise von Landtafel bzw. Grundbuch. Aber wie war die Realität?

Bei einer Besichtigung des Kasernenbaugeländes in „Dornach“ (bzw. Auhof) am 27. Jänner 1939 durch den „Kommandierenden General“ bzw. Heeresstandort-Chef Gustav Kohl ging es auch um Schloss Auhof: Ein Angestellter des Heeresbauamtes machte Generalmajor Kohl „auf den Auhof aufmerksam und bat um Ankauf des Grundstücks und Einbau von weiteren Wohnungen. Vier Wohnungen sind dort bereits von Angestellten der Heeresbauämter ermietet und werden zur Zeit umgebaut“.

Offenbar in jenem Kontext wurden wohl vom Linzer Heeresbauamt Pläne im Maßstab 1:100 von Erdgeschoß, erstem und zweitem Obergeschoß des Schlossgebäudes erstellt. Dabei sind mindestens zehn neu umgebaute Wohneinheiten samt Badewannen erkennbar.²⁴⁴

Im selben Zusammenhang entstand auch ein „**Lageplan Schloß Auhof**“ im Maßstab 1:2880, mit blau umrandetem Schlossbereich: nordwestlich des Schlosses die Gärtnerei, westlich und östlich des Teichs Parkanlagen, südlich des Teichs Obstgarten. Südwestlich des Teichs ist dort eine markante Parzelle rot umrandet (siehe Kapitel 7), weiter weg südwestlich sind mehrere Parzellen im Raum Magdalafenfeld mit „Wolfsegger“ beschriftet (siehe Kapitel 6). Das war allerdings eben nur der engere Schlossbereich, kein Gesamtplan der im Jänner 1939 bestehenden Schlossliegenschaft; die reichte etwa nördlich des Schlosses weit in den Wald hinein (siehe etwa Kapitel 18 zur Waldparzelle 1599).

Mit 6. Februar 1939 ging dann ein für unseren Kontext besonders bedeutendes Schreiben der Wehrkreisverwaltung XVII an das Heeresbauamt I und die Heeresstandortverwaltung in Linz. Dessen einziger Satz lautete, insgesamt dick unterstrichen: „**Von einem Ankauf des Auhofes in Linz wird Abstand genommen**, da sich die Objekte für militärische Zwecke wenig eignen und von der Truppe zur Herrichtung von Wohnungen nicht erwünscht sind“.²⁴⁵ Trotzdem war dann zumindest mit Stand Oktober 1940 wenigstens eine Heeresangestellten-Wohnung im Schloss Auhof.²⁴⁶

Was war nun zur NS-Zeit tatsächlich sonst noch in der eigentlichen Schloss-Liegenschaft? Oben erwähnt wurde die zentrale Güterdirektion Auhof formal ab Oktober 1941. Im Juni 1939 weist der Amtskalender für das Schloss eine kleinere NS-Behörde aus: die „Ortsverwaltung St. Magdalena der Deutschen Arbeitsfront“ (mehr zu dieser in Kapitel 11), vertreten durch den uns bereits bekannten Rudolf Fink.²⁴⁷

Laut Adressbuch 1940 wohnte dort auch der Lagerführer des damaligen „Gemeinschaftslager der DAF Auhof“, Emil Schuster (siehe Kapitel 12). Im Schloss wohnten damals auch etwa der offenbar dort auch arbeitende „Gutsbeamte Franz Elser“ und seine Gattin Gertrude (er dort auch noch laut Adressbuch 1949 als Gutsbeamter). Insgesamt listet das Adressbuch 1940 24 erwachsene Personen in Auhof 1 auf, darunter zwei Funktionäre des Reichsarbeitsdienstes, die dort möglicherweise Dienstwohnungen hatten, sowie das erwähnte Ehepaar Fink. Franz Elser war im

²⁴⁴ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5.

²⁴⁵ Ebenda.

²⁴⁶ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 14, Mappe 1: „Übersicht Wohnungen der Heeresangestellten u.-Arbeiter im Zivilwohnraum des Standortes Linz/ Donau“, in „Dornach, Schloß Auhof“: der Angestellte Altbürger (offenbar mit Familie).

²⁴⁷ Vgl. Kapitel 7. Im Amtskalender 1942 und auch im Fernsprechbuch 1942 fehlen die DAF-Ortsverwaltungen.

Februar 1944 im Schloss Auhof Ansprechperson, als die NS-Volkswohlfahrt von dort einen Wasseranschluss für eine Großküche benötigte²⁴⁸ (siehe Kapitel 12).

Von jenen 24 Personen, die 1940 im Schloss Auhof wohnten, ist eine weitere Person besonders interessant: der Gärtner Michael Puchrucker. Der scheint in einer leider undatierten Liste der NS-Zeit über Gartenbaubetriebe im „Kreis Linz“ mit bloßer Adresse „Auhof“ auf:²⁴⁹ 1.421 Quadratmeter, Gefolgschaft: 1, drei Gewächshäuser mit 262 Quadratmeter sowie 60 Quadratmeter Mistbeete (das ist eine Methode, um mit Pferdemist möglichst früh und auch möglichst spät Gemüse ernten zu können). Das ist offenbar die frühere **Schlossgärtnerei** im heutigen Bibliotheksbereich, die am erwähnten Plan von Anfang 1939 direkt nordwestlich des Schlosses verzeichnet ist; und die nutzte für die Bewässerung den Moarteich nördlich des Schlosses (siehe Kapitel 9). Ausgerechnet laut Adressbuch 1940 war die Gärtnerei im Schloss Auhof allerdings nicht mit Puchrucker, sondern mit einem anderen „Gartenbautechniker“ verbunden²⁵⁰; wie da die Abfolge war, bliebe noch zu klären.

Für unseren Kontext besonders relevant ist aber nicht nur das Schicksal der eigentlichen Schlossliegenschaft (oberösterreichische Landtafel EZ 1119): Die wurde nämlich bereits per „Kaufvertrag“ vom 27. Juni **1938 um den Bereich östlich der Altenberger Straße drastisch reduziert**. Jener Bereich von 17 Hektar kam in die bereits erwähnte Kasernen-Liegenschaft EZ 631, von der ein knappes Drittel ausmachend²⁵¹. Vertragspartner waren dafür einerseits „Dr. Arnulf Hummer Rechtsanwalt in Wien I, Maysedergasse 5 als Vertreter des Ernst Rüdiger Fürst Starhemberg“, andererseits das „Deutsche Reich“ vertreten durch den erwähnten SS-Oberscharführer Mummenthey. Die Abschreibung wurde vom Bezirksgericht Urfahr am 29. Juni und vom Landesgericht Linz am 30. Juni 1938 bewilligt; das Deutsche Reich trat „am 1. Juli 1938 in den tatsächlichen Besitz und Genuß der Kaufobjekte“. Jener Rechtsanwalt Arnulf Hummer scheint an anderer Stelle im selben Akt „als Erbenvertreter in der Verlassenschaftssache nach Fürsten Ernst Rüdiger Starhemberg“ auf (also nach dem Vater des Ex-Heimwehrliebers).²⁵²

Damalige Wohnadresse von Ernst Rüdiger Starhemberg junior war laut Vertrag „Arosa, Auf der Konradsmatten, Schweiz“. Starhemberg hatte Hummer durch eine von der Staatskanzlei Graubünden am 28./30. Mai 1938 beglaubigte Vollmacht ermächtigt. Die Familie Starhemberg war beim „Anschluss“ bzw. bei der Okkupation Österreichs im März 1938 gerade auf längerem Winterurlaub in der Schweiz gewesen. Diesem Umstand verdankten laut Heinrich Starhemberg seine Eltern ihr Leben.²⁵³

Der Transaktion vom Juni 1938 hatte bereits davor „**Fideikommissachwalter** Herr Dr. Georg Freiherr von **Ettingshausen** [...] seine Zustimmung“ erteilt. (SA-Obersturmbannführer Ettingshausen, zeitweise Kanzleikollege Arnulf Hummers in der Maysedergasse 5, war damals Leiter der Rechtsanwaltskammer Wien und Niederösterreich, dazu Rechtsberater des ungarischen Konsulates in Wien²⁵⁴). Nachträglich nahm dann noch am 14. September 1938 die „o.ö. Fideikommissstelle I. Instanz“ das Ganze „genehmigend zur Kenntnis“, und verzichtete auf „Anlage des für die abverkauften Gründe ausbezahlten Entgeltes von 90.000 RM“.²⁵⁵

²⁴⁸ OÖLA, Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, Sch. 72, Faszikel Linz-Auhof, Heeresbauamt an NSV, 8.2.1944 (da sei mit „Herrn Dr. Elsa“ Rücksprache zu halten).

²⁴⁹ AStL, NS-Zeit, ehemals Sch. B 23c, Kopien vorhanden, neuer Standort nicht auffindbar (vgl. Rafetseder 2001, S. 1111, Anmerkung 13); eine Gärtnerei scheint laut jener Liste auch am Gelände des SS-Kaserne Ebelsberg auf. In einer Liste von Linzer Gartenbaubetrieben vom April 1943 ebenda fehlt Auhof seltsamerweise, ebenso bei den Linzer Gärtnereien laut Gewerbeadressbuch 1942.

²⁵⁰ Adressbuch 1940, S. 100 bei „Gärtnereien“: Kuthe, Adalbert, Schloss Auhof; laut Adressteil wohnhaft Linzer Friedhofstraße 4.

²⁵¹ Vgl. Kapitel 4 bzw. die hier zitierten Dokumente in OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 7.

²⁵² Anlässlich des Verkaufs einer Parzelle aus KG Katzbach EZ 71 im Süden des Kasernenbereichs, weit außerhalb des JKU-Geländes.

²⁵³ Starhemberg 1991, S. 311. Im Winter 1938/39 übersiedelten die Starhembergs nach Frankreich. Ernst Rüdiger Starhemberg war ab 1940 zeitweise Flieger in Diensten der „Forces Francaises Libres“, dann nach Südamerika (Gattin und Sohn schon 1940, der Vater erst 1942).

²⁵⁴ Vgl. Frojimovics 2014.

²⁵⁵ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5; der Stempel jener Stelle zeigte damals immer noch den doppelköpfigen Ständestaat-Adler mit Heiligenscheinen.

Für uns relevant sind vor allem die damaligen Parzellen 1557 bzw. dann (1941 und 1943 an der Nordspitze um ein kleines Stück verkleinert) als 1557/1²⁵⁶ (Wiese) mit anfangs 2,8 Hektar direkt südöstlich von Schloss Auhof, und außerdem südöstlich angrenzend die Parzelle 1558 (Acker) mit 4,3 Hektar. Beide Parzellen gehören zum heutigen Gelände des Science Parks. Auf 1557/1 entstand 1938 das Gemeinschaftslager des Heeres. Im Grundbuch wurde in der EZ 631 jedoch formal erst per Anmeldebogen von 1948 und Eintragung vom 8. November 1950 aus „Wiese“ ein „**Barackenlager als Wiese**“. (Das wurde auch bei den beiden anderen Lagern im JKU-Umfeld mit ähnlicher Verspätung so gehandhabt, siehe Kapitel 15 und 16).

Im Nordteil von Parzelle 1558, östlich von 1557/1, hätten die erwähnten Sportanlagen für die Garnison Linz entstehen sollen (siehe Kapitel 6). Auf der sechseinhalb Hektar großen Acker-Parzelle 1553 aus derselben Transaktion entstand der in Kapitel vier erwähnte dreitraktige Kasernenblock an der Altenberger Straße. Insgesamt entstand der überwiegende Teil der heute bestehenden Kasernentrakte auf 1938 abgepresstem Starhemberg-Grund (abgesehen von einem Bereich im Südosten, der auf Aubrunner-Grund steht).²⁵⁷

²⁵⁶ Die erste Verkleinerung (um 1.800 Quadratmeter) direkt südlich des Wirtshauses erfolgte per Richtigstellungsurkunde vom 21.9.1938, da das Deutsche Reich bzw. die SS jene Nordspitze der Parzelle eigentlich nicht kaufen wollte; im Vertrag vom 27.6.1938 war man irrtümlich von der ganzen Parzelle ausgegangen. Es gab dann noch weitere kleine Gebietskorrekturen im Norden der verbliebenen Parzelle 1557/1 des Kasernengeländes (vgl. Kapitel 13).

²⁵⁷ Vgl. Kapitel. 4 zur Verpachtung im Südteil der Parzelle 1553; auch im Südteil der Parzelle 1558 entstanden mehrere Kasernentrakte, zwischen den Ackerparzellen 1553 und 1558 lag eine schmalere Weideparzelle (1552).

11. Die drei Lager im JKU-Bereich im Spiegel der Lagerlisten

Hier seien die drei für uns relevanten Lager anhand von acht im Archiv der Stadt Linz zu findenden Lagerlisten der Zeit von 1939 bis 1945 dargestellt (mit Doubletten verteilt auf sechs Archivschuber, davon die Liste von Oktober 1941/ Februar 1942 handschriftlich, die anderen maschinschriftlich). Erstellt wurden sie durchwegs im Rahmen des Linzer Magistrats, mit Blick auch auf „nichtstädtische“ Lager, zum Teil auch außerhalb der Stadtgemeinde Linz, sofern für die Stadt Linz relevant. Hier wird auch auf weitere Lager Bezug genommen, soweit diese in unserem Zusammenhang von Bedeutung sind.

Die früheste im Linzer Stadtarchiv zu findende Lagerliste ist offenbar vom **November 1939**, und enthält (in zwei Durchschlägen mit unterschiedlichen handschriftlichen Zusätzen) 55 bzw. 54 Lager, die zum Teil nur Einzelbaracken waren.²⁵⁸ Die eigentlich vorgesehene Spalte „Stand der Lagerinsassen“ ist nirgends ausgefüllt. Für unseren Bereich ist dort nur zu finden „Gemeinschaftslager d. D.A.F.“, also der **Deutschen Arbeitsfront**, Lage: „Linz-Auhof östl. d. Schlosses“ (richtiger eigentlich eher südöstlich), Lagerführer: „Emil Schuster, [geboren] 14.5.1903“, Telefonnummer bzw. „Fernruf: 2185“. Im Bereich „St. Magdalena“ (also der Eingemeindung von Oktober 1938) ist dort sonst nur das „Arbeiterlager Schlantenfeld-Steg“ zu finden („Lage: Pulvermühlstraße“)²⁵⁹.

Das DAF-Lager Auhof war eindeutig das Lager nördlich der Kasernenbaustelle, die zuerst kurz von der SS, dann ab Herbst 1938 vom Heer betrieben wurde. Jene Lager-Telefonnummer 2185 scheint noch im März 1940 als „Fernruf-Nummer“ der „Bauleitung Auhof“ des Heeresbauamtes Linz I auf.²⁶⁰

Formal zuständig war also jene Quasi-Gewerkschaft (die aber nie wirkliche Gewerkschaft sein durfte) bzw. theoretische ArbeitnehmerInnen-Lobby Deutsche Arbeitsfront bzw. DAF.²⁶¹ Deren „Ortsverwaltung St. Magdalena“ war zumindest 1939 offenbar im Schloss Auhof, wobei der zuständige Mann, Rudolf Fink, laut Adressbuch 1940 als „Gutsbeamter“ im Schloss Auhof wohnte.²⁶²

Zum Heereslager Auhof gibt es einen organisatorischen Zwilling, der ja auch von der Entstehung her eng mit dem Heeresstandort Auhof verbunden ist: Auch das **Lager** für die **Arbeiten an der Ebelsberger SS-Kaserne** scheint in den städtischen Lagerlisten zumindest um 1940 und 1943 (faktisch aber wohl von Beginn an) im DAF-Kontext auf: Zwar in der Liste von November 1939 nur als „Gem. Lager [also Gemeinschaftslager] SS-Neubauabteilg.“ in Ufer 3, in der Liste von ca. 1940 als „D.A.F. Gemeinschaftslager“ in Ufer 3 und zusätzlicher „SS-Bauleitung“ mit selber Adresse, in Liste von Oktober 1941/Februar 1942 „Barackenlager SS“, Juni 1943 „Gem.Lg. [also Gemeinschaftslager] d. SS Neubauleitung“, August 1943 „SS Neubauleitung Ebb.“, Dezember 1943 als „DAF-Lg. Ebelsberg“, in dazugehöriger Stempelsammlung mit Zusatz „Lg. Ufer 3 Ebelsberg“ bzw. Lagerstempel „Die Deutsche Arbeitsfront / Gemeinschaftslager Ebelsberg / Linz, Ebelsberg / (bei den SS-Bauten)“, Jänner 1944 „SS Neubauleitung Kbb.“ [wohl irrtümlich für Ebb./ Ebelsberg], im Mai 1945 fehlend.²⁶³ Bei den Linzer Lagern von Luftwaffe und Marine ist in den Lagerlisten und auch Lagerstempeln nie von der DAF die Rede, auch nicht bei mehreren sonstigen „Gemeinschaftslagern“ wie Rothenhof oder auch Lager 39; die DAF scheint also in Linzer Lagerlisten und entsprechenden Stempeln nur im Kontext von Heer und SS auf.

In einem „Verzeichnis über Lager und Wohnbaracken“ von **ca. 1940** mit 76 Linzer Standorten ist dasselbe Lager mit bloßer Lagebezeichnung „Auhof“ nur mit der Benennung „Heeresbauamt“

²⁵⁸ Beide Versionen: ASTL, NS-Zeit, Sch. B 18, Mappe Statistiken.

²⁵⁹ Über das zweiteilige „städtische“ Lager Schlantenfeld (zumindest ab September 1940 mit eigenem Teil II für Kriegsgefangene) vgl. Rafetseder 2001, S. 1183 f., auch etwa S. 1227 etc.; Foto des Lagers (von 1939, noch ohne Kriegsgefangenen-Teil): Rafetseder 1997, S. 133, dort auch Gemälde von Lagerbaracken, angefertigt vom dort untergebrachten Tschechen Miloslav Losik (eigentlich Lošik), der in ASTL-Beständen mehrfach als für die Stadt arbeitender Ingenieur auftaucht.

²⁶⁰ Adressbuch 1940, S. 23, im Kontext diverser Instanzen des Bauwesens.

²⁶¹ Vgl. zu deren Rolle im Rahmen von „Ausländereinsatz“ bzw. auch NS-Zwangsarbeit Rafetseder 2001, v.a. S. 1224-1227.

²⁶² Zur DAF-Ortsverwaltung vgl. Kapitel 10, zu Rudolf Fink und Gattin Kapitel 7.

²⁶³ Belege wie für die hier genannten Nennungen der drei Lager in der JKU-Gegend.

erwähnt, während dort das Lager in Ufer bei den SS-Bauten „D.A.F. Gemeinschaftslager“ ohne Zusatz heißt.²⁶⁴ Auf derselben Seite jener Liste scheint auch ein Lager „Heeresgemeinschaft, Speicherbauten“ an der Verlängerten Goethestraße auf, während etwa in jener Liste die Luftwaffe neben einer Bauleitungsadresse (Salzburger Reichsstraße) mit gleich drei ausdrücklichen Lagern aufscheint (Bergern, Hörsching und Wegscheid – also in jener Liste auch bereits Standorte außerhalb der Stadtgemeinde Linz, aber eben auch für Bauten in Linz relevant). Auch die Marine scheint in jener Liste mit drei Lagern auf, zwei im Hafengebiet und eines in Ebelsberg.

Nähere Angaben über die Belegung finden sich erstmals in einer **Liste mit Zahlen für Oktober 1941 und Februar 1942**, wo das zweite Auhof-Lager und das Lager Dornach erstmals aufscheinen.²⁶⁵ Dort scheinen 110 „Lager“ (inklusive mehrerer Einzel-Wohnbaracken) mit Zahlen und drei „wegzulassende“ ohne Zahlen auf. Im „Gemeinsch[af]ts. Lager der D.A.F. Auhoffeld“ waren im Oktober 1941 299 Männer (angeblich keine Frauen) untergebracht, 207-mal „Italien“, 85 Reichsdeutsche, 7-mal Protektorat (also Tschechen). Im Februar 1942 scheinen dort insgesamt 136 Personen auf. Die niedrigeren Zahlen im Februar haben sicher mit der viel geringeren Bautätigkeit im Winter zu tun. Im „Arbeiterlager Dornach“ waren im Oktober 1941 1.583 Personen (auch da angeblich nur Männer) untergebracht, davon 1560-mal „Italien“, 21 Reichsdeutsche und je einmal „Protektorat“ und „Slovaken“. Im Februar 1942 waren dann dort nur 493 Personen. Im „Lager Volksd. Mittelstelle Vomi Auhof“ waren laut ursprünglicher Angabe im Oktober 1941 239 Personen (angeblich durchwegs Männer, Zahl „239“ durchgestrichen und auf 210 korrigiert). Von den ursprünglichen 239 waren 143 „Rumänen“, 86-mal „Italien“, fünf Reichsdeutsche, viermal „Protektorat“ (Tschechen) und einmal „Ungarn“; im Februar 1942 scheinen dort 323 Personen auf (dort ging es damals eben zumindest formal primär um wetterunabhängige Umsiedlung).

Im **Juni 1943** wurde im Auftrag von Gauleiter Eigruber ein „**Verzeichnis über alle Lager von Linz**“ erstellt (inklusive einiger für Linzer Bautätigkeit relevanter Lager außerhalb der Stadtgemeinde).²⁶⁶ Die Erstellung dieser Liste war Folge von speziellen Ängsten der NS-Behörden; Gauleiter Eigruber am 22. Juni 1943 bei einer Luftschutzbesprechung: „Die Ausländer sind derzeit getrennt nach Nationen in Lagern untergebracht. Es ist beabsichtigt, verschiedene Nationen in die einzelnen Lager zu geben, um einen geschlossenen Block von einer Nation zu verhindern und eine Vermischung herbeizuführen“. Deshalb sei eben jene Liste „baldmöglichst zu übermitteln“, was der Linzer Magistrat noch im Juni auch machte.²⁶⁷

Gleich als erstes von 84 Lagern scheint dort das Gemeinschaftslager des Heeres in Auhof („Gem.Lg.d.Heeres“) auf, mit derselben Telefonnummer wie bereits die „Bauleitung Auhof“ des Heeres im Telefonbuch von März 1942, nämlich 2 16 85 (also geändert gegenüber der vierstelligen Nummer im Adressbuch 1940), Lagerführer: Hermann Buschbeck, Soll-Belegstand 500, Ist-Belegstand 104, „Nationen: KG [also kriegsgefangene] Franzosen, Italiener, Protektorat, Kroaten“ (davon nur die ersteren gefangen, die drei weiteren Gruppen damals hingegen relativ gut gestellte, eher „normale“ Arbeitskräfte). Vermutlich sind dort vorhandene Kriegsgefangene in der Zahl des Ist-Standes ebenso weggelassen wie bei den direkt darauf folgenden Einträgen für das Gemeinschaftslager der SS-Neubauleitung Ebelsberg und dem Gemeinschaftslager der Luftwaffe an der Salzburger Reichsstraße (wo bei den Franzosen vermutlich das „KG“ nur irrtümlich weggelassen wurde).²⁶⁸

Im Städtischen Arbeiterlager Dornach werden in der Liste vom Juni 1943 Lagerführer Franz Gold, Sollbelegstand 2.500, Istbelegstand 623 sowie die „Nationen: Deutsche, Italiener, Belgier, Tschechen“ genannt. Das Lager der Volksdeutschen Mittelstelle in Auhof scheint unter den 84 Lagern der Liste vom Juni 1943 nicht auf (siehe Kapitel 15).

²⁶⁴ AStL, NS-Zeit, Sch. B 18, Mappe Statistiken.

²⁶⁵ AStL, altes Zitat Besatzungsamt, Sch. B 72, Kopien vorhanden, neuer Standort nicht auffindbar (vgl. Rafetseder 2001, S. 1111, Anmerkung 13); mehr zu jener Liste Rafetseder 2001, S. 1170 f.

²⁶⁶ AStL, NS-Zeit, Sch. B 28; mehr zu jener Liste Rafetseder 2001, S. 1172-1177 und 1265-1269.

²⁶⁷ AStL, NS-Zeit, Sch. B 28.

²⁶⁸ Vgl. Rafetseder 2001, S. 1173 bzw. 1266.

Eine „Zusammenstellung aller Lager der Gauhauptstadt Linz mit über 100 Mann Fassungsraum“ vom **25. August 1943**²⁶⁹ nennt 58 maschinell getippte und ein handschriftlich ergänztes Lager. Für das „Lager des Heeres“ in Auhof mit Lagerführer Buschbeck werden 600 Betten gemeldet, davon 354 frei (also nur 246 belegt). Für das „eigene Lager“ der Stadt in Dornach mit Lagerführer Gold werden 2.500 Betten gemeldet, davon 1.235 frei (also 1.265 belegt). Das Umsiedlerlager Auhof scheint auch dort nicht auf.

Etwa im **November 1943** entsteht auch eine Liste von 37 Linzer **Großküchen** in Hinblick auf die erwarteten Luftangriffe, laut der das Lager Dornach 4.000 Essensportionen ausgeben könne, das Lager Schlantenfeld nur 500; das Heereslager Auhof und das Umsiedlerlager Auhof scheinen dort nicht auf (wohl aber etwa der organisatorische Dornach-Zwilling Haid mit 2.000 Portionen. Mehr als für die Dornacher Küche war nur für die städtische Volksküche in der Keplerstraße bzw. jetzigen Lederergasse angegeben, nämlich 5.000 Portionen).²⁷⁰

Ein „Verzeichnis über alle Lager von Linz“ vom **Dezember 1943** nennt ungefähr 126 Lager (die genaue Zahl ist wegen diverser Ausbesserungen unsicher). Dort scheinen wieder alle drei für uns relevanten Standorte auf: das „DAF-Gemeinschaftslager Auhof“, das „Lager Dornach“ und das „Umsiedlerlager Auhof“.²⁷¹ Der Hauptzweck jener Liste war anscheinend die Erstellung der angeschlossenen Sammlung von **Stempelmustern**, jeweils mit vom Magistrat beigefügter Lagerbezeichnung. (Hier wird jeweils bei einer neuen Zeile des Stempels ein Schrägstrich eingefügt): „Heeresbauamt I Linz / Neubauleitung Auhof“ mit handschriftlichem Zusatz „Lager Auhof, Heeresbautg. Linz, 7.12.43“; „Städt. Arbeiterlager / Lager Dornach“ mit handschriftlichem Zusatz „Lager Dornach 9/12 [= 9.12.1943]“ sowie „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums / Volksdeutsche Mittelstelle / Umsiedler-Wohnheim Auhof“, einmal mit handschriftlichem Zusatz „Lg. Auhof Linz, 7.12.43“, aber auf anderer Seite derselben Stempelsammlung mit selber Stempelung samt Erläuterung „Umsiedlerlager Auhof“ vom 8.12.1943 (das wurde offenbar irrtümlich doppelt erfasst).

Eine „Zusammenstellung aller Lager der Gauhauptstadt Linz mit über 100 Mann Fassungsraum“ vom **13.1.1944**²⁷² nennt unter 58 Lagern auch das „Lager des Heeres“ in Auhof mit Lagerführer Buschbeck und das Lager Dornach mit Lagerführer Franz Gold, das Umsiedlerlager Auhof fehlt dort wieder.

In den in Kapitel 17 ausgewerteten **Opferlisten der Luftangriffe** ab Juli 1944 ist noch zuerst ausdrücklich von „Lager Auhof Volksdeutsche Mittelstelle“ die Rede, dann nur mehr von „Lager Auhof“, auch dort, wo etwa ausdrücklich ein „Volksdeutscher“ betroffen ist. Die dort aufgelisteten Menschen mit „Wohnort Lager Auhof“ waren offenbar durchwegs im „Umsiedler“-Lager, auch wenn es sich dabei um tschechische Zwangsarbeiter handelte. In jenen Opferlisten kommen zwar das Lager Dornach und auch die Auhofkaserne als „Wohnort“ vor, nicht aber das Heereslager im nördlichen Teil des Kasernengeländes. Zumindest die Baracken standen laut Luftbild vom Mai 1945 jedenfalls noch alle, wie auf Abbildung 9 zu sehen ist (es gab dort offenbar auch keinen Bombentreffer).

Die letzte Lagerliste für die NS-Zeit wurde mit Stand vom **1. Mai 1945** erstellt, wieder bloß als „Zusammenstellung aller Lager der Gauhauptstadt Linz mit über 100 Mann Fassungsraum“. Datiert ist diese Liste mit 9. Mai 1945, also vier Tage nach dem Einmarsch der US-Truppen in Linz, was den Begriff „Gauhauptstadt“ seltsam erscheinen lässt. Unter den dortigen 45 Lagern (inklusive der für Linzer Zwecke sehr relevanten Lager Traun und Haid / Ansfelden) findet sich von den drei für uns relevanten Lagern wieder nur mehr das Lager Dornach, Lagerführer „Rau Alfred“, 2.400 Betten, damit das größte aller 45 Lager jener Liste.

²⁶⁹ AStL, NS-Zeit, Sch. B 20.

²⁷⁰ AStL, NS-Zeit, Sch. B 28; jene Liste mit 38 Linzer Großküchen umfasst hauptsächlich Gasthäuser, es geht dabei um Planungen für Verpflegung nach Luftangriffen.

²⁷¹ AStL, NS-Zeit, Sch. B 20, Mapped Lager.

²⁷² AStL, NS-Zeit, Sch. B 28.

In einer 1987 publizierten anderen Version aller Linzer Lager mit Stand 1. Mai 1945 scheint neben dem Lager Dornach (mit den korrekten 2.400 Betten der vorliegenden Liste) seltsamerweise auch das „Umsiedlerlager Auhof“ mit 800 Betten auf, das im vorliegenden Durchschlag der Liste vom 1.5.1945 eindeutig fehlt. Bei beiden Lagern gibt es in jener Publikation keine weiteren Zahlen in der Rubrik für März 1947 und spätere Zeitpunkte. Das „Gemeinschaftslager Auhof“ erscheint in jener Publikation (mit fälschlich viel zu großer Fläche) nur in einer Karte dargestellt.²⁷³

²⁷³ Lackner 1987, S. 267 (Dornach), 266 (Umsiedlerlager Auhof) und 270 (Karte; der dort markierte Bereich „Gemeinschaftslager Auhof“ ist in Wirklichkeit der Gesamtplanungsbereich der Auhofkaserne; in der Lagerliste jener auf die Nachkriegszeit fokussierten Publikation wurden auch Änderungen von Lagernummern übersehen; vgl. Rafetseder 2015, S. 21-26 und Abb. 13-26; das städtische Lager Flötzerweg hatte in der NS-Zeit keine Nummer und erhielt 1946 die Nummer 56, zugleich wurden aus Lager 56 der NS-Zeit (Nummerierung im Rahmen der Göringwerke) die Lager 5 und 5a.

12. „Gemeinschaftslager der DAF“, „Gemeinschaftslager des Heeres Auhof“, „Gelände der Heeresbauleitung“

Bereits mit Beginn der Bauarbeiten für die SS-Kaserne nach den Grunderwerbungen von Mai/Juli 1938, etwa ab Juni oder spätestens Juli 1938, gab es südöstlich des Schlosses sicher bereits ein kleineres Lager zur Unterbringung der Arbeitskräfte. Das war offenbar von Anfang an als „**Gemeinschaftslager der D.A.F.**“ organisiert, unter der Ägide der oben erwähnten Deutschen Arbeitsfront, auch wenn jene Bezeichnung erst in einer **Lagerliste** vom **November 1939** nachweisbar ist, mit Lagebezeichnung „Linz-Auhof, östlich des Schlosses“ (zu den Zitaten aus den Lagerlisten siehe Kapitel 11). Aus dem Lager für SS-Zwecke wurde im September 1938 ein Lager für Heeres-Bauarbeiten. (Das Lager zum Bau der SS-Kaserne in Ebelsberg war dann ebenso formal als DAF-Gemeinschaftslager organisiert, wie wir gesehen haben).

Der Begriff „Gemeinschaftslager“ bezieht sich normalerweise offenbar auf eine gemeinsame Trägerschaft durch verschiedene Institutionen und/oder auf die Belegung mit Arbeitskräften für mehrere Betriebe.²⁷⁴ Welche Arbeitgeberinnen außer SS und dann Heer das gewesen sein sollten, bliebe noch zu klären; das geht weder aus Akten noch aus Schilderungen hervor.

Der damalige Lagerführer Emil Schuster wohnte laut einem im März 1940 erschienenen Adressbuch in „Auhof 1“, offenbar mit Dienstwohnung direkt im Schloss.²⁷⁵ Im selben Adressbuch scheint auch „Gemeinschaftslager Auhof“ als **Wohnadresse** auf, seltsamerweise aber nur für eine Person: „Wagner Georg, Hilfsarbeiter“.²⁷⁶

In jenem Adressbuch von 1940 scheint der **Heeresstandort Auhof** nicht im Abschnitt „Wehrmacht“, sondern im Abschnitt „Bauwesen“ auf: Im Kontext des Heeresbauamtes I²⁷⁷ werden dort, samt Angabe von Telefonnummern, „**Bauleitung Auhof**“ und „**Bauleitung Ottensheim**“ genannt. Neben der Infanteriekaserne im Norden der Stadt Linz war damals nämlich stromaufwärts westlich von Linz auch eine Pionierkaserne samt Land- und Wasserübungsplatz geplant.²⁷⁸ Das im September 1938 in Dornach einfallende Infanterie-Regiment 133 war laut jenem Adressbuch mit Stand März 1940 höchstens provisorisch in Auhof vertreten. In jener Quelle scheinen nämlich als Standorte jenes Regiments nur Maximiliankaserne, Schloßkaserne und Fabrikskaserne auf, alle drei südlich der Donau.²⁷⁹ Auch im Fernsprechbuch 1942 gibt es noch keine Auhofkaserne, sondern immer noch bloß eine „Bauleitung Auhof“ des Heeres.²⁸⁰

„Rechnungsführer“ in diesem Lager Auhof war zumindest im Mai 1940 der „Lagerführer Karl Machaczek“. Für ihn intervenierte nämlich am 31. Mai 1940 der Gaubeauftragte für die **Lagerbetreuung der Deutschen Arbeitsfront** beim Linzer Wohnungsamt: Ihm werde „bestätigt, daß er seine bisher in einem Barackenlager innegehabte Wohnung wegen militärischer Besetzung sofort räumen muß. Da Genannter in Linz im Lager Auhof als Rechnungsführer eingesetzt wird und dort eine Unterbringung seiner Familie nicht möglich ist, besteht die Gefahr, daß die Angehörigen des Betreffenden auf die Straße gesetzt“ würden. Man solle ihm deshalb „irgendwo in Linz sofort“ eine Wohnung zuweisen. Ein weiteres Schreiben des DAF-Gaubeauftragten für Lagerbetreuung vom 25. Juni 1941 zeigt, dass die Familie Machaczek nach über einem Jahr immer noch keine andere Wohnung zugewiesen bekommen hatte.²⁸¹

²⁷⁴ Vgl. Rafetseder 2001, S. 1168 bzw. die „GL“-Einträge der Lagerliste auf S. 1266-1269 (20 von 84 Lagern). Allerdings gab es auch sonst „aushilfsweise“ Unterbringungen (vgl. etwa ebenda S. 1145 zu städtischen Arbeitskräften in Reichsbahnlagern oder ebenda S. 1259 zu slowakischen Kriegsgefangenen im eigentlich städtischen Lager Haid).

²⁷⁵ Adressbuch 1940, S. 729 und 600. Er ist eventuell ident mit dem Schlosser Emil Schuster, der laut Adressbuch 1949, S. 607 gemeinsam mit Emma Schuster in der Leonfeldner Straße 103 a wohnte (die im Adressbuch von 1940 nicht aufscheint).

²⁷⁶ Ebenda, S. 729 und 662, im Adressbuch 1949 offenbar fehlend.

²⁷⁷ Ebenda, S. 23, zum Heeresbauamt vgl. Kapitel 4.

²⁷⁸ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 13, Planungsaufstellung vom 22.7.1941; laut Erläuterung vom 23.7.1941 ebenda sei da vor Kriegsbeginn Baubeginn gewesen, der Bau seither aber eingestellt worden. Im Fernsprechbuch 1942 ist unter „Ottensheim“ die „Heeresbauleitung Ottensheim / Heeresbauamt Linz I“ mit der Adresse Hostauerstraße 12 vertreten, also im Ortszentrum.

²⁷⁹ Adressbuch 1940, S. 27.

²⁸⁰ Fernsprechbuch 1942, S. 49.

²⁸¹ AStL, Wohnungsamt, Sch. 277a, Mappe DAF.

Der 1904 geborene Karl Machaczek arbeitete nicht nur für das Heereslager Auhof, sondern war auch laut Liste vom November 1939 Lagerführer des „Gemeinschaftslagers Bauleitung der Luftwaffe“ in Bergern an der Salzburger Reichsstraße (das in der Liste vom Juni 1943 nicht mehr aufscheint). Zumindest 1939/40 gab es also personelle **Verbindungen zwischen Heer und Luftwaffe**, auch wenn die entsprechenden Lager weit voneinander entfernt waren. Mehr über eine spätere Kooperation dieser Wehrmachtzweige ist in Kapitel 8 zu lesen.

In einer Lagerliste vom Oktober 1941 sind für das „Gemeinschaftslager der D.A.F. Auhoffeld“ 299 Männer (keine Frauen) genannt, vor allem Italiener und Reichsdeutsche, nur einzelne Tschechen und Slowaken. Eine Momentaufnahme vom Juni 1943 nennt vom nunmehrigen „Gemeinschaftslager des Heeres“ in Auhof bei Soll-Stand von 500 einen Ist-Stand von 104 Personen, neben kriegsgefangenen Franzosen damals nur Italiener, Tschechen und Kroaten (die drei letzteren Gruppen eben nicht gefangen, sondern im Gegenteil besser gestellte, damals eher „normale“ Arbeitskräfte), Lagerführer war da ein Hermann Buschbeck. Vermutlich wurden die Kriegsgefangenen beim Iststand nicht berücksichtigt. Die in Linz sicher zahlreich präsenten sowjetischen Kriegsgefangenen wurden wohl aus formalen Gründen nicht mitgezählt.

Laut einer Liste vom August 1943 waren im „Lager des Heeres“ Auhof bereits wieder 246 Personen, das fluktuierte also stark. Eine Liste vom Dezember 1943 nennt das Lager wieder „DAF-Gemeinschaftslager Auhof“, die DAF war also offenbar da immer noch für die soziale Betreuung zuständig. Ein zu jener Auflistung gehörendes Stempelmuster lautet Ende 1943 jedoch bloß auf „Heeresbauamt I Linz [Zeilenumbruch] Neubauleitung Auhof“, also auch hier primär Bauleitung und erst sekundär Lager.

Was wissen wir aus sonstigen Akten und anderen Quellen über jenes Gemeinschaftslager der DAF bzw. des Heeres in Auhof?

„Um eine reibungslose Verpachtung der entbehrlichen Grundflächen des Inf. Kasernenbaugeländes durchführen zu können“, forderte im Oktober 1939 die Heeresstandortverwaltung die „baldmöglichste Errichtung des geplanten Zaunes“ oder zumindest die Abgrenzung des eigentlichen „Baugeländes durch Grenzpfähle“.²⁸² Daraus ist zu schließen, dass damals das Lager (im heutigen Science Park-Bereich) noch nicht eingezäunt war. Überhaupt war man dort mit Abgrenzungen im Verzug: Im August 1942 kamen die lokalen Heeresverantwortlichen darauf, dass rund um das vier Jahre davor gekaufte Kasernengelände (inklusive Lager) schon längst Vermarktungssteine mit Aufschrift „W H“ (Wehrmacht Heer) stehen sollten; das wurde bis Dezember 1942 erledigt (siehe Kapitel 8).

Ein Aktenvermerk der Heeresstandortverwaltung vom 3. September 1940 erwähnte nebenbei, dass „im Baugelände für die neue Inf.Kaserne in Dornach-Katzbach [...] eine Arbeiterkolonne unterzubringen“ sei.²⁸³ Das betraf eindeutig das damalige Baugelände südöstlich von Schloss Auhof, das eben nicht immer eindeutig der Ortschaft Auhof zugeordnet wurde. „Dornach-Katzbach“ ist da als großräumigere Angabe gemeint, und eben nicht als Quasi-Adresse. (Das ehemalige Aubrunnergut direkt südöstlich neben dem verwirklichten Teil der Auhofkaserne hatte ja sogar die Adresse Elmberg 1²⁸⁴).

Zumindest ab Herbst 1940 waren zeitweise anscheinend auch **polnische ZwangsarbeiterInnen**²⁸⁵ im DAF- bzw. Heereslager Auhof. Darauf deuten einzelne Anträge an den Österreichischen Versöhnungsfonds²⁸⁶ hin, für den der Schreiber dieser Zeilen als Historiker tätig war. So wurde eine Familie, wo der Vater im Frühjahr 1940 in Katyn von Sowjets ermordet worden war, im Herbst 1940 von NS-Instanzen nach Linz deportiert. Laut an sich verlässlichen Nachkriegs-Bestätigungen waren Mutter und mindestens zwei Söhne zeitweise im „Lager Auhof“, was in jenem Kontext eher nicht das „Umsiedlerlager“ war (ist aber unsicher). Diese Söhne waren der 1936 geborene **Jerzy Stanislaw P.** und sein 1937 geborener Bruder **Kazimierz P.** (ÖVF-Fälle PL 296616 bzw. PL 296619). Da hatte das Lager eventuell nur Durchgangsfunktion, wobei die

²⁸² OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 6, Schreiben vom 19.10.1939.

²⁸³ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Fasz. 6.

²⁸⁴ Plan mit Abgrenzung der dortigen Ortschafts-Bereiche: siehe Neunteufel 2003, S. 101.

²⁸⁵ Vgl. dazu generell Rafetseder 2001, S. 1138 f.

²⁸⁶ Vgl. dazu im Literatur- und Abkürzungsverzeichnis unter ÖVF-Fall.

Mutter anscheinend zu Arbeiten in der Lager-Infrastruktur eingesetzt war. Das war ja sogar bei ansonsten durchwegs von Männern bevölkerten Lagern durchaus möglich (siehe auch in Kapitel 16 zum Lager Dornach, wo die weibliche Küchencrew rekonstruierbar ist). Aus ÖVF-Anträgen emigrierter Polen betrifft dies offenbar auch den 1925 geborenen Jan A. (ÖVF-Fall 36588, später USA, auch er im „Lager Auhof“ ohne Spezifizierung und dann im Lager Gürtelstraße²⁸⁷).

Zur **Entwicklung der Barackenstruktur**: Auf einem Farbfoto vom September 1940 mit Blick von oberhalb des Schlosses nach Süden war nördlich der Kasernentrakte noch wenig an Baulichkeiten zu sehen, vor allem eine langgestreckte Baracke; der Blick auf den Lagerbereich ist dort aber leider durch Bäume teilweise verdeckt.²⁸⁸

Auf einem **Foto von etwa Ende 1941** (Abbildung 3) ist hingegen bereits die ganze Lageranlage vorhanden. Im Hintergrund ermöglichen Schloss und Wirtshaus einen Vergleich mit dem heutigen Zustand. Die **Kriegsgefangenen** waren offenbar zumindest in den drei westlicheren der von Norden nach Süden ausgerichteten dunklen Baracken, deren Stirnseiten zu sehen sind (siehe Kapitel 13 und 14). Der markanteste Bau war die **Wirtschaftsbaracke** in Form eines am Kopf stehenden großen T (siehe auch Abbildung 8 und 9). Jene Wirtschaftsbaracke des Lagers darf nicht mit dem Kasernen-„Wirtschaftsgebäude“ im Südosten der tatsächlich errichteten Kasernentrakte verwechselt werden (siehe Kapitel 19).

Zumindest 1942 gab es laut Schreiben der Wehrkreisverwaltung XVII auch „4 Wohnbaracken nebst Waschküche mit Holzlagen neben der Auhofkaserne“, nicht unbedingt im Lagerbereich nördlich. „Für die Belegung der Wohnbaracken neben der Auhofkaserne, die anderweitig vermietet werden sollen, behält sich die W.V. [Wehrkreisverwaltung] die Entscheidung vor“.²⁸⁹

Auf einem **Plan** zur Löschwasserversorgung vom **Februar 1944** fehlen seltsamerweise die am Foto von 1941 sichtbaren Baracken im Südteil des Lagerbereichs, die aber auf einem Plan von August 1944 wieder zu sehen sind (vgl. Kapitel 17 bzw. Abbildung 8). Dafür scheinen auf jenem Löschwasser-Plan südöstlich der bestehenden Kasernentrakte drei unklare Baracken auf, die eventuell mit den eben genannten vier „Wohnbaracken“ von 1942 zu tun haben. Am Plan vom August 1944 (Abbildung 8) sind dann neben der Wirtschaftsbaracke und den vier von Norden nach Süden ausgerichteten Baracken acht weitere Baracken zu sehen, von denen nur drei auf dem Plan von Februar 1944 zu finden sind. Eine im Hinblick auf die Wasserversorgung reduzierte Version des Lagerbereichs ist auch auf einem sehr schematischen Plan vom **März 1944** zu finden, der praktisch einen Ausschnitt des Bildes vom August 1944 (Abbildung 8) bietet.²⁹⁰

Details zur Lagerstruktur 1944/45 sind auch einem Aktenbestand der **Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV)** über „Linz-Auhof“ entnehmen.²⁹¹ Die Vorgeschichte: Ab Jänner 1944 plante die NSV im Gasthausbereich östlich des Schlosses (Auhof 2) eine **Großküche** zur Verpflegung von Einsatzkräften beim „Luftkriegseinsatz“. Die wurde im Juni 1944 fertiggestellt, zeitgerecht vier Wochen vor dem ersten Luftangriff auf Linz. Ein entsprechender Pachtvertrag für den „Pferdeeintrittsstall“ nördlich der Straße und mehrere Objekte im eigentlichen Gasthausbereich²⁹² wurde erst am 20. Februar 1945 (rückwirkend mit 11. Jänner 1944²⁹³) geschlossen. Verpächter war Gastwirt Josef Resch, Pächterin: NS.-Volkswohlfahrt e.V., vertreten durch NSV-„Oberbefehlshaber“ Erich Hilgenfeldt, Zweck: „Ausbau einer **Luftkriegseinsatzküche**“, das Pachtverhältnis „dauert bis 3 Monate nach Kriegsende“.

²⁸⁷ Das Lager Gürtelstraße war zwar im Juni 1943 nur für „Ostarbeiter“, damals betrieben von der „Handels- und Industriegesellschaft“, das war aber eben nur eine ethnische Momentaufnahme (Rafetseder 2001, S. 1266; ab Juni 1943 wollte man dann eben die Nationalitäten bzw. Ethnien besser „vermischen“, vgl. Kapitel 11). Auhof kommt in den Komitee-Antragslisten des ÖVF ansonsten nur hinsichtlich eines Wiener Lagers Auhof mehrfach vor. Zu den Komiteelisten vgl. Rafetseder 2014, S. 74 f.

²⁸⁸ Carrington – Woldan 2015, S. 187, datiert 4.9.1940.

²⁸⁹ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 14, Mappe 12 (Wehrkreisverwaltung an Heeresstandortverwaltung 24.9.1942; die Wiedererrichtung jener Baracken wurde dort genehmigt.

²⁹⁰ OÖLA, NS-Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, Sch. 27. Da geht es um Wasserzuleitung zur NSV-Küche nördlich des Heereslagers, mehr dazu gleich.

²⁹¹ Der folgende Vorgang laut OÖLA, Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, Sch. 72, Faszikel Linz-Auhof. Zur Rolle der NSV im Linzer „Ausländereinsatz“ der NS-Zeit vgl. Rafetseder 2001, S. 1230 f.

²⁹² „[...] im Gasthaus den Tanzsaal im I. Stock und das Extrazimmer im Parterre und ausserdem den etwas abseits gelegenen Sandkeller“ (so Pachtvertrag vom 20.2.1945).

²⁹³ Zu einem noch länger rückwirkend geschlossenem Vertrag zwischen Heer und Stadt vgl. Kapitel 8 (1944 rückwirkend ab 1938 bezüglich Lazarett Derfflingerstraße).

Laut Meldung vom März 1945²⁹⁴ hatte diese NSV-Großküche Auhof eine Kapazität von 2.400-mal Eintopf (à $\frac{3}{4}$ Liter und 4.200-mal Kaffee (à $\frac{1}{2}$ Liter). Da war aber bereits eine Erweiterung (wohl eher keine Verlagerung) auf das „**Gelände der Heeresbauleitung**“ im Gange (so ein Schreiben an die Baupolizei im Stadtbauamt Linz am 16. Februar 1945). Jenes „Gelände“ ist zumindest Teil jenes Bereichs, der in einer Liste vom Jänner 1944 noch als „Lager des Heeres“ aufscheint (vgl. Kapitel 11), **eher aber Synonym** dafür. Darauf deutet ja auch der in Kapitel 11 erwähnte „Lagerstempel“ von Ende 1943 hin („Heeresbauamt I Linz, Neubauleitung Auhof“).

Die Ausführung dieser „**NSV-Küche Auhof II**“ (so Subfaskikelaufschrift) oblag der paramilitärischen Organisation Todt (O.T.)²⁹⁵, die am 2. Februar 1945 der NSV-Gauverwaltung Oberdonau schrieb: Diese habe „zur Verpflegung für Bombengeschädigte, sowie für die Arbeitskräfte die zur Behebung von Fliegerschäden eingesetzt sind, die Verpflegung nach Luftangriffen auszufolgen. In einer vorhandenen Küchenbaracke werden an einen zusätzlich zu mauernden Kamin 4 Stück 300-Liter-Kessel und 1 Küchenherd angeschlossen, 5 weitere Kessel werden an einen bestehenden Kamin angezapft“. Als Ort ist dort „**Kasernengelände Auhof**“ genannt (also nicht als Lager definiert).

Dafür wurde noch im Februar eine „Ausnahme vom Bauverbot“ beantragt, die Baukosten wurden „auf das Bauvolumen des Oberbürgermeisters von Linz angerechnet“ (so das erwähnte Schreiben an die Baupolizei vom 16. Februar 1945). Am 2. März 1945 erteilte das Linzer „Baupolizeiamt“ der „Bauwerberin“ (NSV-Gauverwaltung Oberdonau) die Baubewilligung für die „Errichtung der Grossküche in der Küchenbaracke der Heeresverwaltung Auhof“, soll heißen in der Wirtschaftsbaracke des Lagers. Inwieweit dieses Projekt in den verbleibenden zwei Monaten bis Kriegsende verwirklicht wurde, geht aus den Akten nicht hervor. Diese enden mit der Baubewilligung. Offenbar wurde aber nie um die „nach Vollendung der Bauführung“ erforderliche „Benützungsbewilligung“ angesucht.

In diesem Kontext entstanden im **Februar 1945** noch Detailpläne jener Wirtschafts- bzw. Küchenbaracke samt **Lageplan**, der allerdings Rätsel aufgibt: Jene Baracke ist zwar eindeutig die Wirtschaftsbaracke am Nordende des Heereslagers, ist in jenem (sehr skizzenhaften) Plan vom Februar 1945 aber ganz anders geformt als im Plan vom Februar 1944 bzw. in den Abbildungen 8 und 9 von 1944/45. (Im Plan vom August 1944 ist links in der T-Ecke ein kleiner, abgegrenzter Zusatzbau, siehe Abbildung 8). An sonstigen Gebäuden sind auf jenem Lageplan vom Februar 1945, neben Schloss (samt Schlossteich) und Gasthaus (mit nördlich der Straße liegendem Nebengebäude) nur die Bauleitungsbaracke im Südwesten des Lagerbereichs und der an der Altenberger Straße liegende Kasernentrakt zu sehen. Das Ganze sollte jedenfalls keine Gesamtdarstellung des Lagers bieten; trotzdem ist eben die andere Form der Wirtschaftsbaracke rätselhaft.

Die **Bauleitungsbaracke** ist am Löschwasser-Plan vom Februar 1944 und auch am erwähnten Plan vom März 1944 knapp weiter südlich und in anderem Winkel bezüglich der Gefangenenbaracken gelegen, als dies im Plan vom August 1944 (Abbildung 8) der Fall ist. Das Luftbild vom Mai 1945 (Abbildung 9) entspricht dort der Darstellung vom August 1944. Am Plan vom März 1944 ist jene Quasi-Kommandobaracke zur Altenberger Straße hin offen dargestellt, also mit durchgehender Verkehrsfläche bis zur Baracke, was andeutungsweise auch beim Plan vom Februar 1944 und anscheinend auch am Luftbild von 1945 der Fall ist, nicht hingegen am Plan vom August 1944, der dort zu schematisch vorging. Am Foto von 1941 (Abbildung 3) ist der Bereich der Bauleitungsbaracke anscheinend links knapp außerhalb des Bildrandes; zur Identifizierung jener Baracke gleich mehr in Kapitel 13.

Mehr zur Parzellengeschichte des Heereslager- bzw. des Science Park-Bereichs ist am Ende von Kapitel 10 zu finden. Im Bereich des Heereslagers Auhof wurde nämlich erst ähnlich spät wie bei Parzellen aus dem „Umsiedlerlager“ Auhof und dem Lager Dornach im Grundbuch die Kulturgattung „Barackenlager“ berücksichtigt. Mehr zur erwähnten Wirtschaftsbaracke und den am Plan vom Februar 1945 fehlenden Gefangenenbaracken ist jedoch in einem völlig anderen Kontext archivmäßig zu finden, der ein eigenes Kapitel verdient.

²⁹⁴ AStL, NS-Zeit, Sch. B 28 (Luftschutzplanung).

²⁹⁵ Zu deren Rolle im Linzer „Ausländereinsatz“ der NS-Zeit vgl. hier Kapitel 16 sowie Rafetseder 2001, S. 1205 f.

13. Der Autobus-Wendeplatz beim „Gefangenen-Lager“ Auhof als wichtiges Element Auhofener Lagergeschichte

Wichtige Hinweise zur Struktur des Heereslagers Auhof sind auch in einem speziellen Kontext zu finden, in dem Kriegsgefangene eine Rolle spielen. Die Geschichte des Heereslagers Auhof überschneidet sich nämlich ganz wesentlich mit der Entstehungsgeschichte jenes Autobus-Wendeplatzes, der heute noch südöstlich des Schlosses zu sehen ist.

Am 22. Dezember 1938 nahm die Linzer Autobuslinie 3 b (später 3 c) vom Hinsenkampplatz in Urfahr hinaus nach Auhof²⁹⁶ den Betrieb auf, vorerst offenbar ohne eigene Umkehrschleife. Erst Anfang 1941 kam die Stadt auf die Idee, „an der Gemeindestraße Linz-Altenberg einen Autobus-Wendeplatz zu errichten“.²⁹⁷ Ein entsprechender Plan des Stadtbauamtes vom 13. Februar 1941 zeigt die Schleife hundert Meter südlich von Schloss Auhof, wo die Altenberger Straße heute noch eine eher leichte Linkskurve Richtung Norden aufweist. Die Schleife ist dort in gerader Verlängerung der Straße Richtung Nordosten eingezeichnet, in das Gelände östlich davon hineinragend.²⁹⁸

Daraufhin die Heeresstandortverwaltung am 3. März 1941: Die von der Stadt gewünschte „Abtretung dieses Teilstücks“ würde „eine grobe Verunstaltung des ganzen Kasernengrundkomplexes mit sich bringen“, und sei deshalb abzulehnen.²⁹⁹ Das Heer ließ daraufhin einen **Plan** anfertigen,³⁰⁰ der die am städtischen Plan ignorierte Situation darstellte: Die von der Stadt vorgeschlagene Fahrbahn des Wendeplatzes wäre exakt zwischen der Südwestecke der Heereslager-Wirtschaftsbaracke und der Nordwand der westlichsten der Baracken in Nord-Südrichtung gewesen, und der Schleifenbereich hätte ja auch neben der Fahrbahn einen Gebietsstreifen benötigt. Jener Plan zeigt neben Wirtschaftsbaracke und drei Baracken in Nord-Südausrichtung nur drei weitere, kleinere Baracken, und lässt den Bereich südlich leer. Entweder geschah das, weil die dortigen Baracken für den Sachverhalt irrelevant waren, oder der in Abbildung 8 und 9 zu sehende Südbereich des Heereslagers entstand wirklich erst später (eher letzteres).

Das Linzer Heeresbauamt I am 11. März 1941 an die Heeresstandortverwaltung: Wie aus jenem „Lageplan ersichtlich, würde die verlangte Abtretung einen wesentlichen Einschnitt in das Gelände des Barackenlagers bedeuten. Weiters käme eine Baracke, in der Kriegsgefangene untergebracht sind, direkt an die Strasse gelegen. Eine Umlegung der Baracken selbst kommt jedoch wegen der zu grossen Kosten nicht in Frage, dazu kommt, dass eventuell noch mit einer weiteren Vergrößerung des Lagers zu rechnen ist.“³⁰¹

Weitere Gründe gegen das städtische Ansinnen führt die Heeresstandortverwaltung in einem Schreiben an die Wehrkreisverwaltung XVII an.³⁰² Neben der Auswirkung „in Bezug auf Barackenlager“ sei die geforderte Gebietsabtretung aus zwei weiteren Gründen nicht möglich: Vor allem würde dieses Grundstück „bei der endgültigen Verbauung des Geländes unter Berücksichtigung der im Anschluß an die Inf.Kaserne zu erbauende Kaserne für eine Beobachtungsabteilung und allenfalls auch der Art.Kaserne³⁰³ [...] besondere Bedeutung erhalten“ (mehr dazu in Kapitel 6, wobei der Heereslagerbereich bei jenen Planungen aber offenbar nie direkt vorkommt). „Dazu kommt, daß die Gemeindestraße Linz-Altenberg verbreitert werden soll und das Heer daran größtes Interesse hat. Die Straßenverwaltung stellt sich auf den bequemen Standpunkt, diese Straßenverbreiterung dem Heer zu überlassen. Mit der Schaffung des Autobuswendeplatzes würden nun die allgemeinen öffentlichen Interessen an der

²⁹⁶ Vgl. Schaffer u.a. 2004, S. 235.

²⁹⁷ So laut Schreiben der Heeresstandortverwaltung Linz an das Heeresbauamt I Linz am 3.3.1941, OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 5, Unterfaszikel Autobus-Wendeplatz (von dort auch die folgenden Zitate).

²⁹⁸ Ebenda.

²⁹⁹ Ebenda.

³⁰⁰ Ebenda.

³⁰¹ Ebenda.

³⁰² Ebenda.

³⁰³ Die entsprechenden Bereiche wurden offenbar niemals nördlich der Infanteriekaserne geplant; vgl. dazu Abb. 7 (der gebäudelose Umriss östlich der Infanteriekaserne) bzw. die in Kapitel 6 erwähnten Pläne von Juli und Oktober 1941.

Strassenverbreiterung teilweise ausgeschaltet und die Dringlichkeit zumindest hinausgeschoben.“ Auch das stünde „den Heeresinteressen sehr entgegen“.

Nachdem die Wehrkreisverwaltung XVII aus Wien wunschgemäß ein Veto einlegt, konferieren im April 1941 Heeresverantwortliche mit Oberbaurat Schmuckenschläger, der die Heereswünsche seitens der Stadt „zustimmend zur Kenntnis“ nimmt. Man beschließt, die Schleife „entweder an das südliche Ende der Schloßmauer von Schloß Auhof zu verlegen, oder die Endhaltestelle des Autobusses bei der weiter vorne gelegenen Straßenkreuzung einzurichten.“³⁰⁴

Die Angelegenheit zog sich dann länger hin (wohl auch deshalb, weil die damaligen Busse schon seit 1938 dort auch ohne eigene Umkehrschleife wenden konnten). Dann eineinhalb Jahre später, am 8. Oktober 1942, das Linzer Tiefbauamt an die Heeresstandortverwaltung: „Der Reichsbaurat“ (Roderich Fick) habe sich endlich für eine Stelle entschieden, man bitte das Heer um die nötige Grundabtretung „zur Errichtung dieses Autowendeplatzes, der im hohen Maß auch den in Auhof stationierten Militärpersonen zugute kommt“.³⁰⁵

Die Linzer Heeresbauamt I erklärte sich am 27. **Oktober 1942** unter zwei Bedingungen damit einverstanden: Die Stadt müsse sich um die Abdeckung des zu verrohrenden Gerinnes an der Straße kümmern, und vor allem: „Der Zaun ist von der Stadt zu versetzen und fehlende Teile zu ergänzen.“³⁰⁶ Das Einfahrtstor ist mit zu versetzen, ein zweites Einfahrtstor in 3 m Breite ist zu dem Hof vor dem Küchenbau anzulegen.“³⁰⁷ „Küchenbau“ ist die erwähnte Wirtschaftsbaracke, die auf Abbildung 4 im Hintergrund zu sehen ist. Hier geht es also genau um den dort zu sehenden **Eingangsbereich** zum Heereslager Auhof, auch um den dieses umgebenden **Zaun**.

Der jenem Schreiben beiliegende Plan mit selben Datum 27. Oktober 1942 zielt an sich primär auf die neue Schleifensituation ab, direkt südöstlich von Schloss Auhof (aber auf der anderen Seite der Altenberger Straße, eben dort, wo die Schleife auch jetzt ist), knapp nordwestlich der „Wirtschaftsbaracke“ des Heereslagers.

Zugleich sind auf jenem Plan aber das einzige Mal im überlieferten Planbestand der Linzer Heeresstandortverwaltung **drei größere Baracken als „Gefangenen-Lager“** deklariert: Die drei auch auf den Abbildungen 8 und 9 leicht zu erkennenden, genau parallel und in (ungefährer) Nord-Süd-Ausrichtung stehenden Baracken, quer dazu westlich die erwähnte **„Bauleitungsbaracke“**. Die leicht nach Süden versetzt parallel stehende vierte, östlichere Baracke gleicher Nord-Süd-Ausrichtung auf jenen beiden Abbildungen von 1944/45 fehlt da 1942 noch, entstand also offenbar erst später.

Am 28. Oktober 1942 empfiehlt die Heeresstandortverwaltung der Wehrkreisverwaltung XVII, den nunmehr geänderten Abtretungswunsch des Linzer Oberbürgermeisters zu erfüllen, wobei man eigenes Interesse am „Ausbau der in Frage kommenden Autobuslinie“ vermerkt, denn: „Die Belegung der Auhofkaserne ist für die allernächste Zeit geplant und sind die dorthin verlegten Truppenteile auf diese Autobuslinie angewiesen, um Verbindung mit der Stadt zu haben.“ Am 6. November 1942 genehmigt die Wehrkreisverwaltung die Abtretung, aber nur unter den am 27. Oktober genannten Bedingungen, also auch hinsichtlich des Lager-Eingangs).³⁰⁸

Die entsprechende Grundabtretung aus der Kasernenliegenschaft des „Deutschen Reichs (Reichsfiskus Heer)“ (KG Katzbach EZ 631, dort aus dem Bereich von Parzelle 1557/1) an das öffentliche Gut der Stadtgemeinde Linz (KG Katzbach EZ 385) wird vom Amtsgericht Urfahr erst am 13. September 1943 eingetragen, obwohl der entsprechende Teilungs-Ausweis vom Stadtbauamt schon am 27. Jänner 1943 erstellt wurde. Laut entsprechendem Kaufvertrag vom 8. Oktober 1943 waren das 579 Quadratmeter, die um 231 Reichsmark und 60 Pfennig vom „Reichsfiskus (Heer)“ in den Besitz der „Stadt Linz a.d.D.“ kamen (40 Pfennig pro Quadratmeter),

³⁰⁴ Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 5, Heeresstandortverwaltung an Linzer Oberbürgermeister bzw. Grundstelle, 18.4.1941.

³⁰⁵ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 5.

³⁰⁶ Zaunergänzungen waren nötig, da die neue „Abzäunungsstrecke etwas größer wird“, so die Heeresstandortverwaltung an das Tiefbauamt 9.11.1942 ebenda.

³⁰⁷ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 5.

³⁰⁸ Ebenda.

zu bezahlen binnen vierzehn Tagen. Dabei kamen auch Lagerzaun und Lagertor in den Vertragstext, wie elf Monate davor vom Heeresbauamt vorgeschlagen.³⁰⁹

Der entsprechende Heeres-Aktenfaszikel endet im Oktober 1943. Umkehrschleife und Versetzung des Lagereingangs wurden offenbar bis 1945 nicht mehr realisiert; so sind wohl zumindest die Abbildungen 8 und 9 von 1944/45 zu interpretieren. Der Busverkehr von Urfahr nach Auhof wurde mit 25. Jänner 1945 „kriegsbedingt eingestellt“. Der Betrieb wurde dann erst 1958 wieder aufgenommen, diesmal zwischen Reindlstraße und Auhof, seit 1969 mit Abfahrt von der Sonnensteinstraße, ab 1974 gemäß neuem Linien-Nummernschema mit Nummer 31. Diese Auhof-Buslinie wurde anlässlich der Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 bis Auhof im Dezember 1977 verkürzt, dann 1989 eingestellt.³¹⁰ Die 1943 zwischen Heer und Stadt akkordierte Busumkehrschleife besteht aber jedenfalls heute, wenngleich verkehrsmäßig verwaist, und zwar genau dort, wo sie Reichsbaurat Fick 1942 hinhaben wollte.

Übrigens war laut einer städtischen Aktennotiz vom 24. November 1941 der Bau einer Straßenbahnlinie „Urfahr – Führerstiftung [Harbachsiedlung] – Katzbach“ geplant, also nicht weit von Auhof entfernt, offenbar via Dornach und Freistädter Straße direkt südlich an der im Süden der Infanteriekaserne geplanten Wohnverbauung vorbei.³¹¹ Diese Straßenbahn hin zum geplanten neuen „Stadtbezirk Schlantenfeld – Dornach – Katzbach – Auhof“ war auch noch in einer Besprechung bei Gauleiter Eigruber am 11. Mai 1943 ein Thema.³¹²

³⁰⁹ Ebenda.

³¹⁰ Schaffer u.a. 2004, S. 235 und 241.

³¹¹ AStL, NS-Zeit, Sch. B 36 b.

³¹² Ebenda. Zumindest Planungen für die Linzer Straßenbahn im Zentrum waren damals oberste „Chefsache“: Im April 1942 berichtete Reichsbaurat Fick, Hitler schwanke zwischen zwei (teils unterirdischen) Trassenvariationen im Bereich Landstraße, „und zeichnet daran“ (Rafetseder 2010 a, S. 439, Anmerkung 263).

14. Das DAF- bzw. Heereslager Auhof samt „Gefangenen-Lager“ im Kontext des Linzer Kriegsgefangenen-Einsatzes der NS-Zeit

Im vorigen Kapitel haben wir in überraschendem Kontext gesehen, wo genau im Oktober 1942 die damals drei Baracken des „**Gefangenen-Lagers**“ im Rahmen des „Gemeinschaftslager des Heeres“ waren, nämlich direkt südlich der Wirtschaftsbaracke und östlich der Bauleitungsbaracke, zum Teil im Bereich des heutigen Science Park-Bauteils 1.

Kriegsgefangene gab es jedoch bereits ab 1940 im „Gemeinschaftslager der DAF“ bzw. dann „Gemeinschaftslager des Heeres“ in Auhof (zur Terminologie siehe Kapitel 11). Der Zwangseinsatz französischer und belgischer Gefangener betraf in ganz „Oberdonau“ im Sommer 1940 vorerst 9.000 Mann, von denen aber 7.000 in die Landwirtschaft und nur 2.000 zu Großbaustellen kamen. Erst Ende 1940 wurde das durch Aufstellung von „Kriegsgefangenen-Bau- und Arbeitsbataillonen“ rationalisiert.³¹³

Das begann, wie oft in Linz, mit einer Idee Hitlers: Am 7. Juni 1940 teilte Helmut von Hummel vom Münchener Bormann-Stab, also quasi der NSDAP-Parteizentrale,³¹⁴ der Stadt mit, dass in „4 - 6 Wochen“ eine „Sonderzuteilung“ von 1.000 Kriegsgefangenen für die Neugestaltung von Linz eintreffen würde, die vom „Führer“ für diesen Zweck „geradezu aufgedrängt wurden“.³¹⁵ Am 16. Juli 1940 avisierte Hummel die Ankunft der 1.000 Gefangenen in Linz, jedoch seien dort erst „für rd. 500 bis 600 Kriegsgefangene Unterkunstmöglichkeiten vorhanden“. Für 400 bis 500 weitere solle der Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt (Albert Speer) Baracken beschaffen, die von der Stadt Linz bezahlt würden.³¹⁶ Es wäre denkbar, dass da zusätzliche Baracken im „DAF-Gemeinschaftslager Auhof“ aufgestellt wurden, oder aber das betraf das zum bestehenden städtischen Arbeiterlager Schlantendorf beigefügte „städtische Kriegsgefangenenlager Schlantendorf II“; das lässt sich aus dem durchgesehenen Material nicht entscheiden.

Laut Pfarrchronik Sankt Magdalena war die Reihenfolge aber eindeutig: „Der Sieg über Frankreich und Belgien ließ in Auhof und dann Schlantendorf das Gefangenenlager für die Franzosen erstehen.“³¹⁷ Dort wurden die beiden auch organisatorisch deutlich getrennten Lager also als Einheit gesehen.

In Linz war schon im Juli 1940, vor Baubeginn der Rothenhofsiedlung an Stelle des ursprünglichen Heereslazarett-Platzes, die Rede vom vorrangigen Kriegsgefangenen-Einsatz beim Wohnungsbau (siehe Kapitel 8). Dabei musste man sich gegen Begehrlichkeiten des Arbeitsamtes wehren, das etliche der angekommenen Gefangenen zu Erntearbeiten, also zur Landwirtschaft umleiten wollte. Darauf ein erboster Brief aus der Münchener NSDAP-Zentrale: Man solle die Gefangenen gefälligst „von anderen Stellen“ abziehen, da sonst „die für die Neugestaltung“ von Hitlers Lieblingsstadt „wesentlichen Tiefbauarbeiten“ verzögert würden.³¹⁸ Französische Gefangene waren dann auch etwa nachweislich ab September 1940 für die Stadt dem Bau der „Führersiedlung“ bzw. Harbachsiedlung zugeteilt.³¹⁹

Der erste französische Kriegsgefangene im „Sterbebuch der Kath[olischen] Standortpfarre im Wehrmachtsseelsorgebezirk XVII/7“, spricht: **Linzer Militärmatrik**, ist am 1. November 1940 Auguste Charnel, geboren 1907, im Zivil lediger Landwirt, der an Gehirnhautenzündung stirbt.

³¹³ Wakolbinger 1976, S. 42.

³¹⁴ Hummel war zeitweise Sonderbeauftragter für Linz im Stab von Hitler-Stellvertreter Martin Bormann, Briefkopf 16.7.1940: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Der Stellvertreter des Führers, Stab, Dr. von Hummel“.

³¹⁵ AStL, NS-Zeit, Sch. B 20, Mappe Stadtplanung (Telefonprotokoll einer Magistratsinstanz).

³¹⁶ Ebenda (Hummel an Speer). Zu den Aktivitäten Speers in Linz vgl. Rafetseder 2001, S. 1206 f.

³¹⁷ Pfarrchronik, S. 3.

³¹⁸ So Bormanns Stableiter Hummel an das Arbeitsamt Linz, 30.7.1940, AStL, NS-Zeit, Sch. B 20; dazu ebenda auch Sturma an Hummel 2.8.1940: Das Landesarbeitsamt habe der Stadt „die Belassung des bisherigen Gefangenenkontingentes zugesagt“.

³¹⁹ Kunsttopographie 1999, S. 418 f.; von der „Führersiedlung“ wurden 1940-1942 nur rund 840 der von Roderich Fick geplanten 1800 Wohnungen gebaut. Die Benennung nach Hitler 1940 entstammt einem Antrag Gauleiter Eigrubers. Der Bau erfolgte im Rahmen der „Führerstiftung“ bzw. „Stiftung Wohnungsbau Linz a. D.“, vgl. Rafetseder 2001, S. 1209 und Kunsttopographie 1999, S. E142 ff.

Dort gibt es keinen Hinweis auf ein Lager, das könnte aber durchaus Auhof gewesen sein.³²⁰ Dasselbe gilt dort für den ersten Belgier³²¹, Julien Van Hildonk, geboren 1908, Elektriker, gestorben am 19. November 1940 an derselben Krankheit.

Publizierte Fotos von der Arbeit französischer Kriegsgefangener an der Nibelungenbrücke und am Urfahrner Brückenkopf³²² weisen auf einen Namen hin: Der 1907 geborene Elie Granier, französischer Kriegsgefangener Nr. 102187, wurde am 8. Februar 1941 „durch Auto überfahren bei der neuen Brücke in Linz“.³²³ Die Militärmatrik schreibt auch dort leider nicht, in welchem Lager er untergebracht war; das war vermutlich eher Schlantenfeld II, eventuell aber auch Lager Auhof.

Der erste und einzige Kriegsgefangene jener Quelle, wo ausdrücklich vom Lager Auhof die Rede ist: **Alphonse Gaudin**, geboren am 10. November 1902, im Zivil verehelichter Bauer, gestorben am 2. März 1941 direkt im „Lager Auhof, Linz“ letztlich an Herzmuskelschädigung. Begraben wurde er am Barbarafriedhof („Friedhof in Linz“).

„Etliche“ (soll wohl heißen rund) „1000 Kriegsgefangene“ kündigte Gauleiter Eigruber der Stadt auch am 1. Februar 1941 für Frühjahr und Sommer an, und zwar „zum Beginn des Baues der technischen Hochschulen“ (richtiger Hochschule, die dann aber doch nicht gebaut, sondern nur provisorisch im Stift Wilhering betrieben wurde). Im selben städtischen Aktenvermerk wird übrigens auch über einen zusätzlichen Anruf der „Sekretärin des Gauleiters“ berichtet, „dass die SS-Kaserne Ebelsberg für Wohnungssuchende der Stadt Linz ausgebaut“ werden soll. **„Es ist dies eine Entscheidung des Führers“**.³²⁴ Das war auch in diesem Kontext ein oftmals vorgebrachtes „Argument“, dem nur sehr schwer etwas entgegen gesetzt werden konnte und alle Expertenbedenken wegwischte, siehe etwa die Wendepunkte der Lazarettplanung März 1939 und April 1942 in Kapitel 8.

Am 13. Juni 1941 teilte die Wehrkreisverwaltung XVII der Heeresstandortverwaltung Linz mit, dass „das Kdo. des Kgf.Arb.Btl.37 von der jetzigen Stadtbaracke in der Konradkaserne ehestens in die Inf.Kaserne Auhof zu verlegen“ sei (wie bereits am 3. Juni mündlich verfügt). „Das erste Mannschaftshaus ist als provisorische Zwischenunterkunft gedacht“, Durchführung sei „bis 15. Juli zu melden“. Vier Tage später erbittet sich die Standortverwaltung vom Heeresbauamt I eine Detailübersicht „über die Belegungsmöglichkeiten in der Inf.Kaserne Auhof“, aus der dann aber nicht hervorgeht, wo jenes Mannschaftshaus war. Dort kommen dann auch nirgends Gefangene ausdrücklich vor. Als Antwort auf das Schreiben aus Wien meldet am 11. Juli 1941 die Standortverwaltung, „daß zufolge Belegung des Mannschaftshauses I mit italienischen Arbeitern durch das Heeresbauamt Linz I die erforderlichen Maßnahmen zur Herrichtung als provisorische Unterkunft“ für jenes Kommando des Kriegsgefangenen-Arbeiterbataillons 37 „derzeit nicht durchgeführt werden konnten.“³²⁵

Im Laufe der Zeit wurden die Bedingungen für die französischen Gefangenen in Auhof offenbar immer schwieriger. Darauf weist die Pfarrchronik von Sankt Magdalena hin: Für jene „war zunächst in Auhof im Lager etl[iche] mal Gottesdienst, dann in der hiesigen Pfarrkirche durch Pfarrer Grey, einen gefangenen Priestersoldaten.“ Diese auswärtigen Messbesuche seien für Franzosen und Belgier dann aber wieder verboten worden. Die eröffneten dann „in den Baracken selbst einen ständigen Gottesdienst und richteten eine Kapelle in einer Baracke in Schlantenfeld ein“. Zuständiger Priester war, „neben seiner körperlichen Arbeit“, weiterhin Pfarrer Grey.³²⁶ Es schaut ganz so aus, also ob jene Kapelle sonntags auch von den Franzosen aus dem Heereslager Auhof besucht wurde.

³²⁰ Im Lager Schlantenfeld II starb vermutlich auch der am 31.12.1940 in Linz begrabene französische Kriegsgefangene Marcel Berthies, geboren 1914, davor untergebracht in „Gef. Lager St. Magdalena bei Linz“, das es unter jener Bezeichnung eigentlich nie gab.

³²¹ Zu den Belgiern vgl. Rafetseder 2001, S. 1143 f. (da wurde auf Basis des NS-Rassenwahns zwischen Flamen und Wallonen unterschieden; Van Hildonk wäre wohl bald aus der Gefangenschaft entlassen worden).

³²² Carrington – Woldan 2015, S. 146; entsprechende Franzosen-Einsätze etwa beim Schlachthof ebenda, S. 147.

³²³ Rafetseder 2009, S. 56.

³²⁴ AStL, NS-Zeit, Sch. B 36 b. Die SS war ja damals bereits vor allem an der Front, was jene dann auch tatsächlich erfolgte Umwidmung leicht machte. Vgl. Carrington – Reiter 2007, S. 389. Vgl. übrigens zur Rolle von Frauen als „Täterinnen“ bei NS-Zwangsarbeit etwa Rafetseder 2014, S. 270-274 sowie Rafetseder 2001, S. 1177 zu sechs Lagerführerinnen, auch etwa ebenda, S. 1186 f. zu einer Kantinenpächterin.

³²⁵ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 3.

³²⁶ Pfarrchronik, S. 3 f.

Etwa im Frühjahr 1943 waren in Linz rund 550 französische Kriegsgefangene tätig. Die waren laut Auflistung vom Juni 1943 in drei Lagern untergebracht: neben dem Auhof-Lager auch im „Donaulager“ der Schiffswerft und im „städtischen Kriegsgefangenenlager Schlantenfeld II“ (siehe Kapitel 11). Aus letzterem waren anscheinend hauptsächlich die Kriegsgefangenen für die zivilen Bauprojekte nördlich der Donau.³²⁷ Außerdem marschierte aber auch etwa laut einem Schreiben der Hafengebäudeabteilung des Linzer Tiefbauamtes an das Bauhauptamt vom 3. April 1942 eine Gruppe von „ca. 40 frz. Kriegsgefangenen [...] täglich 2 x 5 km = 10 km“ vom Lager Schlantenfeld II zur Arbeit und wieder zurück; auch da keine Rede vom Lager Auhof. Wenn sich etwa ein Urfahrner Tischlermeister zwei oder drei Kriegsgefangene zum Arbeitseinsatz holte, war das offenbar von der Eisenbahn-Ausladestelle „Am Damm“ (im Bereich des heutigen Peuerbach-Gymnasiums, wo zumindest 1944 größere Lagerbereiche waren, allerdings offenbar nicht für eine Dauerunterbringung³²⁸), eventuell auch in Schlantenfeld II, kaum jedoch in Auhof.

Auch wenn etwa ein „kriegsgefangener Ausländer“ (offenbar Franzose) auf einem Foto von 1942 vor einem Auhofer Bauernhaus zu sehen ist,³²⁹ war der wohl eher in Schlantenfeld II untergebracht, und kaum im Heereslager Auhof. Sein Anblick, ganz ohne Bewachung und eher locker dastehend, weist auf eine generelle Feststellung des „Sicherheitsdienstes“ hin (also einer ab 1942 unter der Kontrolle des Oberösterreichers Ernst Kaltenbrunner stehenden Institution, in seiner Rolle als Chef des „Reichs-Sicherheitshauptamtes“, der nebenbei bis Kriegsende auch Linzer Ratsherr war): Laut einer Meldung vom April 1943 „drückten sich französische Kriegsgefangene vielfach unter dauernder Berufung auf die Genfer Konvention“ mit Erfolg „vor der Arbeit.“³³⁰

„Bestandteile ihres Notaltars im Lager Schlantenfeld“ überließen die Franzosen nach Kriegsende der Kirche Sankt Magdalena; das Lager Schlantenfeld war auch ein Sammelpunkt zur Heimreise für Franzosen und Belgier im Mai/Juni 1945. Vom Lager Auhof berichtet die Pfarrchronik in jenem Kontext für 1944/45 nichts mehr.³³¹

Für eine andere Gruppe von Gefangenen hatte die erwähnte Genfer Kriegsgefangenen-Konvention von 1929 keine Bedeutung, nämlich für Soldaten der UdSSR. Die hatte weder jene Konvention noch die Haager Landkriegsordnung von 1907 unterzeichnet. Das machte es für NS-Instanzen leicht, die ohnehin als „Untermenschen“ verachteten „Russen“ ohne Rücksicht auf internationale Regeln zu behandeln (wobei das natürlich nicht nur „Russen“ im engeren Sinne waren). Wie stand es nun um **sowjetische Kriegsgefangene** in Linz?

„**Russische“ Kriegsgefangene** waren schon im Ersten Weltkrieg in Linz zu Arbeiten eingesetzt. So erfolgte der Umbau der Brunnenstube einer Wasserleitung am Freinberg laut Gedenktafel „im Jahre 1916 mit russischen Gefangenen von der K. u. K. Militärabteilung“.³³² Das NS-Regime hatte anfangs ab Juni 1941 für Russen mehrere Monate lang nur Sterbenlassen vorgesehen. Man habe „damals die Masse Mensch nicht so gewertet, wie wir sie heute als Rohstoff, als Arbeitskraft werten“ (so SS-Chef Himmler später rückblickend).³³³

Am 30. Oktober 1941 berichtete der Linzer Baudirektor Werner Sarlay (knapp vor seinem in Kapitel 5 erwähnten „Osteinsatz“) den Ratsherren, man wolle auch „russische Gefangene“ als Arbeiter für das Notbauprogramm bekommen. Das meinte ziemlich sicher Kriegsgefangene. Ende November 1941 machte man sich in Linz schon Gedanken über die „Bestattungsart

³²⁷ Rafetseder 2001, S. 1140 bzw. 1266, 1267 und 1269. Zu Schlantenfeld II vgl. ebenda, S. 1183 f. bzw. auch unten, Kapitel 17 im Kontext des Luftschutzes.

³²⁸ Vgl. Foto in Auseinandersetzung 2005, S. 324; im Linz-Plan 1944, Blatt 214 sind diese „Lager“-Bereiche nur genannt, aber sonst nicht kartographiert. Über die Funktionsweise der Gefangenen-Ausladestelle Am Damm vgl. Rafetseder 2001, S. 1209 f.; „Am Damm, Baracke“ scheint noch in Adressbuch 1949 auf (etwa bei Gschwandtner Johann).

³²⁹ Neunteufel 2003, S. 113; vor dem Anwesen Oberer Weingartner, Auhof Nr. 9 und 10 (am Schatzweg).

³³⁰ Rafetseder 2001, S. 1154; zu RSHA und Sicherheitsdienst ebenda, S. 1217 f.

³³¹ Pfarrchronik, S. 10 f.

³³² Rafetseder 2001, S. 1152. Vgl. auch etwa Neunteufel, S. 128: Gruppenfoto vom Niedermaiergut in Dornsch 5 mit Pächterfamilie Neunteufel (das war ja damals Starhemberg-Besitz), Gesinde und (vermutlich russischen) Kriegsgefangenen.

³³³ Rafetseder 2001, S. 1152 (das war die vielzitierte Rede vom 4.10.1941 über die Moral des SS-Mannes: [...] ehrlich, anständig, treu und kameradschaftlich haben wir zu Angehörigen unseres eigenen Blutes zu sein und sonst zu niemandem. Wie es den Russen geht, wie es den Tschechen geht, ist mir total gleichgültig“ etc.).

russischer Kriegsgefangenenleichen“; die konnten laut Gauleiter Eigruber in Massengräbern „übereinander liegen“. ³³⁴

Am 24. November 1941 hieß es dann anlässlich einer größeren Besprechung bei Eigruber in Sachen „Bauprogramm der Stadt Linz für 1942“: „Es wurde Einstimmigkeit darüber erzielt, daß für die größeren Bauvorhaben Russen anzufordern sind, die in den Lagern Haid und Dornach untergebracht werden können“³³⁵; da meinte man aber wohl primär „Zivilgefangene“, also gewaltsam hergebrachte ZivilistInnen. Inwieweit dort auch an Kriegsgefangene gedacht war, muss hier dahingestellt bleiben.

Laut einer Besprechung Oberbürgermeister Sturmas mit Eigruber am 5. Dezember 1941 waren solche Gefangene offenbar noch nicht in Linz: Deren Einsatz könne „nur über das Reichsarbeitsministerium erfolgen. Gegenwärtig“ seien keine solchen „Gefangenen verfügbar. Ca. 1 Million Russen sitzt in Lagern, in welchen Flecktyphus herrscht. Der Rest ist aus anderen Gründen nicht einsatzfähig. Es ist daher erst dann mit der Zuteilung russischer Gefangener zu rechnen, wenn im April-Mai nächsten Jahres neue Gefangene gemacht werden“. Eigruber stehe „auf dem Standpunkt, daß man alles nehmen müsse, was zu bekommen sei“. ³³⁶ Der Wehrmacht-Überfall auf die Sowjetunion bekam so den Charakter einer Menschenjagd im Dienst der Stadt Linz zugesprochen.

Dementsprechend kalkulierte Baudirektor Sarlay in einem Schreiben vom 31. Dezember 1941 russische Kriegsgefangene bereits in einer Planung mit ein: „Stand über den Ausbau der Unterbringungslager für Arbeiter, soweit sie für das Notbauprogramm in Frage kommen“ (also ganz massiv auch für den Wohnungsbau nördlich der Donau): Kämen solche Gefangene für einen Einsatz in Frage, „so kann der Belag höher erfolgen und es könnten dann etwa mehr untergebracht werden“, wobei von „2000 Mann“ die Rede ist. Dabei ist leider unklar, an welches der städtischen Lager dabei gedacht war; Dornach war da wohl potentiell inkludiert. Ausdrücklich ausgeschlossen wurde dabei der Kriegsgefangenteil von Lager Schlantenfeld; Schlantenfeld II sei nämlich damals voll mit 1200 französischen Kriegsgefangenen gewesen. ³³⁷

Zumindest für den Bedarf von Heeresbauvorhaben musste offenbar nicht lange gewartet werden: Die Ankunft sowjetischer Kriegsgefangener am Linzer Bahnhof ist auf einem Foto von entweder Ende 1941 oder Anfang 1942 zu sehen. ³³⁸ Jedenfalls sind sowjetische Kriegsgefangene zumindest für den **2. Jänner 1942** im Heereslager Auhof nachweisbar: An diesem Tag entstand eine Serie unter dem Titel „**Russenlager Auhof, Desinfektion**“, sprich: sicher gleich nach der Ankunft in Linz. Die Serie wurde nicht von einem offiziellen Gaupropagandafotografen gemacht ³³⁹, sondern vom Inhaber eines privaten Linzer Fotoateliers, Franz Josef **Weidinger**. ³⁴⁰ Die offenbar von ihm stammende Benennung als „Russenlager“ spricht dafür, dass Weidinger davor nicht wusste, was das tatsächlich für ein Lager war, und dann nach dem Augenschein des aktuellen „Events“ ging. Eventuell meinte er auch nur einen Teilbereich des „Gemeinschaftslagers“.

Zu sehen sind da etwa ein Wachsoldat beim Lagereingang, hinter ihm ein Wachhäuschen, die Lager-Wirtschaftsbaracke, links hinten die Südostecke von Schloss Auhof (Abbildung 4). Ein anderes Foto zeigt den leeren Lagerhof Richtung Süden, ein weiteres aus etwa gleichem Blickwinkel dort eine Gruppe von nackten Menschen, mit Wachhäuschen in Hintergrund, vermutlich Richtung Wirtschaftsbaracke gehend (Abbildung 5). Weitere Fotos entstanden direkt bei der Desinfektion, mit in entwürdigender Weise zur Schau gestellten Kriegsgefangenen bei einer an sich in hygienischer Hinsicht nötigen Prozedur. ³⁴¹

³³⁴ Ebenda, S. 1153.

³³⁵ AStL, NS-Zeit, Sch. B 23 b.

³³⁶ AStL, NS-Zeit, Sch. B 36 b.

³³⁷ AStL, NS-Zeit, Sch. B 23 b.

³³⁸ Carrington – Woldan 2015, S. 148 bzw. telefonische Auskunft von Manfred Carrington, der das Foto auf Ende 1941 schätzt.

³³⁹ Das wäre Robert Stenzel gewesen, von dem sich ebenfalls ein großer Bestand im AStL erhalten hat, viel zitiert als

„Sammlung Stenzel“ (laut Fernsprechbuch 1942 „Leiter der Fotostelle im Gaupropagandaamt Oberdonau“). Das

Umschlagbild von Rafetseder 2014 ist etwa aus der Sammlung Stenzel.

³⁴⁰ Laut Fernsprechbuch 1942 Photoatelier Promenade 17-19, Photohandlung und Ausarbeitung Schmiedtorstraße 2, laut Gewerbeadressbuch 1942 nur unter „Photographische Apparate u. Bedarfsartikel“, und nicht unter Photographische Ateliers.

³⁴¹ Publikationen solcher Fotos bei Mittmannsgruber 1993, S. 123, Rafetseder 1997, S. 135 und Auseinandersetzung 2005, S.

60. Die über den Hof gehende Gruppe von Abb. 5 bei Neunteufel 2003, S. 138 irrtümlich mit Lager Dornach lokalisiert, bei Mayrhofer – Schuster 2006, S. 105 als „Kriegsgefangenenlager Auhof“.

Was die Desinfektion betrifft: Erst am 1. Februar 1942 wurde an der Muldenstraße beim Versorgungshaus eine zentrale **Entlausungs- und Reinigungsanstalt** eröffnet, die nicht nur von Göringwerken, Stickstoffwerken und Landesarbeitsamt, sondern auch von der Wehrmacht besetzt wurde.³⁴² Weitere Desinfektionen von in Linz zwangseingesetzten Sowjetgefangenen erfolgten dann also nicht mehr unbedingt im Lager Auhof (vielleicht aber doch teilweise, wenn die entsprechenden Einrichtungen schon einmal vorhanden waren).

Erst nach der Auhofer Desinfektionsszene, am 20. Jänner 1942, stellte ein Heeresmanager beim Oberkommando der Wehrmacht fest, dass der „Arbeitskräftebedarf durch Einsatz russischer Kriegsgefangener und Zivilarbeiter zu decken ist“ (letzteres war schon 1941 üblich, ersteres eben noch nicht).³⁴³ Die große Welle sowjetischen Kriegsgefangenen-Einsatzes begann dann im Februar 1942.³⁴⁴ Aber auch danach gerieten Vernichtungsabsichten immer wieder in Konflikt mit Erfordernissen der Kriegswirtschaft: So hatte Hitler (laut Rüstungsmanager Speer) die Absicht, bei einer im Juli 1943 in Russland gestarteten Offensive „diesmal keine Gefangenen zu machen“, worauf Speer Angst um sein „Menschenmaterial“ bekommen habe.³⁴⁵

Möglicherweise ebenfalls im Lager Auhof (zumindest zur Desinfektion) war der 2009 noch in Belarus lebende Weißrusse **Anton Andrejewitsch Akultschik**. In einem Brief an eine deutsche Hilfsorganisation, die sich auch für ehemalige sowjetische Kriegsgefangene einsetzt, schrieb er damals über sein Schicksal: Schon Ende Juni 1941 geriet er in deutsche Gefangenschaft, Folge: „vier lange Jahre, vier Jahre, voll von Leiden, Erniedrigungen und Qual.“ Erst war er in einem Lager in der Lüneburger Heide, dann kam er über eine weitere Zwischenstation 1942 „nach Linz in Österreich. Dort wurden für uns Arbeitseinsätze ausgedacht und sie behandelten uns selbstverständlich weiter als Sklaven. Am 5. Mai 1945 haben uns die US-Soldaten befreit [was perfekt zu Linz passt]. Vielleicht ist meine Sprache sehr trocken, um diese Erinnerungen wahrheitsnah zu übermitteln. Ich habe so viel Quälerei und Leid erlebt! In diesen Tagen und Monaten habe ich Gott nur um ein einziges gebeten, um den Tod“.³⁴⁶ Ein Auhof-Bezug ist für ihn zwar nicht nachweisbar, aber doch zumindest leicht möglich.

Gefangene Sowjetsoldaten wurden etwa bei einer Arbeitspause auf einer Baustelle an der Kapuzinerstraße fotografiert.³⁴⁷ Ein anderes Foto zeigt solche Arbeitskräfte bei Räumarbeiten nach einem Luftangriff am Hauptbahnhof, mit groß aufgemaltem „SU“ für Sowjetunion am Rücken.³⁴⁸

Bahnbezug war da schon vor den Luftangriffen gegeben: Am 3. September 1942 teilte das Linzer Bauhauptamt dem Linzer Reichsbahn-Neubauamt mit, „der Firma Schulz“ für den Neubau einer Bahn im Hafenbereich „morgen noch 20 russische Kriegsgefangene zuweisen“ zu wollen. Diese und andere von der Stadt verliehene Arbeitskräfte seien dann aber nach Gleisbau-Beendigung „wieder für das Notbauprogramm zurückzustellen“.³⁴⁹ Unklar ist dabei leider, wo jene von der Stadt derart verfügbaren Sowjetgefangenen untergebracht waren.

Sowjetische bzw. „russische“ Kriegsgefangene scheinen (im Unterschied zu französischen) in einer Auflistung vom Juni 1943 nicht direkt auf (siehe Kapitel 11). Vermutlich wurden sie aus speziellen formalen bzw. institutionellen Gründen weggelassen. „Russen“, „Ukrainer“, „Weißrussen“ oder auch pauschal „Ostarbeiter“ scheinen in jener Liste in 15 Lagern (darunter zwei reinen Frauenlagern) auf, aber nie mit „KG“-Zusatz; das waren also eher zivile ZwangsarbeiterInnen.

³⁴² Mittmannsgruber 1993, S. 122 und Rafetseder 2001, S. 1244. In dieser „Entwesungsanstalt“ starben bei einem Luftangriff am 20.1.1945 25 KZ-Häftlinge, ebenda, S. 1258.

³⁴³ Wakolbinger 1976, S. 44.

³⁴⁴ Ebenda, S. 45.

³⁴⁵ Rafetseder 2001, S. 1153. Zu dem ebenda zu findende Faktum, dass im Mai 1945 russische Gefangene in elf Linzer Lagern gewesen seien, fehlt leider die Quelle; das entsprechende AStL-Material wurde ja nach Abfassung von Rafetseder 2001 umsortiert, und genau jener Beleg war weder in den vielen Aktenschubern des Autors noch im Archiv-Informationssystem des AStL auffindbar.

³⁴⁶ Von Kontakte – Kontakty e.V. per Email an InteressentInnen verschickt, archiviert auf <http://www.kontakte-kontakty.de> via „Freitagsbriefe“, 252. Freitagsbrief, 15.7.2011, von jenem Verein ins Deutsche übersetzt. Als Durchgangsstation am Weg nach Braunau bzw. Ranshofen kommt Linz auch etwa im 449. Freitagsbrief vor, geschrieben 1994, publiziert am 19.6.2015.

³⁴⁷ Mayrhofer – Schuster 2006, S. 105.

³⁴⁸ Carrington – Woldan 2015, S. 151.

³⁴⁹ AStL, NS-Zeit, Sch. B 20 c, Betreff: Hafengebäude; da ging es um eine Nachzahlung, da die Stadt laut Firma davor einen zu geringen Betrag überwiesen hatte.

Eine ansonsten gute Quelle für Unterbringungsorte von AusländerInnen in Linz 1944/45 sind die städtischen Opferlisten der Luftangriffe ab Juli 1944. So starben im Jänner 1945 „russische Krgf.“ mit Quasi-Adresse Arbeitskommando Schiffswerft, im April 1945 mit Adresse Reichsbahnlager 7. Sehr oft steht in solchen Fällen „Wohnort unbekannt“. Weder Auhof noch Schlantenfeld oder Dornach sind in jenem speziellen Kontext mit russischen Kriegsgefangenen zu finden.³⁵⁰ Der im Dezember 1944 bei einem Luftangriff verstorbene „Russe“ Nikolai Portnenko mit Wohnadresse „Lager Auhof“ war ziemlich sicher kein Kriegsgefangener, sondern als ziviler „Ostarbeiter“ im damals bereits multifunktionalen „Umsiedlerlager“ (wie seine damalige Landsfrau Anna Semenjuk; zu ihm: Kapitel 17, zu ihr: Kapitel 15 und 16).

Zeitweise waren 80 bis 100 russische Kriegsgefangene im „Gemeinschaftslager“ der Firma Richard Schulz, an der „verlängerten Wimhölzelstraße“, auch „**Lager Tankschutzhafen**“ genannt. Darauf weisen eine Belegschaftsmeldung jener Tiefbaufirma vom Oktober 1944 und eine Rechnung für Übernachtungskosten „für die zum Ausladen der Lastkähne im Tankschutzhafen angesetzten russ. Kriegsgefangenen“ an das städtische Tiefbauamt vom 27. Oktober 1944 hin. Bei einem Höchststand von 102 Gefangenen (1. Oktober 1944) waren beim selben Projekt 145 Mann „Zivilarbeitskräfte“, 10 Personen „Wachmannschaft“ und fünf Mann „Lagerführer und Lagerpersonal“. Die „russ. Kriegsgefangenenstunde“ wurde mit „80% von Rmk. 0.67“, also 0,54 Reichsmark, bewertet³⁵¹ (also derselbe Minimallohn wie für Frauen der Lagerküche Dornach, siehe Kapitel 16). Das Geld wanderte direkt von der Stadt auf das Länderbank-Konto der Firma; die Gefangenen bekamen natürlich nichts davon. Da ging es um „Entladung von Stein- und Schuttmassen aus Lastkähnen an der Hafeneinfahrt bzw. im Hafenbecken des Tankschutzhafens“ zumindest von Oktober bis Dezember 1944. Um „Altforderungen“ jenes Arbeitseinsatzes wurde noch 1959 gestritten.³⁵²

Als „Kriegsgefangenen-Unterkunft“ dienten damals auch etwa vom Heer angemietete **Firmenbaracken**; davon zeugen Dokumente bezüglich „Barackenlager Porr“ und „Baracke Stöhr“,³⁵³ das betraf aber offenbar nur Linz südlich der Donau. Dasselbe galt auch für 2.300 Quadratmeter, die im Juni 1944 von der Stadt Linz „zum Zwecke der Aufstellung einer Baracke für die Unterkunft von Kriegsgefangenen“ an das Heer vermietet wurde.³⁵⁴ Wie eng verschränkt die Dinge waren, zeigt ein Dokument „Kriegsgefangenen-Verrechnung“ des Linzer Bauhauptamtes vom Jänner 1944 über „Verrechnung der in den städtischen Arbeiterlagern untergebrachten Kriegsgefangenen mit den M[annschafts]-Stammlagern und den Einsatzfirmen“,³⁵⁵ in unserer Gegend das Lager Schlantenfeld II betreffend.

Nach dem slowakischen Aufstand vom Herbst 1944 wurden in einer Linzer Luftschutzbesprechung 300 **slowakische Kriegsgefangene** für Räum- und Bauarbeiten angekündigt,³⁵⁶ die dann bis Kriegsende in noch größerer Zahl in Linz eine wichtige Rolle spielten. Untergebracht waren sie vor allem im Lager Schlantenfeld und im (Linzer) städtischen Lager Haid (Gemeinde Ansfelden).³⁵⁷ In entsprechenden städtischen Linzer Archivbeständen ist auch bei jenen in Gefangenem-Kontext nie vom Lager Auhof die Rede. Für Räumarbeiten nördlich der Donau wurden auch sonst offenbar durchwegs Gefangene aus dem Lager Schlantenfeld II herangezogen, das ja eben „städtisch“ war (auch wenn das Heer dort ein gewichtiges Wort zu reden hatte). Bei einem slowakischen Gefangenen der Versöhnungsfonds-Anträge ist (mit Lagerangaben Kaisersteinbruch, Puppung und Haid) auch von Linz-Dornach die Rede, was aber im Antrag wie der Ort des Bunkerbau-Einsatzes für die Baufirma Hamberger, und nicht wie eine Lagerbezeichnung aussieht (Lubovit B., geboren 1922, ÖVF-Fall 46789).

Für das JKU-Umfeld sind bei solchen Anträgen auch gelegentlich **jugoslawische Kriegsgefangene** nachweisbar, die eventuell ebenfalls zeitweise im Heereslager Auhof gewesen sein könnten: Der 1919 geborene serbische Soldat Ljubomir P., nach Ende des Überfalls der

³⁵⁰ Vgl. Rafetseder 2001, S. 1154.

³⁵¹ Über die damaligen Löhne beim Linzer „Ausländereinsatz“ vgl. Kapitel 16 bzw. Rafetseder 2001, S. 1223.

³⁵² AStL, NS-Zeit, Sch B 29 b.

³⁵³ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 1

³⁵⁴ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 2, Mappe P 38 (Teil von Parzelle 1282/3 der KG Lustenau).

³⁵⁵ AStL, NS-Zeit, Sch. B 20.

³⁵⁶ Rafetseder 2001, S. 1133.

³⁵⁷ Vgl. ebenda, S. 1257 bzw. 1259 und 1133.

Wehrmacht „eingesammelt“, war nach der Haft in den Kriegsgefangenenlagern Krems-Gneixendorf und Popping ab dem Sommer 1941 beim Barackenbau in Linz-Kleinmünchen und Dornach zwangseingesetzt, vermutlich also auch beim Bau des Lagers Dornach (ÖVF-Fall 79141), dann bei einer oberösterreichischen Landwirtschaft. Weil er nach Niederlegung der Waffen aus dem Zivilstand heraus verhaftet und deportiert wurde, konnte er, obgleich formell Kriegsgefangener, vom Versöhnungsfonds eine Zahlung erhalten (der ÖVF durfte eigentlich keine Zahlungen an Kriegsgefangene leisten³⁵⁸).

Abschließend genannt seien hier noch die ab Herbst 1943 in Linz zwangseingesetzten „**Italienischen Militärinternierten**“ (IMIs) mit Sonderstatus, formal keine eigentlichen Kriegsgefangenen, faktisch aber schon. Die waren allerdings für unseren lokalen Bereich offenbar nicht relevant. Immerhin waren wohl einige davon zumindest nach Überleitung in den Zivilarbeiterstand ab September 1944 vielleicht auch im Lager Dornach.³⁵⁹

³⁵⁸ Vgl. Rafetseder 2014, S. 405. Dass auch gefangene Sowjetsoldaten, ungeachtet ihrer speziell schlechten Behandlung, beim ÖVF und bei der deutschen Parallelorganisation (mit Ausnahme von KZ-Fällen) formell ausgeschlossen wurden, hatte finanzielle und politische Gründe; vgl. etwa die damals offizielle Sicht Österreichs in einer Stellungnahme, die auf <http://www.kontakte-kontakty.de> via „Freitagsbriefe“, dem 97. Freitagsbrief beigelegt ist (dort wird im Kommentar auch Linz genannt, wobei der Betroffene aber am Göringwerke-Standort Trofaiach war). Manche gefangene Sowjetsoldaten wurden vom ÖVF sehr wohl berücksichtigt, siehe etwa Rafetseder 2014, S. 153 f. (da ging es um KZ-Ähnlichkeit, in anderen Fällen um Flucht gefolgt von Arbeit als „normaler Ostarbeiter“).

³⁵⁹ Vgl. Rafetseder 2001, S. 1136 f.

15. Umsiedlerlager Auhof der Volksdeutschen Mittelstelle - nicht nur UmsiedlerInnen

Am 25. November 1940 sprach ein Vertreter des Linzer Stadtbauamtes im Auftrag Schmuckenschlägers bei der Heeresstandortverwaltung Linz vor, worüber diese sofort der Wehrkreisverwaltung XVII schriftlich nach Wien berichtete³⁶⁰: Der „Reichsfiskus (Heer)“ möge bewilligen, „daß die Stadt auf dem Gelände, das für den Bau einer Artilleriekaserne in St. Magdalena bei Linz in Aussicht genommen ist und für das ein Vorkaufsrecht des Reichsfiskus (Heer) einverleibt ist, Baracken zur Unterbringung von umgesiedelten Bessarabiendeutschen aufstellen kann.“

Die Standortverwaltung wisse aber von damit kollidierenden Wünschen Roderich Ficks (siehe Kapitel 6): „Es wird hierzu gemeldet, daß der Reichsbaurat für die Stadt Linz das Gelände für Wohnsiedlungen in Aussicht genommen hat und es als fraglich bezeichnet werden muß, ob die Genehmigung für den Bau der Art.Kaserne zu erreichen sein wird, da es nach Ansicht des Reichsbaurates städtebaulich nicht vereinbar ist. Da es sich bei den von der Stadt zur Aufstellung geplanten Baracken überdies um ein vorübergehendes Provisorium handelt, bleibt noch zu erwägen, ob eventuell eine begrenzte Genehmigung erteilt werden könnte.“ Es sei Eile „geboten, da die Stadt mit der Aufstellung der Baracken bereits beginnen soll“.

Daraufhin die Wehrkreisverwaltung an die Heeresstandortverwaltung am 17. Dezember 1940: „Bevor nicht die Entscheidung des Reichsbaurates für die Stadt Linz über das Baugelände für die Artl.-Kaserne am Auhof gefallen ist, kann dieser Baugrund für die Errichtung von Unterbaracken umgesiedelter Bessarabiendeutscher nicht freigegeben werden.“³⁶¹

„Der Reichsbaurat der Stadt Linz an der Donau“ hatte aber bereits in einem Schreiben vom 14. Dezember 1940 gegenüber dem Baudirektor der Wehrkreisverwaltung XVII sein Revier abgesteckt, und das sah für das Heer langfristig nicht gut aus (mehr dazu in Kapitel 6). Die provisorische Lagernutzung war für Fick aber kein Problem, weshalb jener Lagerbau allen Zuständigen recht war. Es ist durchaus möglich, dass jener Bau damals bereits faktisch begonnen hatte. Jedenfalls spricht diesbezüglich etwa die Pfarrchronik von Sankt Magdalena von „1940/41“³⁶², sodass wohl im Dezember 1940 oder im Jänner 1941 Baubeginn war. Dortige Meldedaten beginnen schon am 22. Jänner 1941 (mehr dazu gleich).

Worum ging es da? Am 5. September 1940 wurde in Moskau eine „Deutsch-sowjetrussische Vereinbarung über die Umsiedlung der deutschstämmigen Bevölkerung aus den Gebieten von Bessarabien und der Nördlichen Bukowina in das Deutsche Reich“ unterzeichnet. (Das war die Zeit des Hitler-Stalin-Paktes, als das NS-Regime und die Sowjetunion offiziell befreundet waren). In Linz kam der erste Sonderzug mit 767 Personen am 6. Oktober 1940 an, die im Stift Baumgartenberg provisorisch untergebracht wurden.³⁶³ Im April 1941 waren rund 10.000 solcher UmsiedlerInnen in „Oberdonau“, vielfach in beschlagnahmten Gebäuden der katholischen Kirche. Das war zwar hauptsächlich als Provisorium bis zur Ansiedlung etwa in Polen gedacht, zugleich waren das aber kurz- und mittelfristig wertvolle Arbeitskräfte: „Noch im Februar 1941 wurden 3000 Bukowinadeutsche den Hermann-Göring-Werken in Linz zugewiesen“. Außerdem gab es im Herbst 1940 auch ein entsprechendes Abkommen mit Rumänien³⁶⁴

Wohl ab Ende 1940, spätestens Anfang 1941 entstand also ein Lager der „**Volksdeutschen Mittelstelle**“ (kurz **Vomi** oder auch VoMi genannt) fast exakt angrenzend an den heutigen Südrand des südlichen JKU-Parkplatzes (mehr dazu am Schluss des Kapitels). Die Lokalisierung

³⁶⁰ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 4. Zu Schmuckenschläger siehe Kapitel 5.

³⁶¹ Ebenda.

³⁶² Pfarrchronik, S. 3

³⁶³ Verteilungslisten der Ankömmlinge vom Oktober 1940 sind zu finden in AStL, Magistratsdirektor Oberhuber, Sch. 75, Blatt 433 ff.; in einer Liste vom 12.12.1940 kommt Lager Auhof noch nicht vor, wohl aber Beschlagnahmungen aus Starhemberg-Besitz wie die Schlösser Eferding, Eschelberg, Riedegg und Waxenberg; die für die Unterbringung volksdeutscher UmsiedlerInnen zu „Lagern“ umdefiniert wurden, vgl. ebenda.

³⁶⁴ Vgl. Volkmer 2004, S. 86 (Übereinkommen), 89 (erster Sonderzug) und 89 (Göringwerke-Zitat); Rumänien-Abkommen: Rafetseder 2001, S. 1118. Zu rumänischen Arbeitskräften vgl. ebenda, S. 1157 f.

mit Auhof war übrigens nicht immer fix; im Kontext einer Luftangriff-Meldung hieß es gelegentlich auch „Umsiedlerlager Dornach“ (siehe Kapitel 17).

Dazu die Pfarrchronik von Sankt Magdalena (mit Blick auf die gesamte NS-Zeit, aber mit Beginn „1940/41“): Das war „ein Wohnlager mit Einzelstuben, [...] vielfach bewohnt von Familien, wo ein Teil einmal Deutsch war, der andere: litauisch, polnisch, rumänisch, russisch, italienisch etc. war. Die Leute, vielfach Intelligenzkreise, wurden in den neu erstehenden Göringwerken beschäftigt, Kinder besuchten die hiesige Volksschule.“³⁶⁵

Bezeichnend ist hier das Schreiben des Vomi-Einsatzverwaltungsführers Egon Oberhuber (später Linzer Magistratsdirektor der Koref-Ära) an die Berliner Vomi-Zentrale vom 9. Februar 1942: „[...] die Tätigkeit der Volksdeutschen Mittelstelle in Oberdonau“ komme „heute fast ausschliesslich Gefolgschaften der Kriegsindustrie zu Gute“. Außerdem sei die ganze „Umsiedlungstätigkeit eine kriegswichtige Tätigkeit, wenn sie auch sich nicht unmittelbar mit Waffen und Munition, dafür aber mit wertvolleren [!] Material, mit deutschen Menschen beschäftigt hat“.³⁶⁶

Im entsprechenden Archivbestand findet sich dementsprechend von 1941 bis Mai 1943 umfangreiches Material über Firmenbeiträge zu Vomi-Lagerkosten.³⁶⁷ In einer Anweisung Himmlers vom 14. November 1941 war da sogar vom „endgültigen Arbeitseinsatz der für das Altreich bestimmten Umsiedler“ die Rede, also nicht provisorisch. In einem Schreiben der Vomi-Zentrale vom 8. Dezember 1942 hieß es, „dass die Eingänge für Kostenbeiträge seitens der Unternehmer fast restlos zum Stillstand gekommen seien“. Schon davor wurde da von den Firmen gespart, wenn etwa „für Einzelübernachtungen Lager Auhof“ am 23. Oktober 1941 nur 60 Reichsmark eingingen. Die „ausständigen Vorschreibungen“ bei Reichswerken Hermann Göring, deren Tochterbetrieb Eisenwerken Oberdonau oder auch bei den Stickstoffwerken waren Ende 1942 enorm, wobei es etwa bei den Eisenwerken Oberdonau hieß: „Zahlungen werden strikte abgelehnt“.

Die Volksdeutsche Mittelstelle war zumindest ab 1941 fest in der Organisationsstruktur der SS verankert. Zwar lautete ein **Lager-Rundstempel im Juli 1941** noch „Lager Auhof, Volksdeutsche Mittelstelle, Post Steg bei Linz“³⁶⁸, dann jedoch deutlicher ein Langstempel **von Dezember 1943**: (Zeilenwechsel durch „/“ angezeigt): „Reichskommissar f. die Festigung des deutschen Volkstums / Volksdeutsche Mittelstelle / Umsiedler-Wohnheim Auhof / Post Steg bei Linz / D“, daneben von der Stadt Linz mit „Lg. Auhof“ bezeichnet (siehe Kapitel 11); gleich darunter: „Reichskommissar für die Festigung / deutschen Volkstums / Volksdeutsche Mittelstelle / Wohnheim, Ufer-Ebelsberg“ (laut Stadt „Ufer 6“).³⁶⁹ Jener Reichskommissar war seit Oktober 1939 SS-Chef **Heinrich Himmler** persönlich. Zwar gab es ein eigenes Büro der Vomi-Gaueinsatzführung Oberdonau in der Stadt, laut Telefonbuch 1942 aber auch ein eigenes Büro „Einsatzführung Oberdonau Lager Auhof“; das Linzer Zentrallager der Vomi war damals in der „SS-Kaserne Ebelsberg“.³⁷⁰

Im Herbst 1941 gerieten **Vomi und Stadt** in einen **Konflikt mit dem** in Auhof ja benachbarten **Heer**. Ein Schreiben der Heeresstandortverwaltung an die Linzer städtische Grundstelle am 7. Oktober 1941: Bei der Barackenaufstellung westlich der Altenberger Straße „wurde auch ein Teil des heeres eigenen Grundstückes Nr. 764/2 in Anspruch genommen, ohne vorerst das Einvernehmen mit der Heeresverwaltung zu pflegen.“ Vorerst sei dort „der Fundamentkranz betoniert“. Wenn da aber eine Baracke entstehe und das Heer jenes Grundstück in Anspruch nehme, müsse „mit einer Abtragung der Baracke gerechnet werden“, und zwar „zu Lasten des

³⁶⁵ Pfarrchronik, S. 3.

³⁶⁶ AStL, Magistratsdirektor Oberhuber, Sch. 75, fol. 501; da ging es um die Annullierung der Wehrdienst-Einberufung (also „U.K.Stellung“) eines wichtigen Vomi-Funktionärs. Oberhuber schied mit 31.10.1942 wegen Überlastung aus seinem Amt als Vomi-Einsatzverwaltungsführer für Oberdonau aus (über die entsprechende „Entbindung“ ebenda, fol. 585).

³⁶⁷ OÖLA, Nationalsozialistisch Volkswohlfahrt, Sch. 10, Faszikel Sozialleistungen.

³⁶⁸ Ebenda, Sch. 25, Faszikel Auhof.

³⁶⁹ Die Vomi-Lager in Linz im Februar 1942: Auhof (Eigenbesitz), Lager 40 Spallerhof (gepachtet von den Göringwerken), Lager 43 Ebelsberg (gepachtet vom Marinebauamt) und SS-Kaserne Ebelsberg (gepachtet vom Reichsführer SS, also eigentlich vom Vomi-Chef), so AStL, Magistratsdirektor Oberhuber, Sch. 75, fol. 512, von Oberhuber an „Reichsstatthalter“ Eigruber am 24.2.1942 übermittelt. „Eigenbesitz“ bedeutete bei Auhof aber nur die Baracken und nicht den Grund, siehe Ende dieses Kapitels.

³⁷⁰ Fernsprechbuch 1942, S. 48.

Bedarfsträgers“.³⁷¹ Das ist jene auch auf Abbildung 8 südlich der Umsiedlerlager-Baracken erkennbare Parzelle westlich der Altenberger Straße, die seit 1938 zum Kasernenbaugelände (und zur entsprechenden Liegenschaft EZ 631) gehörte, allerdings seit 1939 an die hier oft genannte Familie Seidl aus Dornach 3 verpachtet war.

Nach zehn Monaten hatte die Stadt auf jenen Brief noch immer nicht geantwortet. In jenem Zeitraum wurde „nicht nur der Zustand belassen“, sondern „dazu noch ein größeres Grundstück zum Barackenlager als Gartenland einbezogen und mit einer Umzäunung umgeben“. Die vom Heer „gesetzten **Grenzsteine** wurden wider Recht und Gesetz **ausgegraben und entfernt**“. Das sei nicht nur „ein Verstoß gegen die guten Sitten“, sondern bedeute „einen ungesetzlichen und strafbaren Eingriff in die gesetzlich geschützten Eigentumsrechte“, so die Heeresstandortverwaltung am 7. August 1942 an den Linzer Oberbürgermeister direkt. Wenn nichts geschehe, werde das Heer auf Kosten der Stadt Linz „den Rechtszustand herstellen, wie er auf Grund der Gesetze garantiert ist“.³⁷²

Stadt und „Vomi“ wussten sich aber auf der sicheren Seite, denn: „Die Verbauung des Geländes erfolgte durch den Reichsführer SS und wurde von der Volksdeutschen Mittelstelle durchgeführt“. Außerdem habe es keinen genauen Situationsplan gegeben, und man habe das heereigene Grundstück ja nur „an der nördlichen Seite verbaut“, so Oberbürgermeister Sturma am 14. August 1942 an die Heeresstandortverwaltung. Das Schreiben vom 7. Oktober 1941 sei nie beim Grundamt eingelangt, und außerdem habe jenes städtische Amt die Angelegenheit „nicht mehr verfolgt, weil eben die Volksdeutsche Mittelstelle als Trägerin der Verbauung aufgetreten ist“. Man möge die Bedingungen für Anmietung des Bereichs bekannt geben, was die Stadt dann an die Vomi weiterleiten werde. „Die Grenzsteine werden in den nächsten Tagen, nach Einlangen des Operates der Neuvermessungsabteilung, versetzt werden.“³⁷³

Es folgte am 7. Dezember 1942 ein Übereinkommen zwischen Reichsfiskus (Heer) und Volksdeutscher Mittelstelle. Diese berief sich auf eine „Unkenntnis der Besitzverhältnisse“, zahlte an das Heer „als Entschädigung für die Inanspruchnahme des Teilgrundstücks“ auch rückwirkend eine (geringe) Pacht, und sollte „die bei der Grundinanspruchnahme eigenmächtig entfernten Grenzsteine in den ursprünglichen Zustand“ versetzen (was also Sturma eben nicht gleich veranlasst hat). Der Reichskommissar (also Himmler) sollte das Teilgrundstück räumen, „wenn der Reichsfiskus (Heer) für seine Zwecke dasselbe benötige.“³⁷⁴

Im Juni 1943 verzichtete das Heer endgültig darauf, den Kasernengelände-Teil westlich der Altenberger Straße irgendwann selbst zu nutzen, verkaufte die dortige Parzelle 764/2 an die Stadt Linz und kündigte das Übereinkommen mit der Volksdeutschen Mittelstelle.³⁷⁵

Die vom Umsiedlerlager tatsächlich durch Baracken und direktes Lagergelände bebauten Bereiche jener Parzelle waren allerdings wirklich gering, wie ein Plan mit Stand 1. Dezember 1942 zeigt. Um jene Zeit, von November 1942 bis März 1943, entstanden auch weitere Pläne vom „Umsiedlerlager Linz-Auhof“, samt Barackengrundrissen. Neben „Unterkunftsbaracken“ (von denen gab es zwölf) sind dort dokumentiert: Personalbaracke, Wirtschaftsbaracke, „Kranken-, Kinder- und Waschbaracke“, Magazine und ein Pumpenhaus, dieses in der Nordwestecke des Geländes (ganz knapp außerhalb des heutigen JKU-Parkplatzgeländes). Die „Einfahrtsbaracke“ war ziemlich im Süden an der Altenberger Straße.³⁷⁶

Für UmsiedlerInnen gab es übrigens auch eigene externe medizinische Einrichtungen, so um 1942 eine dislozierte Augenabteilung bzw. „Trachom-Station für volksdeutsche Umsiedler“ des

³⁷¹ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Fasz. 5.

³⁷² Ebenda.

³⁷³ Ebenda.

³⁷⁴ Ebenda (Vertreter der VertragspartnerInnen: Heeresstandortverwaltung Linz (der in unseren Quellen oft unterzeichnende Oberstabszahlmeister Fuhrmann) und ein Dr. Anton Wytschichlo aus Berlin.

³⁷⁵ Ebenda, Heeresstandortverwaltung an Berliner Zentrale der Volksdeutschen Mittelstelle, 22.6.1943.

³⁷⁶ OÖLA, Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, Sch. 25, Faszikel Auhof. Vgl. Abb. 8 und 9, wo die Überschneidungen praktisch nicht bemerkbar sind, obwohl sie offenbar da waren.

„Krankenhauses des Reichsgaues Oberdonau (früher Barmherzige Brüder)“ in „Waldegg 82 (Niedernhart)“.³⁷⁷

In den in Kapitel 11 analysierten **Lagerlisten** taucht das „Lager Volksd. Mittelstelle Vomi Auhof“ im Oktober 1941 mit 239 bzw. 210 Personen auf, dabei 143-mal Rumänien und 86-mal Italien. Die Italiener und später auch Angehörige anderer Nationalitäten hatten wohl auch deshalb reichlich Platz im „Umsiedlerlager Auhof“, weil es etwa im Herbst 1941 auch größere Weitertransporte von Bessarabien-Deutschen in den „Warthegau“ gab, zwecks „germanischer“ Kolonisierung besetzter Gebiete Polens.³⁷⁸ Aus dem „Umsiedlerlager“ wurde ein Multifunktionslager, dann auch inklusive ZwangsarbeiterInnen, wie wir gleich sehen werden. Es war also deshalb kein Wunder, dass dort später die bloße Bezeichnung „Lager Auhof“ üblich wurde.

Zu den im Oktober 1941 im „Umsiedlerlager Auhof“ gemeldeten 86 Personen aus Italien: Das waren keine Umsiedler aus Südtirol, sondern damals relativ **„normale“ Arbeitskräfte mit italienischen Namen**, damals noch keine Zwangsarbeiter. Diesen Charakter erhielten ItalienerInnen aus Sicht des Versöhnungsfonds zumeist erst ab Herbst 1943.³⁷⁹ Entsprechende Namenslisten gibt es etwa im Kontext von Firmenzahlungen für „Übernachtungen in unserem Lager Auhof“ für Juni/Juli 1941. Für die (offenbar auswärtige) Baufirma Stratzer & Söhne waren laut Auflistung durch den damaligen Lagerführer Anton Henninger damals dort 35 durchwegs ur-italienische „Gefolgschaftsmitglieder“, für die pro Übernachtung und Person jeweils 50 Reichspfennig an die Volksdeutsche Mittelstelle zu zahlen waren (so ein Schreiben des damaligen Vomi-Gaueinsatzführers Sepp Wolkerstorfer, gerade als Linzer Bürgermeister abgesetzt). Der Gallneukirchener Zimmerei-Betrieb Veit Pirklbauer bezahlte für Juni/Juli 1941 die Übernachtungen für 26 ebenfalls eindeutig italienische Arbeiter; die waren offenbar ebenfalls beim Linzer Wohnungsbau eingesetzt.³⁸⁰

Wenige der im „Umsiedlerlager“ Auhof untergebrachten **Italiener** scheinen in Linzer Meldedaten auf, praktisch nur eine Sondergruppe von 15 Männern, die am 12. August 1943 in das „Lager Auhof“ kamen, „Arbeitsort: Tiefbau“ offenbar im engeren städtischen Kontext (zum Teil mit Beifügung „Gebäudeamt“). Die meisten von ihnen wurden noch im September 1943 umverteilt, etwa anlässlich Überstellung als Arbeitskraft an das städtische Gaswerk³⁸¹ oder zur Baufirma Hamberger, die damals eine größere Baustelle in den Göringwerken hatte. Hier sei etwa der 1898 geborene **Antonio Santin** genannt. Zumindest der ebenfalls 1898 geborene **Antonio Ganduzzi** war laut Meldeangaben bis 5. Mai 1945 im „Lager Auhof“. Beide waren gelernte Maurer, dort zwar als Hilfsarbeiter bezeichnet, aber als Facharbeiter bezahlt.³⁸² Zumindest ab Herbst 1943 (erster Sturz Mussolinis) war da der Charakter von Zwangsarbeit aus Versöhnungsfonds-Sicht gegeben (siehe Kapitel 16 bei Mario A.).

Laut einer Auflistung vom August 1942 bezog das Umsiedlerlager Auhof im August 1942 monatlich rund 350 Kilogramm Brot vom Bäcker Sebastian Traunmüller aus Katzbach, und war damit damals eines der kleinsten Vomi-Lager.³⁸³

In der Lagerliste vom Juni 1943 fehlt das Umsiedlerlager Auhof, es scheint als solches wieder in einer Liste vom Dezember 1943 auf, fehlt dann wieder in den Listen vom Jänner 1944 und Mai

³⁷⁷ Amtskalender 1942, S. 225; das Linzer Spital der Barmherzigen Brüder war damals „Reserve-Lazarett C“ der Wehrmacht“ (vgl. Kapitel 8); Waldegg 80 bis 83, laut Adressbuch 1940 im Besitz von „Gau Oberdonau“, waren ein Komplex mit der „Heil- und Pflgeanstalt des Reichsgaues Oberdonau“, also Schauplatz von „Euthanasie“-Verbrechen; in jenem größeren Komplex war zeitweise offenbar auch das Reservelazarett B der Wehrmacht.

³⁷⁸ Tages-Post, 7.10.1941, S. 3 (zusammengefasst laut Archiv-Informationssystem des AStL): „Die seit Oktober 1940 in Linz und Oberdonau lebenden 15.000 deutschen Umsiedler aus Bessarabien werden im Laufe dieses Monats in den Warthegau abtransportiert“.

³⁷⁹ Vgl. etwa Rafetseder 2001, S. 1136 f. bzw. Rafetseder 2014, S. 476 und 662.

³⁸⁰ OÖLA, Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, Sch. 25, Faszikel Auhof.

³⁸¹ Über das städtische Gaswerk zur NS-Zeit vgl. Rafetseder 2010 a, S. 405 f., dort auch zu slowakischen Kriegsgefangenen aus Lager Schlantenfeld II, die für Gas- und Wasserwerk arbeiteten.

³⁸² AStL, Archiv-Informationssystem. Von den 15 waren 13 mit Facharbeiter-Stundenlohn von 86 Reichspfennig eingestuft (Ganduzzi und Santin deshalb, weil sie eben gelernte Maurer waren), nur zwei mit Hilfsarbeitersatz von 67 Reichspfennig, wo als vorheriger Beruf auch nur Hilfsarbeiter steht, so bei „Jakob Toniollo“ (siehe auch Rafetseder 2001, S. 1223 zu damaligen Stundenlöhnen).

³⁸³ AStL, Magistratsdirektor Oberhuber, Sch. 75, fol. 560, vier Lager bezogen weniger, drei gleich viel, 21 mehr Brot als Auhof. Das größte Vomi-Lager in „Oberdonau“ war damals Linz-Spallerhof mit 3.500 Kilogramm Brot monatlich, bezogen von den Ringbrot-Werken in Urfahr (jenes Lager ist gleich auch als Unterbringungsort eines polnischen Zwangsarbeiters genannt, kombiniert mit Auhof).

1945. Das hatte offenbar mit terminologischer Unsicherheit zu tun: Ab Juli 1943 wurden elf von 32 Umsiedlerlager in Wohnheime umbenannt, die BewohnerInnen wurden nicht mehr von der Volksdeutschen Mittelstelle betreut und waren normale MieterInnen.³⁸⁴ Das war laut Lagerstempel vom Dezember 1943 im Vomi-Lager Auhof zwar eher nicht der Fall (ungeachtet einzelner Belege für Mietzahlungen), trotzdem konnten sich offenbar städtische Behörden bei der Erstellung jener Listen nie endgültig entscheiden, ob das Umsiedlerlager Auhof zu „allen Lagern von Linz“ gehört oder nicht.

Eine gemeinsame Verwaltung von Umsiedlerlager und Heereslager als ein einziges Lager Auhof oder Auhoflager, oder auch chronologische Abfolge zweier Lagertypen an einer Stelle³⁸⁵ sind hier doch praktisch auszuschließen, auch wenn Dokumente die Sache so aussehen lassen könnten.

Da heißt es etwa bei einer **Geburtsurkunde** vom 9. April 1945 „**Lager Auhof, Krankenbaracke**“, in der entsprechenden Geburtsanzeige an das Gesundheitsamt „**Auhoflager**“, ohne Zusatz. Das betraf **Elena I.**, geborene P., das Kind eines Ehepaars, bei dem im Sinne des Versöhnungsfonds **Zwangsarbeit** vorlag, auch wenn die Familie P. bei Erwähnung in Archivalien zum Umsiedlerlager wie „normal“ umgesiedelt erscheinen mag:³⁸⁶ Die Mutter war ethnische Rumänin, der Vater ein Altösterreicher gemischter Herkunft, aber mit eindeutig rumänischem Namen. Laut glaubwürdiger Schilderung der Tochter auf Basis der Familienüberlieferung lebten ihre Eltern 1944 in der Bukowina, als ihnen „von den National-Sozialisten“ das Haus angezündet wurde, und die beiden in Viehwaggons nach Linz deportiert wurden. Wenn ihre Eltern später davon erzählten, „weinten sie“. Als ihr Vater ihr 1976 bei einem Österreich-Besuch die Gegend von Auhof zeigte, sei ihm schlecht geworden (das Ganze eine Übersetzung aus dem Rumänischen durch den Versöhnungsfonds; die Familie war eben gleich nach Kriegsende nach Rumänien zurückgekehrt, was auch gegen echten „UmsiedlerInnen“-Charakter spricht).³⁸⁷

„Lager Auhof“ war auch in weiteren ÖVF-Fällen offenbar das „Umsiedlerlager“ (wenngleich wohl nicht immer, siehe Kapitel 12): Das betraf etwa den 1909 in Polen geborenen Altösterreicher **Wladyslaw M.**, der erst bei einer „Bulgarengärtnerei“ in Ebelsberg zwangseingesetzt, und dann auch noch als Bürokrant einer Linzer Wohnbaugesellschaft als Zwangsarbeiter zu betrachten war; während jener Tätigkeit wohnte er im „Lager Auhof“.³⁸⁸

Irgendwie geriet auch der 1930 geborene Pole **Jan P.** anscheinend ins Umsiedlerlager Auhof (ÖVF-Fall PL U43249), obwohl bei ihm, abgesehen von der speziellen Kombination der beiden Linzer Lager, sonst nichts auf „Umsiedler“ hindeutet: Der war von September 1940 bis Kriegsende erst in Linz, „Lager 40 Spallerhof“ und „Lager Auhof“, dann in Losenstein, zwangseingesetzt erst beim Straßenbau und dann im Steinbruch.³⁸⁹

Zumindest ein paar Dutzend weitere BewohnerInnen des Umsiedlerlagers Auhof vor und nach Kriegsende sind aus vereinzelt städtischen Meldedaten ersichtlich.³⁹⁰ Dabei ist meist nur vom „Lager Auhof“ die Rede, seltener vom „Vomi Lager Auhof“. Das zeigt wohl, dass aus Sicht städtischer Instanzen das Heereslager Auhof eben quasi irrelevant war. Das früheste Beginn-Datum ist bei jenen Daten der 22. Jänner 1941 (etwa bei einer Familie Pankow). Jedenfalls

³⁸⁴ Volkmer 2004, S. 90.

³⁸⁵ So schreiben Carrington – Woldan 2015, S. 185 vom „Umsiedlerlager (Heereslager)“, und vermuten, dass die Baracken der Umsiedler später „als Kriegsgefangenenlager für sowjetische, französische, tschechische, italienische und kroatische Soldaten“ gedient hätten. Das ist ein mehrfaches Missverständnis in falscher Interpretation des Eintrags bei Rafetseder 2001, S. 1266, vgl. auch hier Kapitel 11. Bei Carrington – Woldan 2015, S. 125 (kleinerer Ausschnitt als hier Abb. 9) sind Umsiedlerlager und Gemeinschaftslager korrekt beschriftet und markiert, in der Erläuterung heißt es aber (aus dem gleichen Missverständnis heraus), dass der Science Park auf dem Gelände des Umsiedlerlagers entstand. Bei Rafetseder 2001 wurden die Umsiedlerlager eben nur beiläufig erwähnt, weshalb auch das Fehlen des Umsiedlerlagers Auhof in der Liste auf S. 1266-1269 nicht erklärt wurde.

³⁸⁶ ÖVF-Fall 126119, auch erwähnt bei Rafetseder 2014, S. 260 und 295.

³⁸⁷ Zu den beim Wehrmachts-Rückzug zumindest teilweise eindeutig gewaltsam zwangsdeportierten Menschen aus Rumänien vgl. Volkmar 2004, S. 97 ff. Das war nach dem Frontwechsel Rumäniens vom August 1944.

³⁸⁸ ÖVF-Fall 1269, später in die USA ausgewandert, vgl. Rafetseder 2014, S. 415.

³⁸⁹ Das Lager 40 Spallerhof war erst „Umsiedlerheim“, dann ab Herbst 1943 Lager der Göringwerke für eindeutige „Ausländer“, vgl. Rafetseder 2001, S. 1218. Zum Steinbruch Losenstein vgl. Rafetseder 2009, S. 29 (von dort stammt Marmor für Stiegen im Finanzgebäude am Linzer Brückenkopf, ebenda in Anm. 102 Tippfehler bei der Aktenzahl; U43249 ist richtig).

³⁹⁰ AStL, Archiv-Informationssystem, Abfrage nach „Lager AND Auhof“. Der erhaltene Bestand an Meldungen betrifft nur einen minimalen Teil der tatsächlich dort befindlichen Personen.

wohnten dort auch etwa aus Bayern zugezogene Arbeitskräfte, so ein Mann ab September 1942, der sicher nicht als „Umsiedler“ zu bezeichnen ist.

Zeitweise wohnte aber auch etwa die im Lager Dornach als Küchenhilfe zwangseingesetzte Ukrainerin Anna Semenjuk im „Umsiedlerlager“ (siehe Kapitel 16). Dieses Lager war eben in Wahrheit multifunktional. Bei Semenjuk handelte es sich ganz eindeutig um „Zwangsarbeit“ im Sinne des Versöhnungsfonds, nicht hingegen bei der in Kapitel 17 genannten Spülerin des „Umsiedlerlagers“, einer Einheimischen.

Nach Kriegsende wurde laut Pfarrchronik „das Umsiedlerlager Auhof“ (laut Pfarrer also nie „Wohnheim“) „für Polen eingerichtet und zugleich mit einer Spitalbaracke versehen“. Diese Polen seien „eine große Plage“ gewesen, etliche von Ihnen hätten „die Gelegenheit benutzt und hier geheiratet“ (steht in dieser Abfolge dort). Familien, die davor im Umsiedlerlager waren, hätten sich 1945 in der Schule von Sankt Magdalena „eingenistet.“³⁹¹

Im Juni 1945 wurden laut Magistrat „unter amerikanischer Aufsicht ungefähr 700 Reichsdeutsche in ein Lager bei St. Magdalena, vermutlich Auhof, überführt.“ Sobald der zuständige US-Offizier „die genaue Lage des neuen Lagers bekannt gibt, werden alle neuzuströmenden Reichsdeutschen direkt in dieses Lager gewiesen.“³⁹²

Am 28. Juni 1946 ersuchte die „Kultur-Volksbildungsstelle Mühlviertel“ (Urfahr, Mühlkreisbahnstraße 3) die Zivilverwaltung Mühlviertel „um leihweise Zueignung der ehem[aligen] Kantinen und Theaterbaracke vom Lager Auhof“. Die würde man irgendwo in Urfahr aufstellen, „und zu Kino, Theater und Konzertveranstaltungen“ verwenden. Der Antrag wurde am 19. Juli 1946 „zurückgezogen“, mit Rücksicht auf den „stark verwanzten Zustand der Baracke“ (da war nur mehr von einer Baracke die Rede).³⁹³

Im September 1946 legte diese Quasi-Landesregierung der sowjetischen Besatzungszone Oberösterreichs gegenüber den Sowjet-Instanzen Wert darauf, dass die Baracken des Umsiedlerlagers Auhof durchwegs **auf privaten Grundstücken** errichtet wurden, und nie Eigentum von Volksdeutscher Mittelstelle oder Deutschem Reich waren, also kein zu beschlagnahmendes „deutsches Eigentum“. „Eine Übereignung“ habe da „nie stattgefunden“, vielmehr habe die betroffene Familie Seidl für die „auferzwungene Verpflichtung zur Überlassung“ des Areals „zur Benützung keinerlei Entschädigung erhalten“. Die Zivilverwaltung Mühlviertel beabsichtigte, „über die Baracken, die zu wichtigen industriellen Zwecken benötigt werden, in nächster Zeit im Einvernehmen mit der Besatzungsmacht Verfügungen zu treffen“.³⁹⁴ Laut Schreiben an das zuständige Bundesministerium waren das „etwa 15 Stück“ Baracken, die „trotz ihres schlechten Erhaltungszustandes noch immer einen Wert von ungefähr 12.000.- S pro Stück“ repräsentieren.³⁹⁵

Das Umsiedlerlager umfasste aber nicht nur informell beschlagnahmte „Seidl“-Gründe, wie die Zivilverwaltung Mühlviertel behauptete, sondern etwa auch im Nordosten mit der alten Acker-Parzelle 1554 ein größeres **Starhemberg-Grundstück** der in Kapitel 10 behandelten Landtafel-EZ 1119. Aus jener Parzelle wurde laut Landtafel im Juli 1951 (ohne Hinweis auf die vorherige Beschlagnahmung) ein durch Vereinigung mit anderen Parzellen vergrößertes Grundstück. Für dieses wurde gleichzeitig auf Basis eines Anmeldebogens von 1948 „die Änderung der Kultur infolge Errichtung eines Barackenlagers in „**Barackenlager - Acker**“ ersichtlich gemacht“. (Ähnlich späte Barackenlager-Kulturänderungen gab es beim Heereslager Auhof und beim Lager Dornach 1948/50, siehe Kapitel 10 bzw. 16).

Per Vertrag vom 17. Juni 1959 verkaufte Heinrich Rüdiger Starhemberg die vergrößerte Parzelle 1554 an eine Wohnbaugenossenschaft als neue EZ 1128 der KG Katzbach. Nach diversen Änderungen im Bestand der Parzelle 1554 ab 1960 und auch Teilverkäufen entsprang daraus eine verkleinerte Parzelle 1554/1. Diese wurde per Kaufvertrag vom 28. Oktober bzw. 1. Dezember

³⁹¹ Pfarrchronik, S. 11.

³⁹² AStL, Besatzungsamt, Sch. B 55.

³⁹³ OÖLA, Zivilverwaltung Mühlviertel, Sch. 10, Mappe 5377.

³⁹⁴ Ebenda, Mappe 5292, 30.9.1946.

³⁹⁵ Ebenda, offenbar persönlich im November 1946 beim Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung vorbeigebracht.

1969 und Grundbuch-Zuschreibung vom 24. März 1970 Teil der JKU-Campus-Liegenschaft KG Katzbach EZ 1246 und ging dort später in der großen Parzelle 1566/1 auf (siehe Abbildung 10 und Kapitel 20). Am Beginn der nunmehrigen Liegenschaft EZ 1246 galt 1554/1 tatsächlich formell noch als „Barackenlager - Acker“ (so auch zumindest noch 1974, bei Abweisung eines Abschreibungsantrages), wobei es damals offenbar aber schon länger mehr keine Baracken dort gab. Die **Überschneidung des formellen Barackenlager-Bereichs mit heutigem JKU-Bereich** betraf zwar nicht direkt eigentliche Barackenbereiche, aber eben zumindest eine Parzelle in ihrer historischen Entwicklung, offenbar inklusive geringer Geländeüberschneidung im Parkplatz- bzw. Grünflächenbereich an der Südspitze des JKU-Geländes, bei der Einfahrt nahe der Altenberger Straße.

16. Städtisches Arbeiterlager Dornach

Bei einer Besprechung Rüstungsminister Todts mit Oberbürgermeister Sturma am 3. Februar 1941 wurde der Bau der Lager Haid und Dornach beschlossen, in Kooperation mit dem paramilitärischem Bauvehikel „Organisation Todt“, der Stadt Linz und der „Obersten Bauleitung Linz der Reichsautobahnen“ (OBR, die logierte in „Straße der Sudetendeutschen 1“, jetzt Böhmerwaldstraße). Gemeinsam mit Reichsbaurat Fick wollte man Maßnahmen treffen und durchführen, „die geeignet sind, die in Linz durch den Bevölkerungszuwachs geschaffene Lage zu mildern“. Todt billigte dabei einen Vorschlag Regierungsdirektor August Schmöllers,³⁹⁶ „ein kleineres Arbeiterlager für ca. 2500 Mann im Raum Auhof und das Hauptlager im Raum westlich Traun anzulegen“.

Die „Lageraufstellung beaufsichtigt das [Linzer] Bauamt, während die Verwaltung des Lagers Organe Dr. Todt's führen. Die Kosten des Lagers gehen zu Lasten der Stadt Linz.“ Dabei stellte Todt fest, dass die Tätigkeit der dortigen Arbeitskräfte sich „mit provisorischen Bauten und zwar auch mit provisorischen Wohnbauten zu begnügen“ habe, „und das richtig schöne Bauen wird erst nach dem Krieg einsetzen.“³⁹⁷ Die Holzbaufirma Schaffer in Linz-Urfahr solle „ihre gesamte Barackenerzeugung (4 Baracken pro Tag) an die Stadt zwecks Aufstellung der Arbeiterlager“ abliefern.³⁹⁸

Beide Lager waren ursprünglich viel größer geplant, als sie dann – laut Schreiben Reichsbaurat Ficks vom 29. Juli 1942 wegen der „sich ständig verschlechternden Lage der Bauwirtschaft“ – verwirklicht wurden. Dabei hätte die „Unterbringungsfrage von Arbeitskräften, die beim Ausbau der Stadt Linz zum Einsatz gelangen, ein für allemal geregelt werden“ sollen. Es war zumindest von Fick so gedacht, „dass nach Kriegsende ohne Verzögerung grössere Massen in- und ausländischer Arbeitskräfte schlagartig zum Einsatz gelangen könnten“. „Ausländereinsatz“ war zumindest hier, entgegen anders lautender Absichtserklärungen diverser NS-Verantwortlicher, auch nach Kriegsende vorgesehen.³⁹⁹

Bei der Gelegenheit meinte Fick, Verfügungs- und Aufsichtsrecht über die Lager Dornach und Haid zu haben, und wollte der Stadt nur den Charakter einer Treuhänderin zugestehen (obwohl die dafür einen Sonderkredit aufgenommen hatte). Änderungen beider Lager wollte er „nur mit Zustimmung des Führers und mit meiner Einwilligung“ vorgenommen sehen. Das veranlasste Gauleiter Eigruber am 1. September 1942 gegenüber Fick zur boshafte Feststellung, dass er „bis heute nicht wusste, daß eine Zustimmung des Führers auch noch Ihrer Einwilligung bedarf“. Die „Neugestaltung der Stadt Linz und der Generalverbauungsplan“ würden Fick „so viel Arbeit aufbürden“, dass er es nicht nötig hätte, „sich in die vermögensrechtlichen Fragen der Stadt Linz einzumengen“.⁴⁰⁰

Beide Lager unterstanden anfangs der „Lagerverwaltung Haid-Dornach“ der Linzer Reichsautobahnen-Raststätten GmbH-Dienststelle (Bethlehemstraße 1 d).⁴⁰¹ Die entsprechende Vereinbarung zwischen Stadt Linz und Reichsautobahn-Raststätten GmbH betreffend Obsorge über die in Dornach und Haid untergebrachten Arbeiter wurde am 9. Oktober 1941 in Berlin und

³⁹⁶ Zu ihm vgl. Kapitel 6.

³⁹⁷ Rafetseder 2001, S. 1207 f. bzw. AStL, NS-Zeit, Sch. B 20 (die folgenden Zitate jenes Schubers aus der Mappe „Wohnbau 1941-44“; vgl. „Kostenüberschlag für den Bau des 10.000 Mann-Lagers Linz, Teil A: Lager Dornach mit 2000 Mann“, im Rahmen von „Notprogramm Linz“ am 25.2.1942 erstellt von „Reichsautobahnen Oberste Bauleitung Linz“, AStL, NS-Zeit, Sch. B 20 a. Der zugleich erstellte Teil B für Haid nannte 5.000 Mann. Teil C betraf ein „Krankenhaus Berg“, Teil D eine Wohnsiedlung Traun für 200 Familien, dazu kamen Kosten für eine Zubringerstraße im Raum Haid.

³⁹⁸ Zur Firma Schaffer vgl. Rafetseder 2001, S. 1152 und 1233 („Goldene Fahne“ als linientreuer Musterbetrieb, „wo in den Werkshallen querüber Spruchbänder den nationalsozialistischen Geist künden“. Am Gelände der Firma Schaffer entstand nach einem dortigen Großbrand von 1970 das Lentia 2000-Hochhaus.

³⁹⁹ Rafetseder 2001, S. 1208. Anlass des Schreibens Ficks war, dass die Stadt eine Baracke des Lagers Dornach als Schwesternunterkunft dem Säuglingsheim Riesenhof verkaufen wollte (also die Baracke dorthin bringen lassen wollte; die war ja leicht zerlegbar und transportierbar).

⁴⁰⁰ AStL, NS-Zeit, Sch. B 20; zum Generalbebauungsplan vom Herbst 1942 vgl. Kapitel 6. Anlass jenes Eigruber-Briefes an Fick vom 1.9.1942 war eine offenbar von Schmuckenschläger formulierte Beschwerde Oberbürgermeister Sturmas vom 27.8.1942 an Eigruber, dass sich Fick laut Schreiben an die Stadt vom 8.8.1942 „auch mit der Lagerordnung für die städtischen Arbeiterlager in Haid und Dornach und mit der Aufstellung einer bewaffneten Lagerpolizei“ befasse, „die ohnedies längst im Gange ist“.

⁴⁰¹ Vgl. Rafetseder 2001, S. 1208.

am 1. Dezember 1941 in Linz unterzeichnet.⁴⁰² Mit 1. Oktober 1942 übernahm die Stadt Linz offiziell das „Lager Dornach ohne Freudenhaus“, mit 15. Oktober „das Lager Haid ohne Freudenhaus“.⁴⁰³ Im Linzer Sonderhaushaltsplan von 1942 gab es nach einem Posten für eigentlich städtische Arbeiterlager einen eigenen Punkt „Lager der Organisation Todt“ (Haid und Dornach), mit viel größerer Dotation als die ersteren.⁴⁰⁴

„Für die Errichtung der Baracken samt Zubehör und Einrichtung“ des Lagers Dornach hatte die Stadt Linz laut späterer Angabe des Magistrats „ca. 3 Millionen an die Reichsautobahn zahlen“ müssen. Bei der Gelegenheit behauptete 1951 der Magistrat, dass dort vor Kriegsende nur „fremde freie Arbeitskräfte“ gewohnt hätten (der Begriff Zwangsarbeit war damals noch weitgehend auf Konzentrationslager beschränkt). Jene Kräfte waren „vornehmlich mit der Durchführung des Wohnbauprogrammes im Stadtteil Urfahr beauftragt“.⁴⁰⁵

In einer Aktennotiz Oberbürgermeister Sturmas vom 8. Dezember 1941 war noch im Gespräch, dass die Gesamtkosten für die „Barackenstadt“ Dornach plus Haid „in Höhe von rund 34 Millionen Reichsmark vom Reich übernommen“, oder im Rahmen eines für das Linzer Bauprogramm vorgesehenen „100-Millionenkredites [...] zins- und tilgungsfrei, also praktisch als verlorene Beihilfe, gegeben werden.“ Der Reichsinnenminister sei der Meinung, dass „man der Stadt nicht zumuten dürfe, eine derartig hohe Schuld auf sich zu nehmen, ohne irgend einen Einfluß auf die Ausgestaltung des Lagers und die Kostenhöhe zu haben.“ Die bipolare „Barackenstadt“ Dornach-Haid wurde in jener Quelle auch als „Todt-Lager“ genannt, damals also, ungeachtet der großen räumlichen Distanz, wie eine einzige Einrichtung behandelt.⁴⁰⁶

Zum eben kurz angeklungenem Thema Lagerbordell bzw. in den Quellen meist **„Freudenhaus Dornach“**: Zweck dieser im ganzen Reich errichteten Anlagen bei Lagern für ausländische Arbeiter war die „Reinerhaltung des deutschen Blutes [...] der Fremdvolveinsatz dürfe unter keinen Umständen zu einer Verschlechterung oder gar Zersetzung des deutschen Blutkörpers führen“. Die Baufreigabe für die Bordelle in Dornach und Haid war im Jänner 1942, die „Rohinstallationsarbeiten“ für Dornach waren im August 1942 fertig, die Inbetriebnahme wurde in einem Brief an den Oberbürgermeister Mitte September 1942 für die zweite Oktoberhälfte 1942 avisiert, dann etwa für November, fand aber nie statt.⁴⁰⁷

Auf Vorschlag des Gauobmanns der Deutschen Arbeitsfront, Franz Stadlbauer, und mehrerer Kreishandwerksmeister (also Innungsmeister) vom 20. Jänner 1943⁴⁰⁸ war geplant, dort im Februar „100-150 Lehrlinge“ unterzubringen (dabei war von einer Übergabe des Baus am 1. Februar 1943 die Rede). Am 23. Februar 1943 kamen Gauleiter Eigruber und Oberbürgermeister Sturma telefonisch überein, den Bau der NS-Volkswohlfahrt für ein Mütterheim zu überlassen.⁴⁰⁹ Nach Kriegsende war dort das „Krankenhaus Dornach“ (siehe Kapitel 8, topographisch und thematisch fast einem Wunsch Hitlers für ein „städtisches Krankenhaus Nord“ entsprechend), dann Blindenheim, ab 1993 das Biologiezentrum Linz (Teil des Landesmuseums).

Dornach und Haid hätten gemeinsam einen dualen Komplex unter dem Titel **„10.000 Mann Lager Linz“** bilden sollen, was bald auf 7.000 reduziert wurde, davon 2.000 in Dornach. Der Begriff „10.000 Mann-Lager“ wurde als Quasi-Marke aber auch für die 7.000-Mann-Version noch zeitweise gebraucht. Dornach und Haid wurden in einem „Verzeichnis über die Zweckbauten im Rahmen des Notbauprogramms“ vom 24. August 1944 als noch „in Arbeit“ befindlich deklariert, wie auch das Lager Schlantenfeld. Das bezog sich aber auf „Kaminerhaltung, Dachinstandsetzung, Barackenerhaltung usw.“, und nicht auf Erweiterung, auch wenn die Stadt

⁴⁰² AStL, NS-Zeit, Sch. B 20 a.

⁴⁰³ Rafetseder 2001, S. 1208.

⁴⁰⁴ AStL, NS-Zeit, Sch. B 16 (im Druck jenes Sonderhaushaltsplanes: S. 164).

⁴⁰⁵ AStL, Besatzungsamt, Sch. 55, laut Kontext 1951.

⁴⁰⁶ AStL, NS-Zeit, Sch. B 36 b.

⁴⁰⁷ Rafetseder 2001, S. 1184 f. (Zitat: „Sicherheitsdienst“-Bericht vom 29.11.1943).

⁴⁰⁸ Die waren am 20.1.1943 bei Oberbürgermeister Sturma, der ihnen erklärte, dass die Bordellwidmung „von irgend einer mir momentan nicht bekannten Reichsstelle“ stamme; AStL, NS-Zeit, Sch. B 36 b.

⁴⁰⁹ Vgl. AStL, NS-Zeit, Sch. B 36 b (Aktenervermerke Sturma 20.1.1943 und 23.2.1943; laut Aktennotiz Sturmas vom 28.1.1943 ebenda über eine Unterredung mit Eigruber war das Lehrlingsheim eher nie Realität, da der Gauleiter für Lehrlingsunterbringung große Schlafsäle wünschte, und nicht die kleinteilige Struktur im fraglichen Bau. Der „Bordellbau Haid“ blieb mit Stand 23.2.1943 „vorderhand für diesen Zweck gebunden“. Vgl. Rafetseder 2001, S. 1184 f. oder auch Neunteufel 2003, S. 136 f.; über das Linzer Ausländerbordell „Villa Nova“ bzw. „Tschechenhaus“ vgl. Rafetseder 2001, S. 1163-1167 und auch 1135. Zur Prostitution im NS-Zwangsarbeit-Kontext vgl. auch Rafetseder 2014, S. 268 f.

erst im Mai 1943 in einschlägig „verdächtiger“ Lage einige Parzellen gekauft hatte (siehe Kapitel 7). Ein „Verzeichnis von Sonderbauten“ vom 20. August 1944 nannte für das Lager Dornach „150 Kamine mauern (an Stelle der verrosteten Blechkamine). Bau von fehlenden sanitären Anlagen, 15 Mann, 3 Monate“.⁴¹⁰

Der im Süden gelegene Eingang des Lagers hatte neben dem Einfahrtstor ein kleines Häuschen mit dieser Aufschrift: Städt. Arbeiterlager d. Gauhauptstadt Linz „Dornach“.⁴¹¹ Das war zwar schön gemauert, die eigentlichen Baracken sahen jedoch sehr schäbig und provisorisch aus, etwa mit den zitierten rostigen Blechkaminen.⁴¹²

In einem „Situationsbericht über den „Stand der Bauvorhaben in Linz per 1. November 1942“ werden die beiden Arbeiterlager als „Sonderbauten“ mit „baulich ca. 70%“ notiert, in Dornach 2.000 Plätze fertig (davon 1.600 belegt), in Haid ca. 2.500 Plätze fertig (davon 1.363 belegt).“⁴¹³

Ein **Foto von 1943** (Abbildung 6) zeigt das Lager Dornach vom Norden her, mit dem geplanten Lagerbordell bzw. dann Mütterheim rechts im Vordergrund und der charakteristisch geschwungenen und umrandeten Parzelle 762/3 links, also mit dem südwestlichen Bereich des heutigen JKU-Geländes, der als Grünfläche rechts über die Parzelle 762/3 hinausreicht. Die eigentliche Lagerumzäunung setzte sich offenbar gleichartig neben dem Hauptbarackenbereich östlich davon auf die damalige Parzelle 762/2 fort. Dass diese zum tatsächlichen Lagergelände gehörte, lassen auch die Parzellenabgrenzung am Plan von 1944 (Abbildung 8) und ein bereits publizierter Detailplan des Lagers⁴¹⁴ vermuten.

Die Gesamtgröße des Lagers Dornach betrug am Ende rund 16 Hektar, von denen bei Kriegsende 16% der Stadt Linz, 84% aber weiterhin PrivatbesitzerInnen gehörten (siehe Kapitel 19). Der Lagerbereich war also deutlich kleiner als das gesamte Kasernenbaugelände Auhof mit seinen 57 Hektar (von denen aber nur ein kleiner Teil tatsächlich genutzt wurde). Eine Rekonstruktion des Standes bei Kriegsende⁴¹⁵ nennt 61 Baracken plus 6 WC-Baracken.

Zur **statistischen Seite** und zum **Lager Dornach in Lagerlisten** (nähere Angaben dazu in Kapitel 11): In solchen Listen ist das Lager Dornach erstmals im Oktober 1941 bzw. Februar 1942 zu finden: Im Oktober 1941 mit 1.583 Männern, davon 1.560-Mal Italiener, 21 Reichsdeutsche sowie je ein Tscheche und Slowake, im Februar 1942 insgesamt nur 493 Personen. Das war eben kein Monat, wo viele Bauarbeiter benötigt wurden; gerade der Winter 1941/42 war ja besonders kalt. Ende 1941 war laut Magistrat noch kein Teil des Lagers Dornach vollkommen fertig, behelfsmäßig habe man Platz für 1.600 Mann, Öfen gebe es aber nur für eine Kapazität von 1.200 Mann.⁴¹⁶

Ende Juni 1943 waren bei einem Sollbelegstand von 2.500 nur 623 Personen im Lager; die Bauprojekte zum Ausbau von Linz waren da ja schon drastisch reduziert. Damals waren im Lager Dornach Deutsche, Italiener, Belgier und Tschechen, **Lagerführer** war **Franz Gold**. Der war Jahrgang 1895, 1939 aus der Kirche ausgetreten und „gottgläubig“ deklariert, wohnte übrigens nicht im Lager sondern an der Mozartstraße, und starb am 16. Juni 1944 an Lungen- und Kehlkopftuberkulose⁴¹⁷. Am 25. August 1943 waren dann aber immerhin wieder 1.265 der 2.500 Betten des Lagers Dornach belegt, also ein starker Anstieg innerhalb von vier Wochen. Das hatte wohl damit zu tun, dass die Liste vom Juni 1943 als Basis für gezielte Neuverteilung von Arbeitskräften zwischen den Lagern erstellt wurde, um bessere Vermischung herbeizuführen (siehe Kapitel 11).

Eine Lagerliste vom Dezember 1943 bringt keine Zahlen, aber immerhin den erwähnten Lagerstempel („Städtische Arbeiterlager / Lager Dornach“). Keine Zahlen gibt es auch in einer Liste vom Jänner 1944, wo noch Lagerführer Gold genannt wird. Eine Liste mit Stand 1. Mai 1945 nennt schließlich neben dem neuen Lagerführer Alfred Rau 2.400 Betten, damals das größte

⁴¹⁰ Rafetseder 2001, S. 1185 bzw. AStL, NS-Zeit, Sch. B 20.

⁴¹¹ Abb. bei Carrington – Woldan 2015, S. 119.

⁴¹² Vgl. Foto bei Mayrhofer – Schuster 2006, S. 104.

⁴¹³ AStL, NS-Zeit, Sch. B 20.

⁴¹⁴ Lackner 1987, S. 231.

⁴¹⁵ AStL, Besatzungsamt, Sch. B 55, städtische Lagerverwaltung, 23.3.1949; das war eine Auflistung zwecks Schadensanmeldung, als Wert aller Baracken wurden 1,623.600 Schilling genannt.

⁴¹⁶ AStL, NS-Zeit, Sch. B 23 b.

⁴¹⁷ AStL, Gesundheitsamt, Totenbeschauschein bzw. biographische Angaben auf seinem Geburtseintrag im entsprechenden Mikrofilm im AStL, Pfarre St. Josef, 27.5.1895.

Lager im Bereich der Stadtgemeinde Linz, seltsamerweise aber auch mit mehr Betten als Dornachs ursprünglicher „Lagerzwilling“ Haid in Ansfelden: Für dieses damals immer noch städtische „Linzer“ Lager wurden dort nur 360 Betten gemeldet (im Juni 1943 hatte Lager Haid einen Sollbelegstand von 3.000).

Laut Meldung vom März 1945⁴¹⁸ hatte übrigens die **NSV-Großküche im Lager Dornach** eine Kapazität von 3.800-mal Eintopf (à ¾ Liter) und 8.400-mal Kaffee (à ½ Liter). (Am größten war laut jener Auflistung die Küche im Lager Haid mit 8.000-mal Eintopf und 15.600-mal Kaffee, die Küche im Lager Schlantendorf: 2.400-mal Eintopf und 3.300-mal Kaffee. (Siehe auch Kapitel 12 zur NSV-Großküche Auhof; da ging es durchwegs um Verpflegung von Arbeitskräften in Sachen Luftschutz inklusive Verpflegung obdachlos gewordener Personen).

Anfangs galt das Lager Dornach vielfach als „**Italienerlager**“, was von den drastischen Zahlen vom Oktober 1941 bestätigt wird (98,5% Italiener!). Laut Pfarrchronik von Sankt Magdalena trafen erst 1943/44 „im Lager Dornach neben den Italienern viele Polen als Werkarbeiter in der Stadt ein: Für selbe wurde jeden ersten Monatssonntag bis zum Zusammenbruch um 11h ein eigener Gottesdienst [...] eingeführt. Leider durfte polnisch nicht laut gebetet, gelesen und gesungen werden.“ Zumindest an Festtagen erklangen in der Pfarrkirche Sankt Magdalena „als Zwischenspiele [...] auf der Orgel Melodien polnischer Kirchenlieder.“⁴¹⁹

Für die Italiener von Lager Dornach war erst Kaplan Franz Zauner zuständig (der spätere Linzer Bischof), dann der italienische Priester Don Nesy, der eineinhalb Jahre lang im Pfarrhof von Sankt Magdalena wohnte. Nach dessen Abreise gab es für die Italiener im Lager Dornach „öfters Lagergottesdienste“.⁴²⁰ Dabei ist aber zu beachten, dass etwa laut einem Geheimdienstbericht des NS-Regimes bei einer festlichen Linzer Lagermesse für italienische Göringwerke-Arbeiter im Herbst 1942 sich von etwa 800 jener Gefolgschaftsmitglieder „nur 50 am Sakramentenempfang beteiligten“.⁴²¹

Mehr Details über die Menschen, die vom Lager Dornach aus, aber auch dort drinnen zwangseingesetzt wurden, werden aus dem Material des **Österreichischen Versöhnungsfonds** sichtbar. Hier Beispiele dazu:

Der 1922 geborene **Franzose André L.** wurde, wie ein großer Teil seiner Altersgenossen, vom zwangsweisen Arbeitsdienst „Service du travail obligatoire“ (STO) des französischen Kollaborations-Regimes erfasst, laut entsprechendem Ausweis gemäß Gesetz von Februar 1943 (ÖVF-Fall 46467). Von Juni 1943 bis Mai 1945 war er zwangseingesetzt bei der Baufirma Mayreder Kraus & Co. Die hatte laut Fernsprechbuch 1942 unter anderem die Baustellen „Hartmeyersiedlung“ an der Leonfeldner Straße und eine namenlose an der Freistädter Straße (außerdem auch etwa in den Göringwerken), laut Liste vom Juni 1943 eigene Firmenlager bei der Friedenskirche und in Kleinmünchen, wo damals gerade keine Franzosen waren. Im kleinen Lager bei der Friedenskirche in Urfahr waren damals durchwegs Tschechen.⁴²² Arbeitskräfte jener Firma waren aber eben auch im städtischen Lager Dornach.

Erst im Februar 1944 wurde für André L. vom Linzer Polizeipräsidenten⁴²³ ein auf zwei Jahre gültiger „Vorläufiger Fremdenpass“ mit „Aufenthaltserlaubnis für Stadtkreis Linz“ ausgestellt, Berufsangabe Hilfsarbeiter, laut französischem STO-Dokument war er „agriculteur“, also Landwirt. Im Februar 1945 wurde ihm ein „Lager-Ausweis“ von „Städtische Arbeiterlager, Lager Dornach“ ausgestellt, wo er aber wohl schon davor war (mit Stempel „F“ für Frankreich). Der Ausweis wäre eigentlich „bei Aufgabe der Lagerwohnung [...] dem Lagerführer abzuliefern“ gewesen, was aber bei Kriegsende offenbar nicht geschehen ist. Erhalten blieb auch sein

⁴¹⁸ ASTL, NS-Zeit, Sch. B 28 (Luftschutzplanung).

⁴¹⁹ Pfarrchronik, S. 6

⁴²⁰ Ebenda, S. 4. Franz Sales Zauner (1956-1980 Linzer Bischof) kümmerte sich damals auch um Kriegsgefangene im Bereich der Pfarre Sankt Magdalena, siehe Rafetseder 2001, S. 1249.

⁴²¹ Rafetseder 2001, S. 1136.

⁴²² Zur Mayreder & Kraus Baugesellschaft m.b.H. vgl. Rafetseder 2001, S. 1176, 1266 und 1268; Foto von zwei „Ostarbeiterinnen“ vom Oktober 1943 ebenda, S. 1145 und Auseinandersetzung 2005, S. 61. Das Linzer Büro der Firma war in Landstraße 24, Lohnbüro laut Fernsprechbuch 1942 in einer Baracke in der Gstöthenhofstraße, Lagerplatz bei Goethestraße 68, Linzer Firmengeschäftsführer war Dipl.Ing. Franz Dobner.

⁴²³ Nominell und auch laut Stempel eben der Präsident, nicht das Präsidium. Da galt eben das in Kapitel 4 beim „Oberbürgermeister“ erwähnte „Führerprinzip“.

Rückkehrdokument (Carte de Rapatrié, dort als Beruf Cultivateur, eben Landwirt); dort ist Linz als Ort der Zwangsarbeit seit Juni 1943 vermerkt.

Nach dem Krieg war André L. Mitglied in einem Verband ehemaliger ZwangsarbeiterInnen (Fédération Nationale des Victimes et Rescapés des Camps Nazis du Travail Forcé, Mitgliedsverein bei der Confédération Internationale des Deportés du Travail). Erst mit etwa 80 Jahren erhielt er über den Versöhnungsfonds eine Zahlung der Republik Österreich für seine zweijährige Zwangsarbeit bei Bauarbeiten in Linz, mit 2.543 Euro und 55 Cent⁴²⁴ allerdings eben nur Anerkennung, keine „Entschädigung“.

Der 1922 geborene **Slowene Roman C.** war von August 1943 bis Mai 1945 bei der Baufirma Fabigan & Feichtinger zwangseingesetzt, belegt durch „Pflichtversicherung als Arbeiter“. Er arbeitete offenbar beim Bau der Hartmayrsiedlung in Urfahr⁴²⁵ Untergebracht war auch er laut Eigenaussage im Lager Dornach; von seinem Lagerausweis gibt es im ÖVF-Akt keine Kopie. Nach dem Krieg wanderte Roman C. in die USA aus. Seine ÖVF-Zahlung ging an ErbInnen, da er vor Erhalt der Zahlung starb⁴²⁶ (ÖVF-Fall 37016).

Der 1914 in Wien geborene „Altösterreicher“ **Leon H.** wurde im Herbst 1943 als ethnischer **Pole** aus seiner damaligen polnischen (bzw. vom NS-Regime besetzten) Heimat nach Linz deportiert (ÖVF-Fall 36643). Auch für ihn hat sich ein offenbar erst nachträglich ausgestellter Dornacher Lagerausweis erhalten (datiert vom Juli 1944, mit Stempel „Polen“, Baracke 23/2; bei André L.'s Ausweis ist keine Baracke vermerkt). In Linz arbeitete er für einen offenbar gewerblichen Dienstgeber Johann G. „I was treated very badly“, so der später in die USA ausgewanderte Leon H.; er schreibt von „physical abuse. Johann G[...] hit me and caused permanent damage to my ear“. Laut Linzer Meldedaten (mehr dazu gleich) war er zeitweise auch in der Dornacher Lager-Infrastruktur beschäftigt.

Aus Antragslisten und Aktenprüfprotokollen des Versöhnungsfonds⁴²⁷ ergeben sich mindestens 18 weitere polnische Zwangsarbeiter, die im Lager Dornach waren (mit gewisser Dunkelziffer, da dort oft nur „Linz“ steht). Der Älteste von ihnen, der noch einen ÖVF-Antrag stellen konnte, war bei der Deportation nach Linz schon vierzig, der jüngste erst zehn Jahre und drei Monate alt (dann zwangseingesetzt offenbar direkt in städtischem Dienst). Vier kamen im Juli 1943 nach Linz, zwölf im August 1943, also eine markante Gruppe in kurzer Zeit, wobei die August-Fälle meist Anfang August 1943 begannen, nur zwei kamen später her (Juli und November 1944). Frauen sind dort keine dabei (mehr dazu gleich).

Hier die verfügbaren Daten jener 18 Polen aus ÖVF-Fällen, die 1943/45 im Lager Dornach untergebracht und für Linzer Interessen zwangseingesetzt waren. (Die Familiennamen müssen auch hier leider aus Datenschutzgründen fehlen).⁴²⁸

Andrzej B., geboren 1903, ÖVF-Fall PL U52692, August 1943 bis November 1944, Dienstgeber: Baumeister Ernst Hillbrand (Büro: Mozartstraße 43), hiesige Versicherungszeit endet tatsächlich schon im November 1944 (vermutlich wegen Krankheit oder Verletzung);

Andrzej K., geboren 1934 (!), ÖVF-Fall PL T06548, September 1944 bis Mai 1945, Dienstgeber: Magistrat Linz;

Antoni A., geboren 1925, ÖVF-Fall PL 356827, Juli 1943 bis Mai 1945, Dienstgeberin: Linzer Niederlassung der Stettiner Hoch- und Tiefbaufirma Klank & Gramberg GmbH (Büro: Landstraße 70);

Antoni S., geboren 1923, ÖVF-Fall PL 679762, August 1943 bis Mai 1945, Dienstgeberin: Baufirma Mayreder Kraus & Co (mehr dazu oben bei André L.);

⁴²⁴ Ursprünglich 35.000 Schilling, vgl. Rafetseder 2014, S. 85.

⁴²⁵ Vgl. Fernsprechbuch 1942, S. 14; Fabigan & Feichtinger hatte damals Telefonanschlüsse für Baustelle Hartmayrsiedlung I Baulos 12/13 bzw. Baustelle Hartmayrsiedlung II Baulos 42. Zentrale Schubertstraße 27.

⁴²⁶ Das war nur möglich, wenn der oder die Betroffene nach dem ÖVF-Stichtag starb; das war der 15.2.2000, vgl. Rafetseder 2014, S. 21 f.

⁴²⁷ Zu den polnischen Antragslisten vgl. Rafetseder 2014, S. 65 f., zu den Prüfprotokollen ebenda, S. 34, 59 f. und 63-65. Es waren zwar auch etwa mehrere Tschechen und UkrainerInnen für Mayreder Kraus & Co. in Linz zwangseingesetzt, aber da ist aus dem vorliegenden Material das Lager unklar.

⁴²⁸ Vgl. zu diesem Problem Rafetseder 2014, S. 54-59. Die polnischen Sonderzeichen wurden hier, analog zu den Antrags-Excellisten, weggelassen.

Boleslaw S., geboren 1923, ÖVF-Fall PL 229595, August 1943 bis Mai 1945, offenbar bei Fabigan & Feichtinger (mehr dazu oben bei Roman C.);

Bronislaw B., geboren 1925, ÖVF-Fall PL 727196, August 1943 bis Mai 1945, Dienstgeberin: Ferro-Betonit-Werke AG (Büro: Rudolfstraße 20)⁴²⁹;

Bronislaw K., geboren 1922, ÖVF-Fall PL 067304, August 1943 bis April 1945, Dienstgeber: Baumeister Julius Hecht (Büro: Klosterstraße 14);

Jan K., geboren 1921, ÖVF-Fall PL 132799, zumindest Juli 1944 bis Mai 1945 (von ihm ist ebenfalls ein Dornacher Lagerausweis erhalten geblieben, ausgestellt „24.7.1944“, was aber oft nachträglich geschah, siehe oben bei André L. und Leon H.);

Jan K., geboren 1923, ÖVF-Fall PL 217857, ab Juli 1943, vermutlich bis Kriegsende (Endmonat fehlt in der Antragsliste);

Jan P., geboren 1913, ÖVF-Fall PL 449199, August 1943 bis Jänner 1944 (dann entweder arbeitsunfähig oder anderswo zwangseingesetzt), Dienstgeber: Baumeister Julius Hecht (wie bei Bronislaw K.);

Jozef M., geboren 1926, ÖVF-Fall PL T14137, Juli 1943 bis August 1943, Bunkerbau, laut Eigenaussage durfte er wegen Gebets der Mutter nach Hause fahren, tatsächlich wohl eher wegen mangelnder körperlicher Eignung bzw. aus Gesundheitsgründen; er erhielt bis Kriegsende in der Heimat Gymnasialunterricht im Untergrund; die Deportation war hier, wie auch in anderen Fällen, zugleich Aussiedlung aus der Heimat wegen „germanischer“ Kolonisierung (was dann aber eben inkonsequent gehandhabt wurde);

Jozef N., geboren 1920, ÖVF-Fall PL 419870, August 1943 bis Mai 1945; Dienstgeber: erst Baumeister Karl Peters (Goethestraße 20), Oktober 1943 bis November 1944 „Oberbürgermeister“ bzw. Magistrat, dann unklare andere Firma;

Jozef P., geboren 1921, ÖVF-Fall PL 558983, August 1943 bis Mai 1945; Dienstgeberin: Baufirma Mayreder Kraus & Co (mehr dazu oben bei André L.);

Mieczyslaw F., geboren 1913, ÖVF-Fall PL 066549, August 1943 bis Mai 1945;

Mieczyslaw M., geboren 1914, ÖVF-Fall PL 123375, August 1943 bis Jänner 1944, Beginn im Zuge einer Massendeportation aus Partisanengebiet, hier Bunkerbau, offenbar wie ein Zeuge für ihn bei Baufirma Mayreder Kraus & Co (vgl. oben bei André L.), wegen schlechter Gesundheit bzw. Arbeitsunfähigkeit nach einem halben Jahr nach Hause geschickt;

Wladyslaw B., geboren 1920, ÖVF-Fall PL 266034, August 1943 bis Mai 1945;

Wladyslaw K., geboren 1928, ÖVF-Fall PL 734835, Juli 1943 bis März 1944, frühes Einsatzende auch bei ihm offenbar aus Gesundheitsgründen.

Der 1917 geborene **Italiener**⁴³⁰ **Mario A.** war im Oktober 1943 im Komplex des KZ Dachau in dessen Zusatzfunktion als Durchgangslager, ohne KZ-Registrierung; diese Durchgangsstation weist aber doch eher auf spezielle politische Verfolgung hin, und nicht auf bloße Arbeitskräfte-Beschaffung (ÖVF-Fall 136557). Diese Deportation erfolgte im Kontext des (ersten) Sturzes Mussolinis durch die Badoglio-Regierung samt deren Seitenwechsel zu den Alliierten. Das hatte zur Folge, dass auch bereits in Österreich als eher „normale“ Arbeitskräfte anwesende ItalienerInnen zu ZwangsarbeiterInnen im Sinne des Versöhnungsfonds wurden. Im November 1943 kam Mario A. nach Linz, wo er für die Elektrobau-AG, in deren Kontext offenbar auch etwa im Bereich der Göringwerke zwangseingesetzt war.⁴³¹

Sowohl im Betrieb als auch im Lager Dornach sei die Behandlung unmenschlich gewesen: karge Nahrung, keinerlei medizinische Hilfe [was so nicht stimmen dürfte, mehr dazu gleich], schwere und sehr sadistische Bestrafungen für Nichtigkeiten.⁴³² Am Schluss seines Einsatzes habe Mario A. bei 1,80 Körpergröße angeblich nur 38 Kilogramm gewogen. Heim durfte er deshalb, weil er beim ersten Luftangriff auf Linz am 25. Juli 1944 einen Schädelbasisbruch erlitt. Das hatte Teilinvalidität zur Folge, für die er ab 1977 eine kleine italienische Opferrente bekam. Dazu kam dann 2004 eine eher symbolische Zahlung aus Österreich über 2.543 Euro und 55 Cent (der gleiche Betrag wie für die eben erwähnten Polen).

⁴²⁹ Zu Ferro-Betonit im „Ausländereinsatz“-Kontext vgl. Rafetseder 2001, S. 1167 f., 1201 und 1250.

⁴³⁰ Mehr Italiener können hier deshalb nicht präsentiert werden, weil die Individualanträge direkt via ÖVF nicht so gut aufbereitet sind wie die Anträge via polnischer Partnerorganisation; vgl. Rafetseder 2014, S. 61 ff.

⁴³¹ Zu dieser Firma vgl. Rafetseder 2010 b, S. 981-985, dort auf S. 982 f. auch kurz zu Mario A.

⁴³² „Il trattamento, sia in fabbrica che al lager era disumano: cibo scarso, nessuna assistenza medica, gravi punizioni, le piu sadiche, anche per un nonnulla“ (so seine eigene Schilderung im Akt).

Im Lager Dornach war auch etwa der 1925 geborene Italiener Silvio C. (ÖVF-Fall 84437); er ist dort einer von wenigen Fällen, die aus den bloßen Antragslisten für die ÖVF-Komitee-Sitzungen⁴³³ für unseren Kontext ersichtlich sind.

Ein kleiner Teil der Italiener und auch Angehörige anderer Nationen aus dem Lager Dornach der NS-Zeit (insgesamt rund 380 Personen) sind auch aus **Linzer Meldedaten** erfassbar,⁴³⁴ was hier nur für das „Lager Auhof“ (bzw. „Umsiedlerlager“) genauer ausgewertet wurde (siehe Kapitel 15). Für das Lager Dornach sind dort auch mehrere Lagerwärter (wie der Pole Martin Ludyan) bzw. Barackenwärter (wie der Italiener Domenico Tordi) auffindbar. Jene Daten sind auch eine exzellente Quelle zum Thema Frauen im Lager Dornach, mehr dazu gleich.

In städtischen Archivquellen sind für das Lager Dornach auch etwa mehrere Arbeitskräfte aus **Griechenland** nachweisbar. Zwei von denen machten im Februar 1945 disziplinäre Probleme, wo dann von der Lagerverwaltung Dornach mit „Anzeige bei der Polizei“ gedroht wurde.⁴³⁵ Das entsprach dem schlechten Ruf, den griechische Arbeitskräfte damals auch in Linz hatten.⁴³⁶ Einzelne von ihnen kommen auch in den erwähnten Meldedaten vor, so etwa der 1925 geborene Joannis Weloglu, der im Februar 1945 nur zwei Wochen im Lager Dornach war, vorher und nachher in anderen Linzer Lagern.

Mehr zum Lager Dornach im Kontext des Luftkriegs ist in Kapitel 17 zu lesen, auch über zumindest einen Ende 1944 dort nachweisbaren **Russen** bzw. „Ostarbeiter“. Dabei wurde allerdings Dornach nur im Dezember 1944 direkt getroffen. Mario A. muss im Juli 1944 auf seinem Arbeitsplatz auf irgendeiner Baustelle so schwer verletzt worden sein, vermutlich im Umfeld der Göringwerke, die damals erstes Hauptziel waren.

Bei Kriegsende Mai 1945 übernahmen US-Truppen die Verwaltung des Lagers. Die durch **US-„Einwirkung“** dabei entstandenen **Schäden** bezifferte der Magistrat im Mai 1949 mit rund 800.000 Schilling.⁴³⁷ Dabei hätten die US-Militärs „6 Baracken vollständig abgetragen“ und „das gesamte Inventar des Lagers entfernt“.⁴³⁸ Eine detaillierte Schilderung der Magistratsabteilung Städtische Arbeiterlager vom 13. Juli 1945 nennt auch umfangreiche Demontagen durch Lagerinsassen; 3.000 Garnituren Bettwäsche wurden teilweise von US-Instanzen in andere Lager gebracht, ebenso war offenbar etliches anderes Inventar „zur Errichtung eines neuen Lagers“ der US-Truppen benötigt worden. Wenn es aber dort etwa heißt, „die lagereigenen Pferde sowie 2 Wagen“ seien „von Polen gestohlen“ worden, war das wohl schon damals ein fragwürdiges Stereotyp.⁴³⁹

Jenes Lager „verblieb bis zur Abtretung des Mühlviertels an die russische Besatzungsmacht“ in US-Verwaltung.⁴⁴⁰ Die am 1. August in der Kaserne Auhof eingerückten Sowjettruppen nutzten das Lager Dornach offenbar nicht mehr.

Im Kontext der auf 1945 bezogenen Schadensmeldung vom Mai 1949 entstand im März 1949 eine detaillierte Inventarliste des Lagers Dornach, die offenbar den Stand bei Kriegsende, bei Ankunft der US-Truppen, rekonstruierte: 313 „Abortmuscheln“, 1.838 „Kaffeehäuferln“, etc., auch etwa 29 Küchenschürzen für Männer und 15 Küchenschürzen für Frauen (erstere etwas teurer). Das ist also ein klarer Hinweis auf **Frauen im Lager Dornach** bei Kriegsende, wenngleich offenbar nur in der Lager-Infrastruktur. Frauen etwa als Köchinnen waren eben auch in „Männerlagern“ möglich. Am Schluss jener Liste wird noch „teilweise Einrichtung einer Sanitätsabteilung“ als Schadensfall gemeldet; die Aussage von Mario A., dass es dort keinerlei medizinische Betreuung gegeben hätte, ist also wohl nicht ganz zutreffend.⁴⁴¹

⁴³³ Zu diesen Komiteelisten des ÖVF vgl. Rafetseder 2014, S. 74 f.

⁴³⁴ AStL, Archiv-Informationssystem [Suche nach „Lager AND Dornach“].

⁴³⁵ AStL, NS-Zeit, Sch. B 36, Faszikel Kommunale Betriebe.

⁴³⁶ Vgl. Rafetseder 2001, S. 1158 f.

⁴³⁷ AStL, Besatzungsamt, Sch. B 55 (Baracken 176.000, Inventar 623.077,54), Schreiben des Magistrats an die Finanzlandesdirektion Linz, U.S.F.A. Zahlstelle (also eben für durch die US-Truppen verursachten Schäden); „Vorarbeiten und Erhebungen“ seien „so umfangreich und zeitraubend“ gewesen, dass man dafür fast vier Jahre gebraucht hatte. Für das Lager Schlantenfeld wurden über zwei Millionen Schilling an Schäden gemeldet.

⁴³⁸ AStL, Besatzungsamt, Sch. 55, Schreiben der städtischen Lagerverwaltung 6.5.1949.

⁴³⁹ Ebenda, Bericht der städtischen Lagerverwaltung 13.7.1945.

⁴⁴⁰ Ebenda.

⁴⁴¹ AStL, Besatzungsamt, Sch. 55.

Namen zu den Dornacher Frauen-Küchenschürzen finden wir in **Linzer Meldedaten**⁴⁴²: Die 1914 geborene **Anna Semenjuk**, „Nationalität unsicher“, offenbar ukrainische Zwangsarbeiterin, Mutter eines Kindes, keine Angabe zu einem Ehepartner, wohnte vom 3. August 1942 bis 31. März 1943 im „Lager Auhof“, offenbar im „Umsiedlerlager“. Danach war sie vermutlich in einem „Ostarbeiterinnen“-Lager, wo städtisches Meldewesen überhaupt keine Rolle spielte, es gibt keinen Versöhnungsfonds-Antrag von ihr, „Arbeitsort Lager Dornach, Küchenhilfe“, Stundenlohn 54 Reichspfennig (von dem ihr aber sicher fast alles aus verschiedenen Gründen abgezogen wurde: Kosten für die diskriminierenden „Ost“-Abzeichen, Zwangsbeiträge zum „Ostarbeiter-sparen“, etc.).⁴⁴³ Die im selben „Lager Auhof“ untergebrachten Italiener waren meist mit 86 bzw. mindestens 67 Reichspfennig pro Stunde eingestuft (siehe Kapitel 15). Die bei Frauen übliche Einstufung mit 54 Reichspfennig Stundenlohn entsprach genau der Kriegsgefangenen-Arbeitsstunde, die damals Firmen an die Wehrmacht oder auch etwa die Stadt an Firmen zu zahlen hatten (siehe Kapitel 14)...

Gleich niedrig eingestuft waren auch die **anderen Frauen mit Arbeitsort Lager Dornach**, die in den Meldedaten der Stadt Linz vorkommen: So die „Galizianerinnen“⁴⁴⁴ **„Annastia Kazedan“** (richtiger wohl Anastasia, Hilfsarbeiterin) und **Anna Lakoma** (Küchengehilfin), die Polin **Maria Badowska** (Bedienerin) und die „Ostarbeiterin“ **Womara Omenjuk** aus der Sojetunion (Hilfsarbeiterin).

Jene vier Arbeiterinnen der Dornacher Lager-Infrastruktur wohnten ausdrücklich auch im Lager Dornach (im Unterschied zu Anna Semenjuk). Im Lager Dornach muss es also wenigstens zeitweise auch einen eigenen **Unterbringungsbereich für Frauen** gegeben haben. Dort gearbeitet, aber auswärts gewohnt hatten auch die „Ostarbeiterinnen“ **Maria Kowaltschuk** und **Maria Pawlowa**, untergebracht im Ostarbeiterinnenlager Rudolfstraße 84.⁴⁴⁵ Die im Lager Dornach als „Bedienerin“ arbeitende und dort auch untergebrachte Polin **Elisabeth Kollejewska** wurde laut Meldedaten im Jänner 1945 „aus gesundheitlichen Gründen entlassen“. Auswärts wohnten zwei im Lager Dornach arbeitende „Reichsdeutsche“ und eine Südtirolerin. Diese drei waren aber, im Unterschied zu den hier namentlich erwähnten Frauen, offenbar keine Zwangsarbeiterinnen. (Für keine der genannten Frauen war ein passender ÖVF-Fall zu finden, zu einem Fall aber ein in Linz geborenes Kind).

Nach 1945 waren für manche neu zugezogenen BewohnerInnen Dornachs vom Hörensagen her offenbar die letzten Spuren des Lagers Dornach „Fundamente von den Baracken der ehemaligen Kriegsgefangenen, die die SS-Baracken bauen mussten“.⁴⁴⁶ Vermischung mit dem Lager des Heeres nördlich der Kaserne erfolgte auch etwa da, wo ein Foto aus diesem Lager fälschlich als Foto aus dem Lager Dornach bezeichnet wurde.⁴⁴⁷

Zu den **Überschneidungen des Lagers Dornach mit JKU-Gelände** laut Grundbuch: Hier geht es um die jetzige JKU-Liegenschaft EZ 1801 der KG Katzbach (mehr Details dazu in Kapitel 20), 1980 neu angelegt unter anderem für die damals noch formell als „**Barackenlager-Acker**“ bezeichnete Parzelle 750/2, jetzt integriert in eine große Parzelle 750/3 bis knapp an das Biologiezentrum und die heutigen Gebäude südlich davon heran. Ein Abgleich des aktuellen Luftbilds jener JKU-Parzelle mit den Abbildungen 6 und 8 zeigt, dass die heutige **JKU-eigene Grünfläche** im Westen **Überschneidungen mit dem einstigen Barackenbereich** des Lagers Dornach aufweist.⁴⁴⁸

⁴⁴² AStL, Archiv-Informationssystem. Vor allem bei den ukrainischen Anträgen an den ÖVF gibt es zwar etliche frühere und jetzige Semenjuks, aber weder dort noch bei den belarussischen oder russischen Anträgen eine 1914 geborene und auch kein potentielles Kind der hier Zitierten (letzteres eventuell bei den Individualanträgen). Da die Betroffene aber in einer öffentlich zugänglichen Quelle genannt ist, braucht sie auch hier nicht abgekürzt zu werden (bestätigt durch Auskunft vom AStL-Lesesaaldienst).

⁴⁴³ Zum damaligen Lohnsystem vgl. Rafetseder 2001, S. 1223, zu Lohnabzügen etwa Rafetseder 2014, S. 227 (für „Ost“-Zeichen) und S. 262 f. („Ostarbeitersparen“).

⁴⁴⁴ Zum (keineswegs konsequent gehandhabten) Sonderstatus des „Distrikts Galizien“ bei Menschen aus Polen vgl. Rafetseder 2001, S. 1139 und Rafetseder 2014, S. 233-235.

⁴⁴⁵ Zu diesem Lager am Westrand von Urfahr vgl. Rafetseder 2001, S. 1139, 1167, 1174 (Lagerführerin Berta Brandstätter), 1184 und 1269.

⁴⁴⁶ Rohrhofer 2009, S. 65.

⁴⁴⁷ Neunteufel 2003, S. 138.

⁴⁴⁸ Die Darstellung von 1962 in Abb. 10 ist da irreführend; zur EZ 1801 der JKU gehört jetzt auch der Bereich westlich der dortigen Parzelle 762/2. Um den heutigen Stand der JKU-eigenen Parzelle 750/3 zu sehen, genügt ein Blick in

Jene ehemalige Parzelle 750/2 wurde 1980 aus dem Bereich der Liegenschaft EZ 69 der KG Katzbach verkauft, dem Anwesen Bräuerhof (auch Proyergut⁴⁴⁹) Dornach 3 und 9 (ehemaliges Hauptgebäude Ecke Freistädter Straße und Johann Wilhelm Kleinstraße). Das gehörte, wie schon zur NS-Zeit, der hier mehrfach erwähnten Familie Seidl. Die hatte ja zeitweise den westlich der Altenberger Straße gelegenen Teil des Kasernengeländes gepachtet, und spielte eine Nebenrolle im dortigen Skandal um ausgerissene Heeres-Grenzsteine (siehe Kapitel 15). Jene Pacht war ein Ausgleich für den zwangsweisen Verkauf von mehr als vier Hektar Land im Kasernengelände. Größere Bereiche des Lagers Dornach gehörten freilich anderen Familien, teilweise auch der Stadt Linz, siehe Kapitel 19.

Auch hier wurde die „Kulturänderung durch die Errichtung des Barackenlagers“ der Parzelle 750/2 per Anmeldebogen von 1948 erst im März 1950 auf „**Barackenlager - Acker**“ geändert (wobei erst die Urparzelle 750 in 750/1, 750/2 und 750/3 geteilt wurde, die Teile 1 und 3 aber ohne Barackenlager-Zusatz). Das war hier also ähnlich nachträglich wie beim Heereslager und beim Umsiedlerlager (siehe Kapitel 10 und 15).

www.doris.ooe.gv.at, dann via Karten - Basiskarten - Kataster, rechts oben „45214 AND 750/3“ eingeben (45214 ist die Nummer der KG Katzbach).

⁴⁴⁹ Diese Schreibweise laut Neunteufel 2003, S. 125, Bräuergut laut Grundbuch; die dortigen Hausnamen stimmen eben oft nicht mit den ortsüblichen Schreibweisen überein, was mit der Entstehungsgeschichte des Grundbuchs zu tun hat.

17. Auhof und Dornach während des Luftkriegs

Luftschutz war in Linz schon früh ein Thema. Schon im Monat nach dem deutschen Überfall auf Polen: Am 18. Oktober 1939 demonstrierten zehn Feuerwehrfrauen (!) samt Gasmaske und Stahlhelm am Hinsenkampplatz vor Publikum richtiges Verhalten bei verschiedenen Bombenarten. Ein halbes Jahr später empfahl sich eine Linzer Baufirma für die „Ausführung von gas- und bombensicheren Luftschutzräumen“. ⁴⁵⁰ In Kapitel 6 war auch bereits vom Streit um Luftschutzsperrzonen rund um militärische Anlagen die Rede, die von ziviler Verbauung freibleiben sollten; das betraf eben auch Bauprojekte im Raum Auhof und Dornach.

Eine Planung des städtischen Amtes für Luftschutz vom 9. Dezember 1942 sah für unseren Bereich eine spezielle Rolle vor: Ohne Anforderung, automatisch nach Entwarnung, sollten die „Führer“ des Lagers Dornach, des Kriegsgefangenenlager Schlantendorf (also Lagerteil II) und des Lagers Kleinmünchen „je 5 Arbeitstrupp[s] zu je 50 Arbeitern zusammen“ stellen, und zu fünf Sammelplätzen in Marsch setzen, nördlich der Donau zum „Kaiserkrone-Versorgungshaus Freistädter Straße“. Die Leute würde dort dann „vom Depotleiter des Depots Bauhof Urfahr zur Arbeit eingeteilt“. ⁴⁵¹

Erste **Fliegeralarme** hatte es in Linz schon im Oktober 1940 und im März 1942 gegeben, dann häufiger vor allem ab August 1943. ⁴⁵² Der erste tatsächliche Luftangriff alliierter Bomber traf Linz dann erst am 25. Juli 1944. Da war zwar der in Kapitel 16 erwähnte Mario A. aus dem Lager Dornach betroffen, nicht aber die Bereiche Auhof und Dornach selbst. Trotzdem war auch eine Frau aus dem „Lager Auhof Volksdeutsche Mittelstelle“ unter den Toten jenes Angriffs: die Reichsdeutsche (keine „Umsiedlerin“) Maria Landsmann, geboren 1908, Spülerin. Das Lager war zwar anscheinend ihr Arbeitsort, sie wurde aber sicher nicht dort tödlich verletzt. Nach dem Angriff verletzt ins Lazarett der Göringwerke eingeliefert wurde auch der 1886 geborene Hilfsarbeiter Josef Woda, wohnhaft im „Lager Auhof“, leicht verletzt offenbar im Kontext seiner Arbeit beim Göringwerke-Maschinenbau. ⁴⁵³

Vom **Februar 1944** stammt ein detaillierter Plan des Heeresbauamtes Linz über die **Löschwasserversorgung der Infanteriekaserne**, samt Baracken des Lagers nördlich der Kasernentrakte. ⁴⁵⁴ Die Leitungen stellen anscheinend den Ist-Zustand dar, keine bloße Planung. Im geplanten Sportgelände ist dort ein Löschwasserteich zu sehen, faktisch als Löschteich ist auch der „Schlossteich“ dargestellt (samt Verweis auf „zwei kleine Teiche“ nördlich des Schlosses, inklusive dem in Kapitel 9 erwähnten Moarteich). Ein rotes Kreuz im Bereich der heutigen Autobusschleife kennzeichnet den Anschluss an die Wasserversorgung des Schlosses. Die Hauptwasserzuleitung war aber weiter südlich, nahe der heutigen Südspitze des JKU-Geländes. In der Südwestecke des Lagergeländes nördlich der Kaserne ist ein Brunnen vermerkt, also in heutigem Science Park-Wiesengelände.

Einige der damals sicher bestehenden Baracken im Südbereich fehlen dort seltsamerweise, vermutlich deshalb, weil sie keinen Wasseranschluss hatten. Die noch heute bestehenden Kasernenbauteile südlich davon sind übrigens mit 1 (der dreitraktige Bau an der Altenberger Straße), 5, 6, 7, 8 und 9 bezeichnet. Das schaut dort so aus, als ob die Existenz der Trakte 2, 3 und 4 sowie weiterer Kasernentrakte nur eine Frage kurzer Zeit sei. Die geplanten Bauteile im Süden sind dort auch alle eingezeichnet, aber ohne Nummerierung (so wie im Plan von Anfang 1943, Abbildung 7). Das in Kapitel 19 erwähnte Wirtschaftsgebäude der Kaserne im Südosten hatte auf jenem Plan von Februar 1944 keine Nummer. Außerdem waren auf jenem Plan noch drei Baracken südwestlich jenes Wirtschaftsgebäudes mit Wasseranschluss vermerkt, also weit weg vom eigentlichen Lager im Norden, wie die dortigen Baracken samt Wirtschaftsbaracke ohne

⁴⁵⁰ Rafetseder 2001, S. 1250; vgl. ebenda eigenes Luftschutz-Kapitel S. 1250-1258.

⁴⁵¹ AStL, NS-Zeit, Sch. B 29. Gasthaus zur Kaiserkrone: laut Adressbuch 1940, S. 101 in Freistädter Straße 1.

⁴⁵² Auflistung in AStL, NS-Zeit, Sch. B 34.

⁴⁵³ AStL, NS-Zeit, Sch. B 32. Der erwähnte Mario A. aus dem Lager Dornach wurde eben nicht im Göringwerke-Lazarett, sondern in einem anderen Krankenhaus versorgt.

⁴⁵⁴ OÖLA, NSV, Sch. 72.

Nummer. (Am Kanalisationsplan von 1941 gab es jene drei momentan unklaren Bauteile im Süden noch nicht, siehe Kapitel 6).

Allerdings bricht in jenen Kasernen-Löschwasserplan vom Februar 1944 in den südlichen Bauteilen dann doch die Realität ein: Quer über einen fiktiven (nie verwirklichten) Kasernentrakt ist eine große „Wassergrube“ eingezeichnet, die eben real und als Löschteich relevant war. Das war genau eine der Schottergruben, die von der SS 1938 mitgekauft und dann dem Heer übergeben wurden (aus Willnauer-Besitz, Parzelle 871⁴⁵⁵).

Im **zivilen Plan der Löschwasserversorgung vom August 1944** sind mehrere im Plan vom Februar fehlenden Baracken vermerkt (siehe Abbildung 8). Dafür wurde dort von ziviler Seite her so getan, als ob die Wasserversorgung an der Südwestgrenze des Gemeinschaftslagers endet, und dort drinnen keine Leitungen wären. Dem war aber laut Plan vom Februar 1944 eben nicht so. Sehr wohl ist am Plan vom August 1944 aber derselbe Löschwasserteich im Nordosten der Kasernentrakte eingezeichnet, mit dem Hinweis auf 1.500 Kubikmeter, derselben Kapazität wie der Moarteich nördlich des Schlosses. Beim Schlossteich ist dort keine Kapazität vermerkt (der Plan vom Februar 1944 verzichtete ganz auf Kapazitätsangaben). Im Plan vom August 1944 fehlt auch jeglicher Hinweis auf die geplanten südlichen Kasernentrakte, die im heereseigenen Löschwasserplan vom Februar 1944 fast wie bestehende Rohbauten wirken.

Die blauen Kreise mit Spitz oben darauf bezeichnen in Abbildung 8 übrigens Überflurhydranten, blaue Kreise ohne Zusatz zeigen Unterflurhydranten an. Die rote Markierung zwischen dem Lager Dornach und dem „Umsiedlerlager“ betrifft Staustellen im Abwasserkanal, die Schraffierung am Südrand des Schlossteichs bedeutet eine Entnahmestelle an offenem Gewässer bzw. eine Anfahrtsstelle für Feuerlöschfahrzeuge (so die Zeichenerklärung zum Linz-Plan 1944).

Es ist übrigens seltsam, dass im heereseigenen Löschwasserplan vom Februar 1944 auch Leitungen im Lagerbereich samt Anschluss an Schloss Auhof dargestellt sind, die im zivilen „Löschwasserversorgungsplan“ vom August 1944 fehlen. Außerdem fehlen eben auf jenem Heereslöschplan, wie erwähnt, mehrere der damals existierenden Baracken. Zumindest bezüglich der Löschwasserversorgung scheint dieser Plan aber doch auf einen Ist-Zustand abzielen.

Der **erste Luftangriff**, der den Raum **Auhof und Dornach** spürbar traf, fand am **9. Dezember 1944** statt. Laut Pfarrchronik von Sankt Magdalena fielen damals im Raum Schlantenfeld „ganze Bombenketten“ (Auhof und Dornach werden dort nicht genannt).⁴⁵⁶ Noch auf einem Luftbild vom Mai 1945 sind im Norden des Schlantenfeld-Doppellagers Einschlagkrater zu sehen (siehe Abbildung 9).

Das Doppellager Schlantenfeld wurde dabei fast total zerstört („Totalschaden“ bei 26 Baracken). Es gab aber dort nur fünf Tote, weil wohl fast alle außerhalb auf Arbeitseinsatz waren (Bunker gab es dort jedenfalls keine). Einer dieser Toten war ein Wehrmachts-Soldat von einem Landesschützenbataillon, der dort offenbar als Wachpersonal tätig war.⁴⁵⁷

Laut Lagemeldung des städtischen Amtes für Luftschutz wurden von den dortigen rund tausend Lagerinsassen 500 provisorisch im Lager Dornach untergebracht (die übrigen in den ebenfalls „städtischen“ Linzer Lagern Haid, Kleinmünchen, Traun, zwei davon also eigentlich exterritorial). Das Lager Dornach selbst „erhielt einen Volltreffer“, wobei Baracke Nr. 17 schwer beschädigt wurde, hundert Lagerfenster waren zertrümmert. 160 Lagerinsassen der Baracke 17 wurden „im eigenen Lager umgesiedelt“. „Personenverluste sind keine“. Damit sehen wir also, wie viele Menschen in so einer Baracke untergebracht waren.

Außerdem habe es „4 Volltreffer“ knapp „östlich und nördlich sowie westlich“ des Lagers Dornach gegeben, Fensterschäden außerdem am „Mütterheim“ (also dem in Kapitel 16 behandelten Bau nördlich des Lagers). Außer für jenes Mütterheim wurden damals für 23 Wohnhäuser der Ortschaft Dornach leichte Schäden gemeldet.

⁴⁵⁵ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 2, Beilage zu Vertrag Nr. 8 mit Franz und Theresia Willnauer, Furth 10. Siehe auch Kapitel 4 zu zwei anderen Schottergruben im südlichen Bereich des Geländes.

⁴⁵⁶ Pfarrchronik, S. 5

⁴⁵⁷ ASTL, NS-Zeit, Sch. B 32 (von dort auch die folgenden Schadensmeldungen zum 9.12.1944) bzw. Militärmatrik, 9.12.1944, Emil Hauk, Todeszeitpunkt 11 Uhr 45, der Angriff war also um Mittag.

Bei der Gesamtschadensmeldung über jenen Angriff wurden auch „leichte Schäden“ am Schloss Auhof gemeldet, mit Bezeichnung „Gauselbstverwaltung“ (diese Behörde hatte dort eben ihre Büros, siehe Kapitel 9 und 10), „64 Fenstertaf[eln]“ waren dort kaputt. In der Auhofkaserne gab es zwei kaputte Fenstertafeln und Dachschaden an der Waffenmeisterei, also auch nichts Gravierendes; weitere Treffer im Bereich jener Kaserne gab es offenbar auch später nicht mehr.⁴⁵⁸ Im „Umsiedlerlager Dornach“ (soll heißen Auhof) gab es „Dach- und Plafondschäden“, ebenso in einer Kanzleibaracke der Firma Kunz in Auhof. Wo genau die war, ist unklar, anscheinend war das eine auswärtige Firma.

Beim Angriff vom **27. Dezember 1944**⁴⁵⁹ starben je ein Insasse des (Umsiedler-)“Lagers Auhof“ und des Lagers Dornach irgendwo auswärts: Der 1891 geborene Volksdeutsche Isidor Janinis (begraben am Friedhof Sankt Magdalena) aus Auhof, der 1922 geborene „Russe“ **Nikolai Portnenko** (begraben am „**Friedhof Wegscheid**“) aus dem Lager Dornach. „Wegscheid“ war der neue Linzer Stadtfriedhof Süd⁴⁶⁰, der heutige Linzer „Stadtfriedhof St. Martin/Traun“. Dort wurden schon ab Juli 1944 Bombenopfer bestattet, 1957 entstand dort ein Denkmal für alle Linzer Bombentoten.⁴⁶¹ Jene Meldung zu Portnenko ist ein wichtiger Beleg dafür, dass Ende 1944 auch „**Ostarbeiter**“ bzw. sowjetrussische „Zivilgefangene“⁴⁶² **im Lager Dornach** waren (was eben im Juni 1943 nicht der Fall war).

Beim Luftangriff vom 8. Jänner 1945⁴⁶³ starb aus dem „Lager Auhof“ der 1922 geborene **Tscheche** Stanislav Masak irgendwo auswärts, begraben ebenfalls in „Wegscheid“. Auch hier ist „Lager Auhof“ ohne Zusatz wohl das Umsiedlerlager in seinen offenbar vielfältigen Funktionen. Bei jenem Angriff starben auch viele „russische Kriegsgefangene“, durchwegs mit „Wohnadresse“ Arbeitskommando C 754 bei der Schiffswerft, alle dann begraben am Friedhof „Wegscheid“. Die waren also zumindest nicht im Heereslager Auhof untergebracht. Desinfiziert werden sie wohl schon eher an der Muldenstraße worden sein (siehe Kapitel 14). Bei TschechInnen war aus Versöhnungsfonds-Sicht „Zwangsarbeits“-Charakter meist zumindest nach dem Heydrich-Attentat von 1942 gegeben.⁴⁶⁴

Beim Angriff vom **18. Februar 1945** starb irgendwo im Stadtgebiet der in „**Lin, Auhofkaserne**“ wohnhafte deutsche Soldat Herbert Rozbaud, Jahrgang 1922; er ist sowohl in der städtischen Verlustmeldung als auch in der Militärmatrik verzeichnet. Begraben wurde er am Barbarafriedhof.⁴⁶⁵

Beim Luftangriff vom **25. Februar 1945** starben je ein Insasse von „Lager Auhof“ und Lager Dornach: In ersterem der 1914 geborene Tscheche Adalbert Lovzik, in letzterem der 1909 geborene Italiener Angelo Cartolane, beide begraben in „Wegscheid“.⁴⁶⁶

Schließlich starb beim letzten großen Luftangriff auf Linz am **25. April 1945** der ausdrücklich als solcher deklarierte „Volksdeutsche“ Leonhard Biblmayr aus dem „Lager Auhof“, Jahrgang 1912, begraben am Friedhof „Wegscheid“.⁴⁶⁷ Beim selben Angriff starb auch der italienische

⁴⁵⁸ In jener Kaserne war damals der Vater des Buchautors Manfred Carrington eingerückt (Felix Seyrl, Jahrgang 1927); der schilderte später die damaligen Schäden als viel gravierender. Dem Rekruten, der dort zur Ausbildung war, sei übrigens damals die Existenz der nahen Lager gar nicht bewusst gewesen (so telefonische Mitteilung dessen Sohnes vom 22.6.2016). Dass es in der Kaserne nur leichte Schäden gab, bestätigt ein detaillierter Abschlussbericht über alle Angriffe in AStL, NS-Zeit, Sch. B 29 c (ausdrücklich auch die getroffenen militärischen Bereiche auflistend).

⁴⁵⁹ Bericht dazu: AStL, NS-Zeit, Sch. B 32.

⁴⁶⁰ Vgl. Kapitel 5 zur Parallelplanung Linz-Nord in Plesching.

⁴⁶¹ Vgl. www.linz.at/archiv/denkmal/Default.asp?action=denkmaldetail&id=2601. Angrenzend gab es ab 1948 eine allgemeine Gedenkstätte für „Opfer einer leidvollen Zeit“, daneben ab 2008 eine Gedenkstätte für 1.399 dort bestattete KZ-Tote, vgl. <http://www.linz.at/archiv/denkmal/Default.asp?action=denkmaldetail&id=2551>

⁴⁶² Zu diesem Ausdruck für „normale“ ZwangsarbeiterInnen aus der Sowjetunion vgl. Rafetseder 2001, S. 1147, 1153, 1227 und 1228.

⁴⁶³ Bericht dazu: AStL, NS-Zeit, Sch. B 33.

⁴⁶⁴ Vgl. Rafetseder 2001, S. 1129-1132 (Attentat in Prag 27.5.1942, Tod: 4.6.1942); vgl. auch Rafetseder 2014, S. 137 („Heydrichiade“) und 174.

⁴⁶⁵ Bericht dazu AStL, NS-Zeit, Sch. B 33 (dort „Rozband“, aber in der Militärmatrik eindeutig mit damals über u zu findendem Strich). In der Gräbersuche auf <http://www.volksbund.de> fehlt er (Abfrage 30.6.2016).

⁴⁶⁶ AStL, NS-Zeit, Sch. B 33.

⁴⁶⁷ Ebenda.

Militärinternierte Pietro Baribin, mit Wohnortangabe „Linz Stalag“, wo auch immer jenes Gefangenen-„Stammlager“ war.⁴⁶⁸

Im Jänner 1945 hatte es übrigens noch eine Luftschutz-Planung für einen „**Stollen Auhof**“ gegeben: für 1200 Personen mit Vermerk „vorgenehmigt, bei Wehrmachtshilfe vergrößert“. Das war vermutlich eher im Bereich des Abhanges der in Kapitel 8 erwähnten (heereseigenen) Ausbuchtung von Parzelle 1807 vorgesehen, vielleicht aber auch nördlich des Schlosses, wurde aber offenbar nie verwirklicht. Über einen angedachten „Stollen Dornach“ hieß es damals „entfällt dzt.“ (also derzeit).⁴⁶⁹

„Wehrmachtshilfe“ bezog sich offenbar auf Soldaten aus der Infanteriekaserne Auhof, die ja zeitweise als Ausbildungsstätte auch in der Kriegszeit relevant war. Entsprechende Hilfe der Wehrmacht in Sachen Luftschutz war auch bereits im Jahr davor erwünscht: In einer wohl bereits älteren Auflistung der Kriminalpolizei Linz über „Maßnahmen zur Erfassung abwandernder ausländischer Arbeitskräfte nach Luftangriffen“ mit Stand Februar 1944 wurde auch eine „**Sperrstelle bzw. Auffangstelle**“ an der Altenberger Straße „bei Auhof“ bestätigt. Bei anderen Sperren waren Schutzpolizei und Stadtwacht bzw. Gendarmerie und Landwacht für das Absperren zuständig, beim Schloss Auhof hingegen „Wehrmacht d[er] Auhofkaserne“. Dort „ankommende Ausländer“ seien „nach d[er] Freistädter Straße zu weisen.“ Auffanglager (wie etwa im Fall von Lager Haid) war dort keines ausdrücklich vorgesehen.⁴⁷⁰

⁴⁶⁸ Ebenda. Baribin fehlt leider in der Militärmatrik; dort hörte man am 9.4.1945 auf; zu jenen „Militärinternierten“ vgl. Ende von Kapitel 14.

⁴⁶⁹ AStL, NS-Zeit, Sch. B 29 k, Aktenvermerk des Linzer Bauamtes über eine Besprechung mit Vertretern des Luftgaukommandos und der Organisation Todt-Einsatzgruppe am 3.1.1945.

⁴⁷⁰ OÖLA, Politische Akten, OÖ 29/64.

18. Der Streit um die Starhemberg-Besitzungen nach 1945

Nach Kriegsende 1945 waren im **Schloss Auhof** einige geflüchtete sudetendeutsche Familien untergebracht.⁴⁷¹ Ansonsten nutzten es dann längere Zeit primär die Sowjets. Die für sie sehr bedeutende Auhofkaserne war ja praktischerweise gleich daneben. Anscheinend bereits 1953 (im Jahr der Abschaffung der Kontrollen auf der Nibelungenbrücke) wurden die Sowjets wieder durch **private Wohnparteien** ersetzt. Die mussten zuerst die herausgerissenen Parkettböden und kaputten Fenster reparieren. Das bezeugt zumindest Maria Gschwandtner, deren Familie dann bis 1963 zehn Jahre im „Schlafzimmer von der Fürstin Starhemberg“ und anderen Schlossräumen eine „fürstliche Wohnung“ hatte. Größere Räume waren damals in kleinere Einheiten unterteilt. Die Gschwandtner mussten dann ausziehen, als es hieß: „das Schloss wird verkauft, dort kommt die Hochschule hin“⁴⁷² (mehr dazu in Kapitel 20).

Die im Schloss residierende Forst- und Güterdirektion war in der „Russenzeit“ übrigens offenbar auch im Exil. Anmeldebögen über entzogene Vermögen wurden laut Schreiben einer Linzer Magistratsstelle im Jänner 1953 an jene Direktion „nach Urfahr, Rudolfstraße 20/1 [...] zur direkten Erledigung übermittelt.“⁴⁷³

Die **Familie Starhemberg** war bei Kriegsende in Chile ansässig, und hatte keine Ambitionen auf Rückkehr. Die damalige Sichtweise Ernst Rüdiger Starhembergs war, dass „seine Heimat“ nicht mehr existiere, womit er die Zeit der Monarchie meinte.⁴⁷⁴ „Zweifelsohne betrachtete er die Monarchie als die beste Staatsform, meinte aber, daß es Umstände geben könnte, unter denen es einfach illusorisch wäre, mit monarchistischen Gedanken zu operieren.“⁴⁷⁵

Erst vier Jahre nach Kriegsende begann „in Österreich der Kampf um unser Familienvermögen“, den Ernst Rüdiger Starhembergs 1934 in der Schweiz geborener Sohn Heinrich bzw. Heinrich Rüdiger so schildert:⁴⁷⁶ „Es fing am 5. Juli 1949 an, als die Sozialistische Partei Österreichs, Bezirksorganisation Steyr, beim Landesgericht für Strafsachen Wien meinen Vater wegen angeblichen Hochverrats anzeigte. Am 23. Jänner 1952 haben sozialistische Abgeordnete einen Antrag, betreffend Schaffung eines Bundesgesetzes für die Unzulässigkeit der Geltendmachung von Rückstellungsansprüchen im Nationalrat eingebracht. Nachdem die Strafanzeige kein juristisches Fundament hatte, und nach einem komplizierten, über Jahre hin dauernden juristischen Verfahren, hob schließlich der Verfassungsgerichtshof am 1. Juli 1954 die sogenannte Lex Starhemberg (d. h. die 2. Novelle zum Verwaltergesetz, BGBl. Nr. 54/52) und die Novelle zum 1. Rückstellungsgesetz, BGBl. Nr. 55/52, auf. Der Rechtsvertreter meines Vaters war sein ehemaliger Kamerad und Finanzminister a. D. Dr. Ludwig Draxler.“⁴⁷⁷

Tatsächlich war das Ganze etwas komplexer.⁴⁷⁸ Ludwig Draxler stellte 1947 einen ersten Rückstellungsantrag, woraus mit einiger Verzögerung eine Staatsaffäre wurde. Ende 1951 entschied der Verwaltungsgerichtshof zu Gunsten der Starhembergs, noch im Sinne einer bis 1950 eher rückstellungsfreundlichen Rechtsprechung bei Entziehung oder Verkauf unter Drohung.

Dann setzte sich allmählich die Ansicht durch, dass Käufe für militärische Zwecke allgemein üblich seien, und von Vermögensentziehung nur zu sprechen sei, wenn bestehende Gesetze

⁴⁷¹ Neunteufel 2003, S. 80.

⁴⁷² Rohrhofer 2009, S. 25.

⁴⁷³ AStL, Amt für Wirtschaftsförderung, Sch. 38 (dort nur Begleitschreiben; die angesprochenen Anmeldebögen sind in diesem Falle nicht dabei, in anderen Fällen jedoch sehr wohl). In der Rudolfstraße 20 war in der NS-Zeit auch die Zentrale der in Kapitel 16 erwähnten Ferro-Betonit. Im Bestand OÖLA, Gauselbstverwaltung reichen die Übersichten der Güterdirektion Auhof übrigens bis 1947, wurden also vom Land Oberösterreich offenbar zumindest zeitweise fortgeführt (das wurde hier nicht näher untersucht).

⁴⁷⁴ Starhemberg 1991, S. 325.

⁴⁷⁵ So ebenda, S. 323 sein Sohn Heinrich Rüdiger, gefolgt von Überlegungen zur Gewalt als zentraler Kategorie im Denken und Handeln des Heimwehrführers.

⁴⁷⁶ Ebenda, S. 324 f.

⁴⁷⁷ Draxler war ab 1928 oder 1930 Rechtskonsulent der Heimwehr, 1935-36 Finanzminister (als Starhemberg Vizekanzler der „Ständestaat“-Diktatur war), 1938/39 im KZ Dachau. Nach 1945 vertrat er als Anwalt auch die Familie Habsburg-Lothringen. Starhemberg kannte er schon von einer gemeinsamen Zeit in einem Tiroler „Sturmkorps“ 1921 (Heimwehr-Vorläufer).

⁴⁷⁸ Das Folgende zusammengefasst nach Böhmer - Faber 2003, S. 410-421 und Wohnout 1996.

missachtet oder EigentümerInnen ausschließlich aus politischen Gründen genötigt worden seien. Der zwangsweise Verkauf des großen Geländes südöstlich des Schlosses aus der Landtafel-Liegenschaft 1119 an die Kasernenliegenschaft EZ 631 im Jahre 1938 (erst SS, dann Heer) war demzufolge juristisch angeblich unbedenklich. Das betraf also auch den heutigen Science Park-Bereich. (Zur Formierung der Liegenschaft EZ 631 siehe Kapitel 4; die verkleinerte Schlossliegenschaft selbst war ja eben nie in militärischem Besitz, da das Heer sogar den teilweisen Ankauf verweigerte, wie wir in Kapitel 10 gesehen haben).

Dazu kamen aber auch **politische Gründe**: Die SPÖ und die (mit Rückhalt der sowjetischen Besatzungsmacht) damals noch gewichtige KPÖ forderten, den Besitz des verhassten Ex-Heimwehrführers zugunsten der Republik für verfallen zu erklären. Da spielten wohl auch persönliche Gründe eine Rolle: So war etwa Otto Tschadek, 1949-1952 und 1956-1960 Justizminister, als Sozialist während Starhembergs Vizekanzler-Zeit sieben Monate lang politischer Gefangener in „Ständestaat“-Lagern.⁴⁷⁹ Die ÖVP stellte sich nicht eindeutig auf Starhembergs Seite, plädierte aber für die Abhandlung aller Restitutionsfälle nach gleichen Regeln. Im März 1952 einigte sich die ÖVP-SPÖ-Regierungskoalition auf einen Kompromiss: Der Besitz sollte rein juristisch restituiert werden, aber unter dauerhafter öffentlicher Verwaltung verbleiben. Da spielte aber wohl auch eine Rolle, dass in den bestehenden Kasernentrakten noch zumindest bis 1953 die Sowjets präsent waren, und jene Trakte standen ja eben zum größten Teil auf 1938 abgekauften Starhemberg-Parzellen, wie in Kapitel 10 zu sehen ist.

Resultat waren jedenfalls die beiden von Heinrich Rüdiger Starhemberg erwähnten Gesetze vom 5. März 1952, als Paket eine „**Lex Starhemberg**“: Das war vor allem BGBl 54/1952, die zweite Novelle zum Verwaltergesetz (Gesetz über die Bestellung öffentlicher Verwalter von 1946). Dort wurde als Teil von Paragraph 2a eingefügt: Ein solcher Verwalter sei auch zu bestellen, falls bei Rückstellungen die geschädigten Eigentümer „im Verdacht stehen, etwas gegen den Bestand der freien, unabhängigen, selbständigen und demokratischen Republik Österreich unmittelbar oder mittelbar zu unternehmen oder unternommen zu haben.“ Das gelte besonders dann, wenn die Geschädigten sich bei derartigen Handlungen „in führender oder doch einflussreicher Stellung befinden oder befunden haben“.⁴⁸⁰

In der Hinsicht war der Ex-Heimwehrführer und Vizekanzler des „Ständestaat“-Regimes quasi überqualifiziert, wie wir in Kapitel 3 gesehen haben. Auch die erwähnte Heimwehr-Parade bei Schloss Auhof 1932 war Vorbereitung zur Errichtung eines autoritären Regimes, und diente der Beseitigung der Demokratie in Österreich. Der zweite Teil des Pakets war BGBl 55/1952 „Bundesgesetz vom 5. März 1952, womit das erste Rückstellungsgesetz abgeändert wird“, die Abänderung war „maßgeschneidert“ gegen den Ex-Heimwehrführer, also eine klassische Anlass-Gesetzgebung. Am **1. Juli 1954** hob der **Verfassungsgerichtshof** die „Lex Starhemberg“ als **verfassungswidrig** auf, also den Gesetzeskompromiss von 1952. Die Rückgabe an den Ex-Heimwehrführer wurde angeordnet.⁴⁸¹

In diesen Kontext gehören auch die komplizierten Besitzeinträge über den 1941 enteigneten 3/16-Anteil des Ex-Heimwehrführers am **Niedermaiergut** von 1952 bis 1954 (EZ 71 der KG Katzbach, siehe Kapitel 2, 3, 7 und vor allem 10). Dabei haben wir eine interessante Parallele zur Entmündigung von Ernst Rüdiger Starhembergs Großvater Camillo Heinrich, mit Landeshauptmann Eigner als Kurator, damals auch für Schloss Auhof: Durch Bescheid des Finanzministeriums wurde am 10. Juni 1952 der Landeshauptmann von Oberösterreich (also **Heinrich Gleißner**) zum **öffentlichen Verwalter** des 3/16-Anteils Ernst Rüdiger Starhemberg am Niedermaiergut bestellt, durch Bescheid vom 17. Oktober 1952 korrigiert auf Bundesland Oberösterreich.

Jene Maßnahme wurde dann nach Rekursentscheid des Obersten Gerichtshofes vom 14. Juli 1954 in drei Stufen bei der EZ 71 der KG Katzbach bezüglich jenes Anteils des Ex-Heimwehrführers

⁴⁷⁹ Josef Gerö, 1952 bis 1954 Justizminister, war in der „Ständestaat“-Zeit als Ministerialjurist und Staatsanwalt für die Verfolgung politischer Delikte zuständig. In der NS-Zeit war er im KZ Dachau und im KZ Buchenwald inhaftiert. In der Zweiten Republik wurde auf seine Tätigkeit im „Ständestaat“ nicht nachhaltig eingegangen. Zu Gerö und Tschadek vgl. die entsprechenden Artikel im deutschsprachigen Wikipedia, die einigermaßen fundiert erscheinen.

⁴⁸⁰ Gesetzestext laut <https://www.ris.bka.gv.at>

⁴⁸¹ Böhmer – Faber 2003, S. 471.

korrigiert: 9. August 1954 Eintragung jener Entscheidung, 18. August 1954 Eintragung der Rücknahme des Finanzministeriums-Beschlusses, dann unter nachträglicher Berücksichtigung eines Verwaltungsgerichtshof-Erkenntnisses vom 18. Dezember 1951 am 29. September 1954 schließlich Vermerk jenes Erkenntnisses, womit Ernst Rüdiger Starhemberg formell in den Wiederbesitz seines 3/16-Anteils am Niedermaiergut kam (ähnlich lief das sicher auch bei mehreren anderen Besitzungen).⁴⁸²

Bei jenem Besitzanteil Ernst Rüdiger Starhembergs hörte der Streit formal scheinbar schon mit der verspäteten Eintragung des Verwaltungsgerichtshof-Urteils von 1951 im September 1954 ins Grundbuch auf, was aber eben nur ein Teil der Angelegenheit ist. Bei EZ 71 folgte dann die Einantwortung des Sohnes Heinrich Rüdiger Starhembergs vom 18. November 1957, die am 8. April 1959 im Grundbuch vermerkt wurde. Kurz darauf wurde das Anwesen an die Wohnbaugesellschaft „Heimstätte“ verkauft. Noch auf EZ 71 entstanden dann die Häuser Mengerstraße 9 und 11. Erst danach kam jene Eigentümerin der Liegenschaft darauf, dass im Grundbuch eigentlich noch die Bestellung des öffentlichen Verwalters vom Dezember 1938 formell enthalten war (siehe Kapitel 10). Das wurde am 23. Mai 1966 „als gegenstandslos gelöscht“, mit Bezug auf § 131 des Allgemeinen Grundbuchsgesetzes vom 2. Februar 1955, betreffend „gegenstandslose Eintragungen“ (BGBl 39/1955).

Noch einfacher war zumindest aus formeller Sicht die Sachlage bei der (1938 stark verkleinerten) **Schlossliegenschaft**, also bei der reduzierten Landtafel-Liegenschaft EZ 1119. Als Fortsetzung der in Kapitel 10 genannten Einträge (zuletzt 1943 Löschung des Fideikommiss-Status) gab es ein Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 18. Dezember 1951, eingetragen am 28. März 1952. Dadurch wurde Ernst Rüdiger Starhemberg wieder das Eigentumsrecht zugesprochen. Dann folgte am 30. Mai 1952 die Anmerkung eines Rekurses gegen jene Einverleibung, dann am 8. Juli 1952 die Rekursentscheidung des Landesgerichtes Linz: die Einverleibung des Eigentumsrechtes für Ernst Rüdiger Starhemberg wurde abgewiesen (eingetragen am 22. Juli 1952). Schließlich folgte der Beschluss des Obersten Gerichtshofes vom 14. Juli 1954 (eingetragen am 4. August 1954): Der Ex-Heimwehrführer durfte doch Eigentümer von Schloss Auhof sein. Dort folgte dann, wie beim Niedermaiergut, am 18. November 1957 die Einantwortung des Sohnes Heinrich Rüdiger Starhemberg, hier aber schon mit dem Datum 19. Dezember 1958 vermerkt.

Die Landtafel-Liegenschaft EZ 1119 war nach Grundverkäufen in Sachen Hochschule nur mehr ein reduzierter Rest (siehe Kapitel 20). Auch nach Gründung der Hochschule war Heinrich Rüdiger Starhemberg bei Abschluss des handgeschriebenen Landtafel-Bandes am 19. August 1988 immer noch Besitzer dieser (eben sehr reduzierten) Liegenschaft. Dort war noch etwa 1984 ein Naturdenkmal vermerkt worden (in der Waldparzelle 1599 nördlich von JKU-Bibliothek bzw. Wolfauer Straße); die weitere Entwicklung der verbliebenen Starhemberg-Parzellen gehört aber nicht mehr hier her.

Soweit also zu beschlagnahmten Liegenschaften der Starhembergs. Nicht geklärt waren hingegen 1954 die **Verkäufe**, die in der NS-Zeit getätigt wurden. Da begann das Prozedere wenige Tage vor dem erwähnten Verfassungsgerichtshof-Erkenntnis vom 1. Juli 1954. Am 21. Juni 1954, knapp vor Ablauf einer Anmeldefrist für Rückstellungen Ende Juni 1954, stellte Ernst Rüdiger Starhemberg bzw. sein Rechtsvertreter Draxler über die im Juli 1938 an das Deutsche Reich zuhanden der SS verkauften 17 Hektar Land einen **Rückstellungsantrag**. Das betraf die Parzellen 1548 bis 1553, 1555 bis 1559 und 2108 der EZ 631 der KG Katzbach,⁴⁸³ also auch das spätere Science Park-Gelände und den jetzt von der JKU genutzten Kasernenbereich. Aus der Parzelle mit dem einstigen Gemeinschaftslager war mittlerweile allerdings nach mehrfachen Änderungen an der Nordspitze die Parzelle 1557/1 geworden, 1557 gab es im Grundbuch so nicht mehr.⁴⁸⁴ (Die in der Auflistung fehlende Parzelle 1554, westlich der Altenberger Straße, war der Nordostbereich des „Umsiedlerlagers“, siehe Kapitel 15).

⁴⁸² Außerdem gab es dort dann Änderungen bei den MitbesitzerInnen: Ferdinand Starhemberg erhielt 1954 zu seinem 3/16-Anteil das Viertel der 1943 verstorbenen Mutter Franziska (siehe Kapitel 3) sowie die 3/16 von Bruder Georg und die 3/16 von Schwester Sophie Thurn-Valsassina dazu. Die Festgäste zu deren Verlobung von 1923 sind übrigens in dem Auhof-Gästebuch vermerkt, das in Kapitel 3 erwähnt wird.

⁴⁸³ So Auflistung bei Böhmer – Faber 2003, S. 412.

⁴⁸⁴ Vgl. dazu Kapitel 10 und 13. Eine kleine Abtretung gab es auch infolge von Kanalisation bzw. Abwassergräben.

Parallel zu jenem Hauptverfahren bezüglich der verkauften Landtafel-Parzellen begann ein gleich verlaufendes Rückstellungs-Verfahren bezüglich der südwestlichen Eckparzelle 846/1 der Kasernenliegenschaft EZ 631, die aus dem Niedermaiergut⁴⁸⁵ (EZ 71 der KG Katzbach) stammte.

Primär ging es bei den Rückstellungs-Fällen in Sachen Starhemberg aber um jenes knappe Drittel der Kasernenliegenschaft, das im Juli 1938 von der SS aus der Landtafel-EZ 1119 gekauft wurde. (Das lief zwar parallel zum Verfahren rund um die Parzelle 846/1 aus dem Niedermaiergut, aber ganz anders als die besitzrechtliche Entwicklung des dortigen 3/16-Anteils Ernst Rüdiger Starhembergs an jenem Anwesen, die eben 1954 geklärt wurde, ebenso wie bei Schloss Auhof selbst): Am 21. Juni 1954 ließ also Ernst Rüdiger Starhemberg noch gerade rechtzeitig den erwähnten Restitutionsantrag stellen.

Damit fingen die Probleme aber erst an:⁴⁸⁶ Ein Zwischenerkenntnis der Linzer Rückstellungskommission vom 28. Februar 1955 stellte für Ernst Rüdiger Starhemberg den Sachverhalt politischer Verfolgung klar, der fragliche Kasernenbau wäre ohne Machtergreifung der Nationalsozialisten nie erfolgt.

Dann änderte der Staatsvertrag von 1955 die Sachlage: Die Kasernenliegenschaft kam als ehemaliges „Deutsches Eigentum“ aus dem Eigentum der UdSSR (siehe dazu Kapitel 19) in das Eigentum der Republik Österreich. Dadurch wurden die Finanzprokuratur der Republik bzw. die Finanzlandesdirektion Linz zu Gegenspielerinnen Starhembergs. Ein Schreiben der Finanzprokuratur an das Finanzministerium und das Ministerium für Handel und Wiederaufbau vom Mai 1956 erkannte immerhin an, dass der Ex-Heimwehrführer bei Abschluss der Kaufverträge 1938 „im Falle einer Rückkehr aller Voraussicht nach mit einer Verbringung in ein KZ zu rechnen gehabt hätte“. In einer offiziellen Stellungnahme wurde das weggelassen.⁴⁸⁷ Bei allen politischen Ressentiments gegen Starhemberg war es auf Seiten der Republik aber bald klar, dass ein Vergleich die beste Lösung wäre.

Jene Ressentiments waren damals aus einem anderen Grund bereits obsolet geworden, es gab nämlich den historischen „Feind“ nicht mehr: Vater und Sohn Starhemberg waren, anscheinend auf Drängen des Sohnes Heinrich Rüdiger, Ende 1955 nach Österreich gereist (die zweite Gattin Ernst Rüdigers war 1949 in Chile gestorben). Diese Reise erfolgte trotz via Rechtsanwalt Draxler überbrachter Warnung Innenminister Helmers, „er könnte nicht die Verantwortung für unsere persönliche Sicherheit übernehmen“. Davor hatten Politiker von ÖVP und SPÖ dem verhassten Ex-Heimwehrführer „immer wieder nahegelegt, die Heimreise möglichst hinauszuschieben“ (so der Sohn – Oskar Helmer war in der „Ständestaat“-Zeit als Sozialist übrigens nur kurz inhaftiert).⁴⁸⁸ Am 15. März **1956 starb Ernst Rüdiger Starhemberg** in Vorarlberg, vor dem geplanten Besuch im heimatlichen Oberösterreich. (Dabei schreibt bezüglich der Besuchspläne Sohn Heinrich Rüdiger nur allgemein vom Mühlviertel und von Eferding; Schloss Auhof war wohl nicht auf der Besuchsliste, eher Waxenberg).⁴⁸⁹

Als **Rechtsnachfolger** führte **Heinrich Rüdiger Starhemberg** das Restitutionsverfahren weiter. Bei einer Besprechung zwischen Finanzministerium und Finanzprokuratur am 21. Mai 1958 empfahl eine Ministerialabteilung einen Vergleich, eine andere Abteilung aber nicht. Wichtiges Argument wurde schließlich, dass der Verkauf vom Juni 1938 seitens Starhembergs an die SS vor deren Eingliederung in die eigentlichen Streitkräfte erfolgt war, also keine normale militärische Sache gewesen war. Das Finanzministerium zitierte dabei am 31. Mai 1958 einen Erlass Hitlers vom August 1938, der die **SS-Totenkopfverbände** als reine Parteiorganisation definierte, und nicht als Teil der eigentlichen Reichsverteidigung. Mit jenem Bescheid vom 31. Mai 1958 hob das

⁴⁸⁵ Parzellen aus jenem Gut spielen ja auch direkt bei der Geschichte des JKU-Geländes eine Rolle, vgl. Kapitel 3 und 7; die dort erwähnten Verkäufe aus dem verschuldeten Starhemberg-Besitz 1934 wurden von einem Mann getätigt, der laut Grundbuch damals theoretisch eigentlich nicht Besitzer der Liegenschaft war.

⁴⁸⁶ Das Folgende vor allem nach Böhmer – Faber 2003, S. 412 ff.

⁴⁸⁷ Zitiert ebenda, S. 413.

⁴⁸⁸ Starhemberg 1991, S. 326.

⁴⁸⁹ Ebenda, S. 326 f., auch über die Art des Todes (Herzanfall bei Stockattacke gegen Foto-Reporter) und das Begräbnis in Eferding. Ob das Jus-Studium Heinrich Starhembergs in Chile (ebenda, S. 321 f.) mit dem „Kampf ums Familienvermögen“ zusammenhing, geht aus seiner Schilderung im Anhang zu den väterlichen Memoiren nicht hervor. Er starb 1997 in Argentinien. Jetziger Familienchef ist der 1961 geborene Georg Starhemberg, für viele in Eferding immer noch „der Fürst“ bzw. <http://www.thepeerage.com/p9195.htm>. Er ist ein Enkel eines Bruders des Heimwehrführers Ernst Rüdiger, nämlich von Georg Adam, 1904-1978. Der war, ebenso wie der Vater des heutigen Starhemberg-Chefs, nur „Graf“. Seit 1765 gilt nämlich das Prinzip, dass es immer nur einen Fürsten Starhemberg gleichzeitig geben darf.

Finanzministerium den Ablehnungsbescheid der Finanzlandesdirektion Linz vom 5. September 1957 gegen die beiden laufenden Starhemberg-Anträge auf.⁴⁹⁰

In einem Schreiben vom 12. November 1958 erkannte die Finanzprokuratur grundsätzlich die Rückstellungsansprüche an.⁴⁹¹ Wichtiger Punkt war dabei, dass der bestehende Kasernenbereich damals bereits teilweise zu Wohnungen umgestaltet war (dazu auch in Kapitel 19). Eine Naturalrestitution, also direkte Rückgabe des entzogenen Gutes, war deshalb kaum praktikabel.

Bremsend wirkte in jener Phase noch zeitweise, dass damals auch etliche andere Rückstellungsverfahren bezüglich der Kasernenliegenschaft im Gange waren (siehe Kapitel 19). Dann verhandelten endlich ab Oktober 1959 die Finanzprokuratur und Starhembergs Rechtsvertreter Draxler über eine Entschädigung im Rahmen eines Vergleichs, was sich über drei Jahre hinzog. Ersatzgrundstücke für die „wirtschaftlich umgestalteten“ Bereiche lehnte Heinrich Rüdiger Starhemberg ab. Bei Verhandlungen über eine Entschädigung veranschlagte die Finanzlandesdirektion Linz 25 Schilling pro Quadratmeter, das Magistrat Linz und die Bundesgebäudeverwaltung schätzten 70 bis 75, Starhemberg forderte zeitweise 200 Schilling. Man einigte sich schließlich auf eine Entschädigung von 80 Schilling pro Quadratmeter. Das war ein „realistischer Verkaufswert und für Starhemberg keineswegs ungünstig“.⁴⁹²

Der **Vergleich** wurde am **12. Oktober 1962** vor der Finanzlandesdirektion Linz geschlossen: Die „wirtschaftlich umgestalteten“ vier Hektar verblieben im Besitz der Republik Österreich, also vor allem die Kasernentrakte. Dafür wurden rund 3,2 Millionen Schilling bezahlt, abzüglich 90.000 Schilling als Abgeltung für den 1938 an das Deutsche Reich bezahlten Betrag. Die Kaufsumme wurde binnen zweier Monate in ihrer Gesamtheit beglichen.⁴⁹³

Die übrigen 13 Hektar wurden zurückgestellt; das betraf offenbar auch den ehemaligen Bereich des Heereslagers bzw. das spätere Science Park-Areal. Diese Restitution erfolgte in Form einer neuen Liegenschaft, **EZ 1278** der KG Katzbach, im Grundbuch vermerkt am 27. August 1963, auf Basis „der Vergleichsausfertigung der Finanzlandesdirektion für Oberösterreich [...] vom 12. Oktober 1962“ (zur weiteren Entwicklung siehe Kapitel 20). Auch beim erwähnten Parallelverfahren in Sachen der kleinen Parzelle 846/1 im Südwesten von EZ 631 wurde diese offenbar in natura „zurückgestellt“, und zwar schon gemäß Bescheid der Finanzlandesdirektion Linz vom 13. März 1961.⁴⁹⁴

⁴⁹⁰ Böhmer - Faber 2003, S. 415 f.

⁴⁹¹ Ebenda, S. 416 f.

⁴⁹² Ebenda, S. 419.

⁴⁹³ Ebenda, S. 418 f. (Zitat S. 418).

⁴⁹⁴ Ebenda, S. 419, Anm. 541.

19. Andere Liegenschaften im JKU-Umfeld von 1945 bis zur Hochschul-Gründung

Die **Auhofkaserne** wurde im Mai 1945 von US-Truppen besetzt, dann am 1. August 1945 an Sowjettruppen übergeben. Als offenbar eher informeller **Truppenübungsplatz** diente ihnen dann westlich davon ausgerechnet jenes größere Gelände, das 1938 von der Wehrmacht als riesiger Artilleriebereich vorgesehen war: „zwischen Schloßpark Auhof und Pulvermühlstraße“ (siehe Kapitel 6). Ein damaliges Kind dazu: „[...] ich muß zugeben, als ich auf meinem Schulweg [von Furth] nach St. Magdalena mitten durch herumballernde Soldaten meinen Weg finden mußte, war mir manchmal bange. Wir Schüler wußten schon, daß wir sofort stehenzubleiben hatten, wenn ein russischer Offizier ‚Stoj!‘ [Halt] schrie und wir wußten auch, daß sich manchmal unter die Übungsmunition manchmal [!] auch scharfe Patronen verirrt.“⁴⁹⁵

Im Herbst 1955 wurde die Kaserne an die österreichische „B-Gendarmerie“ übergeben, einer Art Ersatzheer, das formell kein Heer sein durfte. Bald darauf begann aber der Einbau von Wohnungen in die Kaserne. Die ersten davon wurden im Dezember 1956 übergeben.⁴⁹⁶ Das bereits auf einem Kanalisations-Plan der Kasernenliegenschaft von 1941 aufscheinende Kasernen-„Wirtschaftsgebäude“ im Südosten wurde zu Volks- und Hauptschule bzw. Auhofschule umgebaut, gleichfalls im Dezember 1956 eröffnet.⁴⁹⁷ (Jenes Wirtschaftsgebäude darf nicht mit der etwa in Kapitel 12 erwähnten Wirtschaftsbaracke im Norden des Heereslagerbereichs verwechselt werden). Die Umgestaltung der Kasernenstrakte dauerte aber an. So wurden dort noch im Dezember 1964 50 Wohnungen von Verteidigungsminister Prader speziell an Heeresangehörige und deren Familien übergeben.⁴⁹⁸

Der etwa in Kapitel 4 genannte **westlichste Kasernenbauteil** mit seinen drei Trakten ist mittlerweile zu einem wichtigen **JKU-Standort** geworden. Der scheint sogar im Campus-Plan eigens auf,⁴⁹⁹ gehört allerdings nicht zu den vier „eigentlichen“ JKU-Liegenschaften (die werden in Kapitel 20 geschildert). In jenem früheren Bauteil Nummer 1 der Kaserne (siehe Kapitel 17) sind jetzt etwa das Institut für Philosophie und Wissenschaftstheorie (Altenberger Straße 50), das Institut für Frauen- und Geschlechterforschung (Aubrunnerweg 9) sowie Teile anderer Institute, aber auch etwa die JKU-Kinderbetreuungseinrichtung „Kidsversity“, neben MieterInnen anderer Art, untergebracht.

Wie zeigt sich nun die riesige Kasernen-**Liegenschaft EZ 631 im Grundbuch**? Wie wir in Kapitel 4 gesehen haben, war da erst „Deutsches Reich“ (Juni 1938) notiert, und dann die Korrektur auf „Deutsches Reich (Reichsfiskus Heer)“ (September 1940) vorgenommen wurde. Dann wurde erst am 17. Jänner 1947 die dort bereits seit eineinhalb Jahren präsenste neue Besitzerin vermerkt: „Union der sozialistischen Sowjet-Republiken - Verwaltung für Sowjet-Eigentum im östlichen Österreich“, also die **UdSSR**. Rechtsgrundlage laut Grundbuch: Beschluss „der Berliner Konferenz der drei Mächte vom 2. August 1945“, besser bekannt als Potsdamer Konferenz oder eben auch Dreimächtekonferenz von Berlin, hier relevant hinsichtlich des Problems „**Deutsches Eigentum**“. Die Besatzungsmächte konnten in ihren österreichischen Zonen Eigentum des ehemaligen Deutschen Reiches (und auch deutscher StaatsbürgerInnen) beanspruchen.

Am 28. November 1947 wurde ein Rekurs gegen jene neue Besitzerin vermerkt (ohne näheren Hinweis), der aber lange folgenlos blieb. Ein Rekursentscheid des „Landesgerichts Linz Nord“ vom 4. Oktober 1955 (eingetragen am 19. Oktober 1955) brachte vorerst keinen formalen Besitzwechsel, ebenso ein Eintrag vom 20. Juli 1956: „Zur Wiederherstellung des früheren Grundstückstande“ wurden die UdSSR-Eintragung von 1947 und die Rekurseinträge von 1947 und 1955 gelöscht.

⁴⁹⁵ Neunteufel 2003, S. 84.

⁴⁹⁶ Ebenda, S. 117 f.; vgl. dazu etwa AStL, Magistratsdirektor Egon Oberhuber, Sch. 2, fol. 355 ff.: Auhofkaserne: Umbau für Schule und Wohnzwecke 1956-1958.

⁴⁹⁷ Vgl. Schulchronik auf <http://vs51.jimdo.com/chronik/> (Plan von 1941: siehe Kapitel 6).

⁴⁹⁸ Zeitungsausschnitt vom 14.12.1964, übermittelt von Manfred Carrington.

⁴⁹⁹ Vgl. <http://www.jku.at/content/e213/e161/e6998> (Zugriff 30.6.2016).

Dann kam erst mit Verspätung die neue Besitzerin ins Grundbuch, auf Basis des „Staatsvertrags vom 15. Mai 1955“ und „des ersten Staatsvertragsdurchführungsgesetzes, BGBl Nr. 165/56“, im Grundbuch erst am 3. Februar **1960** vermerkt: „**Republik Österreich (Bundesgebäudeverwaltung II)**“. Doch so einfach war das nicht: Am 11. August 1962 wurde die „Abweisung des Antrages auf Einverleibung des Eigentumsrechtes der Republik Österreich [...] angemerkt“. Dann hieß es endlich am 25. September 1962, jene Abweisungsanmerkung werde „infolge Eintritt der Rechtskraft gelöscht“. Da war die ehemalige Riesenliegenschaft aber bereits reduziert, und wurde auch weiterhin noch verkleinert. Rechtsnachfolgerin als Grundbesitzerin der verbleibenden EZ 631⁵⁰⁰ war laut Amtsbestätigung vom 28. Mai 2002 die **Bundesimmobiliengesellschaft** m.b.H.

Es folgte die **Privatisierung** des verbliebenen Ex-Kasernenbereichs, damals im Kontext eines umfassenden Verkaufs bundeseigener Wohnungen in der schwarz-blauen Regierungszeit (Buwog etc.): Per Kaufvertrag vom 19. Dezember 2003 fiel die Liegenschaft EZ 631 an die **DRF Beteiligungs GmbH** (damals mit Sitz in Baden, Ort der Kanzlei der Zentralperson, Rechtsanwalt Rudolf Fries). Dazu schrieb die Journalistin Angelika Kramer 2004 unter dem Titel „Drahtzieher Rudolf Fries und seine Kontakte“: „Ende vergangenen Jahres hat Fries mit dem Firmenvehikel DRF Beteiligungs GmbH 3859 Wohnungen von der Bundesimmobiliengesellschaft BIG um 140 Millionen Euro erworben. Mit von der Partie waren diesmal Ex-Mayr-Melnhof-Chef Michael Gröllner sowie die Familien Stepski (ehemals Nettingsdorfer) und – einmal mehr – die Familie Scherb.“⁵⁰¹

Von jener DRF Beteiligungs GmbH gelangte die verbliebene EZ 631 schließlich per Kaufvertrag vom 16. März 2006 in den Besitz der „**Auhof Immobilien Development GmbH**“ (jetzt mit Sitz Linz Fiedlerstraße 10).⁵⁰²

Die spezielle Form zumindest mancher Privatisierungen der Schlüssel-Grasser-Ära bezeichnete Profil-Herausgeber Christian Rainer nach deren Ende rückblickend als „besondere Form der Verstaatlichung“, nämlich „Eigentumswechsel von der Politik hin zu den Freunden der Politik“. Das sei „bloß in wenigen Fällen wie etwa beim VOEST-Verkauf von missgünstigen Journalisten behindert“ worden.⁵⁰³

Vom Befund für dieses jetzt eben auch für die JKU relevante Areal laut Grundbuch nun zu den **Akten** für „**Anmeldung entzogener Vermögen**“, Die haben sich hinsichtlich der Kasernenliegenschaft EZ 631 im Archiv der Stadt Linz teilweise erhalten, nur leider nicht zu den Starhembergs (siehe Kapitel 18, dort bloß Begleitschreiben).

Von den Verträgen, die die SS von Mai bis Juli 1938 über Parzellen für das Kasernenbaugelände Auhof abschloss, wurde nach dem Krieg nur einer von einem Verkäufer für regulär erklärt: der Vertrag Nr. 32, am 6. Juli 1938 von Friedrich Weissenberger abgeschlossen über eine kleine Gartenparzelle in der Südwestecke des Riesenareals, direkt an der Freistädter Straße, mit dem Haus Dornach Nr. 28. Das habe er (um offenbar befriedigende 67.000 Reichsmark) „an das Deutsche Reich – Reichsfiskus Heer verkauft“ (falsch, denn Vertragspartnerin war damals das Deutsche Reich für die SS); „da dies ein regelrechter Verkauf war, so verzichte ich auf eine Rückstellung oder jedwede Entschädigung“ (so eine am 16. März 1953 in Urfahr aufgenommene Niederschrift).⁵⁰⁴ (Jener Bereich lag direkt neben der Parzelle 846/1, die uns in Kapitel 4 und 18 im Starhemberg-Kontext begegnet).

Die anderen Betroffenen sprechen über die Vorgänge von Mai/Juni 1938 fünfzehn Jahre später durchwegs von „**unter Zwang**“, mit offenbar zum Teil akkordierten Formulierungen. Typisch ist etwa dieser Zusatz: „Der Grund wurde mir seinerzeit vom Deutschen Reich zum Zwecke der Errichtung von Kasernen unter Zwang mit dem Bemerken abgenommen, daß, wenn ich diesem

⁵⁰⁰ Diese nicht mehr laut Neuem Grundbuch, sondern laut EDV-mäßiger Abfrage des „Historischen“ und aktuellen Auszugs zu EZ 631 beim Bezirksgericht Urfahr vom 14.4.2016; im historischen Auszug wird übrigens der Vorbesitz der Republik Österreich einfach mit 1960 datiert, was ja faktisch auch stimmt.

⁵⁰¹ Bericht von Angelika Kramer im Börse-Express am 5.4.2004, online auf www.boerse-express.com/pages/342006

⁵⁰² Die hängt anscheinend eng mit der St. Klemens Privatstiftung an gleicher Adresse zusammen, Stifter: Walter Scherb (offenbar schon beim Kauf von 2003 mit dabei), als „Komplementär“ Gesellschafter der Getränkefirma S. Spitz, 1997 bis 1999 für die FPÖ im Bundesrat; vgl. www.vol.at/2008/06/Bedeutendste_Privatstiftungen.pdf

⁵⁰³ Zitiert bei Rafetseder 2010 b, S. 928; verhindert wurde 2003 eben das Minerva-Projekt (abgeleitet von **Magna und VoestAlpine**), als Frank Stronach mit Unterstützung von Minister Grasser versuchte, die Staatsanteile an der voestalpine zu übernehmen (dazu auch ebenda, S. 998).

⁵⁰⁴ AStL, Amt für Wirtschaftsförderung, Sch. 39.

Kauf nicht zustimme, dieser angeforderte Grund ohne Entschädigung enteignet wird“ (so etwa der Further Landwirt Franz Sonnberger am 10. Jänner 1953, teils wortgleich auch in anderen Fällen). Mit den entsprechenden Verfahren wurde (so etwa ein Beschluss vom Dezember 1952) „bis zur Klarstellung der Frage des Deutschen Eigentums inne gehalten“ (letztlich also bis zum Staatsvertrag von 1955). Im Falle des zitierten Franz Sonnberger gab es im Mai 1956 einen Vergleich mit der Republik Österreich, was aber von Fall zu Fall unterschiedlich war.⁵⁰⁵

Die Anträge hinsichtlich der Liegenschaft EZ 631 wurden offenbar meist abgewiesen, wie im selben Bestand auch ein undatiertes „Verzeichnis über rückgestellte Vermögenswerte“ zeigt.⁵⁰⁶ In jenem Verzeichnis geht es auch vielfach laut Nazi-Jargon um „Arisierungen“, niemals hingegen bei den Fällen bezüglich EZ 631, wie in Kapitel 4 ersichtlich ist. Die in Kapitel 5 geschilderte „Arisierung“ betraf das JKU-Umfeld ja letztlich nur sehr indirekt.

Bei einer Liegenschaft der Ortschaft St. Magdalena (Haus Nr. 29) gab es in jenem Kontext eine begriffliche Zwischenstufe: In einem Dokument der Zivilverwaltung Mühlviertel vom 18. April 1950 heißt es, vier Eigentümer hätten eine Liegenschaft zwar „nicht unter Zwang“ an die NS-Volkswohlfahrt verkauft, „wohl aber in der Furcht, dass sie enteignet werden könnten“.⁵⁰⁷

Detaillierter war beim Restitutionsantrag etwa Katharina Spitzer, wohnhaft Auhof 2 (also im Gasthaus östlich des Schlosses, allerdings in Bezug auf Parzellen weit außerhalb des JKU-Bereichs): Ihr und ihrem 1944 verstorbenen Mann sei 1938 wertvoller Baugrund für ein geplantes Eigenheim „zu einem Spottpreis unter Zwang“ abgepresst worden. „Durch die gleich nach der Annektion Österreichs einsetzende Kriegswirtschaft war um den Erlös aus diesem Zwangskaufgeschäfte ein ähnlicher Grund natürlich nicht mehr zu erwerben und unser gemeinsames Lebensziel, zu einem Eigenheim zu kommen, zerstört. In unserer damaligen Lebenslage konnte es sich also nicht um ein gültiges Rechtsgeschäft handeln“. Wie die SS dabei agierte, ist ja am Beginn von Kapitel 4 einem Zeitzeugen-Bericht zu entnehmen.

Bei EZ 631 der KG Katzbach beginnen allerdings bezüglich einzelner Parzellen die ersten Vermerke über „Einleitung des Rückstellungsverfahrens“ schon im September 1948, dann mehrere 1949 (allein sieben im Mai 1949). Das betrifft aber durchwegs Parzellen außerhalb des direkten JKU-Bereichs, und würde hier zu weit führen. Nach zwei Einleitungen von Rückstellungsverfahren 1954 setzt eine größere Welle solcher Verfahrens-Einleitungen im Juni 1956 ein.

Der erste Vergleich wird dort am 24. Oktober 1956 eingetragen, abgeschlossen am 24. Mai 1956 bezüglich Parzelle 853/2, die zur EZ 79 zurückkommt (Ortnerhofstatt Furth 1, Familie Reichl, die Parzelle aber im Südwesten der Kasernenliegenschaft; südlich des heutigen Auhof-Centers). Die Reichls hatten damals 60 Pfennig pro Quadratmeter bekommen.⁵⁰⁸ Die entsprechende „Anmeldung entzogener Vermögensschaften-Rückstellungsverfahren“ war am 16. Jänner 1953 beim „Magistrat Urfahr, Außendienststelle St. Magdalena“ protokolliert worden:⁵⁰⁹ Den Antrag habe man bereits „vor längerer Zeit [...] beim „Landesgericht Linz Nord in Urfahr eingebracht“, da der Verkauf 1938 „unter Zwang erfolgte“. Man habe „angedeutet, daß, wenn wir den [!] Kauf nicht zustimmen, der angeforderte Grund ohne Entschädigung enteignet wird.“ Jenes Gericht hatte im Dezember 1952 beschlossen, dass „mit dem Verfahren bis zur Klarstellung der Frage des Deutschen Eigentums innegehalten“ werde, was eben erst 1955 gegeben war.

Andere Rückstellungsverfahren dauerten länger, und brachten auch die in Kapitel 18 behandelte **Causa Starhemberg** (inklusive Ex-Bereich des Heereslagers) 1958/1959 für fast ein Jahr zum Stocken. Das Finanzministerium wollte „den Abschluss der übrigen Rückstellungsverfahren hinsichtlich der Auhofkasernengründe abwarten [...], um einen umfassenden Vergleich mit allen Rückstellungswerbern abzuschließen“. Dieses Junktum wurde nach Protest des Starhemberg-Rechtsvertreters Draxler vom 7. Oktober 1959 aufgegeben.⁵¹⁰ Die Liegenschaft EZ 631 wurde in

⁵⁰⁵ Ebenda.

⁵⁰⁶ Ebenda, Sch. 38.

⁵⁰⁷ Ebenda.

⁵⁰⁸ OÖLA, Heeresstandortverwaltung, Sch. 5, Faszikel 2, Vertrag Nr. 31 vom 29.6.1938).

⁵⁰⁹ AstL, NS-Zeit, Amt für Wirtschaftsförderung, Sch. 38.

⁵¹⁰ Böhmer – Faber 2003, S. 417 (Anmerkung 536).

der Folge noch weiter reduziert, was aber eben nicht mehr spätere JKU-Bereiche betraf (etwa im Fall des in Kapitel 4 erwähnten Bundesschulzentrums, auf anderem Ex-Starhemberg-Bereich).

Anders war die vermögensrechtliche Seite bei den beiden anderen Lagern im JKU-Umfeld: Über das „**Umsiedlerlager Auhof**“ wurde diesbezüglich bereits in Kapitel 15 berichtet. Am Beispiel einer Parzelle in Starhemberg-Besitz (1554) wurde gezeigt, dass auch dort das Lager auf Grund gebaut wurde, bei dem in Grundbuch bzw. Landtafel die Errichtung des Lagers erst 1950 ersichtlich gemacht wurde.

Ähnlich war die Lage beim **Lager Dornach**: Bei den dortigen 16 Hektar gab es zwar teilweise Ankäufe durch die Stadt Linz, die aber laut einer Nachkriegs-Übersicht des Magistrats nur 16 Prozent des Lagerbereichs betrafen (25.452 Quadratmeter). Der Großteil gehörte bei Kriegsende immer noch fünf Privatfamilien, deren Gründe einfach mit Baracken überbaut worden waren, ohne dass dies Niederschlag im Grundbuch gefunden hätte. Das waren also **Quasi-Beschlagnahmungen**. Wann die von der Stadt Linz 1951 erwähnten Pachtverträge abgeschlossen wurden, muss hier dahingestellt bleiben.⁵¹¹ Eine jener Familien haben wir in Kapitel 16 besprochen (Seidl, Bräuergut bzw. Proyer Dornach 3). Das betraf außerdem die Familien Brandstetter (Dornach 7), Hofbauer (Winklergut St. Magdalena 14, Peter Hofbauer war 1924-1938 Bürgermeister bzw. Regierungskommissär von Sankt Magdalena bei Urfahr), Lehner (Obermaiergut bzw. Obermayr Dornach 2) und Hagmayr (Deuschmayrgut bzw. Daschlmayr Furth 15).⁵¹²

Der städtische Anteil am Lager Dornach entsprach möglicherweise dem Niedermaier-Bereich, auf dem ja laut lokaler Überlieferung das Lager Dornach ganz wesentlich errichtet worden sei.⁵¹³ Das Niedermaiergut selbst war ja in der NS-Zeit eigentlich formal Starhemberg-Besitz mit kleinem Reichs-Anteil, wie wir in Kapitel 10 und 18 gesehen haben. Davon ist aber in der erwähnten städtischen Auflistung keine Rede. Das hatte vermutlich auch mit dem Streit um das Starhemberg-Vermögen nach 1945 zu tun. Der Sachverhalt lässt sich auf bloßer Grundlage der Grundbuch-Eintragungen zu EZ 71 nicht klären; es gab dort auch keine passenden Parzellenverkäufe. Im März **1950** wurde im Grundbuch dort einfach die „**Errichtung des Barackenlagers**“ **nachträglich vermerkt**, ohne erkennbaren vermögensrechtlichen Hintergrund der NS-Zeit (auch nicht im Gutsbestandsblatt). Das bliebe also noch bei anderer Gelegenheit zu klären.

Was die nicht-starhembergischen Grundstücke des geplanten Heeresstandortlazarets betrifft, über die in Kapitel 8 zu lesen ist: Wir haben gesehen, dass zwei dortige Grundmitbesitzer am 3. April 1940 zur Heeresstandortverwaltung zitiert wurden „zwecks Besprechung einer dringlichen Grundstücksangelegenheit“. Da die zivile Konkurrenz in Gestalt von Reichsbaurat Fick dort keine Bauambitionen habe, beschloss man dort im Oktober 1940, auf Vorkaufsrechte zu verzichten. Deshalb waren dort nach 1945 auch keine Restitutions- oder sonstige Grundbucheinträge nötig.

Anders war das bei anderen Parzellen im heutigen JKU-Bereich, wo es sehr wohl die oben geschilderten Vorkaufsrechte des Heeres von 1938 gab, und zwar in Hinblick auf Planungen für eine Artilleriekaserne:⁵¹⁴ Ein Vorkaufsrecht wurde dort im August 1948 „als gegenstandslos gelöscht“. Bei einer nordwestlich des Schlossteichs im späteren Bereich des TNF-Turms gelegenen Parzelle, wo zeitweise die Interessen militärischer und ziviler Planung kollidiert hatten, wurde das Vorkaufsrecht im Mai 1955 „infolge Zeitablaufs“ gelöscht. Am längsten klafften diesbezüglich Realität und Grundbuch bei Parzelle 757 westlich des Schlossteichs auseinander: Dort wurde das Heeres-Vorkaufsrecht gar erst im Mai 1960 gelöscht; da war es nicht mehr weit bis zur Hochschul-Gründung. Sogar nach jener Gründung wurde in unserem Kontext aber auch noch ein 1938 bestellter kommissarischer Verwalter der NS-Zeit im Grundbuch entdeckt und mit Verspätung gelöscht, nämlich 1966 (siehe Kapitel 18).

⁵¹¹ AStL, Besatzungsamt, Sch. B 55, Magistrat an Finanzlandesdirektion, USAF-Zahlstelle, 20.4.1951.

⁵¹² Ebenda, Magistrat Linz an Finanzlandesdirektion, USFA-Zahlstelle, 2.4.1951. Bei Lehner steht dort Dornach 3, laut Adressbuch 1940 war das eindeutig Dornach 2. Die in Klammer mit „bzw.“ beigefügten anderen Versionen der Hausnamen entstammen Neunteufel 2003, die erstgenannten Versionen der Schreibweise in jenem Dokument von 1951.

⁵¹³ Neunteufel 2003, S. 136.

⁵¹⁴ Vgl. zu den folgenden Beispielen ausführlicher Kapitel 4. Ein schon 1943 gelöschtes Vorkaufsrecht betraf Parzelle 762/3, vgl. Kapitel 7.

20. Von der Hochschulgründung zu den heutigen JKU-Liegenschaften

Bereits vor dem in Kapitel 18 geschilderten Vergleich vom Oktober 1962 im Hinblick auf das Science Park-Gelände war die **Basis für eine „Hochschule für Sozialwissenschaften“ auf Starhemberg-Grund** gelegt worden. Dieses Ereignis wurde am 23. März 1962 im Grundbuch vermerkt, mit Bezug auf den Kaufvertrag vom „22.12.1961/31.1.1962“. Verkäufer: „Heinrich Rüdiger Starhemberg, Gutsbesitzer in Eferding, Oberösterreich“, KäuferInnen: „Land Oberösterreich und Stadtgemeinde Linz“, damals verkaufte Fläche: 111.841 Quadratmeter, mit elf Hektar also weniger als die Hälfte des heutigen JKU-Bereichs, Zweck: Errichtung einer „Hochschule für Sozialwissenschaften“.⁵¹⁵ Die ganze Schlossliegenschaft hatte 1896 noch 63 Hektar umfasst, wie in Kapitel 2 zu sehen ist, wurde aber vor allem 1938 stark reduziert; 1962 wurde jedenfalls nur ein Teil der Landtafel-Liegenschaft EZ 1119 verkauft.

Neben einem Teil der eigentlichen Schlossliegenschaft EZ 1119 der oberösterreichischen Landtafel wurde 1962 auch eine Parzelle der gebäudelosen **EZ 169** der KG Katzbach verkauft, nämlich die in Kapitel 2 und 10 erwähnte Wiesenparzelle 1592. Die war einst auf der Heeres-„Wunschliste“ vom Februar 1940 für das Standortlazarett gestanden (siehe Kapitel 8). Zu jener Wunschliste hatten damals außerdem auch die 1962 verkauften Parzellen 165 (Glashaus) sowie 1568/1 und 1568/2 (je Garten) gehört, nicht hingegen das Schloss selbst (also die damalige Bauparzelle 163). Das wurde ja vom Heer verschmäht (siehe Kapitel 10), nicht aber von den HochschulgründerInnen. Statt der 1940 aufgelisteten Parzelle 1597 wurde 1962 eine neu formierte Parzelle 1597/3 verkauft.

Vom Verkauf ausgenommen waren 1962 im Schloss die zwei Glocken der damals noch bestehenden Schlosskapelle (siehe Kapitel 1), ein wertvoller Ofen und „zwei oder drei barocke Türumrahmungen samt Türen“. Der Kaufpreis betrug 8.600.000 Schilling, zu bezahlen „binnen zwei Wochen“ nach Unterfertigung, Übergabe: 1. Jänner 1962. Auch bezüglich der 23 Mietparteien und vier Dienstwohnungen von DienstnehmerInnen Starhembergs im Schloss waren Regelungen zu finden (eine der Mietparteien wurde in Kapitel 18 erwähnt).

Aus jenem Verkauf entstand die **Campus-Liegenschaft EZ 1246** der KG Katzbach, im Grundbuch eingetragen am 23. März 1962 (zu sehen auf Abbildung 10). In die dortige Parzelle 1566/1 wurde im Grundbuch formell im August 1987 auch der 1969/70 dazu gekommene Rest der ehemaligen „Barackenlager“-Parzelle 1554/1 aus EZ 1128 integriert (siehe Kapitel 15). Nach mehreren Änderungen der Parzellenstruktur umfasst diese Liegenschaft EZ 1246 jetzt 152.532 Quadratmeter, also 15 Hektar.⁵¹⁶

In die nunmehr neun Hektar große zentrale Campus-Parzelle 1566/1 (Bauflächen inklusive Schloss mit Vermerk der Adresse Altenberger Straße 69, plus Gärten und Sonstige) wurden mehrere bisher behandelte alte Parzellen integriert.⁵¹⁷ Aktuelle Eigentümerin von EZ 1246 ist die **„Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H.“** per Adresse Linz, Prunerstraße 5 (kurz auch BIG genannt). (Von 1966 bis 1973 hatten auch acht weitere Hausnummern zur EZ 1246 gehört, siehe unten bei EZ 1116).

Die **zweite von vier jetzigen JKU-Liegenschaften** aus Sicht des JKU-Managements⁵¹⁸ ist **EZ 1323** der KG Katzbach, jetzt **Science Park**. Diese Liegenschaft entsprang der in Kapitel 18 geschilderten Restitution von 1962/63, inklusive ehemaligem Heereslager-Bereich. Aus der dadurch entstandenen EZ 1278 verkaufte Heinrich Rüdiger Starhemberg per Vertrag vom 18. Februar 1965 drei Parzellen an das Land Oberösterreich und die Stadt Linz (je zur Hälfte). Das führte im Grundbuch am 10. August 1965 zur Entstehung jener EZ 1323. Aus der einstigen Parzelle

⁵¹⁵ Hier verwendet: Vertragsexemplar im Bezirksgericht Urfahr, Urkundensammlung.

⁵¹⁶ Hier und bei den weiteren drei aktuellen JKU-Liegenschaften Daten laut elektronischer Grundbuch-Abfrage beim Bezirksgericht Urfahr vom 12.4.2016.

⁵¹⁷ Zu den hier erwähnten aktuellen Parzellen vgl. <http://www.doris.ooe.gv.at> via „Karten“ – „Kataster“, dort Suche nach „45214 AND 1566/1“ etc. (45214 ist die Nummer der KG Katzbach) (dazu fünf weitere Parzellen; der in Kapitel 9 behandelte Uni-Teich bildet jetzt mit Wiese südlich und Parks östlich und westlich die „Freizeitflächen“-Parzelle 1566/3 mit fünf Hektar, 1566/2: südlicher Parkplatz).

⁵¹⁸ Eine Mitteilung von Erich Viehböck vom JKU-Management nannte im März 2016 eben EZ 1116, 1246, 1323 und 1801 als aktuelle JKU-Liegenschaften. Von jener Auskunft aus wurde für diese Dokumentation zeitlich zurück recherchiert.

1557/1 (samt ehemaligem Heereslager-Bereich) und dem unverbaut gebliebenen Bereich der Parzelle 1558 war da bereits eine fünf Hektar große Wiesen-Parzelle 1557/5 geworden. Dazu kamen die beiden nordöstlichen Randstreifen-Parzellen 866/7 Wassergraben bzw. „fließendes Gewässer“ und 1802/4 Wiese bzw. „landwirtschaftlich genutzte Grundfläche“.

Bei der Bildung der EZ 1323 war bezüglich der Parzelle 1802/4 im Lastenblatt bzw. C-Blatt des Grundbuchs übrigens auch die alte Verpflichtung hinsichtlich „Duldung“ und „Unterlassung jedes Schadens oder Störung“ der „Kraftleitung“, also der **Stromversorgung** noch in der alten Formulierung bestehend. Die bestand dort noch bei Abschluss des handgeschriebenen Grundbuchs 1981 auf Basis eines Vertrags mit der damaligen „Tramway-Elektrizitätsgesellschaft Linz-Urfahr“⁵¹⁹ vom 30. August 1913 (damals noch bei EZ 1119 der Landtafel vermerkt am 3. Juni 1914). Mittlerweile ist daraus dann doch eine zeitgemäß formulierte Verpflichtung gegenüber der Linz Strom GmbH hinsichtlich Parzelle 1557/5 geworden.

In jenem C-Blatt ist die Graben-Parzelle 866/7 als **Hochwasserschutzgraben** identifiziert. Das ist der nordöstlich auf rund 400 Meter entlang des Science Parks offene, an sich unscheinbare **Auhofbach**, der nach dem Hochwasser von 2011 in Hinblick auf die Sicherheit des Geländes saniert wurde (Böschungen erhöht, Retentionsbecken geschaffen).⁵²⁰ Dieser Auhofbach oder auch Auhofgrabenbach führt nicht immer bzw. nur „periodisch“ Wasser.⁵²¹ Er spielt auf einem Kanalisations-Plan von 1941 eine wichtige Rolle als „bestehender offener Graben“ (siehe Kapitel 6).

Jene drei genannten Parzellen bilden nunmehr also die EZ 1323. Die ist aktuell ebenfalls im Besitz der **Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H.**, und umfasst aktuell 60.289 Quadratmeter, also sechs Hektar. Auf Parzelle 1557/5 entstand ab 2007 der **Science Park**. Im Oktober 2009 wurde dort Bauteil 1 offiziell eröffnet (Fachbereich Mechatronik), im Oktober 2011 folgte Bauteil 2 (Fachbereiche Mathematik, Kunststofftechnik, Statistik), im Oktober 2012 Bauteil 3 (Informatik und Wirtschaftsinformatik).⁵²² Ein vierter Bauteil soll vielleicht noch irgendwann folgen. Jedenfalls sind im Grundbuch schon die gesamten fünf Hektar der Parzelle 1557/5 als Baufläche und Betriebsflächen eingestuft.

Neben JKU-Einrichtungen gibt es dort auch außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, etwa ein Institut der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und die „Academia Superior“, außerdem einzelne thematisch passende „Spin-Off-Firmen“. Mit Stand April 2016 sind dort im Grundbuch für Parzelle 1557/5 die Orientierungsnummern **Altenberger Straße 66, 66a, 66b** und vorsorglich auch schon **66c** vermerkt. Science Park-Einrichtungen verwenden aber offenbar zumeist noch die JKU-Hauptadresse Altenberger Straße 69, was also die „falsche“ Straßenseite betrifft.

Als **dritte aktuelle JKU-Liegenschaft** ist hier **EZ 1116** der KG Katzbach zu nennen, jetzt befinden sich dort eine im Volksmund als „**ProfessorInnen-Häuser**“ bezeichnete **Reihenhäuserzeile**. Diese im Grundbuch am 10. April 1959 neu errichtete Liegenschaft gehörte per familiärem Schenkungsvertrag vom 26. August 1958 **Theresia Willnauer**, abgetrennt vom Willnauer-Familienbesitz EZ 93, dem Leitnergut in Furth 10 und 12. Durch Kaufvertrag vom 19. bzw. 26. September 1967 kam jene EZ 1116 in den Besitz von **Stadt Linz und Land Oberösterreich**, vorerst nur mit Parzelle 756/3. Dazu kamen (nach Zuschrift des Magistrats Linz vom 15. September 1972) mit 30. Jänner 1973 neun Teilparzellen aus der EZ 1246,⁵²³ auf denen im Grundbuch bereits 1966 die acht Häuser **Wolfauer Straße 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92 und 94** vermerkt worden waren (neben diesen Orientierungsnummern damals auch noch mit Vermerk der Konskriptionsnummern Auhof 32 bis 39, anfangs also in EZ 1246). Die landeseigene Hälfte von EZ 1116 kam per Kaufvertrag vom 23. Dezember 2004 (Grundbucheintrag 2005) in den Besitz der Landes-

⁵¹⁹ Zu deren Entwicklung hin zur ESG bzw. Linz AG vgl. Rafetseder 2010 a, S. 408-442.

⁵²⁰ Vgl. Interview zur Eröffnung des Bauteils 3 von Oktober 2012 (am 17.7.2016 dort noch irrtümlich „23.10.2013“), online verfügbar über <http://www.jku.at/content/e213/e161/e7018/> (laut einem BIG-Verantwortlichen bei 1:39 irrtümlich „Aubach“, laut aktuellem Linz-Stadtplan auf www.doris.ooe.gv.at aber Auhofbach).

⁵²¹ So Sokoloff - Schwarz 2003, S. 27 (dort auch beide Namensversionen).

⁵²² Vgl. www.jku.at/content/e213/e161/e7018/ (mit Links zu YouTube-Videos über die bisherigen drei Bauteile; das dortige Luftbild ist gut geeignet für Vergleiche des gesamten JKU-Bereichs mit dem Stand von 1944/45 auf Abb. 8 und 9).

⁵²³ Die aktuellen Parzellen 1597/4, 1597/5, 1597/6, 1597/7, 1597/8, 1597/9, 1597/10 (diese ohne Haus), 1597/11 und 1597/12 entstanden per Magistratszuschrift vom 15.9.1972 bzw. Grundbucheintrag vom 30.1.1972 durch Teilung der Parzelle 1597/3.

Immobilien GmbH. Aktuell hat EZ 1116 eine Größe von 5.133 Quadratmeter, also ein halber Hektar. Diese Liegenschaft gehört jetzt also nicht der Bundesimmobiliengesellschaft. Ausgerechnet die ursprünglich einzige Parzelle von EZ 1116, 756/3, gehört nicht mehr dazu. Die kam im Jänner 1973 zur EZ 1115, damals ebenfalls in Besitz von Stadt Linz und Land Oberösterreich, Fortsetzung siehe unten zur ehemaligen Willnauer-Parzelle 756).

Als **vierte JKU-Liegenschaft** gilt jetzt **EZ 1801** der KG Katzbach, **Grünfläche und Parkplatz im Westen des Geländes**. Die entsprechende Liegenschaft wurde am 11. Juli 1980 neu geschaffen aus einer innerfamiliären Schenkung von Gründen aus der EZ 69 (Bräuerhof, Dornach 3) der mehrfach erwähnten **Familie Seidl** per Schenkungsvertrag vom 21. Jänner 1980. Inkludiert war dabei auch die damals noch (bereits anachronistisch) als „Barackenlager – Acker“ deklarierte Parzelle 750/2 (siehe Kapitel 16), dazu 750/3 und 760/1 ohne Barackenlager-Zusatz. Per Vertrag vom 8./14. Jänner 1981 verkauften Margarete Englputzeder sowie Alfred, Artur und Josef Seidl jene EZ 1801 an die Republik Österreich (Bundesgebäudeverwaltung I), im Grundbuch vermerkt am 9. März 1981. 1992 wurde dort die Parzelle 770/2 in 750/3 einbezogen, die mittlerweile deckungsgleich mit der EZ 1801 ist, also deren einzige Parzelle darstellt; aktuelle Größe: 40.821 Quadratmeter, also 4 Hektar (davon 22.712 Grünfläche und 18.109 „Straßenverkehrsanlagen“ bzw. eben Parkplatz). Besitzerin ist auch hier mittlerweile die **Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H.**

Neben den genannten Verkäufen wurden in die vier genannten JKU-Liegenschaften auch **Einzelparzellen aus anderen Liegenschaften integriert**, von denen in anderen Kapiteln bereits mehrfach die Rede war.

Hier drei Beispiele: Aus dem in Kapitel 2 und 8 erwähnten Mayrgut der **Barmherzigen Schwestern** (EZ 184 der KG Katzbach) wurde per Kaufvertrag vom 26. Juni 1963 bzw. 7. Jänner 1964 die alte Wiesenparzelle **1594** nordwestlich des Schlossteichs an die Stadt Linz und das Land Oberösterreich verkauft, im Grundbuch vermerkt erst am 2. November 1966. Daraus wurde kurzzeitig eine eigene Liegenschaft EZ 1387, die aber 1972 als „gutsbestandslos“ gelöscht wurde. Der Grund dafür war, dass jene einstige Parzelle 1594 in die erwähnte neue Campus-Parzelle 1566/1 integriert wurde, also in das Herzstück der Liegenschaft EZ 1246. Dort sind eben nicht nur Starhemberg-Gründe, sondern auch Verkäufe anderer BesitzerInnen inkludiert.

Eine eigene Geschichte hat auch die für Kapitel 4, 6 und 8 so bedeutende ehemalige **Willnauer-Parzelle 756**, westlich einst an Parzelle 1594 angrenzend, im heutigen Bereich des **TNF-Turms**: Diese Parzelle 756 kam vom eben erwähnten Leitnergut ebenfalls indirekt zum JKU-Bereich. Da entstand aus einer innerfamiliären Schenkung der Teilparzelle 756/2 vom 26. August 1958 an Josef Willnauer die neue EZ 1115; die wurde 1969 an die Stadt Linz und das Land Oberösterreich verkauft (siehe auch oben bei EZ 1116). Letztlich landete der ehemalige Bereich der einstigen Parzelle 756, vereinfacht gesagt, in der Riesenparzelle 1566/1 der Liegenschaft EZ 1246.

Einen Umweg nahm auch etwa die in Kapitel 4 behandelte **Parzelle 757** aus **Lehner**-Besitz westlich des Schlossteichs. Die ging von der Märzenhofstatt (Katzbach 22, EZ 150 der KG Katzbach) via EZ 1429 im Jahr 1972 zur EZ 1246 (und ebenfalls in die genannte Parzelle 1566/1). Damit sind die nicht-starhembergischen Zuwächse zum JKU-Bereich zwar nicht vollständig aber durchaus ausreichend behandelt.

Die vier **jetzigen JKU-Liegenschaften** EZ 1116, EZ 1246, EZ 1323 und EZ 1801 der KG Katzbach umfassen aktuell 258.775 Quadratmeter, **rund 26 Hektar**. Das Gelände der anfänglichen Hochschule bzw. (ab 1975) Johannes Kepler Universität ist also sowohl vom Umfang als auch von der historischen Topographie her zwischen ehemaligem Lager Dornach (16 Hektar) und Infanteriekasernen-Baugelände (anfangs 57 und dann 51 Hektar) gelegen, in beiden Fällen gibt es Überschneidungen, beim Kasernenbaugelände gab es einst ein Lager des Heeres (zeitweise auch für Kriegsgefangene) im heutigen Science Park-Bereich.

Bei Projekten der NS-Zeit betrafen Überschneidungen auch das „Umsiedlerlager Auhof“ (das nicht nur UmsiedlerInnenlager war) und Wehrmachts-Planungen bezüglich einer Artilleriekaserne, was an eine Schlacht beim Schloss Auhof 1809 erinnert. Vor allem aber deckte sich der heutige JKU-Kernbereich mit einem projektierten Heeresstandortlazarett. Das JKU-Gelände ist eben reich an Geschichte, die sich zu entdecken lohnt.

Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur und Quellen sowie sonstiger Abkürzungen

Abb.: Abbildung.

Adressbuch 1940: Amtliches Linzer Adreßbuch 1940.- Linz 1940.

Adressbuch 1949: Adreßbuch der Stadt Linz, Neuausgabe 1949.- Linz 1949.

Amtskalender 1930: Oberösterreichischer Amtskalender Der Oberösterreicher, Auskunfts- und Geschäftshandbuch für das Jahr 1930.- Linz 1930.

Amtskalender 1939: Amtskalender für den Gau Oberdonau vorm[als]. „Der Oberösterreicher“ Auskunfts- und Geschäftshandbuch für das Jahr 1939.- Linz 1939, Auslieferung Juni 1939.

Amtskalender 1942: Amtskalender. Amtsverzeichnis und Geschäfts-Adressbuch für den „Reichsgau Oberdonau vormals „Der Oberösterreicher“ 1942.- Linz 1941, Auslieferung November 1941.

AStL: Archiv der Stadt Linz, 4040 Linz, Hauptstraße 1-5. von dort zitierte Bestände jeweils in den Fußnoten vermerkt.

Auseinandersetzung 2005: Archiv der Stadt Linz (Hrsg.): Nationalsozialismus. Auseinandersetzung in Linz. 60 Jahre Zweite Republik.- Linz 2005.

Baumann 1992: Baumann, Christina: Hochschulsport; in: Stefan Grössing u.a.: Sport in Linz.- Linz 1992, S. 185-196.

Baumert 1991: Baumert, Herbert: Vom adeligen Landsitz zum Universitätsrektorat. Das Schloss Auhof bei Linz; in: Blickpunkte 11, 1991, H. 3, S. 1-5.

Böhmer – Faber 2003: Böhmer, Peter – Ronald Faber: Die österreichische Finanzverwaltung und die Restitution entzogener Vermögen 1945 bis 1960 (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Band 5).- Wien – München 2003.

Brandl 1980: Brandl, Manfred: Steyregger Bauernhäuser und ihre Besitzer. Nebst einigen anderen Häusern nach den Steyregger Pfarrmatriken zusammengestellt [...]- Steyregg 1980.

Carrington – Reiter 2007: Carrington, Manfred – Andreas Reiter: Der Süden von Linz. Vergangenheit und Gegenwart der Ortschaften Ebelsberg, Mönchgraben, Pichling, Posch, Ufer, Wambach.- Linz 2007.

Carrington – Woldan 2015: Carrington, Manfred – Leonhard Woldan: Linz – Zeitgeschichte. Linz unter dem Hakenkreuz. Vision und Realität 1938-1945.- Linz 2015 (dortiger Beitrag über die SS-Kaserne Ebelsberg auf S. 387-391 von Othmar Rittenschöber).

Dehio 2009: Bundesdenkmalamt (Hrsg.): Dehio-Handbuch Die Kunstdenkmäler Österreichs, Band Linz.- Horn/Wien 2009.

EZ: Einlagezahl, Nummer einer Liegenschaft in Grundbuch bzw. Landtafel. Die Seiten hier relevanter Liegenschaften wurden noch im Bezirksgericht Urfahr in 18 Fällen abfotografiert, diverse weitere Liegenschaften zumindest exzerpiert. Die handgeschriebenen Bände des in den 1880er-Jahren angelegten „Neuen Grundbuchs“ hat mittlerweile das OÖLA zwecks Digitalisierung eingesammelt (vgl. Landtafel). In mehreren Fällen wurden bei jenem Gericht auch Ausdrücke aus dem seit den 1980er-Jahren nur mehr EDV-mäßig erfassten Teil des Grundbuchs gemacht (jeweils aktueller „Auszug aus dem Hauptbuch“ von April 2016 sowie „Verzeichnis der gelöschten Eintragungen“ ab 1.1.1985).

Fernsprechbuch 1942: Amtliches Fernsprechbuch für den Bezirk der Reichspostdirektion Linz. Hrsg.: Reichspostdirektion Linz, Ausgabe März 1942, Stand vom 15. Jänner 1942.- Linz 1942.

Fiereder 2001: Fiereder, Helmut: Behörden des Reichsstatthalters in Oberdonau; in: Nationalsozialismus in Linz. Hrsg.: Fritz Mayrhofer – Walter Schuster (bzw. Archiv der Stadt Linz).- Linz 2001, Band 1, S. 137-196.

Frojimovcs 2014: Frojimovics, Kinga: Eine Akkreditierung. Der Rechtsberater des ungarischen Konsulats in Wien, 1938-1945; in: Éva Kovács – Béla Rásky (Hrsg.): Nur eine Quelle... Im Gedenken an den ungarischen Holocaust.- (S.I.M.O.N, E-Journal des Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaust-Studien).- Wien 2014, S. 28-33.

Gewerbeadressbuch 1942: Adressbuch der Alpen- u. Donaugau (Ostmark) für Industrie, Handel, Gewerbe 1942/43, Auslieferung September 1942.- Wien 1942.

Grüll 1966: Grüll, Georg: Aus der Geschichte des adeligen Landsitzes Auhof bei Perg; in: Eröffnungsschrift Hochschule Linz. Hrsg.: Linzer Hochschulfonds, Red.: Hanns Kreczi - Hans Sturminger.- Linz 1966, S. 111-119.

Grundbuch: siehe EZ.

Gusenbauer - Mörth 2008: Gusenbauer, Michaela - Ingo Mörth: Linzer Kulturstadtteile heute - Dornach, Auhof, Katzbach (inkl. Elmberg, Furth). Mitautorinnen: Daniela Fürst, Cornelia Hochmayr, Elke Schmid.- Linz 2008; online verfügbar auf http://www.linz09.at/sixcms/media.php/4974/Dornach-Auhof_Katzbach.pdf.

Heinse 1812: Heinse, Gottlieb Heinrich: Linz und seine Umgebungen.- Linz 1812.

Hirschmann 1966: Hirschmann, Rudolf: Der Garten Auhof; in: Eröffnungsschrift Hochschule Linz. Hrsg.: Linzer Hochschulfonds, Red.: Hanns Kreczi - Hans Sturminger.- Linz 1966, S. 120-129.

JKU: Johannes Kepler Universität (bezieht sich auch auf die Zeit unter anderem Titel bzw. auf das entsprechende Gelände bzw. Umfeld vor der Hochschulgründung).

Katzinger 1999: Katzinger, Willibald: Historischer Überblick; in: Kunsttopographie 1999, S. E17-E80.

KG: Katastralgemeinde (KG Katzbach: deckungsgleich mit der ehemaligen Ortsgemeinde Sankt Magdalena bei Urfahr, die ab 3.10.1938 Teil der Stadtgemeinde Linz ist).

Knall-Brskovsky 1999: Knall-Brskovsky, Ulrike: Schloss Auhof; in: Kunsttopographie 1999, S. 327-336.

Kreczi 1941: Kreczi, Hanns: Linzer Häuserchronik. Hrsg.: Oberbürgermeister der Gauhauptstadt Linz.- Linz 1941.

Kreczi 1976: Kreczi, Hanns: Der Linzer Hochschulfonds. Werden und Aufbau der Johannes-Kepler-Universität.- Linz 1976.

Kunsttopographie 1964: Schmidt, Justus u.a.: Die Linzer Kirchen (Österreichische Kunsttopographie Band XXXVI).- Wien 1964.

Kunsttopographie 1977: Institut für österreichische Kunstforschung des Bundesdenkmalamtes (Hrsg.): Die profanen Bau- und Kunstdenkmäler der Stadt Linz, I. Teil: Die Altstadt (Österreichische Kunsttopographie Band XLII).- Wien 1977.

Kunsttopographie 1986: Bundesdenkmalamt, Abteilung für Denkmalforschung (Hrsg.): Die profanen Bau- und Kunstdenkmäler der Stadt Linz. II. Teil: Die Landstraße - Obere und Untere Vorstadt (Österreichische Kunsttopographie Band L).- Wien 1986.

Kunsttopographie 1999: Bundesdenkmalamt, Abteilung für Inventarisierung und Denkmalforschung (Hrsg.): Die Profanen Bau- und Kunstdenkmäler der Stadt Linz, III. Teil: Aussenbereiche, Urfahr, Ebelsberg (Österreichische Kunsttopographie, Band LV).- Horn 1999.

Lackner 1987: Lackner, Helmut: Von der Gartenstadt zur Barackenstadt und retour. Die Linzer Barackenlager des Zweiten Weltkrieges bis zu ihrer Auflösung. Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1986 (erschienen 1987) S. 217-271; online verfügbar im forum oö geschichte (www.oogeschichte.at via „Historische Bibliographie“).

Landtafel: Sondergrundbuch meist adeliger oder kirchlicher Besitzungen (aber auch oft von Gebietskörperschaften oder Bürgerlichen), hier immer die 1889 angelegte oberösterreichische Landtafel meinent (vgl. Schematismus 1896). Die dortige EZ 1119 wurde 1988 abgeschlossen, zum Zeitpunkt der Recherchen noch im Landesgericht Linz (von dort abfotografiert), dann vom OÖLA digitalisiert und in Lambach deponiert, künftig zumindest im Digitalen Lesesaal des OÖLA verfügbar. Im Rahmen der Grundbuchumstellung auf EDV wurde die Landtafel aufgelassen, diese dann in das allgemeine Grundbuch überführt.

Linz-Plan 1944: Einbandtitel: Löschwasserversorgung Linz-Donau. Ausgefertigt und bearbeitet vom Oberbürgermeister der Gauhauptstadt Linz (Vermessungsamt) - Kommando der Feuerschutzpolizei (Plankammer) - Wasserwerk, Linz-Donau, den 1. August 1944 (Mappe mit 24 gefalteten Karten im Maßstab 1:4.000). Unser Bereich: vor allem Karte 190, mit schmalen Streifen von Blatt 191.

Maršalek 1995: Maršalek, Hans: Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen. Dokumentation. 3., erweiterte Auflage.- Wien 1995.

Mayrhofer 1997: Mayrhofer, Fritz: Die „Patenstadt“. Hitlers Baupläne für Linz; in: Bilder des Nationalsozialismus in Linz. Hrsg.: Fritz Mayrhofer – Walter Schuster.- Linz 1997 (seitengleich 2. Auflage 2007), S. 55-93 sowie (Anmerkungen) 182-183.

Mayrhofer 2001: Mayrhofer, Fritz: Die „Patenstadt“ des Führers. Träume und Realität; in: Nationalsozialismus in Linz. Hrsg.: Fritz Mayrhofer – Walter Schuster (bzw. Archiv der Stadt Linz).- Linz 2001, Band 1, S. 327-386.

Mayrhofer – Schuster 2006: Mayrhofer, Fritz – Walter Schuster (Hrsg.): Linz zwischen Demokratie und Diktatur 1918-1945. Wiss. Red.: Maximilian Schimböck, Anneliese Schweiger, Cornelia Daurer (Linz-Bilder 2).- Linz 2006.

Militärmatrik: Sterbe-Buch der Kath[olischen] Standorttpfarre im Wehrmachtsseelsorgebezirk XVII/7 (= Wehrmachtsstandort Linz); Mikrofilm im AStL, Einträge vom 3.8.1938 bis 9.4.1945 (Kriegsgefangene ab 1.11.1940).

Mittmannsgruber 1993: Mittmannsgruber, Wieland: Die Linzer Stadtverwaltung während der NS-Zeit 1938 – 1945. Organisation – Führungskräfte – Aktivitäten; in: Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1992, erschienen 1993, S. 19-150.

Neunteufel 2003: Neunteufel, Joseph Jochen: Linz-St. Magdalena. Vom Dorf zur Stadt. Die Region zwischen Haselgraben und Katzbach.- Linz 2003.

OÖLA: Oberösterreichisches Landesarchiv, 4020 Linz, Anzengruberstraße 19; von dort zitierte Bestände jeweils in den Fußnoten vermerkt.

Österreichischer Versöhnungsfonds: siehe ÖVF-Fall.

ÖVF-Fall: Anträge an den 2001 bis 2005 bestehenden Österreichischen Versöhnungsfonds („Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds)“, der für Zahlungen an ehemalige ZwangsarbeiterInnen oder deren mit anwesende Kinder zuständig war (keine „Entschädigungen“, sondern kleine Anerkennungszahlungen); „ÖVF-Fall“ plus Zahl: direkt über das ÖVF-Büro laufender „Individualantrag“; ÖVF-Fall mit Einschub BY / CZ / HU / PL / RF / UA plus Zahl: über Partnerorganisationen in Belarus, Tschechien, Ungarn, Polen, Russland bzw. Ukraine abgewickelter Fall plus Aktenzahl der jeweiligen Partnerorganisation (vgl. etwa Rafetseder 2014, S. 699-700 bzw. S. 59-74).

Pfarrchronik: Chronik der Pfarre St. Magdalena, Übersicht von 1938 – 1945; Auszug bzw. Typoskript im AStL.

Pillwein 1824: Pillwein, Benedikt: Beschreibung der Provinzial-Hauptstadt Linz und ihrer nächsten Umgebung [...].- Linz 1824 bzw. seitengleicher Reprint unter dem Titel „Geschichte der Stadt Linz“ Steyr 1966.

Rafetseder 1989: Rafetseder, Hermann: Gebiets- und Namensänderungen der Stadtgemeinden Österreichs seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Hrsg.: Wilhelm Rausch (Forschungen zur Geschichte der Städte und Märkte Österreichs 2).- Linz 1989.

Rafetseder 1997: Rafetseder, Hermann: Der „Ausländereinsatz“; in: Bilder des Nationalsozialismus in Linz. Hrsg.: Fritz Mayrhofer – Walter Schuster.- Linz 1997 (seitengleich 2. Auflage 2007), S. 129-135 sowie (Anmerkungen) 183-184.

Rafetseder 2001: Rafetseder, Hermann: Der „Ausländereinsatz“ zur Zeit des NS-Regimes am Beispiel der Stadt Linz; in: Nationalsozialismus in Linz. Hrsg.: Fritz Mayrhofer – Walter Schuster (bzw. Archiv der Stadt Linz).- Linz 2001, Band 2, S. 1108-1269.

Rafetseder 2009: Rafetseder, Hermann: Zwangsarbeit für den Linzer Brückenkopf. 1.: Wurde für den Linzer Brückenkopf (Nibelungenbrücke, Rampe, Kai, Brückenkopfgebäude, Heinrich-Gleißner-Haus) Granit verwendet, der durch Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen abgebaut worden war? 2.: Wurden für den Bau der Nibelungenbrücke (inkl. Rampe und Kai), der Brückenkopfgebäude und des Heinrich-Gleißner-Hauses ZwangsarbeiterInnen herangezogen? Gutachten im Auftrag des Archivs der Stadt Linz.- Linz 2009, 61 S. (2014 leicht geänderte Online-Version im forum oö geschichte (www.oogeschichte.at via „Historische Bibliographie).

Rafetseder 2010 a: Rafetseder, Hermann: Variationen Linzer Kommunalwirtschaft im 20. Jahrhundert; in: Fritz Mayrhofer – Walter Schuster (Hrsg.): Linz im 20. Jahrhundert. Beiträge, Band 2, Linz 2010, S. 369-518.

Rafetseder 2010 b: Rafetseder, Hermann: Von der „Verstaatlichung“ zur „Entstaatlichung“ am Beispiel der Linzer Industrie; in: Fritz Mayrhofer – Walter Schuster (Hrsg.): Linz im 20. Jahrhundert. Beiträge, Band 2, Linz 2010, S. 927-1008.

Rafetseder 2014: Rafetseder, Hermann: NS-Zwangsarbeits-Schicksale. Erkenntnisse zu Erscheinungsformen der Oppression und zum NS-Lagersystem aus der Arbeit des Österreichischen Versöhnungsfonds. Eine Dokumentation im Auftrag des Zukunftsfonds der Republik Österreich.- Bremen 2014, 706 S.; online verfügbar im forum oö geschichte (www.oogeschichte.at via „Historische Bibliographie“).

Rafetseder 2015: Rafetseder, Hermann: „Leopold Jungwirth, Lagerführer der VÖEST“ - Hilfslagerführer der Göringwerke. Dokumentation über die mit ihm verbundenen Linzer Lager 20, 45, 56, 57 und Hochtief Negrelli 1939 bis 1945.- Linz 2015.

Rohrhofer 2009: Rohrhofer, Franz Xaver: Linz mal 12, Band 4: Dornach, Auhof, Katzbach. Red.: Franz Xaver Rohrhofer - Michaela Gusenleitner.- Linz 2009.

Sarlay, Ingo: Stadtplanung in Linz 1938-1945; in: Die Städte Mitteleuropas im 20. Jahrhundert. Hrsg.: Wilhelm Rausch (Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas VIII).- Linz 1984, S. 167-175.

Sch.: Schuber (entweder offen oder geschlossene Archivschachtel).

Schaffer u.a. 2004: Schaffer, Horst - Gottfried Kuře - Robert Häusler: Busbewegtes Linz an der Donau. Städtischer Autobus- und Obusbetrieb in Linz.- Langenwang 2004.

Schematismus 1896: Schematismus des landtäflichen u. Grossgrund-Besitzes von Ober-Oesterreich.- Wien 1896.

Schmuckenschläger 1946: Schmuckenschläger, Franz: Die Neugestaltung der Stadt Linz in den Jahren 1938 - 1945. Ein Bericht über die geplanten und zum Teil ausgeführten städtebaulichen Massnahmen mit Plan-, Bilder- und Diapositivsammlung.- Linz 1946, maschinschriftlich, AStL, NS-Zeit, Sch. B 21.

Schuster 2001: Schuster, Walter: Aspekte nationalsozialistischer Kommunalpolitik; in: Nationalsozialismus in Linz. Hrsg.: Fritz Mayrhofer - Walter Schuster (bzw. Archiv der Stadt Linz).- Linz 2001, Band 1, S. 197-325.

Schweiger 1981: Schweiger, Anneliese: Die Stadt in den Napoleonischen Kriegen. Die französischen Besetzungen der Stadt in den Jahren 1800, 1805 und 1809 und deren wirtschaftliche Auswirkungen; in: Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1980, erschienen 1981, S. 109-198; online verfügbar im forum oö geschichte (www.oogeschichte.at via „Historische Bibliographie“).

Slapnicka 1976: Slapnicka, Harry: Oberösterreich - Die politische Führungsschicht 1918 bis 1938 (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 3).- Linz 1976.

Slapnicka 1983: Slapnicka, Harry: Oberösterreich - Die politische Führungsschicht 1861 bis 1918 (Beiträge zur Zeitgeschichte Österreichs 9).- Linz 1983.

Sokoloff - Schwarz 2003: Sokoloff Stephen - Friedrich Schwarz: Naturkundlicher Wanderführer durch die Stadt Linz - 6. Teil: „Horch - die Lokomotive wiehert!“ Eine Waldwanderung auf der Trasse der Pferdeisenbahn; in: ÖKO L. Naturkundliche Station der Stadt Linz, Zeitschrift für Ökologie, Natur- und Umweltschutz 2003, H. 3, S. 20-27.

Starhemberg 1991: Starhemberg, Ernst Rüdiger: Die Erinnerungen. Mit Einleitung von Heinrich Drimmel.- Wien-München 1991. (1938/39 in der Emigration entstanden. Darin auf S. 310-328 Heinrich Starhemberg; Nachwort. Meine Eltern und ich).

Streit 1978: Streit, Christian: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945.- Stuttgart 1976.

Topitz 1960: Topitz, Alois: Der schiffbare Donaugang Steg - Auhof - Katzbach; in: Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1960, S. 418-427 (sowie Tafeln XVIII-XXI); online verfügbar im forum oö geschichte (www.oogeschichte.at via „Historische Bibliographie“).

Versöhnungsfonds: siehe ÖVF-Fall.

Volkmer 2004: Volkmer, Hermann: Migration in Oberdonau (Oberösterreich). Umsiedlung, Evakuierung, Flucht und Vertreibung der Volksdeutschen; in: Reichsgau Oberdonau, Aspekte 1 (Oberösterreich in der Zeit des Nationalsozialismus 2).- Linz 2004, S. 71-126.

Volksstimme 2015: Artikel „Die NS-Vergangenheit der Universität Linz“ in: Volksstimme 20.4.2015, online auf <http://ooe.kpoe.at/article.php/20150420113203658/print> (Zugriffsdatum: 10.6.2016).

Wacha 1991: Wacha, Georg: Dornach. Wurzeln eines Stadtteils; in: Linz aktiv Nr. 119, Sommer 1991, S. 46-54.

Wakolbinger 1976: Wakolbinger, Elisabeth: Das Gastarbeiter- und Flüchtlingsproblem in historischer Sicht. Eine Untersuchung über Integration am Beispiel Oberösterreich.- Linz: Johannes Kepler Universität, Diplomarbeit 1976.

Wohnout 1996: Wohnout, Helmut: Eine „Empörung aller arbeitenden Menschen“? Der Rückstellungsfall Ernst Rüdiger Starhemberg; in: Michael Gehler - Hubert Sickinger (Hrsg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim.- Thaur u.a. 1996, S. 398-418.

Grundsätzliches zur **Zitierweise**: In Zitaten wurden alte **Rechtschreibung** und auch Rechtschreibfehler belassen, wie sie eben in der Vorlage stehen. Wenn in Zitaten bei problematischen Begriffen wie „Führer“ keine Anführungszeichen stehen, wurden eben auch keine nachträglich eingefügt (im Unterschied zu eigenem Text), weil das eine Verfälschung bedeuten würde. Nur gelegentlich wurde in Zitaten ein „[!]“ oder sonstiger Vermerk in eckiger Klammer beigefügt. **Eckige Klammern** in Zitaten beziehen sich immer auf Einschübe des Autors in Zitate. Runde Klammern in Zitaten stammen hingegen durchwegs aus dem Originalzitat. In einzelnen Fällen wurden spitze und eckige Klammern aus Zitaten der zitiermäßigen Klarheit wegen in runde Klammern geändert. **Fett gedruckte Worte** sind hier hingegen durchwegs als Gliederungselemente verwendet, mehrfach auch bei Begriffen aus Zitaten, wo jener Fettdruck im Original eigentlich nicht steht. Zitate mit inkludiertem Fettdruck sind also eigentlich ohne Fettdruck zu verstehen (was aber hier die einzige Art von Eingriffen in Zitate ist).

Abbildungen



Abbildung 1: „Die Attaal beym Auhof nächst Linz am 17. May 1809 zwischen den Oesterreichern, und dem Marschall Bernadotteischen Corps“. Linzer Stadtmuseum Nordico, Inventar-Nummer 3677.



Abbildung 2: Modell des Heeresstandortlazarets in Linz-Auhof. Archiv der Stadt Linz.



Abbildung 3: Blick über die Baracken des Gemeinschaftslagers des Heeres Auhof Richtung Schloss Winter 1941. Joseph Jochen Neunteufel: Linz-St. Magdalena. Vom Dorf zur Stadt. Linz 2003, S. 116.



Abbildung 4: Franz Josef Weidinger (Photoatelier Linz, Promenade 17-19): „Russenslager Auhof“, Wache beim Eingang mit Blick auf Schloss Auhof, 6. Jänner 1942. Archiv der Stadt Linz.



Abbildung 5: Franz Josef Weidinger: „Russenlager Auhof“, sowjetische Kriegsgefangene gehen zur Desinfektion, 6. Jänner 1942. Archiv der Stadt Linz.



Abbildung 6: Städtisches Lager Dornach mit der Heeresparzelle 762/3 (heute südwestliche Ecke des JKU-Geländes), 1943. Archiv der Stadt Linz.



Abbildung 7: Bebauungsplan von Reichsbaurat Fick mit Heeresplanungen im Raum Auhof, Stand 1.1.1943. Archiv der Stadt Linz.



Abbildung 8: Die drei Lager im JKU-Umfeld. „Löschwasserversorgung Linz-Donau. Ausgefertigt und bearbeitet vom Oberbürgermeister der Gauhauptstadt Linz (Vermessungsamt) - Kommando der Feuerschutzpolizei (Plankammer) - Wasserwerk, Linz-Donau, den 1. August 1944“. Atlasmappe, JKU-Bereich, Montage aus Blatt 190 und Blatt 191 (Hermann Rafetseder).



Abbildung 9: Aufklärungsfoto der US Air Force von Mai 1945. Die Lager im heutigen JKU-Umfeld. Im Norden erkennbar Schloss und Schlossteich, südlich davon das „Umsiedlerlager“ Auhof, nordöstlich davon das Gemeinschaftslager des Heeres (im Norden die umgekehrt T-förmige Wirtschaftsbaracke) und die Kaserne Auhof (die auch heute bestehenden Blöcke, südöstlich davon damals noch das Aubrunnergut). Westlich des Umsiedlerlagers „Städtisches Arbeiterlager Dornach“; in der Südwestecke „Städtisches Arbeiterlager Schlantendorf I“ und (südliches Drittel des Komplexes) „Städtisches Kriegsgefangenenlager Schlantendorf II“. (Manfred Carrington).

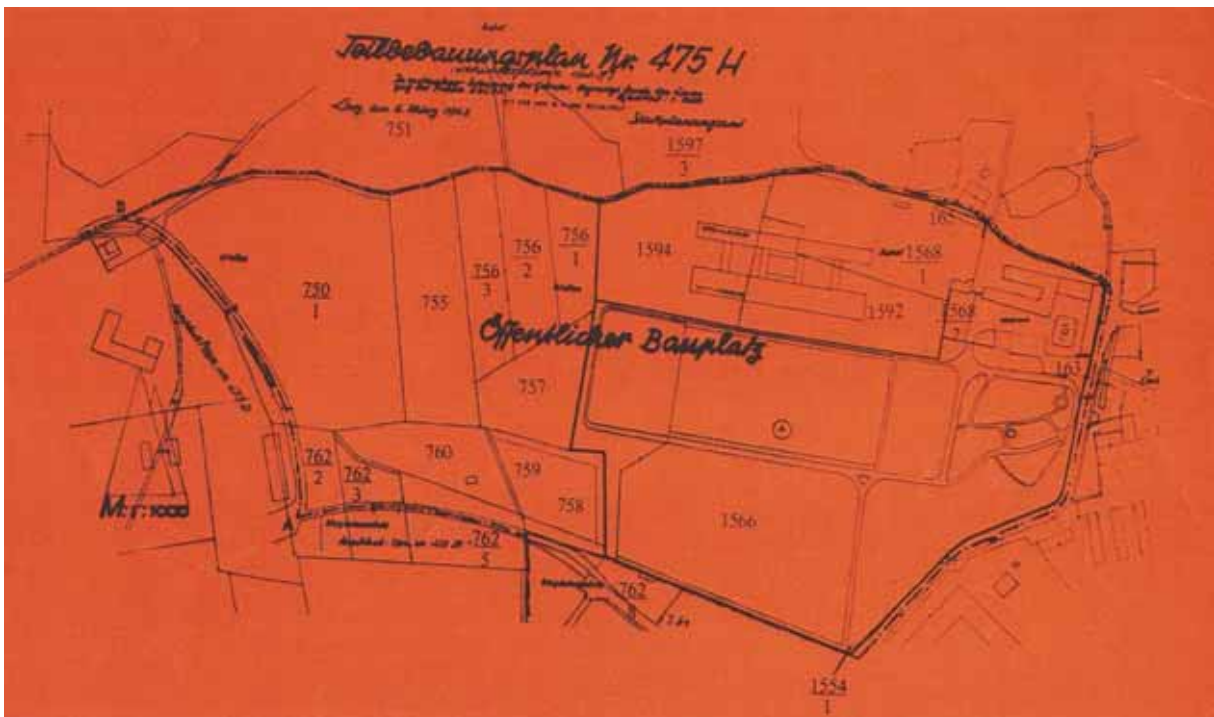


Abbildung 10: Teilbebauungsplan 1962 des ursprünglichen JKU-Geländes. Hanns Kreczi: Der Linzer Hochschulfonds. Werden und Aufbau der Johannes-Kepler-Universität. Linz 1976, S. III/106.

Zum Autor:

Hermann Rafetseder, Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Wien, Dr. phil., Historiker des Österreichischen Versöhnungsfonds (dafür bekam er das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich), freischaffender Wissenschaftler (www.history.co.at), Landesbibliograph Oberösterreichs.